

# Stenographischer Bericht

## 25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 5., 6. und 7. Dezember 1988

### Inhalt:

#### Personalien:

Entschuldigt: Abg. Dr. Maitz.

#### 1. a) Auflagen:

Antrag, Einl.-Zahl 598/1, der Abgeordneten Göber, Ing. Stoisser, Dr. Maitz und Dr. Dorfer, betreffend den Berufsschulbesuch von Maturanten, die einen Lehrberuf erlernen (1646);

Antrag, Einl.-Zahl 599/1, der Abgeordneten Bacher, Dr. Lopatka, Kröll und Pußwald, betreffend die Ergreifung von geeigneten Vorkehrungen, um die oft tödlichen Nebenwirkungen bei Verabreichung von Fremdblutkonserven hintanzuhalten;

Antrag, Einl.-Zahl 600/1, der Abgeordneten Kröll, Schwab, Kanduth und Kollmann, betreffend entsprechende Initiativen zur Erwirkung einer Haltestation des Europa-City-Zuges am Bahnhof Schladming;

Antrag, Einl.-Zahl 601/1, der Abgeordneten Dr. Pfohl, Ing. Stoisser, Dr. Dorfer und Dr. Rupp, betreffend Intensivierung der Kontaktaufnahme mit der Wirtschaft der UdSSR;

Antrag, Einl.-Zahl 602/1, der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Buchberger und Schrammel, betreffend die Gewährung einer Förderung für die Errichtung einer Pflegestation im Bezirk Feldbach;

Antrag, Einl.-Zahl 603/1, der Abgeordneten Minder, Meyer, Schoiswohl, Zdarsky, Erhart, Dr. Ficzek, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kohlhammer, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Einführung eines Förderungsprogrammes für Frauen im Landesdienst in der Steiermark;

Antrag, Einl.-Zahl 604/1, der Abgeordneten Trampusch, Kohlhammer, Freitag, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Zuweisung von qualifiziertem Personal an die Rechtsabteilung 3 und die Fachabteilung III c der Landesbaudirektion;

Antrag, Einl.-Zahl 605/1, der Abgeordneten Trampusch, Freitag, Kohlhammer, Herrmann und Genossen, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung im Bezirk Radkersburg gemeinsam mit Slowenien;

Antrag, Einl.-Zahl 606/1, der Abgeordneten Erhart, Sponer, Günther Ofner, Meyer und Genossen, betreffend die Errichtung eines Zubaus zum Landesaltenpflegeheim Knittelfeld;

Antrag, Einl.-Zahl 607/1, der Abgeordneten Franz Ofner, Gennaro, Reicher, Hammer und Genossen, betreffend die Festsetzung von Grenzwerten für feste Brennstoffe und die Förderung der Forschung für moderne Heizungssysteme beim Hausbrand;

Antrag, Einl.-Zahl 608/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Änderung der Kompetenzen in Bauangelegenheiten;

Antrag, Einl.-Zahl 609/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend den Rückzug der politischen Mandatare aus dem Aufsichtsrat der Krankenanstaltenges. m. b. H.;

Antrag, Einl.-Zahl 610/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Prüfung der Möglichkeit einer Änderung der Landesverfassung in Richtung Delegation der Regelung bestimmter Angelegenheiten der Dienst- und Gehaltsordnung der Bediensteten der Stadt Graz an den Gemeinderat der Stadt Graz.

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 616/1, betreffend die Einholung einer Ermächtigung zur zusätzlichen Aufnahme von Darlehen beziehungsweise zur Durchführung von sonstigen Kredit- oder Finanzoperationen in der Höhe von insgesamt 59.993.000 Schilling;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 95/5, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Meyer, Kohlhammer, Hammer und Genossen, betreffend die rasche Verabschiedung eines neuen Kanalgesetzes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 355/5, zum Antrag der Abgeordneten Zdarsky, Minder, Meyer, Zellnig und Genossen, betreffend das Verbot des Einsatzes von Hormonen zur Steigerung der Milchleistung bei Kühen;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 374/4, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Kontrolle von inländischem und importiertem Fleisch auf Hormonrückstände;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 330/4 und 481/3, zu den Anträgen der Abgeordneten Pußwald, Göber, Dr. Lopatka und Schwab, Einl.-Zahl 330/1, und der Abgeordneten Minder, Meyer, Zdarsky, Dr. Ficzek und Genossen, Einl.-Zahl 481/1, betreffend die Einführung eines Anwaltes des Kindes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81/7, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Minder, Trampusch, Meyer und Genossen, betreffend die Schaffung einer Auskunfts-, Beratungs- und Servicestelle des Landes zu Fragen der Strahlungsgefahren, des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 615/1, Beilage Nr. 54, Gesetz über die Personalvertretung der Bediensteten des Landes Steiermark (Steiermärkisches Landespersonalvertretungsgesetz – LPVG);

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/22, zum Beschluß Nr. 163 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 1987, über den Antrag der Abgeordneten Weilharter, Kanduth, Schwab, Günther Ofner und Tschernitz, betreffend Hinweistafeln für die obersteirischen Bezirkshauptstädte beim Autobahnknoten St. Michael;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 391/3, zum Antrag der Abgeordneten Zellnig, Reicher, Gottlieb, Gennaro und Genossen, betreffend den Ausbau der B 72 zwischen Graz und Weiz (1647).

#### 1. b) Zuweisungen:

Anträge, Einl.-Zahlen 598/1, 599/1, 600/1, 601/1, 602/1, 603/1, 604/1, 605/1, 606/1, 607/1, 608/1, 609/1 und 610/1, der Landesregierung (1646).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 616/1, dem Finanz-Ausschuß (1646).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 95/5, dem Gemeinde-Ausschuß (1646).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 355/5 und 374/4, dem Ausschuß für Gesundheit (1646).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 330/4 und 481/3, dem Ausschuß für Jugend, Familie und Konsumentenschutz (1646).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81/7, dem Ausschuß für Umweltschutz (1646).

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 615/1, und Antrag, Einl.-Zahl 617/1, dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß (1646).

Regierungsvorlagen, Einl.-Zahlen 309/22 und 391/3, dem Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur (1646).

## 1. c) Anträge:

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend „Smogalarmplan“ des Landes Steiermark (Erlaß der Steiermärkischen Landesregierung vom 16. November 1987) (1647);

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Kohlhammer und Trampusch, betreffend Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird;

Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Schrammel, Bacher, Pörtl und Purr, betreffend Einbeziehung der Gesundheitsreferenten der Bundesländer in die Schaffung von Kassenplanstellen;

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Pinegger, Göber und Dr. Kalnoky, betreffend verstärkte Wiedereingliederung der Mütter nach den Erziehungsarbeiten in den Familien in den öffentlichen Dienst;

Antrag der Abgeordneten Dr. Pfohl, Prof. DDr. Steiner, Dr. Kalnoky und Dr. Maitz, betreffend Reform des „steirischen Herbstes“;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Kalnoky, Schwab und Prof. Dr. Eichinger, betreffend eine Information der Sozialversicherungen an die Patienten darüber, was die Versicherungen dem Arzt (dem Krankenhaus) an Kosten überwiesen hat (Kostentransparenz im Gesundheitsbereich);

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Schwab, Dr. Lopatka und Göber, betreffend die Abhaltung einer großen steirischen Familienenquete;

Antrag der Abgeordneten Dr. Rupp, Purr, Prof. Dr. Eichinger und Schwab, betreffend Liberalisierungsmaßnahmen (Deregulierung) in der Wirtschaft;

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Neuhold, Schwab und Göber, betreffend Förderung nach Einführung eines Familienabsetzbetrages;

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Neuhold, Schwab und Göber, betreffend Staffellung der Familienbeihilfe nach sozialen Gesichtspunkten;

Antrag der Abgeordneten Purr, Dr. Dorfer, Kollmann und Dr. Rupp, betreffend Einstellung von Behinderten;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Dr. Rupp, Kollmann und Grillitsch, betreffend die Erstellung eines Entwicklungsprogrammes für den Bezirk Murau;

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Rupp, Pörtl und Schützenhöfer, betreffend Senkung der Allgemeinen Tarife der STEWEAG;

Antrag der Abgeordneten Prof. DDr. Steiner, Pußwald, Prof. Dr. Eichinger und Schützenhöfer, betreffend Zentralisierung und Föderalisierung von Schul- und Bildungskompetenzen;

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Ing. Stoisser, Schützenhöfer und Pörtl, betreffend Privatisierung und Ausgliederung von Landesbetrieben und Betrieben mit mehrheitlicher Landesbeteiligung;

Antrag der Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Buchberger, Dr. Dorfer, Dr. Hirschmann, Dr. Maitz und Schützenhöfer, betreffend die Rolle der österreichischen Bundesländer im allgemeinen und im Hinblick auf einen geplanten Beitritt Österreichs zur EG;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Meyer, Spöner, Erhart und Genossen, betreffend die Förderung eines Berufsfindungszentrums in Kapfenberg;

Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharther, betreffend Novellierung des Bezügegesetzes und Fortführung der „Null-Lohnrunde“ für steirische Politiker bis 31. Dezember 1989;

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Subventionierung der Gemeinde Graz mit jenen Landesmitteln, die bisher allen steirischen Gemeinden zugänglich gemacht wurden, und die Forderung, daß diese Steuermittel von den Kanalabgaben der Gemeinde Graz abgezogen werden;

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend einen sofortigen Wasseranschluß für die durch Chemiegifte geschädigten Brunnenbesitzer in Graz-Süd - Rudersdorf durch Vorfinanzierung aus den Mitteln des Landes (Umweltfonds, Katastrophenfonds) und die Rückforderung vom Verursacher, der MAG-Eldra, im Besitz von Dipl.-Ing. Fuchs;

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch und Kohlhammer, betreffend Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird (1648).

Nicht ausreichend unterstützter Antrag:

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Anrufung des Bundesverfassungsdienstes bezüglich der rechtlichen Klärung, ob und inwieweit die Veröffentlichung der Subventionsgewährung an ein privates Unternehmen durch die öffentliche Hand im Widerspruch zu den Normen des Datenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 565/1978, steht (1647).

## Tagesordnung:

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/1, über den Landesvoranschlag 1989, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Hauptberichterstatter: Abg. Rainer (1648).

## Generaldebatte:

Redner: Abg. Pörtl (1649), Abg. Rainer (1655), Abg. Mag. Rader (1662), Abg. Kammlander (1670), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1672).

## Ordentlicher Haushalt:

## Spezialdebatte:

## Gruppe 0:

Berichterstatter: Abg. Pinegger (1684).

Redner: Abg. Kollmann (1685), Abg. Günther Ofner (1687), Abg. Mag. Rader (1688), Abg. Trampusch (1689), Abg. Schweighofer (1691), Abg. Vollmann (1692), Abg. Schützenhöfer (1693), Abg. Kohlhammer (1697), Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (1698), Abg. Rainer (1700), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1702), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (1702), Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (1703).  
Abstimmung (1705).

## Gruppe 1:

Berichterstatter: Abg. Günther Ofner (1705).

Redner: Abg. Schrammel (1705), Abg. Trampusch (1707), Abg. Mag. Rader (1708), Abg. Hammer (1710), Abg. Kanduth (1711), Landeshauptmann Dr. Krainer (1711).  
Abstimmung (1714).

## Gruppe 2:

Berichterstatter: Abg. Göber (1714).

Redner: Abg. Prof. DDr. Steiner (1714), Abg. Freitag (1718), Abg. Göber (1720), Abg. Minder (1722), Abg. Mag. Rader (1722), Abg. Ussar (1726), Abg. Dr. Dorfer (1727), Abg. Reicher (1729), Abg. Pußwald (1730), Abg. Kohlhammer (1731), Abg. Purr (1732), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1734), Landesrat Klasnic (1736), Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (1737), Abg. Hammer (1739), Abg. Dr. Dorfer (1740), Abg. Erhart (1740), Abg. Weilharther (1742), Landeshauptmann Dr. Krainer (1743), Abg. Mag. Rader (1743), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1743), Abg. Kammlander (1745), Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (1746).  
Abstimmung (1747).

## Gruppe 3:

Berichterstatter: Abg. Hirschmann (1747).

Redner: Abg. Kammlander (1748), Abg. Dr. Pfohl (1748), Abg. Dr. Ficzo (1749), Abg. Pinegger (1753), Abg. Spöner (1754), Abg. Mag. Rader (1755), Abg. Bacher (1758), Abg. Ussar (1758), Abg. Neuhold (1760), Abg. Herrmann (1761), Abg. Grillitsch (1762), Abg. Zellnig (1762), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1763), Abg. Dr. Hirschmann (1763), Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (1764).  
Abstimmung (1767).

**Gruppe 4:**

Berichtersteller: Abg. Meyer (1767).

Redner: Abg. Meyer (1767), Abg. Dr. Lopatka (1768), Abg. Erhart (1770), Abg. Pußwald (1772), Abg. Sponer (1774), Abg. Mag. Rader (1775), Abg. Minder (1775), Abg. Schrammel (1776), Abg. Schoiswohl (1776), Abg. Dr. Hirschmann (1777), Landesrat Tschernitz (1779), Abg. Weilharter (1781), Abg. Gottlieb (1782), Abg. Dr. Rupp (1783), Abg. Meyer (1784), Abg. Kanduth (1785), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (1786).

Abstimmung (1787).

**Gruppe 5:**

Berichtersteller: Abg. Erhart (1788).

Redner: Abg. Schwab (1788), Abg. Kammländer (1789), Abg. Schrittwieser (1792), Abg. Fuchs (1794), Abg. Erhart (1795), Abg. Kröll (1796), Abg. Weilharter (1797), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (1797), Abg. Gennaro (1800), Abg. Harmtodt (1803), Abg. Hammer (1805), Abg. Herrmann (1805), Abg. Mag. Rader (1806), Abg. Zdarsky (1808), Abg. Bacher (1808), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1809), Landesrat Dr. Strenitz (1810).

Abstimmung (1814).

**Gruppe 6:**

Berichtersteller: Abg. Grillitsch (1814).

Redner: Abg. Herrmann (1815), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1815), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (1822), Abg. Kohlhammer (1822), Abg. Dr. Dorfer (1822), Abg. Kammländer (1822), Abg. Purr (1823), Abg. Weilharter (1824), Abg. Schoiswohl (1824), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1825), Landeshauptmann Dr. Krainer (1826).

Abstimmung (1826).

**Gruppe 7:**

Berichtersteller: Abg. Kanduth (1827).

Redner: Abg. Buchberger (1827), Abg. Zellnig (1830), Abg. Kammländer (1833), Abg. Dr. Kalnoky (1835), Abg. Günther Ofner (1837), Abg. Zdarsky (1838), Abg. Grillitsch (1839), Abg. Weilharter (1841), Abg. Rainer (1843), Abg. Schwab (1844), Abg. Vollmann (1847), Abg. Schützenhöfer (1848), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1849), Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (1849), Abg. Kröll (1851), Abg. Günther Ofner (1855), Abg. Mag. Rader (1857), Abg. Vollmann (1860), Abg. Purr (1862), Abg. Dr. Dorfer (1862), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1865), Landesrat Klasnic (1866), Abg. Ing. Stoisser (1869), Abg. Gennaro (1873), Abg. Freitag (1877), Abg. Prof. Dr. Eichtinger (1878), Abg. Schrittwieser (1880), Abg. Mag. Rader (1883), Abg. Kollmann (1887), Abg. Franz Ofner (1889), Abg. Göber (1890), Abg. Ussar (1892), Abg. Dr. Rupp (1893), Abg. Hammer (1895), Abg. Kammländer (1897), Abg. Schrammel (1898), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (1898), Abg. Pinegger (1902), Landesrat Klasnic (1903).

Abstimmung (1906).

**Gruppe 8:**

Berichtersteller: Abg. Schwab (1906).

Abstimmung (1906).

**Gruppe 9:**

Berichtersteller: Abg. Vollmann (1906).

Redner: Landesrat Dr. Klausner (1906).

Abstimmung (1907).

**Außerordentlicher Landesvoranschlag:**

Berichtersteller: Abg. Rainer (1907).

Abstimmung (1907).

**Beschlußanträge:**

Berichtersteller: Abg. Rainer (1907 bis 1911).

Abstimmung (1907 bis 1911).

**Kraftfahrzeugsystemisierungsplan:**

Berichtersteller: Abg. Rainer (1911).

Abstimmung (1911).

**Dienstpostenplan:**

Berichtersteller: Abg. Kollmann (1911).

Abstimmung (1911).

**Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/1:**

Hauptberichtersteller: Abg. Rainer (1911).

Abstimmung (1911).

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 589/1, Beilage Nr. 50, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.  
Berichtersteller: Abg. Rainer (1911).  
Annahme des Antrages (1912).
4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 492/2, betreffend die Errichtung und Finanzierung eines Laserzentrums beim Technologiepark und Schulungszentrum Niklasdorf.  
Berichtersteller: Abg. Kollmann (1912).  
Annahme des Antrages (1912).
5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 592/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft, EZ. 80, KG. Sallegg, Gerichtsbezirk Stainz, an die Kongregation der Helferinnen um den Betrag von 1,5 Millionen Schilling.  
Berichtersteller: Abg. Kohlhammer (1912).  
Annahme des Antrages (1912).
6. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 587/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.  
Berichtersteller: Abg. Schrammel (1912).  
Annahme des Antrages (1913).
7. Bericht des Kontroll-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 503/1, betreffend den Landesrechnungsabschluß 1987.  
Berichtersteller: Abg. Rainer (1913).  
Annahme des Antrages (1913).
8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 617/1, Beilage Nr. 55, der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch und Kohlhammer, betreffend die Änderung des Landes-Verfassungsgesetzes 1960.  
Berichtersteller: Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (1913).  
Annahme des Antrages (1913).
9. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 590/1, Beilage Nr. 51, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz neuerlich geändert wird (11. KALG-Novelle).  
Berichtersteller: Abg. Sponer (1913).  
Redner: Landesrat Dr. Strenitz (1913).  
Annahme des Antrages (1913).  
Schlußworte:  
Landeshauptmann Dr. Krainer (1913), Präsident Wegart (1915).

Beginn: 9.15 Uhr.

**Präsident Wegart: Hohes Haus!**

Heute findet die 25. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Regierungsmitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz, der, gestern ohne sein Verschulden einen Unfall erlitten hat. Das Hohe Haus übermittelt ihm die besten Genesungswünsche.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Geschäftsstücke liegen heute auf, die ich wie folgt zuweise:

der Landesregierung:

den Antrag, Einl.-Zahl 598/1, der Abgeordneten Göber, Ing. Stoisser, Dr. Maitz und Dr. Dorfer, betreffend den Berufsschulbesuch von Maturanten, die einen Lehrberuf erlernen;

den Antrag, Einl.-Zahl 599/1, der Abgeordneten Bacher, Dr. Lopatka, Kröll und Pußwald, betreffend die Ergreifung von geeigneten Vorkehrungen, um die oft tödlichen Nebenwirkungen bei Verabreichung von Fremdblutkonserven hintanzuhalten;

den Antrag, Einl.-Zahl 600/1, der Abgeordneten Kröll, Schwab, Kanduth und Kollmann, betreffend entsprechende Initiativen zur Erwirkung einer Haltestation des Europa-City-Zuges am Bahnhof Schladming;

den Antrag, Einl.-Zahl 601/1, der Abgeordneten Dr. Pfohl, Ing. Stoisser, Dr. Dorfer und Dr. Rupp, betreffend Intensivierung der Kontaktaufnahme mit der Wirtschaft der UdSSR;

den Antrag, Einl.-Zahl 602/1, der Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Buchberger und Schrammel, betreffend die Gewährung einer Förderung für die Errichtung einer Pflegestation im Bezirk Feldbach;

den Antrag, Einl.-Zahl 603/1, der Abgeordneten Minder, Meyer, Schoiswohl, Zdarsky, Erhart, Dr. Ficzkó, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Herrmann, Kohlhammer, Franz Ofner, Günther Ofner, Rainer, Reicher, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig, betreffend die Einführung eines Förderungsprogrammes für Frauen im Landesdienst in der Steiermark;

den Antrag, Einl.-Zahl 604/1, der Abgeordneten Trampusch, Kohlhammer, Freitag, Günther Ofner und Genossen, betreffend die Zuweisung von qualifiziertem Personal an die Rechtsabteilung 3 und die Fachabteilung III c der Landesbaudirektion;

den Antrag, Einl.-Zahl 605/1, der Abgeordneten Trampusch, Freitag, Kohlhammer, Herrmann und Genossen, betreffend die Durchführung einer Landesausstellung im Bezirk Radkersburg gemeinsam mit Slowenien;

den Antrag, Einl.-Zahl 606/1, der Abgeordneten Erhart, Sponer, Günther Ofner, Meyer und Genossen, betreffend die Errichtung eines Zubaus zum Landesaltenpflegeheim Knittelfeld;

den Antrag, Einl.-Zahl 607/1, der Abgeordneten Franz Ofner, Gennaro, Reicher, Hammer und Genossen, betreffend die Festsetzung von Grenzwerten für feste Brennstoffe und die Förderung der Forschung für moderne Heizungssysteme beim Hausbrand;

den Antrag, Einl.-Zahl 608/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Änderung der Kompetenzen in Bauangelegenheiten;

den Antrag, Einl.-Zahl 609/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend den Rückzug der politischen Mandatare aus dem Aufsichtsrat der Krankenanstaltenges. m. b. H.;

den Antrag, Einl.-Zahl 610/1, der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Prüfung der Möglichkeit einer Änderung der Landesverfassung in Richtung Delegation der Regelung bestimmter Angelegenheiten der Dienst- und Gehaltsordnung der Bediensteten der Stadt Graz an den Gemeinderat der Stadt Graz.

Ich weise zu dem Finanz-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 616/1, betreffend die Einholung einer Ermächtigung zur zusätzlichen Aufnahme von Darlehen beziehungsweise zur Durchführung von sonstigen Kredit- oder Finanzoperationen in der Höhe von insgesamt 59,993.000 Schilling;

ich weise zu dem Gemeinde-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 95/5, zum Antrag der Abgeordneten Trampusch, Meyer, Kohlhammer, Hammer und Genossen, betreffend die rasche Verabschiedung eines neuen Kanalgesetzes;

ich weise zu dem Ausschuß für Gesundheit:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 355/5, zum Antrag der Abgeordneten Zdarsky, Minder, Meyer, Zellnig und Genossen, betreffend das Verbot des Einsatzes von Hormonen zur Steigerung der Milchleistung bei Kühen;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 374/4, zum Antrag der Abgeordneten Kammländer, betreffend die Kontrolle von inländischem und importiertem Fleisch auf Hormonrückstände;

ich weise zu dem Ausschuß für Jugend, Familie und Konsumentenschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 330/4 und 481/3, zu den Anträgen der Abgeordneten Pußwald, Göber, Dr. Lopatka und Schwab, Einl.-Zahl 330/1, und der Abgeordneten Minder, Meyer, Zdarsky, Dr. Ficzkó und Genossen, Einl.-Zahl 481/1, betreffend die Einführung eines Anwaltes des Kindes;

ich weise zu dem Ausschuß für Umweltschutz:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 81/7, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Minder, Trampusch, Meyer und Genossen, betreffend die Schaffung einer Auskunfts-, Beratungs- und Servicestelle des Landes zu Fragen der Strahlungsgefahren, des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes;

ich weise zu dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 615/1, Beilage Nr. 54, Gesetz über die Personalvertretung der Bediensteten des Landes Steiermark (Steiermärkisches Landespersonalvertretungsgesetz – LPVG);

ich weise zu dem Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/22, zum Beschluß Nr. 163 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 1987, über den Antrag der Abgeordneten

Weilharter, Kanduth, Schwab, Günther Ofner und Tschernitz, betreffend Hinweistafeln für die obersteirischen Bezirkshauptstädte beim Autobahnknoten St. Michael;

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 391/3, zum Antrag der Abgeordneten Zellnig, Reicher, Gottlieb, Gennaro und Genossen, betreffend den Ausbau der B 72 zwischen Graz und Weiz.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Folgende Anträge wurden heute eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend „Smogalarmplan“ des Landes Steiermark (Erlaß der Steiermärkischen Landesregierung vom 16. November 1987).

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Anrufung des Bundesverfassungsdienstes bezüglich der rechtlichen Klärung, ob und inwieweit die Veröffentlichung der Subventionsgewährung an ein privates Unternehmen durch die öffentliche Hand im Widerspruch zu den Normen des Datenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 565/1978, steht.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Kohlhammer und Trampusch, betreffend Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird;

Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Schrammel, Bacher, Pörtl und Purr, betreffend Einbeziehung der Gesundheitsreferenten der Bundesländer in die Schaffung von Kassenplanstellen;

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Pinegger, Göber und Dr. Kalnoky, betreffend verstärkte Wiedereingliederung der Mütter nach den Erziehungsarbeiten in den Familien in den öffentlichen Dienst;

Antrag der Abgeordneten Dr. Pfohl, Prof. DDr. Steiner, Dr. Kalnoky und Dr. Maitz, betreffend Reform des „steirischen Herbstes“;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Kalnoky, Schwab und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend eine Information der Sozialversicherungen an die Patienten darüber, was die Versicherungen dem Arzt (dem Krankenhaus) an Kosten überwiesen hat (Kostentransparenz im Gesundheitsbereich);

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Schwab, Dr. Lopatka und Göber, betreffend die Abhaltung einer großen steirischen Familienenquete;

Antrag der Abgeordneten Dr. Rupp, Purr, Prof. Dr. Eichtinger und Schwab, betreffend Liberalisierungsmaßnahmen (Deregulierung) in der Wirtschaft;

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Neuhold, Schwab und Göber, betreffend Förderung nach Einführung eines Familienabsetzbetrages;

Antrag der Abgeordneten Pußwald, Neuhold, Schwab und Göber, betreffend Staffelung der Familienbeihilfe nach sozialen Gesichtspunkten;

Antrag der Abgeordneten Purr, Dr. Dorfer, Kollmann und Dr. Rupp, betreffend Einstellung von Behinderten;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Dr. Dorfer, Dr. Rupp, Kollmann und Grillitsch, betreffend die Erstellung eines Entwicklungsprogrammes für den Bezirk Murau;

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Rupp, Pörtl und Schützenhöfer, betreffend Senkung der Allgemeinen Tarife der STEWEAG;

Antrag der Abgeordneten Prof. DDr. Steiner, Pußwald, Prof. Dr. Eichtinger und Schützenhöfer, betreffend Dezentralisierung und Föderalisierung von Schul- und Bildungskompetenzen;

Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Ing. Stoisser, Schützenhöfer und Pörtl, betreffend Privatisierung und Ausgliederung von Landesbetrieben und Betrieben mit mehrheitlicher Landesbeteiligung;

Antrag der Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Buchberger, Dr. Dorfer, Dr. Hirschmann, Dr. Maitz und Schützenhöfer, betreffend die Rolle der österreichischen Bundesländer im allgemeinen und im Hinblick auf einen geplanten Beitritt Österreichs zur EG;

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Meyer, Spinner, Erhart und Genossen, betreffend die Förderung eines Berufsfindungszentrums in Kapfenberg;

Antrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend Novellierung des Bezügegesetzes und Fortführung der „Null-Lohnrunde“ für steirische Politiker bis 31. Dezember 1989.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die Subventionierung der Gemeinde Graz mit jenen Landesmitteln, die bisher allen steirischen Gemeinden zugänglich gemacht wurden, und die Forderung, daß diese Steuermittel von den Kanalabgaben der Gemeinde Graz abgezogen werden.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Antrag des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend einen sofortigen Wasseranschluß für die durch Chemiegifte geschädigten Brunnenbesitzer in Graz-Süd – Rudersdorf durch Vorfinanzierung aus den Mitteln des Landes (Umweltfonds, Katastrophenfonds) und die Rückforderung vom Verursacher, der MAG-Eldra, im Besitz von Dipl.-Ing. Fuchs.

Ich stelle gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage.

Wer diesen Antrag unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Eingebracht wurde heute der Antrag, Einl.-Zahl 617/1, Beilage Nr. 55, der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch und Kohlhammer, betreffend Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird.

Infolge gegebener Dringlichkeit weise ich diesen Antrag dem Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß zu.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages über:

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

## **2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/1, über den Landesvoranschlag 1989, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.**

Hauptberichtersteller ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile und den ich frage, ob er den Antrag stellt, die Beratung über den Landesvoranschlag in eine Generaldebatte und in eine Spezialdebatte zu teilen.

**Abg. Rainer:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In Beantwortung Ihrer Frage, Herr Präsident, stelle ich den Antrag auf Durchführung einer General- und einer Spezialdebatte.

**Präsident:** Sie haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich erteile dem Hauptberichtersteller, Herrn Abgeordneten Karl Rainer, das Wort zur Eröffnung der Generaldebatte.

**Abg. Rainer** (9.29 Uhr): Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Landesvoranschlag 1989, den Dienstpostenplan und den Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Im Sinne des Paragraphen 15 Absatz 2 litera a des Landesverfassungsgesetzes 1960 wird dem Steiermärkischen Landtag ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das Rechnungsjahr 1989 zur Beschlußfassung vorgelegt.

Der Landesvoranschlag besteht aus dem ordentlichen und außerordentlichen Haushalt und den dazu-

gehörigen Systemisierungen der Dienstposten (Dienstpostenplan) und der Kraftfahrzeuge (Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge).

Ordentlicher Haushalt: Den veranschlagten Ausgaben von 26.081,949 Millionen Schilling stehen veranschlagte Einnahmen (ohne Erlöse aus Fremdmittelaufnahmen zur Abgangsdeckung) von 24.905,877 Millionen Schilling gegenüber.

Der Gebarungsabgang im ordentlichen Haushalt beträgt demnach 1.176,072 Millionen Schilling. Der gesamte Gebarungsabgang soll durch Darlehensaufnahmen abgedeckt werden, wofür im Unterabschnitt 982 „Haushaltsausgleich durch Kreditoperationen“ beim Ansatz 2/982009 eine solche Voranschlagspost vorgesehen ist. Im Punkt 7 des nachstehenden Landtagsbeschlusses sind konkrete Bestimmungen über die Finanzierung des Gebarungsabganges des ordentlichen Haushaltes vorbereitet.

Außerordentlicher Haushalt: Es sind Gesamtausgaben veranschlagt von 1.118,316 Millionen Schilling. Davon entfallen auf das Normalprogramm 420,991 Millionen Schilling und auf das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm 697,325 Millionen Schilling.

Als zweckgebundene Teilbedeckung ist eine Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt von 7,340 Millionen Schilling vorgesehen.

Der verbleibende Restbetrag des außerordentlichen Haushaltes von 1.110,976 Millionen Schilling muß mangels anderer Bedeckungsmöglichkeiten zur Gänze aus Kredit- und Finanzoperationen finanziert werden. Im Punkt 8 des nachstehenden Landtagsbeschlusses sind konkrete Bestimmungen über die Finanzierung des außerordentlichen Haushaltes vorbereitet.

Für den Haushaltsausgleich im außerordentlichen Landesvoranschlag sind im Unterabschnitt 982 „Haushaltsausgleich durch Kreditoperationen“ beim Ansatz 6/982009 entsprechende Voranschlagsposten eröffnet.

Die Aufgliederung der Gesamtziffern ist nach der Systematik der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung, BGBl. Nr. 159/1983, und der Verordnung des Bundesministers für Finanzen, BGBl. Nr. 440/1986, mit der die Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung geändert wurde, im Landesvoranschlag 1989 (Anlage 1) und in den dazugehörigen Erläuterungen dargestellt.

Die Aufgliederung der Dienstposten nach Dienststellen und Dienstklassen mit den Erläuterungen erfolgt im Dienstpostenplan.

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge setzt der Systemisierungsplan der Kraftfahrzeuge fest. Die Aufgliederung nach Dienststellen und Kraftfahrzeugkategorien ist im Systemisierungsplan enthalten.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß am 25. November 1988 einstimmig angenommen. Ich beantrage daher die Annahme des Landesvoranschlages 1989 sowie des Dienstpostenplanes und Kraftfahrzeugsystemisierungsplanes (9.32 Uhr).

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pötl.

**Abg. Pörtl** (9.33 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor mehreren Jahren hat ein anerkannter Wissenschaftler weltweit die Frage untersucht, was denn eigentlich die Menschen bewegt, daß sie zu einer Gemeinschaft stehen. Er ist zu dem bitteren Ergebnis gekommen, daß es drei Gründe gibt. Der erste Grund, daß Menschen für eine Gemeinschaft eintreten, weltweit gesehen, ist, einen gemeinsamen Feind zu haben. Der zweite Grund: gemeinsam die Not zu bewältigen, und der dritte Grund: gemeinsame Ideale zu vertreten. Er hat in den Schlußbemerkungen festgestellt, nur dann, wenn wir diese Reihenfolge umkehren, wird in unserer Welt der Fortbestand der Menschheit, der Frieden und letzten Endes eine hoffnungsvolle Zukunft möglich sein. Wenn wir die Menschen in unseren Familien, in den Dörfern, in unseren Gemeinden, aber letzten Endes auch in den Parteien in unserem Land in der Gegenwart und auch in der Zukunft betrachten, so sind wir diesen hoffnungsvollen Weg in den letzten Jahrzehnten gegangen.

Verehrte Damen und Herren! Wenn man als einfacher Bauer hier in dieser steirischen Landstube die Diskussion über den Landesvoranschlag eröffnet, so habe ich fast ein ähnliches Gefühl, als ob ich im Herbst vor einem Acker stehe und weiß, daß die Ernte von vielen Einflüssen abhängig ist. Es sind das der Boden, das Klima und die Fruchtfolge. Auf der anderen Seite ist es der Bauer, der Mensch, der das Saatgut, die Bearbeitung und die Nährstoffe in der Hand hat. Für uns sind die Rahmenbedingungen die natürliche Gegebenheit und die Geschichte, die unser Land in der Steiermark, in der Randlage, in der Strukturschwäche der Obersteiermark und in den Grenzlandgebieten einerseits hat, und vor allem unser Rahmen ist auch die Schönheit und die Vielfalt der Menschen unseres Landes.

Verehrte Damen und Herren! Der Mensch in unserem Land, das sind die Fähigkeiten mit ihren Idealen, und gerade aus dieser Spannung der Rahmenbedingungen und unseren menschlichen Fähigkeiten aus der Erfahrung von Rückblick und Vision haben wir diesen Landesvoranschlag erstellt, und er spiegelt auch diese Voraussetzungen wider. Es sind gemeinsame Anstrengungen wie bisher auf Grund unserer Voraussetzungen notwendig, die eigentlich schon bisher die sichtbaren Erfolge auf Grund unserer Ausgangslage gebracht haben. Wie schaut dieser Rahmen weltweit und global aus, verehrte Damen und Herren? Ich kann mich an keine Zeit erinnern, wo unmittelbar auf der einen Seite so viele Umweltängste spürbar waren, ob es die Klimaveränderungen sind, die teilweise sterbenden Weltmeere, das Waldsterben und die Zerstörung der tropischen Wälder oder die Energie- und Rohstoffkrappheit. Ich kann mich aber auch an keine Zeit erinnern, wo zugleich lokal und international spürbare Maßnahmen greifen, und es stimmt tatsächlich: Global denken und lokal handeln ist in der Gegenwart greifbar und sichtbar, wenn wir unsere steirische Umweltpolitik betrachten, und ich erlebe es im eigenen Bezirk, wo sich Weltkonzerne mit Biomasse und Fernwärme beschäftigen, wo die Seen- und Flußsanierungen unmittelbar greifbar werden.

Verehrte Damen und Herren, es wird uns immer mehr bewußt, daß die Welt unmittelbar in unserer

Hand, in der Hand des Menschen, liegt, und wir entdecken Gott sei Dank auch neue Begriffe im politischen Bereich. Es gibt den Begriff der Entschleunigung, vor allem eine natürlichere Beziehung der Wirtschaft zur Natur und zu den Menschen. Es gibt auch den Begriff „Glasnost“ und „Perestrojka“, und wer hätte geglaubt, daß wir es so schnell erleben, daß in diesem Land eine solche Entwicklung stattfinden kann. Es gibt den Begriff der Versöhnungsgesellschaft, eine Vision, wo weltweit versucht wird, einen Ausgleich zwischen arm und reich, zwischen verschiedenen Systemen und Interessensgruppen zu schaffen. Und gerade unser Land hat diese Versöhnung nach dem Krieg Gott sei Dank gelebt, und es muß diese Vision auch in der Zukunft unser Ratgeber bei unseren Entscheidungen und beim Zusammenleben der Menschen bleiben.

Verehrte Damen und Herren, vor kurzem hat ein Zukunftsforscher ausgesprochen, daß der beste Zeitpunkt einer Prognose nach dem Ereignis ist. Dieser gleiche Zukunftsforscher hat prognostiziert, daß wir einen weiteren Strukturwandel erleben werden. Werte Damen und Herren, dieser Strukturwandel war es eigentlich, der vielfach fast unlösbare Situationen in unserem Land lösbar gemacht hat.

Wenn vor 30 Jahren jemand prognostiziert hätte, daß 700.000 Menschen aus der Landwirtschaft, Zehntausende aus der Bergbau- und Eisenindustrie, über 40.000 Menschen aus dem Textilbereich und über 500.000 junge Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt kommen und zur gleichen Zeit – in diesen letzten 30 Jahren – der Ölpreis sich verzehnfacht, auf der anderen Seite die festen Wechselkurse zusammenbrechen, der Dollar auf die Hälfte abgewertet wird und zum Schluß auch noch die österreichische verstaatlichte Industrie konkursreif wird und vor dem Zusammenbrechen steht, so wissen wir, daß wir all diese ungünstigen Umstände relativ gut überstanden haben, weil wir diesen Strukturwandel gelebt haben und weil der Grund für diese sogenannte Weltuntergangsstimmung gerade aus dieser Perspektive eigentlich nicht vorhanden ist.

Meine Damen und Herren! Auf unserer Erde leben derzeit fünf Milliarden Menschen. Vor hundert Jahren waren es noch 1,6 Milliarden, und im Jahr 2000 werden es sechs Milliarden sein. Eine Studie der Weltbank sagt voraus, daß elf bis zwölf Milliarden Menschen im Jahr 2150 unseren Globus beleben werden. Allein wenn wir den Energieverbrauch darauf aufrechnen, wäre diese Energieentwicklung mit den herkömmlichen Formen der Energie rein aus ökologischen Gründen unmöglich.

Verehrte Damen und Herren, wir brauchen also keine Modelle, die den Zustand beschreiben, sondern wir brauchen immer mehr Modelle, die den Wandel um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen einleiten. Und es ist der menschliche Erfindergeist, der tatsächlich und sehr konkret, auch mit Beispielen belegbar, diese materiellen Ressourcen substituieren kann. Denken wir an die Nachrichtentechnik: Vor Jahren und Jahrzehnten haben wir noch tonnenweise Kabel in die Meere verlegt, um die Nachrichtenverbindungen zu erhalten. Heute sind es Satelliten mit einem minimalen Materialeinsatz. Und man schätzt, daß in 40, 50, 60 Jahren die Energieversorgung auf unserem Globus

mit einer kombinierten Wasserstoff-Solar-Energieerzeugung möglich sein wird. Und trotz dieser Visionen wissen wir, daß die Umweltgüter, die wir auf dieser Erde vorfinden, immer knapper werden.

Verehrte Damen und Herren, wir müssen daher unsere Lebensgrundlagen schützen und nützen, und wir müssen daher unsere Wirtschaft, diese soziale Marktwirtschaft, auf die Natur und auf den Menschen mit dem Begriff der ökosozialen Marktwirtschaft einstellen.

Verehrte Damen und Herren, Hoher Landtag! Die Zukunft ist und war nie eine Prognose, sondern die Zukunft ist eine unmittelbare Gestaltungsaufgabe. Und unser Land – und damit meine ich Österreich – wird von zwei Wachstumsmotoren in der Zukunft beeinflußt werden. Es ist einerseits die Integration in Europa, und es ist auf der anderen Seite die Öffnung Osteuropas. Und wir haben vor einiger Zeit im Wiener Raum und in den östlichen Bundesländern und zum Teil auch in unserem Land erlebt, welche gewaltige versteckte Wirtschaftskraft in diesen Ländern lebt, wenn nur dieser Pluralismus und diese Freiheit in diesen Ländern sich weiterentwickeln.

Die Weltausstellung „Wien – Budapest“ ist ein sehr konkreter Anlaß, wo wir diese kulturellen und touristischen Chancen, aber auch die wirtschaftlichen Chancen, wenn diese Weltausstellung zustande kommt, auf jeden Fall nützen müssen.

Verehrte Damen und Herren, unser Land wird in Zukunft immer mehr intelligenteren Industrien als Partner gegenüberstehen, und wir stehen aber auch in der Zukunft Gesellschaften gegenüber, die wohlhabender sein werden und mehr Freizeit haben werden. Gerade aus dieser Entwicklung wird einerseits eine technische, organisatorisch innovative Entwicklung möglich und sogar notwendig sein, und auf der anderen Seite wird eine bunte Palette von Diensten beansprucht werden. Ich erlebe das unmittelbar in meinem eigenen Bezirk, in der Region, in den Fremdenverkehrsgebieten, in der Thermenregion und vor allem auch in den Gesundheitszentren. Es wird in der Zukunft das Erlebnisstreben stärker sein und vor dem Warenstreben liegen.

Gerade unser vorliegendes Budget unterstreicht die Schwerpunkte und die Tendenzen, die Weiterentwicklung in der Forschung und die Innovation, die verstärkte Förderung der Wirtschaft und im Fremdenverkehr und die Umweltschwerpunkte genauso wie die Grenzlandoffensive.

Verehrte Damen und Herren, in den letzten drei Jahren – und auch hier im vorliegenden Budget – ist es uns gelungen, trotz vernünftiger Einsparungen solche Schwerpunkte einer guten Zukunftsorientierung zu setzen. Wir haben aber auch noch keine Zeit erlebt, wo nach der Krankheit der „heiligen Kühe“, weltweit gesehen und besonders, wenn wir nach Osteuropa blicken, einfach die Naturkraft der Wirtschaft, die Gesetze der Natur und die einfachen Bedürfnisse der Menschen Ideologien und Dogmen verdrängen werden.

Verehrte Damen und Herren, Glasnost und Perestrojka sind die extremsten Beispiele, und wir hoffen, daß es keinen Rückfall in diesen Ländern gibt und

keine ernsthaften völkischen Auseinandersetzungen in größerem Ausmaß dort stattfinden.

Verehrte Damen und Herren, im Gedenkjahr, wo wir in unserem Land an die Versöhnung erinnert wurde, erleben wir aber auch eine neue Sehnsucht, die Integration in die EG und die Öffnung von Osten her, wo vor 70 Jahren der Vielvölkerstaat zu Ende gegangen ist. Wir glauben, daß diese historische Betrachtung, die derzeit von den Plakatwänden verkündet wird, „100 Jahre sozialistische Partei Österreich“, eine dramatische Zeit und eigentlich einen tragischen Augenblick dieser Feier miterleben muß. „Durch eigene Regierungsentscheidungen müssen sie das Fundament ihres früheren sozialistischen Glaubens zerstören.“ Das sage nicht nur ich hier an diesem Rednerpult als ein Nichtsozialist, sondern das sagt auch sinngemäß Bruno Kreisky, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nach dem jetzigen Einstieg in die Sanierungspartnerschaft wird uns vielfach erst bewußt, welche enorme Chance wir in den siebziger Jahren bei vollen Kassen und bei guter Konjunktur gehabt hätten. Es wurden seinerzeit Vorbilder ignoriert, die den Strukturwandel und die Privatisierung gelebt und vorgelebt haben. Denken wir an die mittelständische Wirtschaft und an die Landwirtschaft. Gutachten, wie das Booz-Allen-Gutachten, wurden verschmäht und verlacht, und heute gibt es leider dort und da Restbestände, die früher geträumt haben, daß man die europäische Wirtschaft so organisieren könnte, wie die Selbstverwaltungszentren in Jugoslawien, und glauben, daß die verordnete Wirtschaftstheorie eine zukunftsbringende Theorie sein wird. Wir erleben im Gegensatz, daß die Privatisierung umgesetzt wird, wenn wir an die Privatisierung im Bereich der AUA, der ÖMV und jetzt zuletzt beim Verbund denken, wo 500.000 Miteigentümer in der Republik Österreich sich damit beteiligt haben. Es stimmt also Gott sei Dank der Spruch nicht, daß die Geschichte dauernd lehrt und keine Schüler findet. Nach diesen bitteren Ergebnissen, den Sachzwängen um die Erhaltung unserer verstaatlichten Industrie, der Existenzgefährdung durch die Verschuldung unseres Staates und nach der Ideologie des Wohlfahrtsstaates auf Kosten des Staates und auf Kosten der Zukunft wurde diese Politik der letzten 16 Jahre auch von den Vernünftigen der SPÖ abgeschüttelt. Damals wurde Anspruchsinflation vermittelt, der Staat wurde als Selbstbedienungsladen angeboten, der einfach zu leisten hat, wenn es verlangt wird. Verdrängt wurden die Eigenverantwortung des Menschen und das Subsidiaritätsprinzip mit ihrer schöpferischen Kraft und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir die Entwicklung der Obersteiermark betrachten, spüren wir es unmittelbar. Professor Tichy hat in seiner Feststellung gesagt, daß diese Phantasie der schöpferischen Kräfte in den letzten Jahren Gott sei Dank sehr große Zuwachsraten in der Obersteiermark von den unmittelbar Betroffenen direkt vernimmt.

Meine Damen und Herren! Nicht mit Schadenfreude stellen wir fest, daß das Regierungsprogramm in unserem Lande, in der Republik Österreich, unsere Handschrift hat, und wir sind nicht nur in der Steiermark die bessere Sachalternative, wir sind es auch nach wie vor in unserem Land Österreich. (Beifall bei der ÖVP.) Nicht nur die Privatisierung, auch die Steuerreform, die eigenständige Agrarreform des ökosozialen Weges,

die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft immer mehr unter Beachtung der Natur, der Ausbau der Verkehrsverbindungen, die Neuorientierung auf den EG-Markt und die Integration auf Sicht des Binnenmarktes und genauso auch die Öffnung nach Osteuropa, die Umweltoffensive geben uns in Österreich das Gefühl, daß wir diesen schwierigen Weg der Zukunftsbewältigung gehen und nicht den angenehmen Weg, kurzfristig in der Sackgasse steckenzubleiben. Wir müssen also in Zukunft nicht mit den Menschen, sondern für die Menschen Politik machen. Wenn nach den Enttäuschungen in der Obersteiermark jetzt, wie ich aus einem Zeitungsbericht vernommen habe, unser Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross mit Experten eine neue Grenzlandoffensive verkündet, vermischt mit EG-Angst, wo vor 16 Jahren sehr mutig und hoffnungsvoll in den Grenzgebieten ein blühender Garten des Wohlstandes verkündet wurde, so gibt dies ein sehr klares Zeichen der Unsicherheit. Wir haben in unserem Land seit Jahrzehnten eine Grenzlandpolitik betrieben und eine Grenzlandförderung umgesetzt. Ich habe selbst noch schwere Schlachten in diesem Haus miterlebt, wo wir um diese Bundesförderung gekämpft haben, und heute haben wir diese Direktzahlungen über Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler, der damit diesen ökosozialen Weg sehr konsequent und praktisch umsetzt zur Weiterentwicklung unserer bäuerlichen Familienbetriebe und vor allem auch zur Erhaltung unserer Bauernhöfe. (Beifall bei der ÖVP.)

Verehrte Damen und Herren! Dieser Weg ist nicht nur für unser Land, sondern ist auch für Europa eine Chance, auch dort die Politik dieses vernünftigen agrarsozialen Weges zu gehen. Bei der europäischen Tagung der CEA wurde durchwegs dieser Leitfadens mit großem und größtem Interesse beraten und diskutiert, und es ist eine praktisch erprobte Politik jahrzehntelang um den Bauern und für die Bauern. Sie geben damit unserem ländlichen Lebensraum eine neue Hoffnung.

Verehrte Damen und Herren! In jenen Gebieten, wo wir in den sechziger Jahren die Landflucht beklagt haben, erleben wir unmittelbar und direkt die Dorferneuerung, und die Stadtfucht unterstreicht, wie notwendig wir den dynamischen ländlichen Lebensraum brauchen. Heute gibt es längst die Stadterneuerung, – eine echte Partnerschaft, um die wir Gott sei Dank jahrzehntelang gerungen haben. Früher war es der Begriff „Stadt und Land – Hand in Hand“, und heute ist es die umfassende Landesentwicklung, wo wir gemeinsam mit einem enormen Wissen von der Wissenschaft, von der Technik her und auch von der Wirtschaft mit den neuen Technologien und Kommunikationsmitteln vor allem die wirtschaftliche Belebung dieser ländlichen Lebensräume vorantreiben. Gerade im bäuerlichen Bereich erleben wir in dieser Neuerungphase, daß wir sehr oft diese neuen Wege auf den alten Spuren vorfinden werden, wenn wir an die Energieerzeugung und an die Rohstoff- und Eiweißherzeugung denken.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einen Dank aussprechen. Am 26. Oktober, am Staatsfeiertag, hat unter dem Titel „Land in Sicht“ diese Idee einen breiten Raum gefunden. Es wurden die neuen Dimensionen und Visionen mit konkreten Beispielen darge-

legt. Nicht nur die Fassaden, sondern auch der Kern dieser Gesinnung waren ersichtlich. Ich möchte daher dem ORF, dem steirischen Intendanten Lorenz mit all seinen Mitarbeitern, sehr herzlich danken, auch den Mitgestaltern und Herrn Prof. Max Mayr, der in dieser Landkampagne europäisch weit aktiv ist. Es war dies eine sinnvolle Darstellung eines neuen Heimatbezuges und einer Eigenständigkeit mit einer Partnerschaft und Hoffnung, und es war eine Dokumentation von Idee und Tatkraft. (Beifall bei der ÖVP.)

Wie in mehreren Bezirken in unserem Land, so arbeiten auch wir in unserem Bezirk nach dieser Idee der Landentwicklung in unserem Regionalverband. Wir stehen in unserer Region gemeinsam zusammen, die Interessensvertretungen, die Betriebe, alle politischen Kräfte, und nach dem Motto „Aus Problemen Chancen entwickeln“, ähnlich wie auch in unserem Land, versuchen wir, gemeinsam die natürlichen Lebensräume zu erhalten und zu nützen über einen effektiven, sanften und soliden Fremdenverkehr, und andererseits die Wirtschafts- und Kaufkraft zu heben. Wo wir vor allem mit weniger Rohstoff und mit weniger Fachkräften, die derzeit außerhalb der Region arbeiten, versuchen wollen, diese Veredelung von Rohstoffen – Landschaft und vor allem Naturprodukte, wenn ich an das Holz denke – in den weiten ländlichen Gebieten in die Praxis umzusetzen.

Meine Damen und Herren, nicht die Selbstbemitleidung, das Warten auf den warmen Regen, hat uns jeweils geholfen, sondern der mutige Schritt nach dem Vorbild einfacher und tüchtiger Unternehmer, die mit Hausverstand, mit guten Marktkenntnissen, mit der Wissenschaft, mit tüchtigen Mitarbeitern in unserer Region in der Wirtschaft die Leitfunktionen übernehmen. Und heute spüren wir unmittelbar auch diesen Erfolg: einen dynamischen Fremdenverkehr; wir haben ein Fernheizwerk. Wir haben nach dem Motto „Aus Problemen Chancen entwickeln“ das Problem, daß wir kein Öl, aber Warmwasser in Waltersdorf gefunden haben, gelöst und im Fremdenverkehr eine sehr dynamische Entwicklung, und die Hartberger Werkstätten setzen mit dieser Holzveredelung ein sehr klares Beispiel einer Eigeninitiative. Und wenn wir die Finanzkraft in unserer Region betrachten, so wissen wir, daß sie von 1983 von 243 Millionen Schilling auf 301 Millionen Schilling im vergangenen Jahr gestiegen ist.

Verehrte Damen und Herren, das ist die Idee der neuen Bäuerlichkeit, und ich weiß schon, der Herr Kollege Rainer wird nach mir das Wort ergreifen, und wir haben versucht, mit Hausverstand, mit Weitblick und mit grundsätzlichem Denken das umzusetzen. Er hat mich seit Jahren scherzhaft als den „Bauern-Suslow“ bezeichnet, und Sie alle wissen sehr genau, daß er einem Kollegen auch im Osten sehr ähnlich sieht: Es ist das der Herr Jelzin. Ich sage das nur scherzhaft, weil grundsätzlich langfristig gesehen klares Denken (Abg. Dr. Hirschmann: „Den Jelzin haben sie schon hinausgeworfen!“) mit Hausverstand und Naturbezug einfach seine konkreten Erfolge hat.

Verehrte Damen und Herren, bei solchen Aktivitäten im Land und vor allem auch in den Regionen – und wir verspüren das sehr unmittelbar und direkt – wenden sich die Menschen von der Politik nicht ab, vor allem

auch nicht die jungen Menschen. Ich bin daher überzeugt, daß wir in dieser Situation die Einsteigerförderung vorantreiben müssen und nicht die Aussteigerförderung zur Diskussion stellen. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.)

Wir haben in Kürze in unserem Land die Wahlen der Arbeitnehmer in ihre Interessensvertretungen. Es sind das die Landarbeiterkammerwahlen, und es sind das die Arbeiterkammerwahlen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns kann nichts Schlechteres passieren, als daß es in Zukunft heißt: „Stell dir vor, wir haben Demokratie, und keiner geht hin.“ Ich möchte zu diesem Thema nicht mehr und nicht weniger zum Ausdruck bringen, daß nur dann die Menschen zur Politik Vertrauen haben und wir an eine neue Glaubwürdigkeit denken können, wenn wir einfach direkt die Menschen vertreten und auch einen natürlichen Bezug zu den Menschen herstellen. Desto eher betrachten sie die Politik als Dienst und als Verantwortung. Und wir haben hier auch die steirischen Pionierschritte sehr klar in den letzten Jahren in diesem Haus beschlossen. Ob es der unabhängige Rechnungshof ist, ob es das neue Personaleinstellungsmodell ist. Und ich möchte auch bei dieser Gelegenheit sagen: es ist auch der Umgang mit den Minderheiten. Schauen wir in andere Länder: nach Kärnten, Burgenland, Wien und auch nach Niederösterreich. Dort wissen wir erst zu schätzen – und das müßten die kleineren Fraktionen beachten –, daß es auch dieses steirische Klima für alle gibt. (Beifall bei der ÖVP.) In diesem Klima, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir auch die größten Herausforderungen bewältigen. Und wir stehen nach dem Staatsvertrag vor einer sehr großen Herausforderung, das ist die Entscheidung, der Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Es haben sich die Landeshauptleutekonferenz, die Parteien in der Bundesregierung bei einer Regierungsklausur, die Kammern und Interessensvertretungen und auch der Österreichische Gewerkschaftsbund grundsätzlich für Verhandlungen und damit für einen Beitritt ausgesprochen.

Verehrte Damen und Herren, ab dem Jahre 1993 werden der Binnenmarkt und die Integration in die EG vollzogen sein und wir müssen uns darauf einstellen, ob wir in diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hineingehen oder auch nicht hineingehen.

Meine Damen und Herren, vergessen wir bei dieser Diskussion auch nicht, daß in den letzten 17 Jahren, wenn wir in die Schweiz blicken, kaum Verhandlungen und Kontakte mit der EG und in Brüssel stattgefunden haben und daß deshalb – die Schweiz hat 120 Verträge mit der EG abgeschlossen – gerade diese Betrachtung auch eine ganz andere Perspektive hat. Wir wissen auch sehr genau, daß die Schweiz die Mütter in der Schweiz hat und die Töchter bereits in der EG wirtschaften und Erträge liefern. Verehrte Damen und Herren, ich bin überzeugt, daß weder mit Hektik noch übertriebener Angst, sondern mit Geduld, Geschick und Zähigkeit die offenen Fragen verhandelt werden müssen, und es müssen die Fragen der Neutralität, die Frage der Bauern und die Frage der Eigenständigkeit (Abg. Gennaro: „Bravo, ein Gesinnungswandel!“), meine sehr verehrten Damen und Herren, ebenfalls verhandelt werden. Diese Gespräche hier in diesen Reihen kann ich sehr gut verstehen. Unsere

Sorge begründet sich deshalb, weil unser Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Riegler eine fundierte Studie vorgelegt hat, wie denn die Landwirtschaft in unserem Land betroffen wäre, wenn sie direkt jetzt unmittelbar ohne Vorbereitung in die EG käme, und er resultierend 3,9 Milliarden Schilling als Minus bewertet hat, und zur gleichen Zeit hat blitzartig sofort der Finanzminister gesagt: „Wir lehnen einen solchen Zuschuß in dieser Form überhaupt ab“, und still und leise sind die Gehaltsverhandlungen im Bereich der Beamtenbesoldung mit Milliardenbeträgen über die Bühne gegangen. (Abg. Mag. Rader: „Da habt ihr auch mitgestimmt!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte daher zum Ausdruck bringen, daß wir den Europavertrag für die Bauern als ein klares Bekenntnis für den bäuerlichen Familienbetrieb sehen und daß wir, wie es unser Vizekanzler und der Landwirtschaftsminister zum Ausdruck gebracht haben, in Zukunft bei diesen Beitrittsverhandlungen diesen Bereich der österreichischen Landwirtschaft sehr umfassend im Rahmen dieses Europavertrages verankern werden, weil wir eine ganz besondere Position als Landwirtschaft haben, als dominantes Fremdenverkehrsland. (Abg. Kammlander: „Es ist noch nicht soweit!“) Das ist eine reine Vermutung, die ich mir selbstverständlich erwartet habe. Die Frau Kammlander hat zu mir schon einmal gesagt: „Was mußt gleich einen Heiratsantrag stellen, wennst Absichten hast.“ (Allgemeine Heiterkeit.) Ich hab das bei ihr nicht gemacht.

Meine Damen und Herren! Wir leben ja bereits längst in der wilden Ehe mit der EWG, und wir vergessen komplett, daß ab 1993 diese wilde Ehe, diese Handelsbeziehungen, gefährdet und unterbrochen sind, und erst dann, wenn das passiert, wäre es viel zu spät, die konkreten Maßnahmen, Überlegungen und Vorbereitungen auf diesem Markt in Angriff zu nehmen. (Abg. Mag. Rader: „Du vergißt aber, daß 50 Prozent der Kinder in der Steiermark unehelich sind!“ – Abg. Kammlander: „Du weißt aber auch, daß wir zuerst die Aussteuer zusammenbringen müssen!“)

Verehrte Damen und Herren! Das mit der Aussteigergeschichte würde ich mir gerne anschauen, wie wir unser Budget zusammenbringen würden. Fragen wir die Kollegen in der Obersteiermark, wenn die in dieser dramatischen Situation ausgestiegen wären, die diese schwierige Belastung auch als Vertreter auf sich genommen haben, oder wenn wir in der Landwirtschaft ausgestiegen wären. Denken wir, mit welchen bescheidenen Voraussetzungen wir uns entwickelt haben. Ich denke an meinen Betrieb, 5,2 Hektar in der Oststeiermark. Da hätte ich längst sagen können, ich steige aus. Eingestiegen wird wir. Entscheidend ist vor allem, daß wir die Herausforderung annehmen. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.)

Ich habe vor kurzem erlebt – und wir führen gerade Verhandlungen über eine Betriebsansiedlung in unserem Bezirk – und habe gefragt, warum denn eigentlich diese Betriebsansiedlung hier stattfindet. Ich sage das ganz wertfrei. Die Vertreter dieses Betriebes haben gesagt, wir wollen uns einen Standort wählen, wo der gute Kontakt und die direkte Verbindung und die guten Möglichkeiten, auch mit unseren osteuropäischen Ländern in Handelsbeziehungen zu gehen, möglich sind. Diesen Ängstlichen sollte man sagen,

daß nicht die Größe für die Wirtschaftlichkeit entscheidend ist. Wir haben das unmittelbar erlebt, wir wissen das ja. Mit dieser Strukturschwäche ist meist auch die Größe verbunden. Wir müssen auch betrachten, daß heute Banken längst nicht mehr rein nur auf die Besicherung bezogen Kredite geben und wir auch in Zukunft bei der Förderung das auch so handhaben werden und werden müssen, sondern entscheidend werden das Wissen, die Marktbeziehungen, die Marktchancen sein, und es ist daher die Bildungsmöglichkeit den Entwicklungsmöglichkeiten anzupassen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit – trotzdem, daß ich als „Landhase“ apostrophiert werde – sehr kühl feststellen: Ich glaube nicht, daß es die Bildungsvielfalt in Zukunft sein wird, wenn 80 bis 90 Prozent der Kinder in den Großstädten in die AHS gehen und damit diese selektive Aus- und Weiterbildung der best- und gut-intelligenten Menschen garantiert ist und auf der anderen Seite unmittelbar auch der Weg zum qualifizierten Facharbeiter zum Teil verstellt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade die sprachliche Ausbildung – und ich erlebe es in Gesprächen und Verhandlungen über Personalwünsche im Bereich des Fremdenverkehrs – ist eine unumgängliche Forderung: Eine gute und fundierte sprachliche Aus- und Weiterbildung. Wir brauchen in der Zukunft, um nach einem Wort von Sixtus Lanner zu reden, „Schnellschwimmer“. Denn das ist ein altes Gesetz, daß die großen Fische die kleinen fressen. Wir haben solche Schnellschwimmer, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Abg. Gennaro: „Im Tümpel kann man nicht schwimmen!“)

Wir sind gerade mitten im Training, aber man soll auch nicht übertrainiert und überängstlich die Dinge beobachten. Schauen wir hinein, wie sich die Schnellschwimmer derzeit darstellen. Im Bereich der Arbeiter haben sie die Mobilität angenommen. Im Bereich der Landwirtschaft gibt es Nebenerwerbsbauern, Spezialkulturen, hochentwickelte Möglichkeiten in der Direktvermarktung, in Handel und Gewerbe; immer mehr Unternehmungen verzeichnen wir in unserer Handelskammer, vor allem Jungunternehmer, die ihre Betriebe neu gründen und erweitern, und genauso die Frauen in Familie und im Beruf. Das sind unsere Schnellschwimmer, die auch die bisherigen Herausforderungen bewältigt haben, daher ist übertriebene Ängstlichkeit überhaupt nicht notwendig, aber wir müssen diese Herausforderung annehmen. Gerade unsere Frau Landesrat Klasnic, die Vertreterin der Frauen in unserer Regierung, mit unserem Landeshauptmann Dr. Krainer hat einen solchen breiten Versuch für die Schnellschwimmer mit der Wirtschaftsmilliarde ganz konkret umgesetzt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Rader: „Die schwimmen wirklich!“)

Ich verlasse mich sehr konkret, weil das Wort der Gießkannenförderung in den Mund genommen wurde (Abg. Gennaro: „Im Trüben kann man nicht schwimmen!“), auf die Entscheidungen der Unternehmer, auf die Entscheidungen der Banken, auf die Entscheidungen der Kreditnehmer, ob Investitionen richtig sind. (Beifall bei der ÖVP.) Gerade bei dieser Wirtschaftsmilliarde schlägt uns eine breite Zustimmung entgegen, weil sie mit einer Obergrenze und ohne Untergrenze, ohne regionale Begrenzung alle Branchen betrifft und für Betriebserweiterungen vor allem rasch mit unseren

Banken umgesetzt wird. Wir brauchen sicherlich auch die Schwerpunktförderung, das ist überhaupt keine Frage.

Nun ein Wort zum Fremdenverkehr: Fast in allen Regionen der Steiermark haben wir in ihren Entwicklungsprogrammen die Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs. Wir wissen sehr genau, daß wir einem harten nationalen und internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Wir müssen auf der anderen Seite aber auch die klaren Fakten dieser Entwicklung sehen. Wir haben, wenn wir die Bevölkerungsstruktur beachten, immer mehr ältere Menschen mit mehr Freizeit. Jedes zusätzliche Einkommen, wenn die Konjunktur so anhält, und sie wird so prognostiziert, geht in die Freiräume und schafft damit unmittelbar ein Bedürfnis, in diesen Freiräumen zu investieren, da die Lebensbedürfnisse auf breiter Basis abgesichert sind. Es sind auch die Urlaubsmeere längst nicht mehr das, was sie einmal waren, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch durch den steigenden Verkehr und die Verkehrsstauungen – denken wir an die Berichte zur Urlaubszeit – wird unbedingt und nicht mit aller Kraft dieses weite Reisen auf Dauer Bestand haben. Wir haben daher in der Steiermark gute und sogar sehr gute Aussichten für den Fremdenverkehr, und wir stehen mitten drinnen in dieser Neustrukturierung. Sie ist voll im Gang, wir haben das Raumordnungskonzept Freizeit, Erholung, Fremdenverkehr im Raumordnungsbeirat. Eine organisatorische und finanzielle Verbesserung durch gesetzliche Regelungen ist in Zukunft unbedingt notwendig und unumgänglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen aber auch die neuen Wünsche unserer Gäste beachten, und wir haben eine einmalige Voraussetzung in unserem Land vom Dachstein bis in die Thermenregion und von der Koralm bis in das Wechselgebiet. Bereits jetzt haben wir große Erfolge, weil gerade die Komfortzimmerentwicklung ein klares Bild gibt: auslasten statt ausweiten durch höhere Qualität. Im Jahre 1980 haben wir 38,7 Prozent Komfortzimmer in unserem Land gehabt. Heute sind es knapp 60 Prozent. Es ist auch die Beschäftigungsentwicklung – und das unterstreicht die vermehrte Dienstleistung – von 9308 im Jahre 1970 auf 14.862 bis zum vorigen Jahr gestiegen.

Verehrte Damen und Herren! In den letzten Jahren sind in verstärktem Ausmaß Kunst, Kultur und Fremdenverkehr gemeinsam über den Städtetourismus, der immer mehr anwächst, auch bei unseren Landesausstellungen sichtbar geworden. Und erstmals bei der Landesausstellung „Brücke und Bollwerk“ in unserem Bezirk ist heuer die Landesausstellung „Glas und Kohle“ in Bärnbach ein sehr merkbarer und spürbarer Auftrieb für die gesamte Region. Ich möchte bei dieser Gelegenheit beifügen, weil gerade unser ehemaliger Landtagspräsident Koren aus dieser Region kommt und diese Region sehr in das Herz geschlossen hat, daß es sehr schade ist, daß er diese Ausstellung in ihrer Breite und Tiefe, wo auch die Kultur in der Moderne und vor allem in der Tradition widerspiegelt bis hin zur Hundertwasser-Kirche, ein klares Beispiel für diese breite Kulturgesinnung in unserem Land gibt, nicht erleben konnte.

Verehrte Damen und Herren, die steirische Politik mit unserem Landeshauptmann war immer eine

gemeinsame, eigenständige Schnellschwimmerpolitik mit klaren Vorstellungen und Weitblick. (Beifall bei der ÖVP.) Und bei diesen klaren Vorstellungen um die Zukunftsbewältigung ist es notwendig, daß wir beste Verkehrsverbindungen haben. Es ist die Südautobahn durchgehend befahrbar, die Pyhrnautobahn bis zu 70 Prozent fertig und in drei Jahren durchgehend befahrbar, und der Plabutschtunnel hat den Erwartungen voll entsprochen.

Wir haben den Sondervertrag der Obersteiermark, wo mit 30 Neugründungen von Betrieben mit zusätzlich 1000 Arbeitsplätzen – und weitere 1000 Arbeitsplätze sind in Sicht – ein klares Zeichen gesetzt wird, daß es eine nationale Verpflichtung für unser Land gibt, wenn es um solche elementare strukturelle Neuorientierungen in einem so alten Industriegebiet geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Jetflugverkehr wurde zurückerobert, die Hochschulbaumaßnahmen genauso wie zusätzliche Lehrstühle sowie der Kasernenausbau wurden mit den Bundesministern Graf und Tuppy realisiert, und genauso wurde mit Minister Riegler auf der Basis des ökosozialen Weges die Bergbauernförderung gemeinsam mit dem Land Steiermark um 25 Prozent erhöht und die Grenzland- und Hügellandsonderprogramme mit 37 Millionen Schilling im Voranschlag veranschlagt. Erstmals gibt es auch eine Innovationsförderung für die Landwirtschaft. Außerdem eine Innovationsförderung bei Technova und bei der Innofinanz, im Hochtechnologiebereich, in der Jungunternehmerförderung über WIFI und BFI.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich kurz einem Thema zuwenden, das ich auch bei dieser Diskussion in den Raum stellen möchte: Die Steuerreform ist ein klares Beispiel (Abg. Mag. Rader: „Wie man es nicht macht!“) und ein großes Reformwerk der jetzigen Bundesregierung in der Zweiten Republik, die diese sinnvolle Zusammenarbeit der großen Parteien unterstreicht, und es zahlen 200.000 Menschen in unserem Land keine Steuer. 90 Prozent sind davon betroffen, und wir hoffen, daß es für die Wirtschaft einen weiteren Impuls – und wir sehen es bereits in der Wirtschaftsentwicklung – damit geben wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch einen Diskussionsbeitrag miteinbinden, der einfach nicht verstummen will. Aus ökologischen Gründen wird langfristig gesehen eine Neuorientierung in der Steuerpolitik notwendig sein. Wir haben bereits – ich habe es ausgeführt – die Gefahr der enormen Klimaveränderungen. Auf der anderen Seite wird die Sicherung der Pensionsfinanzierung immer schwieriger, und wir wissen auch, daß die Agrarüberschüsse schrumpfenden Bevölkerungszuwächsen gegenüberstehen. Wir wissen, daß 70 Prozent der Steuereinkommen über die Lohnsteuer, Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge eingehoben werden. Es wird in der jetzigen Zeit die Arbeit zu hoch belastet, und es gibt einen Vorschlag einer selektiven Abgabe auf Öl, Kohle und Gas, die importiert werden, aber mit folgenden Ausnahmen: Es soll die Braunkohle damit nicht verteuert werden, und es soll die produzierende Wirtschaft nicht belastet werden und aus Konkurrenzgründen den Zugang zur Energie zu Weltmarktpreisen weiter-

hin bekommen, und es soll damit die Konkurrenzfähigkeit der regenerierbaren Biomasse als Energieträger forciert werden.

Verehrte Damen und Herren, ernsthafte Wissenschaftler warnen, daß derzeit in dieser Richtung verkehrte Signale sind, und ich möchte daher voraussagen, daß unumgänglich der Weg in die Zukunft auch über solche steuerlichen Maßnahmen notwendig sein wird. Unser Land, die Steiermark, zählt aber auch zu den Umweltpionieren, und wir sind das einzige Bundesland, das einen eigenen Umweltlandesrat – Dipl.-Ing. Hermann Schaller –, der wichtigste Umweltschutzgesetz vorangetrieben hat, und wir haben sie im Steiermärkischen Landtag beschlossen. Es sind die Müllentsorgung, die Abwasserbereinigung, das Raumordnungsgesetz, der Landesenergieplan – die saubersten kalorischen Kraftwerke finden wir in unserem Land –, es ist das Grundwasserschutzprogramm, und es wurde die erneuerbare Energie sehr massiv gefördert. Im Leibnitzer Feld haben wir 1330 Hektar Gründecken zu verzeichnen. Die Mur-Sanierung ist bis zu 75 Prozent erfüllt und bis zu 80 Prozent die Raab-Sanierung umgesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 1. November ist das Steiermärkische Umweltschutzgesetz in Kraft getreten. Wir haben aber auch nicht nur in der Umwelt, sondern ganz markant in der Gesundheitspolitik neue Impulse gesetzt. Seit drei Jahren wird das in Österreich günstigste Modell im Rahmen der Spitalholding praktiziert, wo sich 21 Spitäler mit 10.000 Beschäftigten zusammengeschlossen haben, und im heurigen Jahr wird eine Milliarde Schilling in diese Holding investiert. Verehrte Damen und Herren, bei dieser Gelegenheit möchte ich vor allem auch hoffen, daß wir in Zukunft in absehbarer Zeit, wie es auch die Ges. m. b. H. und der Rechnungshof vorschlagen, unseren Landeskrankenhausbau in Hartberg in Angriff nehmen können.

Immer stärker wird das Gesundheitsbewußtsein durch die öffentlichen Medien geprägt, und wir erleben draußen, gerade in den Dörfern und in unseren Städten, daß die gesunden und einfachen Familien uns ein sehr klares Beispiel für die Zukunftsentwicklung geben. Wir haben daher in der Wohnbauoffensive nicht nur einen Schwerpunkt in der wirtschaftlichen Dynamik, in der Bauwirtschaft geschaffen, sondern auch einen sehr namhaften Beitrag für eine Familienförderung geleistet.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß gerade in der Zukunft die Förderung der Familien unumgänglich sein wird. Man diskutiert zwar derzeit Einwanderungsprogramme, aber vorrangig muß eine solide Förderung unserer Familien stehen.

Ich möchte zum Schluß kommen und feststellen, daß wir nicht solche spektakulären Erscheinungen in weiten Gebieten für die Zukunftsentwicklung haben. Nicht die Gruftis, die Ängstlichen haben und werden die Welt verändern, sondern es wird die Welt in der Zukunft den Mutigen, den Kritischen, den Fleißigen, den Erfahrenen mit Hausverstand gehören. Gerade die einfachen Menschen leben jetzt schon diesen entschleunigten Weg, wo sie die Voraussetzungen haben, eben aus diesem enormen Wissen auch die richtigen Wege zu finden, dieses Wissen auch für die Zukunft

vernünftig einzusetzen. Ich möchte mit einer Studie zum Schluß dokumentieren, die aussagt, daß die Hoffnungsvollen die Zukunft gestalten werden. Wir haben hier eine Grafik, wo die Blumen die Hoffnungsvollen dokumentieren und die Mohnkapseln die Ängstlichen. Die Gesamtstimmung zeigt, daß die Hoffnungsvollen immer wieder und in vermehrtem Ausmaß die Zukunft gestaltet haben, aber daß sich auch die Wirtschaft nach diesen Kriterien entwickelt hat. Meine Damen und Herren, ich wünsche daher in der Zukunft und für das kommende Jahr Zuversicht, Freude für die Arbeit und für die Menschen in unserem Land. (Starker Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 10.28 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rainer.

**Abg. Rainer (10.29 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, meines sehr geehrten Damen und Herren!

Eingedenk dessen, daß wir im Bund eine Koalitionsregierung haben (Abg. Mag. Rader: „Was man merkt!“), möchte ich auch meine Rede so halten, und da, wo mein Vorredner doch sehr stark provoziert hat, werde ich es mir ersparen, darauf im Detail einzugehen. (Abg. Dr. Dorfer: „In diesen Tagen ist es für einen Sozialisten durchaus zweckmäßig, nicht zu provozieren!“) Ich kann das tun, weil ich ohnehin Dr. Kreisky zitiere und weil ich ohnehin auf die Sozialdemokratie zu reden komme.

In wenigen Tagen, nach Ende unserer Budgetdebatte, vollendet sich das erste Jahrhundert der Österreichischen Sozialdemokratie. Am Beginn dieser Bewegung stand eine Situation, die für den Großteil der Bevölkerung derart entwürdigend war, daß sie Karl Marx – und ich hoffe, Sie erlauben mir, daß ich ihn hier zitiere – folgendermaßen beschrieb: „... daß der Arbeiter nichts als seine Ketten zu verlieren hatte“. Zitat Ende. Heute diskutieren wir alle über den sogenannten Postmaterialismus. Wenn man sich die Entwicklung vor Augen hält, die seinerzeit nicht einmal als Vision Geltung gehabt hätte, taucht immer wieder die Frage auf, ob der Sozialismus überhaupt noch erforderlich sei, so auch bei meinem Vorredner. Manche meinen sogar, er hätte nur mehr die Funktion als „Salz in der Wunde des Kapitalismus“. Ich neige hier eher zur Ansicht des Leiters des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Dr. Fröschl, der postuliert: „Es gibt noch viel zu tun.“

Ohne Zweifel ist die Sozialdemokratie 100 Jahre nach dem Aufbruch zur Veränderung der Gesellschaftsordnung in vielen Ländern ein Teil des Establishments geworden. Ihre Dynamik schien verlorengegangen zu sein. Das ist aber nur scheinbar der Fall. Ich glaube aber, diese Identitätskrise, die uns bisweilen hämisch nachgesagt wird, kann durchaus zu einer weiteren produktiven Umgestaltung und Neuordnung unserer Gesellschaft genutzt werden. Wichtige Punkte dabei sind sicherlich die Modernisierung und Demokratisierung der Erscheinungsformen unseres Zusammenlebens, eine neue sozialistische Europapolitik sowie die Bewältigung anderer, globaler Herausforderungen der Zeit, die vor uns steht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ein Zitat bringen, von Dr. Bruno Kreisky, der unsere Bewegung

durch 63 Jahre erlebt, erlitten und schließlich ganz wesentlich gestaltet hat. Ich zitiere: „Gegen den neuen Unverstand. Sicherlich, viele huldigen heute anderen ökonomischen Götzen, und wir haben es auch gehört, glauben den Säulenheiligen sogenannter ökonomischer Lehren, aber es sind rasch vergängliche Lehren.“ Von den sogenannten Reagonomics hört man heute gar nichts mehr, außer, daß es im Zusammenhang mit der neuen Präsidentschaft ab 1989 bereits Befürchtungen gibt, daß die Sanierung des amerikanischen Budgets weite Teile der Weltwirtschaft nachhaltig negativ beeinflussen könnte, und wesentlich negativer beurteilt wird, als die Politik der sogenannten Kensyaner in Europa. (Abg. Dr. Hirschmann: „Du mußt sagen, was Vranitzky dazu sagt!“) Der Thatcherismus in Großbritannien, ich komme jetzt dorthin, lieber Freund, führte zwar dazu, daß das Staatsbudget sich erheblich verbessert hat, jedoch sind die immer noch hohe Arbeitslosigkeit und das soziale Elend die andere Seite einer derartigen Wirtschaftsphilosophie. Leider finden viele dieser raschlebigen ökonomischen Theorien in Österreich immer noch ihre Nachfolger. Man hört es auch hier und heute. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das glaube ich nicht!“) So gesehen zeigt sich auch unter dem Eindruck der guten weltwirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1988, daß der Sozialismus nach wie vor, meine Damen und Herren, ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft sein muß. (Beifall bei der SPÖ.) Das gilt insbesondere auch für das Jahr 1988, das von hoher Wirtschaftsaktivität, starkem Wachstum und steigender Beschäftigung gekennzeichnet ist.

Gesamt gesehen wird das Wachstum heuer 3,5 Prozent betragen, die Preissteigerung wird mit 2 Prozent niedrig bleiben und die Arbeitslosenrate statt 6,1 Prozent – wie prognostiziert – 5,4 Prozent betragen. Die Zahl der Beschäftigten wird um rund 20.000 ansteigen und 1988 neue Rekorde erreichen. Unsere Einkommen werden sich günstiger als je zuvor entwickeln und um rund 2,4 Prozent steigen. Eine Tendenz übrigens, die sich auch im kommenden Jahr fortsetzen wird (Abg. Ing. Stoisser: „Und das ohne Dr. Kreisky!“), so die Prognosen diesmal stimmen. Die größte Steuerreform seit dem Bestand der Zweiten Republik wird wesentlich dazu beitragen.

Diese so überaus günstigen Rahmenbedingungen werden aber unsere Grundprobleme nicht beseitigen. Die geringere wirtschaftliche Dynamik in der Steiermark ist daraus ersichtlich, daß die Industrie nach 5,9 Prozent im ersten Quartal nur noch um 1,4 Prozent im zweiten Quartal wuchs und damit weit hinter dem Bundesdurchschnitt von 6,8 Prozent zurückblieb. Und im Gesamtwachstum war im zweiten Quartal überhaupt nur ein Wachstum von 0,7 Prozent zu verzeichnen. Ich möchte auf Salzburg verweisen mit einem Wachstum von 7,1 Prozent. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Keine verstaatlichte Industrie!“) Die Gründe liegen vor allem, ich komme schon darauf, das stimmt durchaus, in der Neustrukturierung der verstaatlichten Industrie und der bankennahen Wirtschaftsbereiche, daß wir in der Steiermark eine wesentlich höhere Arbeitslosenrate haben als im übrigen Österreich. Junge Menschen und Frauen sind die Schwerstbetroffenen. Ich habe den Eindruck, wir scheinen besonders gefährdet zu sein, uns bei der Arbeitslosenrate einem

Gewöhnungseffekt auszusetzen. Die sogenannte „Sozialschmarotzer-Diskussion“ hat auch in unserem Land und leider auch hier im Hohen Haus bereits stattgefunden; eine Ausgrenzung verschiedener Gruppen in unserer Gesellschaft ist für manchen durchaus denkbar geworden. (Abg. Ing. Stoisser: „Das hat mit Ausgrenzung nichts zu tun, wirklich nicht!“) Daß aber Arbeit mehr ist als Einkommensbasis, sondern ein Wert per se, ist für unsere Gesellschaft und deren Weiterentwicklung besonders bedeutsam. Soviel nur als Nebenbemerkung. So gesehen ist es besonders unerfreulich, daß die Einkommen der Steirerinnen und Steirer jetzt auch amtlich auf dem letzten Platz in Österreich liegen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das stimmt übrigens nicht!“) Das stimmt ganz genau! Dazu kommt, daß auch die Situation unserer Gemeinden katastrophal ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie müssen den Zankl lesen!“)

Wenn man davon ausgeht, daß die Steuerkraft – ich habe den Zankl gelesen – der Gemeinden eine wichtige Meßlatte für die Wirtschaftskraft eines Bezirkes oder eines Bundeslandes ist, dann müßten heuer die wirtschaftlichen Alarmglocken schriller läuten als je zuvor. Nicht nur, daß die fünf ärmsten Gemeinden Österreichs ausgerechnet in der Steiermark liegen, nicht nur, daß von allen 544 Gemeinden nur ganze neun über dem österreichischen Durchschnitt liegen, ist es Tatsache, daß wir uns mit einer durchschnittlichen Gemeindesteuerkopfquote von 5805 Schilling am vorletzten Platz in Österreich befinden. Was will ich damit sagen? Die ungünstige Situation der steirischen Wirtschaft und auch deren mangelnde Dynamik ist auch im regionalen und kleinregionalen Bereich sehr stark spürbar. Es liegt keinesfalls in meiner Absicht, nun zu Schuldzuweisungen zu greifen, sondern ich möchte auf Grund der Darstellung der Situation eine Analyse finden und daraus die nötigen Konsequenzen ableiten. Ich weiß schon, Sie von der Mehrheit, die hier im Hohen Haus sitzen, werden argumentieren, in dieser Frage gibt es den Umstand, daß das Land finanziell einen wesentlich kleineren Spielraum in der Wirtschaftspolitik hätte. Dieser Schluß ist sehr vereinfachend und wird dem geistigen Potential einer so großen Partei nicht gerecht. Denn die Ansicht, daß man mit Geld alles kaufen kann, auch eine florierende Wirtschaft, ist in diesem Zusammenhang ja nicht zulässig. Was uns fehlt, ist eine Aktivierung von Eigenschaften, auf die wir als Steirer uns manchmal sovielt zugute halten, nämlich Ideenreichtum und Innovation.

Es genügt eben nicht – (Abg. Ing. Stoisser: „Den Steirern fehlt der Ideenreichtum?“) Das stimmt. Es genügt eben nicht, einen Luftballon mit einer sogenannten Wirtschaftsmilliarde steigen zu lassen, wenn man dann sehen muß, daß er nur 40 Millionen Schilling leicht ist und vom Winde über die Regionen verweht wird. (Beifall bei der SPÖ.)

In diesem Zusammenhang wurde hier in diesem Hohen Haus einmal der Ausdruck vom Management by Helicopter gebraucht. Ich begehe kein Plagiat, sondern ich verwende nur diesen Ausdruck und möchte ihn abwandeln. Ich möchte dieses Bild auf „Management by Luftballon“ abwandeln: wenig kostenaufwendig, leise, unauffällig, wirkungslos und doch nichts anderes als das sattem bekannte Gießkannenprinzip. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag.

Rader: „Durchaus umweltfreundlich!“) Durchaus umweltfreundlich, das ist richtig!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Hohen Haus sind schon einige Wirtschaftslandesräte gekommen und auch wieder gegangen. (Abg. Mag. Rader: „Gegangen worden!“) Viele haben sich von uns anhören müssen, daß das Wirtschaftsförderungssystem nach der „steirischen Breite“ nicht effizient, manchmal kontraproduktiv wirkt und anders gestaltet werden muß. Auch heuer stehen wir noch immer einem Kompetenzwirrwarr und Aufteilungstohuwabohu gegenüber, weil die 17 oder 19 Wirtschaftsförderungseinrichtungen noch immer nicht koordiniert sind.

Es gibt nach wie vor keine Konzepte über Förderungsschwerpunkte; Richtlinien für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen werden nicht einmal diskutiert.

Es war auch für uns sehr erfreulich, daß Frau Landesrat Klasnic kürzlich, welcher Eingebung auch immer folgend, Einsehen gezeigt hat und eine Änderung der Förderungspraxis in Aussicht stellte. Aber leider, außer einem sündteuren Regionalbeauftragten, dessen Zuordnung und Unterstellung Probleme macht (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Na, endlich sind wir bei diesem Thema!“) und der sich auf längere Sicht noch einarbeitet, haben wir wenig Neuerungen aufzuweisen. Eines fehlt uns: Strukturpolitische und innovationspolitische Effekte sind auch mit der Lupe nicht zu erkennen. Die angekündigte Wirtschaftsmilliarde mit einem echten Aufwand von 40 oder 30 Millionen Schilling – das war ja nicht so klar, aber wir gehen von 30 Millionen Schilling aus – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Von wem redet er jetzt?“) wird sicher von ihren Empfängern hochofret entgegengenommen werden. Wir kennen diese Mitnahmeeffekte, meine Damen und Herren: Dieses Geld wird irgendwo versickern, ohne daß an der vielkritisierten (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Von wem redet er jetzt?“) Wirtschaftsstruktur der Steiermark auch nur das Geringste verändert werden wird. Aber der lebensnotwendige Strukturwandel wird damit sicherlich nicht in Gang gesetzt werden können.

Wo aber bleiben die Ansatzpunkte, um neue Basistechnologien zu schaffen und die Mikroelektronik und Telekommunikation zu fördern? Wo bleiben denn die Anreize, in die Bereiche Umwelt und Verkehrstechnologie stärker zu investieren? Wobei ich ganz bewußt in den Vordergrund stellen möchte, daß bei der Schaffung einer nationalen Großindustrie auch der Bankenbereich eingebunden werden muß, aber anders, als das Pörtl dargestellt hat. Nicht nur über den Industriesektor der Banken wohlgermerkt, sondern auch über die Möglichkeiten der Kapitalaufbringung, wobei ich es für sehr gefährlich erachte, daß sich der Bankenapparat derzeit für die Industrie nur als Abnehmer für teure Investitionskredite interessiert.

Die Klein- und Mittelbetriebe haben sich zugegebenermaßen auf der anderen Seite in den achtziger Jahren als stabiler Faktor erwiesen. Es gibt erfreulicherweise nur geringe Beschäftigungsrückgänge, wobei ich auch hier Kritik nicht ersparen kann. Es hat den Anschein, daß die Wirtschaftsförderungsmittel, sofern sie eben in Klein- und Mittelbetriebe fließen, genau dorthin verteilt werden, wo bereits Überkapazitäten vorhanden sind. Im Volksmund sagt man dazu: „Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu.“ Ich glaube, es

erübrigt sich die Frage, ob eine derartige Vorgangsweise sinnvoll ist.

In diesem Zusammenhang muß ich auch einen Begriff aus der moderen Terminologie strapazieren, nämlich die sogenannte „Deregulierung“, wobei hier die Änderung der Gewerbeordnung meine, was bereits zu sehr kritischen Reaktionen der Bundeswirtschaftskammer geführt hat, Herr Dr. Dorfer. (Abg. Dr. Dorfer: „Ich habe schon mit Glasnost gerechnet!“) Es ist eben nicht sehr flexibel, wenn Förderungsmittel eben wie vorhin dargestellt verteilt werden. Unsere Vorstellungen demgegenüber sind ganz klar umrissen. Es müssen technisch anspruchsvolle Unternehmensneugründungen durch die Bereitstellung von Risikokapital vorgesehen werden. Um es bildhaft darzustellen – mein Vorredner wird was davon verstehen –: Die Brutpflege muß dabei ein Angebot an technischer Beratung sein. Wenn dies nicht geschieht, dann steht unsere gesamte Wirtschaft vor einer Situation wie ein verlassenes Nest. Ausländische Vögel können sich nach Lust und Laune daraus die besten Eier holen. Wohin das führen kann, hat einer der bekanntesten Wirtschaftsexperten der ÖVP, Dr. Taus, vor kurzem etwa so formuliert – er meinte sinngemäß: Der Ausverkauf unserer Wirtschaft an das Ausland sei schon jetzt, vor allem aber auch in Zukunft, eine eminente Gefahr. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Hättet ihr Dr. Taus in den siebziger Jahren geglaubt!“) Sehr kritisch hat sich dieser steirische Abgeordnete der ÖVP auch zur Privatisierung geäußert, Herr Kollege Pöttl, und man muß ihm dabei direkt beipflichten, meine Damen und Herren, wenn man vor sich das Beispiel der CA sieht, deren Ausverkauf von Industriebeteiligungen generell, aber auch so zum Beispiel jenen der Leykam AG.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Dieses Unternehmen sollte nach einer beispielhaften Sanierung, die durch eine hervorragende Zusammenarbeit zwischen Management, Belegschaft und Betriebsrat erfolgt ist, im wahrsten Sinn des Wortes an das Ausland verschleudert werden. Wie wichtig ist es da, daß man zur Erkenntnis gelangt, daß Privatisierung nur ein Hilfsmittel, aber nicht ein allgemeiner Problemlöser sein kann. (Abg. Ing. Stoisser: „Das ist der große Irrtum!“)

Es wäre ein großes Versäumnis meinerseits, wenn ich in diesem Zusammenhang nicht auch das übrige Umfeld unserer Wirtschaftspolitik beleuchten würde. Ich nehme dabei gerne in Kauf, daß sich einige Zuhörer vielleicht langweilen, wenn ich zu Beginn auf die Verkehrssituation zu sprechen komme. Aber es muß immer wieder gesagt werden, daß wir uns mehr denn je in einer sogenannten Blinddarmfunktion Europas befinden. Während die neuen Technologien die Kommunikationswege ständig verkürzen, unsere ganze Welt bereits laut Vorhersage von Marshall McLuhan ein „globales Dorf“ ist, wird durch unsere mangelhaften Verkehrswege der Transport von Gütern und Waren, aber auch von Personen relativ immer länger. Das ist, Hohes Haus, kein Schicksal, in das man sich fügen muß, sondern ein Versäumnis. Wenn zum Beispiel die steirische Arbeiterkammer eine Eisenbahninitiative gesetzt hat, die mit geringsten Mitteln zahlreiche Verbesserungen im Bahnverkehr bereits durchgesetzt hat, so ist das nur ein kleines Beispiel dafür, was Initiative und rasches Handeln

zustande bringen können. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „20 Jahre Sozialismus!“) Es geht immerhin – hören Sie sich's fertig an, bitte – um 2200 Mehrkilometer im Nahverkehr pro Woche, meine Damen und Herren, die den Pendlern und der Wirtschaft zugute kommen. Und im Frühjahr dieses Jahres hat die Steiermärkische Landesregierung einen Verkehrskordinator eingesetzt. Dieser kümmert sich zwar anerkennenswerterweise um eine sinnvolle Verknüpfung der Aktivitäten zwischen Bahn- und Straßenverwaltung auf der Schoberpaßstrecke, wo auch die Pyhrnautobahn fertigzustellen ist und jetzt auf der steirischen Seite ja fertiggestellt wird. Wir hoffen, daß diese Bemühungen auch zum Ziel führen werden.

Leider hat er im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs, der für die Wirtschaft mindestens genauso wichtig ist wie für die Arbeitnehmer, noch keine merkbare Koordinationstätigkeit entfaltet. Wie wir uns überhaupt in diesem Zusammenhang etwas mehr ganzheitlichkeitsdenkend mit diesem Problem auseinandersetzen müssen.

Wenn bei uns oft die Forderung erhoben wird, man müsse doch allen am Verkehr Beteiligten die freie Wahl des Verkehrsmittels überlassen, ist die logische Folgerung daraus: Man will Verkehrspolitik gar nicht betreiben. Man läßt die Dinge laufen, ohne Akzente zu setzen. Dadurch kommt dann eine Lawine von begleitenden Umständen auf uns zu, die wiederum viele Lebensbereiche berührt. Planlose, sinnlose und über das Maß des Notwendigen hinausgehende Verkehrsbelastungen auf der Straße müssen mittelfristig auf Kosten unseres Fremdenverkehrs gehen. Es gilt also auch hier, vor allem in der Zukunft genau abzuwägen, was absolut notwendig ist – wie etwa die Pyhrnautobahn – und was unnötig und bereits schädigend erscheint. Ich denke dabei etwa an die Situation im Bundesland Tirol, auf der Tauernautobahn zwischen Salzburg und Tirol, wo die ökologische Situation bereits gekippt ist, wo sich die Sinnwidrigkeit einer falschen Entwicklung tagtäglich manifestiert. (Abg. Kammlander: „Und trotzdem fordern Sie die Pyhrnautobahn!“) Und wenn ich mich mit Umweltproblemen beschäftige, dann ist gerade unter diesem Aspekt besonders herauszustellen, daß wir alles zur Bewahrung der Natur als Basis für eine Erholungslandschaft und für den Fremdenverkehr zu tun haben. Es ist sicherlich nicht übertrieben, wenn ich behaupte, wir haben uns diesbezüglich Potemkinsche Dörfer heimischer Bauart geschaffen. Es ist bezeichnend, daß uns Geschäftsführer des Landesfremdenverkehrsverbandes geradezu reihenweise abhanden kommen und die, die antieren, außer gewaltigen Kosten wenig Nutzen stiften. Ich denke da in etwa an die Grazer Situation. Vor allem auch, wenn man bedenkt, daß es noch immer nicht möglich war, ein Fremdenverkehrsgesetz trotz der Einbringung eines Entwurfes durch die sozialistische Fraktion dieses Hauses zu erreichen.

Zufolge jüngster Erklärungen der neu gewählten Präsidentin beziehungsweise der zuständigen Referentin für den Fremdenverkehr, Frau Landesrat Klasnic, muß man wohl annehmen, daß wir noch länger auf ein derartiges Gesetz warten müssen beziehungsweise war aus ihren Ausführungen nicht klar zu erkennen, mit welcher Dringlichkeit eine gesetzliche Regelung erfolgen soll. (Beifall bei der SPÖ.)

Die weiteren Probleme gipfeln seit neuestem in der Tatsache, daß es in der Hauptfremdenverkehrsregion unseres Landes viel zu wenig Arbeitskräfte gibt und die Betriebe auf eine gute Saison gar nicht eingestellt sind. Anders ist die Meldung, daß im Großraum Schladming 240 Arbeitsplätze nicht besetzt werden können, nicht zu erklären. In diesem Zusammenhang ist ganz besonders auf die Flexibilität, die immer wieder gefordert wird, zu verweisen. Hier haben sich sehr wesentliche Bereiche unserer Wirtschaft als überfordert erwiesen. Sicher, Hohes Haus, meine Damen und Herren, ist dabei auch ganz bedeutsam die Situation der Beschäftigten in dieser Branche. Wer im Fremdenverkehr tätig ist, und besonders in der Steiermark, der weiß, daß man natürlich im Westen unseres Bundesgebietes in der Wintersaison, aber auch im Sommer wesentlich besser als in unserem Bundesland verdient. Dazu kommt, daß in vielen Bereichen unserer Betriebe Arbeitsbedingungen vorherrschend sind, die unseren Beschäftigten einfach nicht mehr zumutbar erscheinen. Viel schlechter aber noch ist, daß in vielen Bereichen auch Arbeitsbelastungen auftreten, die gegen jegliche Rechtsnormen verstoßen. Arbeitszeiten, die über 60 Stunden hinausgehen, sind durchaus keine Seltenheit. Überstundenentlohnung wird kaum gewährt.

Zum Fremdenverkehr gehört aber auch ein weiterer Dienstleistungsbereich, der eng damit verbunden ist: der Handel. Auch hier haben wir festzustellen, daß das Einkommensniveau unserer Beschäftigten in diesem Bereich zu niedrig ist, daß die Arbeitsbedingungen durch ständige Veränderungen, unter dem Druck auch der Massenmedien sich für unsere Arbeitnehmer in diesen Bereichen erheblich verschlechtert haben.

Eine erst jüngst von der steirischen Kammer für Arbeiter und Angestellte vorgestellte Studie bringt das wieder nachdrücklich zum Ausdruck. Wir glauben, daß, wenn man in diesem Bereich mehr Qualität und ein besseres Serviceangebot stellen will, auch bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen zu schaffen sind.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, ich versuchte darzustellen, daß Arbeitsdruck, Zeitdruck, Streß am Arbeitsplatz, nicht genügend Erholungsmöglichkeiten, gerade in der Dienstleistung, hier gibt es auch sehr viele andere Arbeitsbereiche zu erwähnen, auch dazu führen können, daß Menschen krank werden. Es sollte für uns eine Selbstverständlichkeit sein, daß wir dafür Vorsorge treffen, daß wir Umweltbedingungen auch am Arbeitsplatz schaffen, die derartige Entwicklungen erst gar nicht zulassen. (Abg. Kamm-lander: „Bravo!“)

Damit komme ich zu dem unmittelbaren Lebensraum, dem Umfeld jedes einzelnen in unserem Land, zur Gesundheitspolitik. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die Arbeiterkammer schläft!“) Wir wissen, was wir wollen, auch der zarte Applaus ist durchaus befriedigend!

Ich versuchte bereits darzustellen, in welche belastende Situationen heute Arbeitnehmer kommen können oder sich befinden, und ich möchte weiter herausstellen, daß dies die Gründe und Ursachen dafür sind, daß immer mehr Menschen sich überfordert fühlen und letztlich unsere Einrichtungen der Gesundheitspolitik in Anspruch nehmen müssen. Unser Gesundheitswesen ist gegenwärtig immer noch auf das Kranken-

haus zentriert. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß für 98 Prozent der Österreicher das Leben im Krankenhaus beginnt und für 60 Prozent im Krankenhaus endet. Es ist das Krankenhaus, auf das sich die Hoffnung der Menschen auf gesundheitliche Wiederherstellung konzentriert, es ist das Krankenhaus, wo sich der medizinische Fortschritt am sichtbarsten manifestiert. In den steirischen Krankenanstalten werden jährlich gut 190.000 Patienten in rund 2,85 Millionen Pflegetagen betreut. Dazu kommen jährlich 440.000 ambulante Fälle. Dies sei vorausgestellt, um eine Vorstellung über die Größenordnung von der Aufgabenstellung her zu erhalten. 21 Krankenanstalten mit etwa 8500 systemisierten Betten sind Landesspitäler. Die steirischen Landeskrankenanstalten sind somit Hauptanbieter der Krankenhausversorgung dieses Bundeslandes mit weit über 90 Prozent aller Betten an allgemeinen Krankenanstalten.

Mehr als 10.000 Bedienstete sind um kranke und gesundheitsuchende Menschen besorgt. Hiefür sind im Wirtschaftsplan 1989 der Steiermärkischen Krankenanstalten-Ges. m. b. H. Aufwendungen und Erträge in Höhe von 6,5 Milliarden Schilling präliminiert. Der Landesbeitrag 1989 wird voraussichtlich inklusive der Beiträge für Bruck und Feldbach 1.434.000.000 Schilling betragen, dazu werden noch Bundesbeiträge aus dem KRAZAF, also aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, beziehungsweise unter dem Titel des Klinischen Mehraufwandes von über einer Milliarde dazukommen. Die Finanzierung des Krankenanstaltenwesens ist daher nach wie vor eines der großen Probleme in der Steiermark, wie in Österreich. Über die Probleme im einzelnen hat bereits Landesrat Dr. Klausner in seiner Budgetrede einiges gesagt, und ich bin sicher, daß auch hier in der Spitalsdebatte noch viel gesagt werden wird.

Die Frage der Krankenhäuser und der Krankenhausversorgung spielt daher in der öffentlichen Diskussion zu Recht eine außerordentlich große Rolle. Nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht. Nach Ergebnissen der Meinungsforschung nimmt sie in der Dringlichkeitsskala der sozialen Bedürfnisse nicht nur bei älteren, sondern auch bei jüngeren Menschen einen ersten oder zumindest einen sehr hohen Rang ein. Außerdem gibt es in der Altersstruktur der österreichischen Bevölkerung wesentliche Veränderungen. So hat sich die Lebenserwartung von 1950 auf 1986 wie folgt verändert: bei Männern von 62,4 auf 71,0 Jahre, bei Frauen von 67,8 auf 77,2 Jahre.

Diese Veränderungen werden den Gesundheitsbereich noch nachhaltig beeinflussen beziehungsweise die Notwendigkeit von Krankenhaus- und Pflegebetten verstärken.

Im Bereich unserer Häuser werden zweifellos ungeheure Leistungen, vor allem personeller Natur, erbracht. Aber auch die Bauleistungen beziehungsweise die schon im Realisierungsstadium befindlichen Bauvorhaben sowie die medizinischen Strukturkonzepte können sich durchaus sehen lassen. Alles in allem werden jedoch in den kommenden zehn bis zwölf Jahren 7,7 bis 10 Milliarden Schilling zu investieren sein. In Zukunft werden wir also, sofern wir die an uns gestellten Aufgaben meistern wollen, die Krankenhausbehandlung und auch die Krankenhausbetreuung teilweise von den Anstalten als oberstes und teuerstes

Glied unserer Versorgungskette in die Bereiche außerhalb der Anstalten transferieren müssen. Wir werden die Krankheiten am Ort ihrer Entstehung in verstärktem Maß zu bekämpfen haben, das heißt, wir müssen die Lebens- aber auch die Arbeitsbedingungen zunehmend verbessern und vor allem auch das Verantwortungsbewußtsein zur eigenen Gesundheit und zur Gesundheit des Mitmenschen stärken.

Und weil ich bei den Bemühungen um ein größeres, um ein verstärktes Gesundheitsbewußtsein bin, möchte ich ausdrücklich darauf verweisen, daß die Einrichtungen, die zur Einhaltung der Schutzbestimmungen für unsere Arbeitnehmer geschaffen wurden, keineswegs unseren Erwartungen entsprechen. Ich meine die Arbeitsinspektion und die Unfallverhütungsdienste. Die Vertretungen der Arbeitnehmer in diesem Bereich haben zum Teil zu geringe Kompetenzen oder aber auch zu geringe Kapazitäten. Darüber hinaus muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß mehr und bessere Kontrollen in diesem Bereich möglich werden.

Belastende Lohnsysteme, vor allem Akkordsysteme, die heute zweifelsfrei den Nachweis liefern, daß sie den Menschen krank machen, sind schrittweise zu eliminieren.

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir uns im Krankenanstaltenwesen die Frage stellen, ob nicht Pflegebetten dafür zu entstehen haben, weil wir Akutbetten abbauen auf Grund der demographischen Veränderung in den nächsten Jahrzehnten, wird es immer dringlicher und immer notwendiger sein, ein entsprechendes Angebot zu erstellen.

Natürlich tut sich bei all diesen Fragen in diesem Zusammenhang die Finanzierungsfrage auf, aber auch hier müßte man Überlegungen anstellen, ob nicht in Form eines Zuschlages zur Krankenversicherung beziehungsweise durch eine eigene Pflegeversicherung bei Wahrung natürlich der sozialen Symmetrie entsprechende materielle Vorsorgen für diese Entwicklung bereits heute zu treffen sind.

Gestatten Sie mir jetzt noch, einige Aspekte zu erörtern, die nicht nur unser Bundesland betreffen, sondern überregional angesiedelt sind. Es war nicht nur für mich, sondern wahrscheinlich für viele andere auch ein Schock, als Bundeskanzler Dr. Mock die „Aktion 8000“ abqualifizierte. (Abg. Kollmann: „Du bist deiner Zeit voraus!“) Vizekanzler, Entschuldigung. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Unser Bundeskanzler Dr. Mock!“) Ich berichtige gerne! (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Bundeskanzler – da hast du vollkommen recht, er wird es noch werden! Dein Optimismus ist ansteckend!“) Wenn du wieder leise wirst, habe ich die Möglichkeit, auf Vizekanzler Dr. Mock zu berichten, und ich darf noch einmal sagen: Wir waren geschockt – ihr wart es scheinbar nicht, das mußte ich jetzt zur Kenntnis nehmen –, und es war trotzdem unschön (Abg. Pinegger: „Uns schockieren andere Dinge!“), wie diese Aktion abqualifiziert wurde. Unabhängig davon, daß seine Wortmeldung offensichtlich von einem Informationsdefizit getragen war, wenn er behauptet, sie sei teuer und bringe nichts, sie war auch herzlos und unsozial.

Abgesehen davon, daß man bei der Behandlung von sozial- und beschäftigungspolitischen Fragen nicht nur mit Zahlen operieren darf, ist mir unverständlich, daß

bei einem so unflexiblen Arbeitsmarkt, wie wir ihn in der Steiermark haben, eine derartige Stellungnahme ohne einen Aufschrei überhaupt erfolgen konnte. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Es haben eure Leute selber nicht geschrien!“) Unsere haben! Arbeiterkammer und Gewerkschaften haben dagegen sofort Stellung genommen. (Beifall bei der SPÖ.) Ausständig ist nur noch die Wirtschaft, und ausständig ist der ÖAAB, und ich hoffe, er wird dies noch tun. (Abg. Ing. Stoisser: „Wir haben da andere Vorstellungen, Herr Kollege!“) Aber falsche, Herr Präsident!

Es geht dabei um das Problem, meine Damen und Herren, daß jugendliche Menschen und Langzeitarbeitslose eine sinnvolle Beschäftigung finden. Diese „Aktion 8000“ schuf und schafft in vielen Bereichen für die Gesellschaft tatsächlich wertvolle Arbeit, wertvolle Betätigungsmöglichkeiten, wie in der Stadtsanierung, zum Beispiel in der Ortsbildverschönerung. Ich denke also an die Modelle, die auch in der Steiermark ja sehr bekannt sind: das Modell der Eisenstraße. Ich denke auch an das Modell der Eggenburger Stadtmauer, Herr Präsident. Ein ÖVP-Bürgermeister hat da den zuständigen Ressortminister sehr, sehr gelobt. (Abg. Erhart: „Das kommt öfters vor!“) Ich denke an den Umweltschutz, an Kunst und Kultur in Form von Restaurierungsarbeiten, an Archivtätigkeiten in Bibliotheken, an den Ausbau von Kultur- und Kommunikationszentren. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Dazu brauchen wir 17 Jahre Sozialismus!“) Überaus wertvoll sind diese Dienste im Sozialdienst, in der Alten- und vor allem in der Behindertenbetreuung, in der Betreuung von kranken Menschen, im Ausbau von Jugendzentren und in der Erledigung neuer sozialer Dienste.

Lieber Herr Professor, darf ich das sagen: Nicht nur wir brauchen derartige Modelle, die gesamte westliche Welt hat derartige Maßnahmen eingeleitet, und wir alle wissen, daß fast in allen westeuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft Probleme der Jugendbeschäftigung bestehen, die wesentlich dramatischer als in der Steiermark sind. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Für sinnvolle Dinge sind wir immer zu haben!“) Ich würde daher nicht so leichtfertig über eine derartige Aktion hinweggehen. (Beifall bei der SPÖ.) Lieber Herr Kollege, ich habe ganz bewußt am Beginn dargestellt, daß wir

a) eine Koalitionsregierung haben, daß wir  
b) versuchen sollten, die Fragen gemeinsam zu lösen (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Aber alles zu spät!“), und darüber hinaus möchte ich wirklich nicht provozieren. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Auch wir nicht!“) Ich habe mich ganz bewußt so verhalten, daß keine besondere Provokation eintreten konnte, auch von euch nicht.

Aber ich möchte bitte doch darauf hinweisen: Wenn schon gefordert wird, müssen wir leider feststellen, daß wir für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Steiermark nicht ressortzuständig waren und daher eine Mitschuld des Bundeslandes Steiermark in jedem Fall bei einer negativen Entwicklung zu verzeichnen ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wer war 17 Jahre für die Verstaatlichte in der Obersteiermark zuständig?“) Lieber Herr Professor, ich möchte jetzt nicht von vorne beginnen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die SPÖ, Streicher und so weiter!“) Ja, ja! Ich kenne das alles, Herr Professor. (Abg. Prof.

Dr. Eichinger: „Rede mit den Leuten oben!“ Lieber Freund, ich könnte dir jetzt aber die Zeit von 1945 bis zur Alleinregierung der ÖVP aufrechnen, und dort bitte liegen die Wurzeln einer falschen Entwicklung in der Steiermark, in der Wirtschafts- und in der Verkehrspolitik. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, seit dem Bestand der „Aktion 8000“ (Abg. Ing. Stoisser: „Wenn einem Steirer der Ideenreichtum fehlt, dann möchte ich jetzt wohin schauen!“) Ja, Herr Präsident, ich könnte da eine ganze Menge Steirer aus deiner Partei sofort aufzählen, denen vieles gefehlt hat, die tragende Funktionen im Bereich der verstaatlichten Industrie seitens der ÖVP innegehabt haben. Ich könnte Präsidenten, auch der Handelskammer, zitieren und auch zuständige Landesräte, wie ich da herausgestellt habe, die bereits gegangen sind. Ich werde mich davor hüten, ich möchte nicht provozieren. Aber man sollte die Dinge nicht so einseitig betrachten, wie du es tust, Herr Präsident. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn es gestattet ist, möchte ich gerne fortfahren. Es gibt ja noch weitere Generalredner.

Seit dem Bestand vor vier Jahren konnte bei der „Aktion 8000“ ein beachtlicher Erfolg erzielt werden. Österreichweit konnten mehr als 10.000 Jugendliche und Langzeitarbeitslose Beschäftigung finden. Mehr als die Hälfte hat einen Dauerarbeitsplatz gefunden, und das, bitte, ist ein internationaler Spitzenwert. (Beifall bei der SPÖ.) Und weil hier Einwände gekommen sind, gestatten Sie mir, daß ich das auch noch ökonomisch betrachte, die Wirtschaft tut das ja gerne. Meine Damen und Herren! Ich glaube, so gesehen ist diese Aktion eine sehr sinnvolle. Eine für jedermann zugängliche Statistik, ich bitte da einzuschauen und nachzulesen, besagt, daß jeder Arbeitslose die Allgemeinheit mit rund 180.000 Schilling pro Jahr belastet.

Die Auslagen für jeden Menschen, der in der „Aktion 8000“ beschäftigt war oder ist, belaufen sich nur auf 120.000 Schilling. Es läßt sich leicht ausrechnen, ob das ein wirtschaftlicher Erfolg ist. Ich glaube, auch Sie von der ÖVP-Fraktion in diesem Haus werden diese einfache Rechnung verstehen und müssen sie anerkennen. Abgesehen davon, daß offensichtlich hier nicht bedacht wurde, was es heißt, wenn ein Mensch vor dem erniedrigenden Schicksal der Arbeitslosigkeit bewahrt werden kann. Dies müßte es uns sogar wert sein, noch Zusätzliches aufzubringen und nicht so knauserisch zu denken. (Beifall bei der SPÖ.) Dazu kommt noch allgemein gesehen, daß den Menschen das Gefühl von Sicherheit gegeben werden muß. Es ist für die Gesellschaft immer eine Gefahr, wenn man zu sehr am sozialen Netz rüttelt. Und im übrigen kann das auch zu einer wirtschaftspolitischen Auswirkung führen. Wenn Unsicherheit auftritt, verlieren auch die sogenannten Konsumenten das Gefühl der Stabilität, und die Folge davon ist unter anderem auch ein Konsumverzicht, der sich wiederum negativ auf die Konjunktur auswirkt.

Es ist unbestreitbare Tatsache, daß jegliche Art der Politik, die in unserer Nation gemacht wird, ineinandergreift. Sicherlich taucht im tagespolitischen Hick-Hack, das wir auch hier heute wieder erleben, die Frage von Finanzierbarkeiten auf. Sozial- und beschäftigungspolitische Maßnahmen spielen dabei eine besondere Rolle. Es gehört aus dieser gesamtheitlichen

Sicht heraus aber ein besonderer Zynismus dazu, wenn Spitzenleute, die sich darüber Gedanken machen, in unserer Republik beschimpft und verlacht werden. Sie wissen schon, auf was ich hier hinaus will: Es geht um die laufende Diskussion um Pensionen und die von Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP-Fraktion, so oft als Maschinensteuer heruntergemachte Wertschöpfungsabgabe.

Wir alle wissen, daß es sich dabei nur um ein Mittel zur Lösung unserer Probleme bei der Finanzierung des Pensionssystems handelt. Wir alle wissen aber umgekehrt, daß auf Grund der demographischen Entwicklung wir nur mehr ganz wenig Zeit zur Verfügung haben, uns ein Modell der Finanzierung unserer Pensionen auch zu erarbeiten. (Abg. Dr. Dorfer: „Ebenso die Eisenbahner!“) Und diese Wertschöpfungsabgabe, Kollege Dr. Dorfer, wäre ein Weg dazu.

Vielleicht darf ich eine ökonomische Betrachtung in diesem Zusammenhang anstellen, die werden ja der Herr Präsident und sein Kammeramtsdirektor besser verstehen. Wenn man also den Bereich der Dienstleistung nimmt oder überhaupt globaler betrachtet den gewaltigen Strukturwandel in unserer Gesellschaft, der immer mehr die Tendenz hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft aufzeigt, dann sind lohnbezogene Beitragsleistungen, wie zum Beispiel die Pensionsversicherungsbeiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu zahlen haben, durchaus auch als eine Strafsteuer zu sehen, und wenn man die Beschäftigung sieht, kontraproduktiv. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß selbst der Präsident unseres Hohen Hauses hier die Ansichten des Bundesministers für Arbeit und Soziales hinsichtlich der Wertschöpfungsabgabe in weiten Überlegungen teilt.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, es würde jeden zeitlichen Rahmen sprengen, wollte ich den Versuch unternehmen, herauszustellen, in welcher Form es gelingen könnte oder müßte, dieses Problem der Finanzierung der Pensionen zu lösen. So viel sei mir noch gestattet: So kann es sicher nicht gehen, wenn man den Versuch unternimmt, ein globales Problem, das alle Bereiche unserer Gesellschaft betrifft, Beamte, Arbeiter, Angestellte, Bauern, Freiberufler und Selbständige, wenn deren Pensionssystem finanziert werden muß, daß man dann ausgerechnet die Gruppe der Eisenbahner herausnimmt und sagt, und wenn es hier keine Lösung gibt, dann gibt es keine Lösung. (Abg. Dr. Dorfer: „Warum sollen die Ausnahmen bleiben? Erklären Sie uns das!“) Ganz einfach, Kollege Dr. Dorfer, weil wir nur eine globale Lösung der Gebietskörperschaften sehen können, das heißt, Bund, Länder und Gemeinden müssen in eine derartige Überlegung miteinbezogen werden, und dazu gehört im besonderen: nach dem (Abg. Dr. Dorfer: „Also doch auch die Eisenbahner!“) allgemeinen Sozialversicherungsgesetz haben die Arbeiter und die Angestellten, die unselbständig Erwerbstätigen, bereits weitgehende Vorleistungen erbracht, nur diese Bereiche haben überhaupt nichts geleistet. (Beifall bei der SPÖ.) Es kann nicht so sein, daß man dann sagt, es gibt keine Überlegungen mehr zu den Ruhensbestimmungen, weil man wahrscheinlich keine Ruhensbestimmungen will. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist Klassenkampf in der steirischen Landstube!“) Dann gibt es keine Überlegungen zur Änderung der Pen-

sionssysteme. Wir werden sie aber trotzdem ändern müssen. Dann kann es überhaupt keine Überlegungen und Ansätze zu Finanzierungsmöglichkeiten geben. Das ist eine total verfehlte Politik! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ihr wollt per Gesetz ruhen!“) Wir wollen nicht per Gesetz ruhen, sondern wir wollen etwas anderes, Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Wir wollen die Zugangsmöglichkeiten der Arbeitslosen nicht verbauen, und das muß man sich sehr wohl überlegen, auch in der Steiermark, auch bei uns gibt es eine bedrückende Jugendarbeitslosigkeit, und wir haben Vorsorge dafür zu treffen, daß diese Menschen Arbeit finden. (Beifall bei der SPÖ.) Ich meine, daß wir ernsthafte Überlegungen über Finanzierungen anstellen müssen, und ich glaube, daß wir bei der Behandlung derartiger Fragen auch im Interesse der Betroffenen, meine Damen und Herren, und angesichts der besonderen Dringlichkeit, die ich am Beginn herausgestellt habe, uns anders verhalten. Es kann auch kein Modell der Lösung sein, wenn man glaubt, daß auch hier private Vorsorgemodelle oder Betriebspensionssysteme, die wir jetzt diskutieren, ein weiteres Standbein in der Sozialversicherung sein könnten. Ich glaube nicht, daß das ein Mittel der Problemlösung ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Vorwärts Kameraden, wir müssen zurück!“) Ich glaube viel mehr, daß dieses System nur herkömmliche, bereits bestehende ablösen könnte, aber keineswegs geeignet ist, einen Ersatz für das vorhandene Modell, für das praktizierte, zu ergeben.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, ein weiteres Problem, das etwa so kontraversiell ist, wie jenes der Finanzierung unseres Pensionssystems, nämlich das Problem des Beitrittes in die Europäische Gemeinschaft: Wir erleben hier eine Auseinandersetzung, die einem Glaubenskrieg sehr nahe kommt. Wir überlegen nicht in der Heftigkeit der Auseinandersetzung, welche Folgen damit für unsere Gesellschaft, viel mehr aber für unser Wollen, verbunden sind. Ich möchte jetzt absolut nicht polemisch wirken, wenn ich ein Wort von Klaus von Dohnany gebrauche, der gemeint hat: „Sozialismus ist, was die Konservativen zehn Jahre zu spät einsehen“. Aber grundsätzlich: (Abg. Dr. Dorfer: „Es zeigt sich überall in der Welt der Erfolg der sozialistischen Wirtschaftspolitik!“) Kollege Dr. Dorfer, was regst du dich so auf, Dohnany sagt das, nicht ich! Wir sollten selbstbewußt an diese Frage herangehen. Wir sollten dabei nie außer acht lassen, daß wir am Status der immerwährenden Neutralität nicht das geringste ändern können, und wir sollten auch die Substanz der österreichischen Neutralität in keinster Weise anzweifeln, weil sie nämlich nicht verhandelt werden kann. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir der erste Staat wären, der als Neutraler in diese Gemeinschaft aufgenommen werden muß. Und es ist einfach nicht verständlich, wenn dann in dieser Hektik und in dieser Form oder, wie es der Bundeskanzler meinte, in einem parteipolitischen Gejammer versucht wird, die Probleme einer rascheren Lösung zuzuführen. (Abg. Dr. Lopatka: „Informieren Sie sich: Irland ist schon längst in der EG und ist neutral!“) Na geh, ich würde einmal nachlesen, was der Bundeskanzler bereits alles dazu gesagt hat, vielleicht auch der Herr Vizekanzler. Die sind ja dabei, sich jetzt zu einigen und einen gemeinsamen Weg zu finden. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Dorfer: „Wer

will das nicht!“) Der Bundeskanzler hat in diesem Zusammenhang nach einem, wie wir glauben, dem Thema gerecht werdenden Kongreß die Überlegungen in wenigen Punkten zusammengefaßt, die unserem Wunsch einer weitgehenden Teilnahme am europäischen Binnenmarkt entsprechen. Und zwar haben wir auszugehen von einer unverbrüchlichen und von einer absoluten Erkenntnissituation zur immerwährenden Neutralität. Von unserem Einsatz, daß die Integration zu einem sozialen Europa führt – da werden wir große Probleme haben –, von unserem offensiven (Abg. Dr. Dorfer: „Das werden wir nicht allein bestimmen!“) und aktiven Eintreten für den Ausbau und für die Intensivierung unserer Beziehung zu den osteuropäischen Staaten und auch von einer Zusammenarbeit und von der Erfüllung zwischen den neutralen und den EFTA-Staaten. Wir haben hier einiges zu bereinigen, meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Dorfer: „Sozialistisch regierte Länder in der EG sind die Bremser im Sozialbereich! Von Griechenland bis Spanien!“) Lieber Kollege Dr. Dorfer, das mag durchaus stimmen, daß soziale Überlegungen hier bremsend wirken könnten, aber Tatsache ist, bitte, daß die sozialen Bedingungen für die unselbständig Erwerbstätigen in der Europäischen Gemeinschaft leider nicht stimmen, und daher ist Vorsicht (Abg. Dr. Dorfer: „Besonders dort, wo Sozialisten regieren!“) tatsächlich besonders am Platze, auch in Österreich. Wir wollen uns unser soziales System durch einen leichtfertigen Eintritt, ohne vorher Überlegungen anzustellen, nicht nehmen lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vielleicht darf ich auf ein anderes Problem zu sprechen kommen, das ja auch in Kreisen der Wirtschaft mehr als Anerkennung und mehr Beachtung finden müßte: Das ist zum Beispiel die Frage der verstaatlichten Industrie, der Eisen- und Stahlindustrie. Sie ist ja nach wie vor, bitte, in Österreich noch ein geschützter Bereich. Und wenn Sie die jüngste Meldung der Österreichischen Raumordnungskonferenz genommen haben, dann ist herausgestellt worden, daß neben den üblichen Verlusten, die durch die Restrukturierung noch eintreten werden, weitere 6000 Arbeitsplätze in der Obersteiermark unmittelbar gefährdet erscheinen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wenn andere entstehen, ist ja nichts dabei!“) Kollege Dr. Dorfer, wie sollen sie denn entstehen? (Abg. Dr. Dorfer: „Herr Kollege Vollmann, was ist in Krieglach?“) Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, darf man vielleicht die Frage Krieglach und andere Privatisierungen in der Steiermark kurz ansprechen. Bitte, das, was wirklich dankenswerterweise mit einer gewaltigen Förderung entstanden ist, die wir gemeinsam getätigt haben – Bund und Land –, ist nur ein geringer Ersatz dafür, was an Arbeitsplätzen verlorengegangen ist. Nicht einmal ein oder zwei Fünftel – je nach Region – sind jetzt erst wieder als Ersatz entstanden.

Und wir haben noch Tausende Arbeitsplätze, die in Gefahr stehen, und wir hätten weitere 6000, die verlorengehen könnten. Ja, meine Damen und Herren, wir sollten uns diese Frage tatsächlich vorher ernsthaft überlegen. Aber ich denke auch an den Bereich der Landwirtschaft – der Herr Kollege Pörtl hat ihn ja angesprochen –, 3,5 oder 3,9 Milliarden Schilling. Ja, bitte, die müssen wir zuerst aufbringen, die müssen wir zuerst haben. Wir müssen unsere unselbständig Erwerbstätigen genauso mitfinanzieren.

Und wir müssen, meine Damen und Herren, ganz eindeutig eines herausstellen: Wir haben in Österreich und wir haben insbesondere in der Steiermark sehr viele Ungunstlagen, die aber in einer großen Gemeinschaft trotzdem nicht förderungswürdig sind und wo wir dann wahrscheinlich die bäuerliche Existenz nicht mehr gesichert hätten. Auch das sollten wir uns ganz besonders überlegen. (Abg. Dr. Dorfer: „Kollege Rainer, darf ich fragen, was du wirklich willst?!“)

Ein anderes Beispiel, meine Damen und Herren, wieder an die Seite der Wirtschaft gerichtet: Ich denke also an unsere Monopole, ich denke also an das Glücksspiel-, an das Tabak-, an das Salzmonopol. Ich könnte eine weitere (Abg. Dr. Dorfer: „Sie reden konsumentenfeindlich!“) – in der Steiermark darf man eines ja nicht ansprechen – Reihe herausstellen.

Alle diese Monopole, bitte, wären nicht aufrechtzuerhalten. Was heißt denn das für die Beschäftigung in diesen Bereichen? Wir werden gewaltige Arbeitsplatzverluste haben, aber wir würden auch gewaltige Einkommensverluste haben. Daher sollten wir uns das ganz genau überlegen. Ich denke aber auch (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Also kein Beitritt!“) – ich komm dann schon zur Schlußfolgerung – an den Banken- und an den Versicherungsbereich. Vielleicht darf ich noch einmal zurückkommen, meine Damen und Herren von der ÖVP, auf das Gewerberecht, von wo dieser Einwurf gekommen ist: Ja, bitte, wir haben ein Gewerberecht, das wirklich anachronistische Züge trägt, das überholt ist, meine Damen und Herren, und das innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht mehr bestehen kann. Aber wie der zuständige Finanzminister einen Entwurf vorgelegt hat, da war ein großes Aufheulen in unserer Republik, und die Bundeskammer war die erste, die erklärt hat: Hier kann es keine Änderung geben. Deregulierung in diesem Bereich darf offensichtlich nicht stattfinden. Wenn wir in die EG wollen, dann wird sie aber stattfinden. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich denke auch, meine Damen und Herren, an die freien Berufe, die ihre Schutzbestimmungen haben. Wir wissen also, was da passieren würde, wenn die Freizügigkeit, die Liberalität in einem größeren Europa tatsächlich Platz greifen würde, und ich denke – und das ist jetzt das, was ich noch einmal ansprechen möchte – an die sozialpolitischen Auswirkungen.

Meine Damen und Herren, wir glauben, daß derart gewaltige sozialpolitische Auswirkungen mit einem Eintritt verbunden wären, daß wir uns diese Fragen vorher gründlich zu überlegen haben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Stockkonservativ!“)

Und es ist ja von allen politischen Parteien herausgestellt worden – vielleicht kann man sich darauf einigen –, daß bei diesen Fragen, Hohes Haus, das Parlament, die Bundesregierung, vor allem aber unser Volk hier auch etwas zu sagen hätten, und wir glauben daher, daß gerade unter dem Eindruck der heutigen Budgetdebatte auch die föderalistischen Prinzipien unserer Bundesverfassung einen ganz besonderen Stellenwert dabei hätten, den wir beachten müssen. Daher meine ich abschließend und zusammenfassend: Bevor wir entsprechende Schritte setzen, sollten wir uns diese genau überlegen und Antworten auf diese Fragen finden, sollten wir sicherstellen, daß wir keinen leichtfertigen Schritt tun. Wir müssen uns integrieren – wir wissen das, meine Damen und Herren –, aber

wir müssen auch die entsprechende *Vorsorge* vorher treffen (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist richtig!“), wir müssen für unsere Fragen Antworten haben, und wir sollten dann die Option annehmen, wir sollten dann selbstbewußt in diese Europäische Gemeinschaft eintreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte auch mit dieser Ausführung meine Generalrede beenden, meine Damen und Herren, und ich möchte hier mitteilen, daß die sozialistische Fraktion dieses Hauses dem Landesvoranschlag 1989 die Zustimmung geben wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, und ich schließe für uns alle, meine Damen und Herren, mit einem herzlichen Glückauf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 11.24 Uhr.)

**Präsident Zdarsky** (11.24 Uhr): Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort.

**Abg. Mag. Rader** (11.25 Uhr): Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren!

Vielleicht warte ich ein paar Minuten, bis alle erschöpften Mitglieder der SPÖ-Fraktion den Saal verlassen haben, um sich zu laben.

Wenn Sie in Ihrem Garten einen Apfelbaum haben, und Sie hängen nun an denselben Apfelbaum einen Zettel, auf den Sie schreiben: „Das ist ein Feigenbaum“, ist er dann dadurch zum Feigenbaum geworden? Nein. Und wenn Sie Ihr ganzes Hausgesinde und alle Einwohner des Landes herum versammeln und laut und feierlich beschwören ließen: „Das ist ein Feigenbaum“, der Baum bleibt, was er war, und im nächsten Jahr da wird sich's zeigen, da wird er wieder Äpfel tragen und keine Feigen. Meine Damen und Herren, mit diesem Zitat von Lassalle in einer Rede vor dem „Fortschrittlich-Liberalen Verein“ in Berlin aus dem Jahre 1862 werde ich versuchen, vom Ausflug in die große Welt, vom Ausflug in die Landwirtschaftskammer, vom Ausflug in die Arbeiterkammer wieder zurück in die steirische Landespolitik zu finden. Lassalle hat das natürlich in dieser Rede nicht gesagt, weil er Äpfel oder Feigen züchten wollte, sondern weil er aufzeigen wollte, daß es zwischen der Theorie und der Praxis schon damals in der Politik und im Staatswesen eine tiefe Kluft gegeben hat. Er hat nämlich das Zitat dann fortgeführt, im Zusammenhang mit der damals eben erst geschaffenen Verfassung: „Was auf dem Blatt Papier geschrieben wird, ist ganz gleichgültig, wenn es der realen Lage der Dinge und den tatsächlichen Machtverhältnissen widerspricht.“

Meine Damen und Herren, ein Gespräch mit einem Mann, den ich auf Grund seiner kritischen Auffassung sehr schätze und der mir im Zuge des Gespräches gesagt hat: „Es mag zwar zynisch klingen, aber erfolgreiche Politiker müssen anders reden, als sie handeln“, hat mich dazu gebracht, in meiner fünften Generalrede in diesem Haus zu versuchen, zu untersuchen, wie sehr sich auch besonders in den letzten Jahren zwischen der Theorie der Gesetze, der Erklärungen, der Verordnungen und der Praxis und der Realität eine immer tiefere Kluft gegraben hat.

Meine Damen und Herren! Auch in der Landespolitik stellt es sich jetzt schön langsam schrittweise – ich werde auch darauf eingehen – heraus, daß die Apfelbäume, auf die man Feigenbaum geschrieben hat,

tatsächlich Apfelbäume geblieben sind, weil sich die Früchte dieser Bäume nunmehr zeigen. Ich werde versuchen, mich in den Beispielen – ich werde nicht auf alle eingehen, sondern nur auf ein paar – nach den Budgetgruppen zu orientieren, wobei interessanterweise irgendein besonders humorvoller Beamter seinerzeit die Budgetgruppen mit 0 begonnen hat und nicht mit 1, wobei auch interessanterweise, ein Kuriosum, jene die wichtigste Budgetgruppe, nämlich die der Finanzwirtschaft, erst die letzte, nämlich die Gruppe 9, ist und erst zum Schluß darauf eingegangen werden soll bei der Debatte. Erlauben Sie mir, daß ich der Wichtigkeit halber zuerst mit der Gruppe 9 beginne, jener der Finanzwirtschaft, und jene Anmerkung in einem Satz wiederhole, den ich seit fünf Jahren, und auch der Herr Kollege Weilharter im Vorjahr, immer wieder wiederholt habe, wir sind in der Steiermark – und das hat der Finanzreferent in seiner Pressekonferenz vor der Einbringungsrede im Landtag noch viel exakter gesagt, daher zitiere ich ihn: „Wir sind in der Steiermark das meistverschuldete Bundesland in Österreich.“ Auch wenn man heuer versucht hat, nach Phasen der Ausweitung in den letzten Jahren wieder kürzer zu treten, haben wir ein besonderes Problem durch jenen Finanzausgleich, den mein Vordränger – für mich unverständlich – über den grünen Klee gelobt hat. Meine Damen und Herren! Nicht der Finanzausgleich, sondern die Steuerreform ist, so glaube ich, nicht nur für den Bund, was sich auch schön langsam herausstellt, sondern auch für die anderen Gebietskörperschaften, Länder und Gemeinden ein echter Fehler gewesen. Erlauben Sie mir, daß ich das erläutere an Hand einer kleinen Parabel von Friedrich Wolf, die sich übertitelt „Der dürre Acker“: „Zwei Bauern hatten ihre Äcker nebeneinander liegen. Beide trugen jahraus, jahrein gute Frucht. Der Acker des unteren Bauern ward aber von dem Teil des oberen Bauern mitbewässert. In einem regenarmen Jahr gab der obere Bauer dem unteren nichts mehr von seinem Wasser, da er es nun für sein Land brauchte. Vergebens bat und bettelte der untere Bauer. ‚Jeder ist sich selbst der Nächste‘, und ‚Das Hemd ist mir näher als der Rock‘, sprach der obere. Als der untere Bauer sah, daß auf dem trockenen Stück doch nichts wuchs als Disteln, bestellte er es dieses Jahr nicht. Die Disteln aber wucherten umso mächtiger und durchsetzten auch den ganzen Acker des oberen Bauern. Und mit jeder Distel, die der wütende obere Bauer aus seinem Acker riß, hielt er ein Bündel Halme in der Hand.“

Meine Damen und Herren, was sagt diese Parabel? Der Bund hat zwar versucht, mit einer Steuerreform den Applaus der Bevölkerung zu bekommen. Sie ist ja ausgeführt worden: 200.000 sind betroffen, aber nicht nur positiv, sondern negativ. Er hat aber auf Grund der Ungeschicklichkeit, die es tagtäglich in der großen Koalition zu unserer Freude, aber zur Unfreude des Volkes – gebe ich zu – gibt, ohnehin keine Chance, diesen Applaus zu ernten. Er tut es aber auf Kosten der sogenannten „unteren“, Gebietskörperschaften, der Länder und der Gemeinden, und wir haben erst in der vorletzten Landtagssitzung hier diskutiert, daß diese berühmte Steuerreform allein das Land Steiermark eine halbe Milliarde Schilling kosten wird. Genauso ist es in den vielen Gemeinden draußen, die jetzt daran gehen, durch exorbitante Erhöhungen der Gebühren genau diesen Ausgleich wieder aufzuholen. Ich hoffe

allerdings, daß im nächsten Jahr, wenn dann die KES-2-Mittel einlaufen, wieder ein Ausgleich erfolgt und daß man sich diese KES-2-Mittel nicht als Körpergeld behält.

Meine Damen und Herren! Dieser Unmut und die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die logischerweise dadurch entstehen müssen, daß die unteren Gebietskörperschaften „ausgehöhlt“ und ausgetrocknet werden, werden schön langsam immer höher greifen, und Sie werden spätestens in ein paar Monaten, bei den Wahlen, merken, daß schlußendlich auch der obere Bauer, sprich der Bund, von diesem Unmut überwuchert wird, genauso wie die Disteln des unteren Bauern auch den oberen Bauern überwuchern. Ihre Freunde in der österreichischen Bundesregierung haben die Länder und Gemeinden in Wahrheit im Stich gelassen. Das ist eine Realität, und was ich nicht verstehe, ist, daß selbst die Vertretungskörper der Gemeinden oder der Städte diese Vorgangsweise, obwohl sie genau wissen, wie weh sie ihnen tut, fast einstimmig gebilligt hätten, wäre nicht etwa im Hauptausschuß des Städtebundes ein einziger Freiheitlicher vertreten gewesen, nämlich der Grazer Vizebürgermeister, der gegen diese zustimmende Zurkenntnisnahme dieser Steuerreform gestimmt hätte. Meine Damen und Herren! Ich verstehe nicht, wie Sie sich das Recht herausnehmen können, hier von diesem Pult für das Land zu sprechen, wenn Sie gleichzeitig untätig zuschauen, wie auf der oberen Ebene sowohl das Land als auch die Gemeinden in unserem Land im Stich gelassen werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Weil die dort trotzdem die Disteln herausreißen, auch wenn kein Wasser da ist!“) Hätten wir doch ein bißchen Wasser heruntergelassen, Herr Präsident! Derjenige, der oben das ganze Wasser für sich behält, der wird nichts haben. Nicht einmal den Applaus, und dieser Unmut wird ihn im Endeffekt genauso treffen. (Abg. Kröll: „Du weißt ganz genau, daß die Gemeinden 23 Prozent vom Bund erhalten!“) Ich weiß genau, daß die Gemeinden mies und schäbig durch diese Bundesregierung behandelt wurden. Das ist eine nüchterne Realität.

Aber lassen Sie mich jetzt wieder zur Systematik des Budgets zurückkehren, nämlich zu jener Gruppe 0, bei der zu Beginn anscheinend ein besonders süffisanter Beamter ursprünglich den ersten Ansatz mit dem Ansatz Doppelnulld betrachtet hat. Unter dieser Doppelnulld stehen die Aufwandsentschädigungen und die Gehälter der Landtagsabgeordneten. Dieser Beamte scheint schon seinerzeit vor vielen Jahren, da waren wir alle noch nicht im Haus, nicht sonderlich viel von den Abgeordneten gehalten zu haben. Vor der Regierung allerdings scheint er Respekt gehabt zu haben, weil die Regierung steht unter 01.

Also gehen wir zurück zu den Entschädigungen der Landtagsabgeordneten. Wir haben heute am Morgen bei der Klubobmännerkonferenz ausführlich darüber diskutiert, deshalb mußten wir etwas später beginnen, ich entschuldige mich dafür, daß ich damit etwas die Klubobmännerkonferenz belastet habe, aber Sie kennen meine Haltung, die ich Ihnen schon im Finanzausschuß erläutern konnte. Ich bin prinzipiell der Meinung, daß kein Politiker, auch nicht der Herr Kollege Trampusch, der jetzt so eifrig diskutiert, überbezahlt ist. Aber Sie haben im Vorjahr gemeint, es sei wichtig, zu einem Zeitpunkt, wo es eine besonders

schwierige Wirtschaftssituation in der Steiermark gibt, die es heuer übrigens auch gibt und im nächsten Jahr leider auch geben wird, Sie müßten ein Zeichen der Solidarität dadurch setzen, indem die Bezüge der Regierungsmitglieder und der Abgeordneten eingefroren werden. So weit, so gut. Ich habe Ihnen damals gesagt, dieses Zeichen wird spätestens in einem Jahr dann ins Gegenteil umschlagen, wenn wir das nicht auf eine ordentliche Frist machen. Sie haben das damals niedergestimmt. Ich habe damals auch gesagt, so gut dieses Zeichen auch im Dezember 1987 gewesen sein mag, es wird spätestens dann wirklich ins Gegenteil umschlagen, nämlich zur Frotzelei, wenn im Jahre 1988 logischerweise nicht nur die Erhöhungen für 1987, sondern auch jene für 1988 aufgestockt werden. Vor dieser Situation sind wir heuer, und ich habe mir daher erlaubt, im Sinne der Glaubwürdigkeit, von der im Vorjahr insbesondere der Herr Kollege Trampusch gesprochen hat, den Versuch zu unternehmen, Ihnen dies im Finanz-Ausschuß und auch in der Klubobmännerkonferenz klarzumachen, daß, wenn dieses Zeichen einen Sinn hat, ob es nun richtig sei oder falsch, dann nur dann, wenn man es konsequent so lange fortsetzt, solange die schwierige wirtschaftliche Situation in der Steiermark anhält – und Sie haben ja selbst die Studien gelesen, die vor ein paar Tagen veröffentlicht wurden, wo genau drinnensteht, daß überall die Konjunktur anspringt, nur nicht bei uns, aus verschiedenen Motiven, über die man noch reden kann. Da haben Sie im Vorjahr einige Absichtserklärungen abgegeben, an die Sie sich heuer anscheinend nicht mehr erinnern wollen. Weil der Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher sich schlecht im Finanz-Ausschuß behandelt fühlte, darf ich das, was er im Vorjahr gesagt hat, noch einmal wörtlich zitieren. Er sagt: "... daß wir nichts dagegen haben, eine politische Absichtserklärung abzugeben, daß man eine Null-Lohnrunde für Politiker für die restlichen Legislaturjahre annehmen kann, daß es aber der rechtlichen Gegebenheit entspricht, nachdem wir Jahr für Jahr ein solches Budgetgesetz beschließen, dieses Jahr für Jahr auch durchzuführen und Jahr für Jahr zu entscheiden, ob wir eine Erhöhung wollen oder nicht." Jedenfalls, die politische Absichtserklärung hatten Sie nur ein Jahr. Und der Herr Kollege Trampusch hat sich dem im wesentlichen angeschlossen, und weil der sozialistische Generalredner heute von Luftballons gesprochen hat, darf ich auch den Herrn Kollegen Trampusch zitieren. Er sagt: „Ich glaube schon, daß es besser ist, jedes Jahr ein kleines Zeichen zu setzen, als einmal eine große schillernde Seifenblase zu erzeugen, von der man weiß, daß sie sehr bald platzen wird.“ Lieber Herr Kollege Trampusch, deine kleine Seifenblase ist bereits geplatzt, bevor sie überhaupt aufgeblasen war. Mir tut es leid, meine Damen und Herren, daß Sie sich zu dieser Vorgangsweise nicht entschließen konnten. Sie werden wissen, was Sie tun.

Aber jetzt eher zu einem anderen Thema: Besonders deutlich ist die Kluft beim sogenannten Volksrechtsgesetz in den letzten eineinhalb und zwei Jahren zutage getreten, nämlich die Kluft zwischen Theorie und Praxis. Was im Juli 1986 noch schnell als Paukenschlag vor den Landtagswahlen beschlossen worden ist – quasi wieder einmal als Zuckerl aus dem Gesamtreformpaket der Landesverfassung –, hat sich in der Praxis als wirkungslos erwiesen. So sind die Bestim-

mungen über die Volksrechte in der Gemeinde faktisch nicht durchgeführt, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, wenn Sie sich darum kümmern. Gemeinderatsbeschlüsse werden kaum bis überhaupt nicht wie vorgesehen an den Amtstafeln aufgehängt, und auch diese berühmten Gemeindeversammlungen finden ja erst statt, nachdem wir Sie in einer Landtagsanfrage aufgeweckt haben und Sie nun über die Bezirkshauptmannschaften dringlich einfordern, daß diese Gemeindeversammlungen (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was soll das für ein Vorwurf sein?“) auch stattfinden. Und im Jahre 1987, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, in dem das ganze Jahr über dieses Volksrechtsgesetz in Kraft war, hat keine einzige Gemeindeversammlung stattgefunden, und da hat sich überhaupt kein Bürgermeister darum gekümmert, meine Damen und Herren. Besonders tragisch wird das Ergebnis allerdings, wenn man diese berühmten und von Ihnen damals in der Einbegleitungsrede zu diesem Stück so sehr gelobten öffentlichen Begutachtungen wichtiger Landesgesetze anschaut. Meine Damen und Herren, vielleicht ist es ein Frage der Handhabe, aber auch da haben Sie dann die Verantwortung dafür zu tragen, ich glaube nur, daß es auch eine Frage der Bestimmung ist. Es haben bis jetzt vier öffentliche Begutachtungen stattgefunden, nämlich über das berühmte Müllbewirtschaftungsgesetz, das wir damals thematisiert haben. Da war die Beteiligung noch bei schwachen aber immerhin 1108 Landesbürgern, das waren 1,2 Promille. Wo nicht thematisiert worden ist, nämlich beim Sportgesetz, haben sich ganze 91 Landesbürger zu Wort gemeldet, das sind 0,1 Promille. Bei der Bauordnung waren es immerhin mächtige 112, das sind 0,13 Promille, und bitte beim Raumordnungsgesetz war die Blamage wirklich endgültig: Da haben sich ganze zwölf Bürger gemeldet, das sind 0,014 Promille.

Meine Damen und Herren, davon dann zu reden, daß hier eine sehr offene Landespolitik betrieben wird, kann man ganz sicher dann nicht, wenn Sie diese öffentlichen Begutachtungen, lieber Herr Kollege, in die Zeit – da haben wir's – vom 1. August bis 12. September legen. Na bitte schön, wenn Sie die Leute nicht auffordern, sondern nur in der „Grazer Zeitung“ ausschreiben – schau, Herr Kollege, die „Grazer Zeitung“ wird ja noch viel weniger gelesen als die „Neue Zeit“ –, also bitte schön, wer soll sich denn da wirklich bewerben? Wenn Sie nicht eine wirklich öffentliche Aufforderung machen und das außerdem noch in die Sommermonate hineinlegen, dann wird sich wirklich niemand darum kümmern.

Meine Damen und Herren, den Geist von Gesetzen sieht man auch daran, wie sie umgesetzt werden.

Genauso, meine Damen und Herren, kommen wir zurück auf die Parteipolitik im Schulbereich. Diese so umstrittene Schulleiterbestellung in Graz-Liebenau – eine der Frau Bundesminister – in einer Bundeschule ist ja um Gottes Willen kein Einzelfall. Genau dasselbe erleben wir bei jeder Schulleiterbestellung in allen Pflichtschulen in der Steiermark, in allen höheren Schulen in der Steiermark, daß in Wahrheit mit einigen wenigen Ausnahmen, die dann der Kollege Dr. Hirschmann mit eineinhalb Fingern aufzählen kann, immer natürlich das Parteibuch entscheidet, und zwar nicht nur bei der Lehreraufnahme, wo Sie zwar in der

Zwischenzeit Richtlinien haben, aber die nutzen gar nichts, Herr Kollege. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „In unserem Bereich gibt es keinen Proporz!“) Ich weiß ja schon, ich weiß ja schon: Bezirksschulräte mit einstimmigen Beschlüssen sind bei dieser großen Koalition nicht schwierig. Auch die Regierung bestimmt pausenlos einstimmig, und es ist trotzdem nichts Gescheites. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Wir haben Bezirksschulräte, die einstimmige Beschlüsse fassen!“) Lieber Herr Kollege Prof. DDr. Steiner, die Richtlinien allein nutzen nun gar nichts, aber okay, ihr seid einen Schritt weiter gekommen. Ich weiß aber, warum zum Beispiel Ihre Fraktion und die sozialistische Fraktion Hand in Hand vereint bei der Beschlußfassung der Resolutionsanträge zu diesem Budget die Zustimmung zu einem Antrag verweigert haben, daß objektive Richtlinien auch bei der Leiterbestellung gemacht werden können. Aber wenn der Herr Kollege Dr. Hirschmann im Fernsehen wirklich will, daß ich die ÖVP auf Grund ihrer objektiven Vorgangsweise lobe, dann müssen Sie das bitte auch bei den Leiterbestellungen tun, und nicht nur gelegentlich den Versuch unternehmen, das bei den Aufnahmen in den Landesdienst zu machen. Aber das, Herr Kollege Prof. DDr. Steiner, ist typisch für die ÖVP. Sie haben den Proporz immer beinhaltet durchgeführt und ihn in der Öffentlichkeit abgestritten. Das ist die nüchterne Realität, jawohl! (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Das stimmt nicht!“) Ja, ja! Also, wie der Zufall so spielt, daß ausgerechnet zufällig in bestimmten Bereichen die Roten besser sind und in bestimmten Bereichen die Schwarzen besser sind. Aber das ist typisch für Sie, Sie haben das immer abgestritten. Da muß ich Ihnen ehrlich sagen, daß die Sozialisten da viel fairer und viel offener waren. Die Sozialisten haben wenigstens immer offen zugegeben, wenn sie den Proporz haben wollten. Zum Beispiel – wo ist er jetzt – hat der Herr Landesfinanzreferent ja, bevor er die Regierungsbank erklimmen hat, auch als Abgeordneter in diesem Haus gewirkt und in dieser Funktion im Jahre 1968 – ein gutes Jahr, mit dem ich mich heute noch öfter beschäftigen werde – eine Generalrede hier von diesem Pult aus gehalten. Da hat er viel offener und fairer argumentiert: „Ich sage das“, sagte er damals – das war eine Debatte um die verstaatlichte Industrie –, „weil es in manchen Kreisen wieder üblich ist, sich über unser Begehren aufzuregen“ – „unser“ heißt bitte „sozialistisch“ –, „zum Beispiel im Rahmen der verstaatlichten Industrie bei Personalbesetzungen berücksichtigt zu werden. Der Proporz wird als eine Art Teufel an die Wand gemalt“, sagte Dr. Klausner damals, „so, als ob Fachleute nur in den Reihen der ÖVP vorhanden wären.“ Der Herr Landeshauptmann Krainer senior, bitte, hat damals gesagt: „Das hat ja niemand behauptet!“ und die Sozialisten haben im Chor, im Gegensatz zur heutigen ruhigen Debatte, „oh, oh“ geschrien. Und dann kommt der wesentliche Satz: „Schon in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung ist Demokratie als Regieren im Einvernehmen mit den Regierten definiert. In diesem Sinne ist das Begehren der Sozialisten, wenn Sie wollen, nach Proporz durchaus legitim und ein Schutz für die Minderheit.“

Bitte schön, ich teile Ihre Meinung zwar nicht, Herr Landesrat Dr. Klausner, aber die SPÖ war in diesen Fragen immer offener und ehrlicher und hat zugegeben, wenn sie den Proporz haben wollte, während wir

das auf Ihrer Seite nie erlebt haben – seinerzeit wie heute –, und die Zustände sind noch immer dieselben.

Meine Damen und Herren, aber die Parteipolitik hat in der Zwischenzeit, weil ich neben dem Herrn Kollegen Dr. Klausner auch den Herrn Herbert Nichol sehe, ja auch auf den „steirischen Herbst“ übergegriffen, und das tut mir weh. Das tut mir insbesondere weh, weil der Herr Kollege Pörtl versucht hat darzustellen, welche großartige und großzügige kulturelle Haltung das Land Steiermark immer eingenommen hat. Ich habe mir erlaubt nachzulesen, um ein bißchen ein Gefühl zu bekommen, wie das so war, die Eröffnungsrede des damaligen Landeskulturreferenten Dr. Koren zum „steirischen Herbst“ 1968. Ich nehme eine harmlose, zurückhaltende Passage heraus; er sagte: „Das Land zeigt seine besten Leistungen im Sinne der Repräsentation. Wenn wir aber wie immer und in diesem Jahr und in den künftigen Jahren Künstler und Gelehrte aus anderen Ländern und auch aus anderen geistigen Landschaften einladen und an das Noten- oder Vortragspult bitten, so soll das ein Zeugnis unserer Gesinnung sein, wie weit und wie frei und wie offen in die Welt und in die Zeit hinein unser Interesse reicht.“ Und dann redet er noch über Graz, daß alle mitspielen werden und daß die Stadt selbst auf Grund ihres Ambientes eine Kulisse ist, und zwar nicht nur eine Kulisse, sondern ein Testament.

Meine Damen und Herren! Wenn dieser Dr. Hanns Koren miterleben hätte müssen, wie ausgerechnet zum Zeitpunkt der Aufführungen des „steirischen Herbstes“ 1988 – das kommt nämlich erschwerend dazu – aus dem Versuch, einen neuen Intendanten zu bestellen, eine Politposse ersten Ranges geworden ist, wie plötzlich die steirische Kulturpolitik auf die parteipolitischen Niederungen der ÖVP in diesem Falle degradiert worden ist, dann hätte er sich mehr als geärgert. Es ist entsetzlich, es ist ein ungeheurer Mangel an Fingerspitzengefühl, eine derartige Politposse ausgerechnet zu jenem Zeitpunkt durchzuführen, wo sich die Bevölkerung mit dem „steirischen Herbst“ beschäftigen sollte, und nicht damit, ob der Herr Landeskulturreferent den Herrn X oder Y mit aller Gewalt als Intendanten durchboxen möchte, wobei ich mich jetzt nicht darum kümmere, wer der bessere oder der weniger gute ist; aber mit aller Gewalt nach langen Hearings plötzlich einen Kandidaten herauszuziehen und zu sagen: das ist er und damit Pause, ist bitte ein Schaden für den „steirischen Herbst“, der nicht wieder gutzumachen sein wird. Daß sich der jetzige Intendant selbstverständlich rechtzeitig nach Wien absetzt, um etwas Gescheites zu tun, ich bitte um Entschuldigung, obwohl er sich jetzt in den letzten Jahren wirklich bemüht hat und engagiert war, und mit ihm ein Teil seines Teams ebenso weggeht, ist die logische Quittung, die Sie für diese Vorgangsweise bekommen können, meine Damen und Herren, bei allem hohen Respekt vor den Leistungen des jetzigen Präsidenten des „steirischen Herbstes“. Mit dieser Aktion allerdings, Herr Landeshauptmannstellvertreter, haben Sie sich in dieser Funktion disqualifiziert. Da ist dem „steirischen Herbst“ Schaden zugefügt worden in einer Weise, die schrecklich ist.

Nächstes Thema, und das ist auch von Herrn Kollegen Pörtl aufgegriffen worden: Umwelt. Es ist alles geregelt, weil wir einen eigenen Umweltreferenten

haben. Ja, meine Damen und Herren, gerade in der Umweltpolitik ist in den letzten Jahren die Kluft zwischen Theorie und Praxis besonders groß geworden. Ein Musterbeispiel dafür ist jener berühmte Smogalarmplan, über den in den letzten Tagen so viel diskutiert worden ist. Der Herr Landeshauptmann hat als Vorsitzender der Landesregierung im November 1987 diesen Smogalarmplan unterschrieben, und damals haben die Menschen den Eindruck bekommen, Gott sei Dank, wenn künftig in Graz schwierige Luftverhältnisse sind, dann haben wir das sofort im Griff. Voralarmstufe, erste Alarmstufe, zweite Alarmstufe, alles bestens. Damals haben die, die sich ausgekannt haben, schon gewußt, daß diese erste Warnstufe des Smogalarmplanes ein Fetzen Papier ist, weil die Kompetenzen gar nicht da sind, um da wirklich etwas zu machen. Das mußte auch jenem klar sein, der diesen Smogalarmplan unterzeichnet hat. Jetzt, meine Damen und Herren, wo sich herausstellt, daß die Kompetenzen nicht vorhanden sind – sie waren nie vorhanden –, jetzt kommt bei diesen umweltbewußten Menschen, die vor einem Jahr beruhigt waren und gemeint haben: klass, jetzt haben wir einen Smogalarmplan, jetzt ist alles bestens, jene ohnmächtige Wut zustande, von der sie dann überzeugt sind, daß diejenigen, die den Smogalarmplan nicht durchführen, das nicht deswegen tun, weil sie es mangels Kompetenzen nicht können, sondern logischerweise deswegen, weil sie es nicht wollen. Natürlich wollen sie, aber sie können nicht. Was ich damit sagen will, meine Damen und Herren, und das scheint mir das Charakteristikum der Amtsführung des Landesrates Dipl.-Ing. Schaller zu sein: Müllgesetz, Umweltgesetz, Smogalarmplan, viele andere Dinge. Es werden Gesetze und Verordnungen erlassen, die quasi Zielvorstellungen sind, unabhängig davon, ob sie realisierbar sind oder nicht. Es wird ein Gesetz dazu verwendet, ein politisches Programm zu plakatieren, das in Wahrheit dann nicht umsetzbar ist. Meine Damen und Herren, genau dieser Versuch, mit Gesetzen, die eigentlich nicht Gesetze sind, sondern politische Programme, das Signal zu geben, daß man guten Willens ist, das wird ins Gegenteil umschlagen. Heute glaubt keiner mehr, daß die Umweltpolitiker in der Landeshauptstadt Graz, aber auch in der Landesregierung, guten Willens sind, sondern alle glauben, daß sie nicht wollen. Das ist die kurzfristige Hoffnung, die man hatte, hier als besonderer Umweltpolitiker in die Geschichte einzugehen. Weniger wäre mehr gewesen, und wenn man weniger gemacht und das aber wirklich auch realisiert hätte, wäre die Bevölkerung viel zufriedener gewesen. Aber in den letzten Jahren hat man sich ja kaum mit den Problemen im eigenen Haus beschäftigt, sondern seit ich die Budgetprotokolle zurückgelesen habe, und das ist bis 1968, wie Sie heute gemerkt haben, hat man nur ein sinnloses Scharmützel mit der Bundesregierung gehabt. War einmal die SPÖ am Ruder, dann hat die ÖVP heftige Attacken geritten und die Sozialisten haben sich vorsichtig verteidigt. War die ÖVP allein am Ruder, dann haben die Sozialisten das geritten, was sie für heftige Attacken halten (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Bei der FPÖ war es das gleiche!“), und die ÖVP war zurückhaltend und hat kaum reagiert. Waren wir zwei an der Regierung, hat die ÖVP die Attacken geritten, und ich habe allein die Regierung verteidigt. Das war die Vergangenheit. So lange, bis die Österreichische Volkspartei endlich Klar-

heit geschaffen hat; in der Hoffnung, diese Attacken endlich einmal zu einem vollen Abschluß zu bringen. Es muß einmal berichtet werden, wieviel der Bund eigentlich leistet, wieviel das Land leistet, wofür der Bund zuständig wäre, aber er erfüllt seine Aufgaben nicht. Si tacuisses, philosophus mansisses – wenn Sie geschwiegen hätten, wäre das wahrscheinlich viel gescheiter gewesen. Es hat sich nämlich herausgestellt, in Wahrheit leistet das Land nichts, wofür der Bund zuständig wäre, sondern beide beteiligen sich bei Dingen, wozu sie nicht unbedingt verpflichtet sind. Das hat alles nichts geändert, Kollege Dr. Dorfer, du kommst gerade richtig, daß wir in der Steiermark in den vergangenen Jahren bereits die rote Laterne übernommen haben, nicht zuletzt auch darum, weil man immer von den wirklichen Problemen abgelenkt und sich mit allem anderen beschäftigt hat, mit der großen weiten Welt, nur nicht mit der steirischen Landespolitik, und daß jetzt, wo in den anderen Bundesländern die Konjunktur angesprungen ist – das hat sich bis Mürrzuslag noch nicht durchgesprochen –, in der Steiermark die Konjunktur nicht angesprungen ist. Der Herr Kollege Rainer hat das schon angeschnitten. Es ist schon schrecklich, wenn man lesen muß, wie in den anderen Bundesländern im zweiten Quartal 1988 die Konjunktur angesprungen ist. 3,6 Prozent in Kärnten, 2,7 Prozent im Burgenland, 2,6 Prozent in Wien, 5 Prozent in Niederösterreich, ist schon arg, 6 Prozent Oberösterreich, 6,3 Prozent Salzburg, 5,6 Prozent Tirol, 4,5 Prozent Vorarlberg, und wo sind wir? Wir Steirer, die immer so dastehen? (Abg. Kröll: „Wir haben das Gros der verstaatlichten Betriebe!“) 0,7 Prozent. Ich weiß schon, die Verstaatlichte. Da werden wir uns damit beschäftigen, wie wir in diese Verstaatlichtensituation gekommen sind. Das ist der nächste Punkt. Das ist die Quittung, die schöne Grafik, wo schwarz, das kleinste, die Steiermark ist, die Quittung für eure vergangene Politik.

Lassen wir die verstaatlichte Industrie einmal weg. Schrecklich ist zum Beispiel die Handelsentwicklung. (Abg. Kanduth: „Wenn wir die Verstaatlichte ausklammern, schauen wir viel anders aus!“) Wenn ihr die verstaatlichte Industrie hier herausnehmen wollt, dann werden wir bei der Wirtschaftsförderung die verstaatlichte Industrie auch herausnehmen. Dann werden wir uns darüber unterhalten, wie die Wirtschaftsförderung ausschaut. (Abg. Kanduth: „Es ist erwiesen, daß die Steiermark strukturell besonders betroffen und ein Grenzland ist!“) Lassen wir das einmal weg, was strukturell so schwierig ist. Reden wir über den Handel. Im Handel war der Sprung in Salzburg im zweiten Quartal 1988 11,1 Prozent, im Burgenland 4,8 Prozent, und wo sind wir? 0,3 Prozent, lieber Herr Kollege, und das ist eine ganz entsetzliche, schreckliche Entwicklung. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du mußt unsere Lage berücksichtigen!“) Ich berücksichtige alles, insbesondere, daß der Herr Kollege Pörtl und der Herr Kollege Rainer in Wahrheit mit ihren Schuldzuweisungen unrecht gehabt haben. Wahr ist, die Verantwortung für diese Entwicklung tragen sie beide, und zwar zu ungeteilter Hand. Es hat Abgeordnete in diesem Haus gegeben, die nicht unserer Partei angehört haben, die das auch erkannt und offen zugegeben haben. Sie wissen, ich habe bis 1968 zurückgelesen. Im Jahre 1968 hat der frühere Präsident der Arbeiterkammer – die ja demnächst gewählt werden wird, weswegen

ich morgens immer vom Herrn Rechberger im Radio geweckt werde – Ileschitz hat damals im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie – damit du, Kollege Kröll, deine Beantwortung hast – folgendes gesagt: „Das ist sehr erfreulich“ – damals war halt noch eine andere Zeit –, „weil wir nicht allein für die verstaatlichte Industrie verantwortlich sind, sondern wir waren es immer miteinander“. Hat ein Unternehmen einen sozialistischen Generaldirektor gehabt, dann war der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr Landeshauptmann, einer von Ihrer Partei. „Haben wir“ – also die Sozialisten – „den Vorsitzenden des Aufsichtsrates gehabt, dann war der Generaldirektor des Unternehmens ein Vertreter der Österreichischen Volkspartei.“ Und da ist ein Mann da hinten gesessen, der immer gute Zwischenrufe gemacht hat, nämlich der spätere Vizebürgermeister und Abgeordnete Stöffler, und der hat gesagt: „Aber der Pittermann war allweil der Pittermann!“ Genauso war's, meine Damen und Herren! Sie haben gemeinsam die Verantwortung für diese Entwicklung zu tragen, wobei ich jetzt schon zugebe, daß die Sozialistische Partei an sich einer Fehleinschätzung der Wirtschaftspolitik schon ideologisch unterlegen ist. Ich will jetzt nicht Karl Marx zitieren, und der Satz, daß das einzige, was die Arbeiter verlieren konnten, ihre Ketten waren, kommt mir anlässlich der Bemerkung des Norbert Leser, des sozialistischen Theoretikers, daß es zu einer ideellen Verflüchtigung des Sozialismus gekommen sei, komisch vor. Der Satz ist insofern abwandelbar, daß das einzige, was die Arbeiterführer des Jahres 1988 zu verlieren haben, die goldenen Ketten sind. Aber lassen wir das einmal beiseite.

Norbert Leser hat in seinem Buch anlässlich des 100jährigen Bestandes der Sozialdemokratie unter dem Titel „Salz der Gesellschaft“ unter anderem folgendes festgestellt – gerade im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie –: „Die Erwartung, das Profitmotiv als Motor der Wirtschaft außer Kraft setzen und durch ein Äquivalent ersetzen zu können, das die Erzielung von Gewinnen garantiert, hat sich als Illusion entpuppt und konnte bei nüchterner Betrachtung von vornherein als solche entlarvt werden.“ Bitte schön, nüchtern betrachtet hat man das von vornherein nicht, aber es stellt jedenfalls auch Norbert Leser fest, daß diese Überlegung falsch war. Und jetzt, weil der Herr Kollege Rainer auf die Aufgabe des Sozialismus zurückgekommen ist, darf ich ihm auch mit Norbert Leser aushelfen: „Und der historische Befund lautet eben, daß sich der Sozialismus zwar als Korrekturmechanismus bewährt hat, daß er aber weder im Weltmaßstab noch innerhalb der einzelnen Länder in der Lage ist, eine Überlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft zu beweisen oder mit ihr auch nur gleichzuziehen, und zwar aus strukturellen, auch durch Reformen nicht behebbaren Gründen.“ Und die Schlußfolgerung, die er daraus für die verstaatlichte Industrie zieht – und die kann man bitte wirklich nur unterstreichen, und ich hoffe, daß auch die SPÖ das tun kann, weil es damit auch einen Abschied von Karl Marx bedeutet –, lautet:

„Die Arbeiterbewegung ist also schlecht beraten, wenn sie sich selbst mit der Aufgabe belastet, Wirtschaft in eigener Regie beziehungsweise durch delegierte Vertrauensmänner durchführen zu lassen, wie

es bei der Verstaatlichten der Fall ist. Denn die sozialistischen Sachwalter, die zwei Herren dienen sollen, kommen, wie die Beispiele zeigen, in eine Zwitterstellung. Sie werden in ein Dilemma gestürzt, das weder der Wirtschaft noch der Arbeiterbewegung und den Arbeitern selbst gerecht werden kann, sondern beide unbefriedigt läßt.“

Meine Damen und Herren, das ist die nüchterne Schuld, die die Sozialdemokratie auf sich gelassen hat (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist zu unterstreichen!“), und ich werde jetzt einmal eine Nachdenkpause lassen, bevor ich auf die Schuld der ÖVP komme, weil ich mich mit Ihrer höflichen Erlaubnis noch ein paar Sätze lang mit der Sozialdemokratie, jetzt bitte nicht im verstaatlichten Bereich, sondern hier in diesem Hause, beschäftigen möchte.

Meine verehrten Damen und Herren! Was Sie in den letzten Jahren hier als quasi Minderheitsopposition geboten haben, war keine vornehme Zurückhaltung, sondern eher eine furchtsame Zurückhaltung. Ich habe die Berichterstattung von Ihrem letzten Landesparteitag genau gelesen. Da hat Ihr Parteivorsitzender angekündigt, daß die absolute Mehrheit der ÖVP das nächste Mal beendet werden wird. (Abg. Gennaro: „Das ist unsere Vorstellung!“) Sie sind mir, bitte, nicht böse: So werden Sie das ganz sicher nicht machen können, wie Sie das jetzt tun! (Abg. Gennaro: „Wir müssen positiv in die Zukunft denken!“) Ich gebe jetzt schon zu: Immer, wenn man in dem Haus etwas Schärferes sagt, kommt sofort – heute nicht, weil heute der Landtag schläfrig ist – das große Geschrei hier von dieser Gegend – das gebe ich schon zu. Ich gebe auch zu – und bitte, bei allem Respekt –, daß der Herr Landeshauptmann etwas sensibel ist, wenn es um Kritik in seinem persönlichen Bereich geht. Ich halte mich deshalb ja auch so zurück, weil das sagt meine Partei auch immer: „Halt' dich bitte zurück, weil sonst mögen sie uns am End' nicht mehr!“ Und ich muß ja besonders aufpassen, sonst krieg ich eine „gelbe Karte“, wenn ich einmal was sage, was ich nicht darf. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist überbewertet!“) Aber bitte, ich weiß nicht, von wem ihr die „gelben Karten“ kriegt, daß ihr in diesem Haus nichts zu sagen pflegt. Nicht einmal der Generalredner hat den Versuch unternommen, irgend eine Anmerkung zu machen. Im Gegenteil, er hat sich pausenlos für das entschuldigt, was er nicht gesagt hat. Er hat gesagt: „Bitte schön, ich wollte überhaupt nicht provozieren“, dabei hat er nicht einmal den Versuch gemacht. Ich glaube, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie haben Humor, und auch Ihr Landesparteiivorsitzender hat Humor: Wie ich mir so diese Ankündigung angeschaut habe, daß Sie die absolute Mehrheit der ÖVP beseitigen werden, ist mir der Eugen Roth eingefallen. Eugen Roth hat ein wunderschönes Gedichtlein geschrieben, überbetitelt „Das Sprungbrett“. Sie erlauben, daß ich das vorlese, weil es nämlich viel mehr sagt als lange Reden:

„Ein Mensch, den es nach Ruhm gelüftet,  
Besteigt, mit großem Mut gerüstet,  
Ein Sprungbrett – und man denkt, er liefe  
Nun vor und spränge in die Tiefe,  
Mit Doppelsalto und dergleichen  
Der Menge Beifall zu erreichen  
Doch läßt er, angestaunt von vielen,

Zuerst einmal die Muskeln spielen,  
 Um dann erhaben vorzutreten,  
 Als gälts, die Sonne anzubeten.  
 Ergrißen schweigt das Publikum –  
 Doch er dreht sich gelassen um  
 Und steigt, fast möchte man sagen, heiter  
 Und vollbefriedigt von der Leiter.  
 Denn, wenn auch scheinbar nur entschlossen,  
 Hat er doch sehr viel Ruhm genossen,  
 Genau genommen schon den meisten –  
 Was sollt er da erst noch was leisten?"

Meine Damen und Herren, so kommen Sie mir vor. Sie werden zwar anspringen, Sie werden die Muskeln spielen lassen, aber dann werden Sie von der Leiter wieder heruntersteigen, und die absolute Mehrheit würde bleiben (Abg. Erhart: „Das ist eine schwere Täuschung!“), bei der nächsten Landtagswahl, wenn, lieber Freund, nicht die FPÖ wäre.

Das ist ja die einzige Hoffnung, die ihr habt. Schauen Sie, meine Damen und Herren, wenn irgend jemand seinen Beitrag das nächste Mal leisten wird, um diese absolute Mehrheit zu beseitigen, dann werden das wir sein. Ich weiß nicht, ob das ich sein werde, aber es werden wir sein, meine Damen und Herren – ganz einfach. (Landesrat Dr. Strenitz: „Hoffentlich ist Wasser drinnen, wenn Sie springen!“)

Und, Herr Landesrat, ich darf in diesem Zusammenhang auf dieses berühmte Eins, Zwei, Drei des Jahres 1989 zurückkommen, den berühmten 12. März. Ich bitte herzlich, ich bin ja dem Herrn Landeshauptmann Partl und dem Herrn Landeshauptmann Haslauer und dem Herrn Landeshauptmann Ambrosi wahnsinnig dankbar, daß sie diese Landtagswahlen zusammengelagt haben. Erstens ist es billiger für alle, und zweitens hätten wir sowieso gewonnen – jetzt gewinnen wir noch mehr, das ist überhaupt keine Frage. So viel Fehleinschätzung, meine Damen und Herren, ist ja wirklich was Lustiges!

Ich habe – wart ein bißchen – im Budget gelesen – (Abg. Erhart: „Hoffentlich hat Haider für die Steiermark genug Zeit!“) Nein, das ist relativ einfach. Du brauchst dich nicht zu fürchten, der Haider gewinnt im Augenblick überall, egal wer kandidiert; da können sie mich auch ruhig lassen, das ist überhaupt kein Problem –, daß hier sehr viel für Ehrenpreise, Ehrenzeichen, Orden und alles mögliche ausgegeben wird. Ich habe mir gedacht – in der Zwischenzeit gibt es ja schon mehr goldene Ehrenzeichen als Pokale beim Preiskegeln, das wissen wir ja schon –, es wäre eigentlich gut, wenn wir uns ein neues Ehrenzeichen einfallen lassen würden. Wirklich, ein großes mit Band und Gold und Silber und was Sie immer wollen. Das müßte man den Herren Partl, Haslauer und Ambrosi überreichen – das müßte allerdings fairerweise der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross machen, dem Herrn Ambrosi das zu überreichen –, so quasi ein Gegenstück zum „Hosenbandorden“, so etwas Ähnliches, vielleicht einen „Hosen-voll-Orden“ oder so irgend etwas.

Ich habe das Gefühl, meine Damen und Herren, daß Sie sich vor diesen Wahlen, was ich ja aus der Entfernung mit Amusement beobachte, so viel fürchten, daß Sie genau noch mehr verlieren werden, als Sie sowieso schon verloren hätten. Meine Damen und Herren, und

das gibt natürlich – und das sehen Sie ja auch – Entwicklungen für die Steiermark vor. Sie werden ankündigen, daß die absolute Mehrheit beseitigt wird, und wir werden's erledigen. Okay, ist auch eine Form von Teamarbeit, aber die Menschen werden es Ihnen dann hintennach nicht mehr glauben, wenn Sie (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du hast schon immer so gute Prophezeiungen gehabt!“) von der Leiter heruntergestiegen sind und Sie mitverloren haben in diesem Land, und das steht mir wohl unmittelbar bevor.

Aber reden wir gescheiter von der ÖVP (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist wieder eine Prophezeiung!“): Sind bis jetzt alle eingetroffen, sind bis jetzt blöderweise für dich alle eingetroffen.

Meine Damen und Herren, Sie sind der Strukturentwicklung in der Steiermark ganz einfach hilflos und zu lange gegenübergestanden. Auch Sie sind in Wahrheit der Verlockung des großen Wählerpotentials erlegen. Im verstaatlichten Bereich sind halt viele Leute beisammen, und wenn man zu denen freundlich ist, dann kann man hoffen, daß man kurzfristig Wählerpotential mobilisieren kann, das man etwa für Arbeiterkammerwahlen braucht. Es war ja nicht immer der Rechberger Spitzenkandidat, der Zigarren verteilt hat, sondern es waren ja auch schwierigere Situationen für Sie in der Vergangenheit. Daher sind Sie der Verlockung des großen Wählerpotentials im verstaatlichten Bereich zu lange erlegen und haben die Strukturmaßnahmen nicht mit jener Vehemenz eingeleitet, wie Sie sie hätten einleiten sollen und müssen. Sie haben sie zugegebenerweise – das hat heute schon irgend jemand gesagt – auch auf Bundesebene zu lange als Sozialdemokraten betrachtet und haben allem, was seinerzeit von Bruno Kreisky vorgegeben war, den ich nicht zitiere, denn Norbert Leser ist ein objektiverer, ganz einfach zu viel nachgegeben und sind eben immer zwei Jahre hinten nachgehinkt, so daß wir heute genau in der Situation sind, daß die Sozialisten eine Fehleinschätzung begangen haben und Sie dem zwei Jahre hinten nachgezappelt sind, bis alle aufgewacht und wir in der heutigen Situation sind. Das ist die nüchterne Situation. Aber der Unterschied zur Sozialdemokratie, die gelegentlich Ansätze von Selbstkritik hat – Sie haben sich entschieden, immer so zu tun, als ob immer alles in Ordnung gewesen wäre, was Sie getan haben. Auch der Herr Kollege Pörtl hat es heute gesagt. Wir haben alles und bestens, und wir wissen das international und weltweit, und wenn das Universum dabei gewesen wäre, hätte er das Universum auch noch besprochen. Das ist das, was falsch ist. Man muß auch eingestehen, wenn man etwas falsch macht, Herr Professor, du weißt es genau, du empfiehlst es immer. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das tu ich ja!“) Daher solltet ihr aufhören, so zu tun, als ob alles immer in Ordnung gewesen wäre. (Abg. Pörtl: „Was hat die Privatwirtschaft geleistet in diesen dramatischen Zeiten?“) Ich möchte nicht den Sozialisten gegenüber unfair sein, und weil ich für Landeshauptmann Gross einen Eugen Roth gefunden habe, muß ich auch einen für Prof. Dr. Eichtinger finden. Er ist derjenige, der da sitzt und mit voller Überzeugung sagt: Das ist das Beste und das Beste. Weißt du, wie du mir vorkommst? Wie Eugen Roth, als er „Das Schnittzel“ schrieb. (Abg. Kammlander: „Was lesen Sie für Romane?“) Das ist kein Roman, Frau Kollegin!

„Ein Mensch, der sich ein Schnitzel briet,  
Bemerkt, daß ihm das mißbriet.  
Jedoch, da er es selbst gebraten,  
Tut er, als wär es ihm geraten;  
Und, um sich nicht zu strafen Lügen,  
Ißt er 's mit herzlichem Vergnügen.“

Das ist das, was der Prof. Dr. Eichtinger immer sagt, wenn er mit voller Vehemenz hier erklärt, daß Sie das vollkommen Richtige gemacht haben. Beeindruckend ist insbesondere, daß Sie sich in den Debatten der letzten Jahre hauptsächlich mit Nebenproblemen beschäftigt haben. Ich kann mich erinnern, vor zwei Jahren haben wir uns über deine Auffassung betreffend den Draken und über das Draken-Volksbegehren auseinandergesetzt. Das war ein typisches Nebenproblem, das sich mit einer winzigen Kleinigkeit beschäftigt hat. Übrigens, der Draken, das hat sich nachträglich herausgestellt, war doch ein gutes Thema, weil die steirische Breite auf die tatsächliche Realität in diesem Zusammenhang geschrumpft ist.

Ein anderes Thema, weil es gerade angeschnitten wurde. Im Augenblick diskutieren alle mit ungeheurer Vehemenz, welche Nummerntafeln auf unsere Autos hinaufkommen. Bitte, darf ich einmal sagen, wenn ein Minister, neun Landeshauptleute, zig Journalisten und ein Künstler seit Wochen nichts anderes zu tun haben, als zu diskutieren, ob die Nummerntafeln schwarz oder weiß sein sollen, dann frage ich mich, wo liegt die Problemlösungskapazität dieser Republik und ihrer Landeshauptleute? Als ob wir sonst nichts zu tun hätten! (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Tut nicht zu früh klatschen!“ – Abg. Gennaro: „Herr Landeshauptmann, da hat er schon recht!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Wenn du genau hinschaust, weißt du, wo es liegt!“ – Abg. Dr. Dorfer: „Das stimmt nicht, daß sie sonst nichts zu tun haben!“) Das ist, Kollege Dr. Dorfer, ein Problem, für das du sicher nicht so viel Zeit aufwenden würdest, weil du an sich ein wirtschaftlich denkender Mensch bist.

Nun ein anderes Thema, meine Damen und Herren. Was auch beunruhigt, und ich sage das, weil es der Herr Kollege Rainer angeschnitten hat: Ich glaube, auch wenn ich das Buch gelesen habe, daß Optimismus alles ist, daß es falsch ist, wenn wir in der Wirtschaftspolitik eine Debatte entfachen, von der keiner weiß, was er wirklich will. Mir ist das bei der Fremdenverkehrspolitik aufgefallen. Ich war in Schladming und habe bis zum bitteren Ende den Beratungen und den Reden zugehört, um genau herauszufinden, wo die Frau Landesrat jetzt wirklich hin will. Ich habe mich wirklich nicht mehr ausgekannt, und Anfragen waren im Haus, und Antworten waren keine, und ich meinte, sie wird jetzt sagen: da geht es lang. Da sagte sie, daß mit allen gemeinsam eine optimale Lösung gemacht wird. Da war ich schon ganz stolz. Dann haben alle auf uns beide armen Kleinen heruntergedeutet und sagten, tut nicht böse sein gegen das Fremdenverkehrsgesetz. Da habe ich mir gedacht, es kommt ein Fremdenverkehrsgesetz. Sie haben so getan, wir müssen eine ordentliche gesetzliche Regelung machen, wir müssen Fenster und Tür aufmachen, ich weiß nicht mehr genau, wie es war. Konkret war einsteilen nur, daß eine neue Abgabe eingeführt wird. Das habe ich aus Schladming mitgebracht. Eine

neue Abgabe für die Zweitwohnungsbesitzer, also die treuesten Gäste, die die Steiermark hat, weil die sicher immer kommen, aber bitte. Dann fahre ich nach Graz. Komme herunter um 21.30 Uhr, kaufe mir eine Abendzeitung, schlage sie auf, sehe da drinnen ein riesen Interview mit der Frau Landesrat mit mindestens fünf Bildern – fast wie bei den Broschüren des Herrn Rechberger, aber nur schwarzweiß (Abg. Gennaro: „Du hast keinen ‚Spiegel‘ zu Hause!“), obzwar sich die Frau Landesrat in Farbe sehen lassen könnte, im Gegensatz zum Rechberger – was lese ich dort? Wir brauchen kein Gesetz, steht da drinnen. Ich dachte mir, fix noch einmal, wo war ich denn? Ich war in Schladming am Fremdenverkehrstag, bin ohnehin zu schnell heruntergefahren, kaum bin ich da, hat die Frau Landesrat ihre Meinung schon wieder geändert. So schnell kann man gar nicht unterwegs sein. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Aber es macht nichts, es ist ihr gutes Recht!“) Ich soll die Zeitung nicht lesen, ist in Ordnung, das werde ich künftig tun. Vielleicht wird es möglich sein, daß wir im Laufe dieser Budgetdebatte einmal klären, wo es wirklich langgehen soll und was jetzt wirklich geschieht und was hinter den Dingen wirklich ist. Zum Beispiel die Wirtschaftsmilliarde. Ich lese da bei der Pressekonferenz, die während der Landtagssitzung stattgefunden hat, daß hier der Herr Landeshauptmann von einer ungeheuren Kraftanstrengung gesprochen hat. Ich weiß nicht, wo da die Anstrengung liegt. Die Banken haben zu viel Geld und sind heilfroh, wenn sie es ankriegen und wenn jemand die Zinsen so stützt, daß sie das Geld ankriegen. Da hat man eher einem Druck nachgegeben, als eine Kraftanstrengung gemacht. Das, was das Land wirklich zuschießt, das ist unter dem Strich auch nicht so viel, denn in Wahrheit sind das 30 Millionen Schilling für das Jahr 1989, und wenn ich jetzt dieses ganze Wirtschaftsförderungspaket zusammenrechne und dem Wunsch des Herrn Kollegen Kröll nachgebe und sage, die Verstaatlichte müssen wir herausnehmen, das ist ein Sonderfall, nehme ich die Verstaatlichte mit der KVA heraus, dann stellt sich heraus, daß in Wahrheit das Wirtschaftsförderungsbudget um 10 Millionen Schilling weniger hat als im Jahre 1987. Wo hier die gigantische, ungeheure Kraftanstrengung liegt, das weiß ich nicht, vielleicht werden wir im Laufe der Budgetdebatte daraufkommen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß man sich nicht mit der jetzigen Realität, sondern mit den Ausblicken beschäftigen sollte. Erlauben Sie, daß ich das wieder an Hand einer kleinen Parabel mache, nämlich diesmal eine von Clemens Brentano. Da ist es darum gegangen, daß ein Sohn von der Familie fortgegangen ist und zu seinem Vater gesagt hat, ich möchte möglichst viel Geld mit haben auf meine Reise. Er hat aber das Pech gehabt, daß er eine Stiefmutter gehabt hat, und die wollte, daß möglichst wenig Geld mitgegeben wird. Jetzt hat der Vater versucht, es beiden recht zu tun, indem er nämlich viel und wenig angeboten hat, nämlich er soll viel arbeiten, er soll viel glauben, er soll wenig falsches reden, er soll wenig schlecht sein und alles mögliche. Das hat auch funktioniert. Ich werde Ihnen die Parabel, die zu lange ist, zum Lesen geben und Ihnen meine Schlußfolgerung sagen, die ich aus dieser Parabel ziehe. Es wäre auch im Vertrauen gegenüber der Bevölkerung vernünftiger, wenn weniger große Worte gemacht werden, sondern nur die

Taten über die tatsächliche Realität sprechen würden. Wir haben nichts davon, wenn wir überdrehen und von einer Milliarde sprechen in dem Augenblick, wo das auf drei Jahre gesplittert ist und zweitens der Beitrag ein geringer ist. Vernünftige Ideen, meine Damen und Herren – ich gebe schon zu, daß das ein Wunschtraum ist –, sollten von allen akzeptiert werden, egal, von wem sie kommen. Ich habe gerade in letzter Zeit zwei so wunderschöne Beispiele in diesem Hause erlebt, wo ich mich frage, wie man in dem Alter noch so kindisch sein kann, das verstehe ich nicht. Da haben wir nämlich vor zwei Sitzungen – weil das bisher nicht möglich war – ein Bergrettungsgesetz eingebracht, für das wirklich alle sein mußten. Jetzt habe ich mir gedacht, es werden wohl alle zustimmen. Was ist passiert? Genau dasselbe Gesetz auf Punkt und Beistrich ist eine Woche später als Regierungsvorlage noch einmal eingebracht worden. Ja, bitte schön, was soll denn das sein? Das ist eh schon da gewesen, Herr Landeshauptmann! Haben Sie es noch einmal einbringen müssen, nur damit ja nicht gesagt werden muß, daß das ein anderer auf seine Fahnen zu heften hat? Ich verstehe es nicht, aber bitte schön, es soll sein, Hauptsache ist, es wird beschlossen. Und ich hoffe – und ich bin auf dem richtigen Wege, Herr Landeshauptmann –, daß das relativ bald beschlossen werden wird, und dann haben beide was davon.

Und das Zweite, meine Damen und Herren – da muß ich auch nur schmunzeln –: Nachdem wir festgestellt haben, daß es im Jänner, wie ich annehme, einen Bericht geben wird, was im Land Steiermark alles weiter privatisiert werden kann, kommt rein zufällig einen Monat vorher ein ÖVP-Antrag, wo die Regierung aufgefordert wird sicherzustellen, daß weitere Privatisierungen erfolgen. Wissen Sie, das sind diese kleinen Dinge, über die man sich ja nur amüsiert, aber die die Menschen draußen nicht verstehen, die in diesem Getriebe ja nicht so verankert sind wie wir und nicht unsere Erfahrungen gemacht haben.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch – und das ist ein kleiner und nur Nebenbei-Beitrag zu der Diskussion, die eigentlich alle haben –, daß wir versuchen sollten, Menschen in die Politik zu bringen, deren Zielsetzung es ist, anderen Menschen zu dienen und nicht nur innerhalb oder außerhalb ihrer Bewegung Karriere zu machen. Wir sollten versuchen, meine Damen und Herren, Auswüchse des Privilegienabbaues abzubauen, ohne die Grenze zur Hysterie zu überschreiten, und dort, wo wir kleine Schritte machen, die so konsequent machen, daß sie auch verstanden werden. Wir sollen den Mut zum Unpopulären vor die Verlockung zum Populistischen stellen, und ich sage das mit gutem Grund, weil Sie, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher, wissen, daß ich diese Meinung auch für eine Oppositionspartei vertrete und dafür meine öffentlichen Ohrfeigen ausreichend bezogen habe. Meine Meinung ändert sich nicht: In allen Parteien, ob Opposition oder Regierung, hat der Mut zu Unpopulärem vor dem Populistischen zu stehen.

Und, meine Damen und Herren, damit könnten wir es schaffen, daß die immer breiter werdende Kluft zwischen der Theorie, die auch in Gesetzen niedergeschrieben ist, und der politischen Praxis sich wieder verengt, und der Idealzustand wäre, wenn sie sich

beseitigen würde. Das hoffe ich nicht, aber ich hoffe, daß wir hier einen Schritt weiterkommen.

Ich habe zu Beginn dieser Herbstarbeit auch in Pressekonferenzen angekündigt, daß wir unsere Oppositionspolitik auch so halten werden. In dem Augenblick, wo die Regierung bereit ist, alle Fakten auf den Tisch zu legen und auch offen zu reden – und ich hoffe, daß das einmal der Fall sein wird –, wären wir – und damit bin ich ganz sicher auf dem richtigen Weg, Herr Landeshauptmann – selbstverständlich auch bereit, in unpopulären Fragen mitzuarbeiten, und zwar mitzuarbeiten für unser Land, weil es nicht darum geht, wer sich hier in diesem Haus vehementer, deutlicher, lautstärker oder mit größerer Mehrheit durchsetzt, sondern wie wir gemeinsam für die Menschen draußen arbeiten können. In diesem Sinne und in dieser Hoffnung, daß auch dieses offene Gesprächsklima zustandekommt, werden wir diesem Budget zustimmen, und ich wünsche unserem Land ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 12.20 Uhr)

**Präsident Dr. Kalnoky (12.20 Uhr):** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

**Abg. Kammlander (12.21 Uhr):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Aus meiner Sicht werde ich heute versuchen, die steirische Landespolitik darzustellen. Ich werde sicher kürzer sein als meine drei Vorredner.

Ich hoffe, ich bekomme wieder Applaus dafür. (Beifall bei der SPÖ.) Es wird auch meine Wortmeldung nicht ohne Ironie und Spott abgehen. Ich kann dazu symbolhaft mehrere Beispiele für diese steirische Landespolitik geben. Gleichzeitig ist das auch ein Rückblick und ein Vörblick.

Ich beginne mit dem ersten Bezugspunkt, dem Gedenkjahr 1988. Ich erinnere an die Gedenksitzung hier in diesem Haus, ein feierlich zelebrierter akademischer Vortrag. Ob wirklich Erinnerung, Trauer und Mitgefühl empfunden wurden, kann ich nicht beurteilen. Jene „Inszenierung“ hat aber nicht ausgereicht, um die politische Kultur grundsätzlich zu verändern. Ich denke da an die Folgen meiner „Schweigeaktion“ hier in diesem Haus anlässlich dieser Sondersitzung. Wer heute noch Verständnis für Pflicht und Gehorsam, für Herren- und Untertanensystem, für „Watchlist-Solidarität“ verlangt, hat sich nicht ernsthaft mit Ursache und Wirkung auseinandergesetzt. Als Teilnehmerin einer „Geschichtswerkstatt“ habe ich vielen Frauen und Männern zugehört. Nur ganz wenige – und das leider vor allem Männer – haben sich noch zu dieser zweifelhaften Pflichterfüllung bekannt.

Die Verteidigung einer fragwürdigen „Heldentheorie“ läßt befürchten, daß der Verzicht auf persönliche Gefühle und Vorstellungen auch den heutigen Machtstrukturen entgegenkommt. Das würde heißen, die sachlichen Erfordernisse der Realität erlauben keine persönlichen Phantasien, wir hier in diesem Haus und in der Politik sind „Gefangene vorgegebener Strukturen“.

Ich halte dem entgegen, daß Mut zur persönlichen Verantwortung auch unter dem Druck der Interessen

von uns als Politikern erwünscht und erhofft wird. Ich meine deshalb, wir sollten sorgsamer mit unserer „demokratischen Grundkultur“ umgehen.

Kultur, mein nächster Bezugspunkt: Eine Klangskulptur löst Widerstände hier in Graz aus, die Lautstärke wurde zum Anlaß genommen, auf höchster Ebene zu handeln. Nicht, wie üblich, mit symbolischen Beschwichtigungen, sondern gleich mit dem Würgegriff. Waren diese schönen Töne unzumutbar, weil sie nicht von der heimischen Art waren? Sie sehen, ich stelle nicht fest, ich stelle Fragen. Sind Lärm und Smog nicht auch eine tägliche kulturelle Provokation?

Ein weiterer Brennpunkt im wahrsten Sinn des Wortes: Mit Häme wird die Zerstörung des Mahnmals begrüßt. Erst die verkohlten Reste weisen den Weg zu den „Ewig-Gestrigen“. Hinter vorgehaltener Hand war der Brand die erhoffte Endlösung für dieses Kulturdenkmal.

Der Besinnung auf die Vergangenheit aus der Distanz von 50 Jahren folgt die Nähe zur neuen Europa-Wirtschaftszukunft. Obwohl sich hier die alten Bilder und die neuen gleichen, hieß es doch vor mehr als 50 Jahren schon: „Österreich allein ist nicht lebensfähig!“ Dem Steirischen Panther wird neuerdings das Blau Europas unterlegt, Weiß-Grün und Rot-Weiß-Rot, wie wir heute schon gehört haben, sind nur mehr auf Autokennzeichen von regionaler und nationaler Wichtigkeit.

Um als 13. Stern zukünftig in Europas Fahne mitzuglänzen, müssen heimische Betriebe, Bauern und Autobahnen europareif werden. Irrationale Wünsche und Hoffnungen können so an ein großes Ganzes delegiert werden, ohne zu bedenken, daß gerade diese Größe uns unserer Selbstbestimmung, unserer Grundrechte auf demokratische Strukturen berauben wird.

Die Schleuse für Europas Verkehrslawine wurde durch den symbolischen Spatenstich für den Vollausbau der Pyhrnautobahn vor zwei Tagen endlich geöffnet. Unser Landeshauptmann und der Herr Wirtschaftsminister machen den Weg frei, daß entlang von Lärmschutzwänden Menschen und Waren ihre Ziele außerhalb der Steiermark besser erreichen. (Abg. Ing. Stoisser: „Und weniger Unfälle und Tote sind!“) Die Devise lautet also: „Die Steiermark ist schön – komm, fahr durch!“ Politiker fast aller Parteien fordern überall zu kollektiver Anstrengung auf – alles unter dem Druck der Europa-Reife. Wer sich jetzt nicht anstrengt, ist aufgefordert, aufzuwachen. Vom Budget angefangen zur verstaatlichten Industrie, zur Ladenzeitregelung bis zur Bildungspolitik wird uns unsere Europa-Ferne zum Vorwurf gemacht! Ein Wirtschaftsförderungsfüllhorn ergießt sich über strebsame Unternehmer, auch wenn diese Ausgabe kaum bedeutender ist als in den vergangenen Jahren. Meiner Rechnung nach sind es genau 0,38 Prozent mehr als 1987. Auch diese Füllhornankündigungen erreichen die Superlative politischer Aussagen auf Europa-Niveau.

Schöne Ankündigungen sind überhaupt eine steirische Spezialität – ich denke da an ein „Weiß-grünes Manifest“, verkündet in freier Natur, eine Umweltaktivität in Millionenhöhe wurde geplant. Meisterlich inszeniert – drei Jahre später enden die Millionen für den Umweltfonds im Asphalt einer Motorsportrennstrecke. Oder erklärt uns doch ein treuherziger Abge-

ordneter dieses Hauses, ich hoffe, er weiß, wen ich meine, daß unter die Parteizeitungsförderung ein Schlußstrich gezogen wird. Der Beschluß des Landtages lautet 80 Millionen Schilling, im Rechnungsabschluß sind es aber 170 Millionen Schilling. Vom Juli 1987 bis Dezember 1988 ist es eine lange Zeit – wie und was, woher, wohin umgeschichtet wurde, das entzieht sich durch die zeitliche Distanz der Kontrolle. Ich habe eigentlich auf Zwischenrufe gewartet, aber ich kann sie selbst bringen. (Abg. Ing. Stoisser: „Vielleicht genügt schon ein leichtes Lächeln?“) „Wer wird schon so nachtragend sein!“ wäre ein Zwischenruf. Außerdem sind wir vor geschwätzigen Abgeordneten ja nie sicher, also können wir alles nicht gleich so öffentlich verkündigen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Waren nicht die Grün-Alternativen die ersten, die nach der Landtagswahl gekommen sind?“) Jetzt kommt Ihr alter Roman. Das haben Sie damals im Juli 1987 auch schon erzählt. Das war genau zu dem gleichen Zeitpunkt, wie die Parteizeitungen hier im Haus auf der Tagesordnung gestanden sind. Da reden Sie plötzlich von Millionen für die Grünen. Das ist lächerlich. Bei 193 Millionen Schilling für die Parteizeitungen ist das alles lächerlich. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Haben wir es jetzt eingestellt oder nicht?“) Das weiß ich noch nicht, der Rechnungsabschluß 1988 liegt ja erst nächstes Jahr vor. Das werden wir noch sehen. (Abg. Ing. Stoisser: „Frau Kollegin, Sie haben gesagt, ich darf stoppen!“) Ich werde schauen, daß ich in drei Minuten fertig bin. Und überhaupt, darf man das, Löcher in das Budget fragen, Herr Abgeordneter Kollmann? Außerdem gibt es noch den Datenschutz für ÖVP, SPÖ und FPÖ als Tuchent, unter der man sich schön verstecken kann. Eine Abgeordnete ist schließlich und endlich zum Abstimmen da. Entweder ein Ja oder Nein und den Rest, diese ewigen Fragen sind unangenehm. Ich werde auch zu diesem Budget nein sagen, ich werde das aber in der Spezialdebatte begründen und werde mich dann dort zu Wort melden. Und außerdem, für die Zukunft sind wir doch für die Offenlegung der Abgeordnetengehälter. Eine diesbezügliche Resolution soll am Ende des Budgets beschlossen werden. Der Haken dabei ist, Offenlegung sämtlicher Bezüge nur dann, wenn die anderen Länder im Konzert mitspielen. Ob der Bund und die anderen Länder eine Vereinbarung abschließen – sie können, müssen aber nicht – ist ohne Bedeutung, wenn wir in der Steiermark eine Offenlegungspflicht wollen, dann können wir morgen einen Entwurf machen und übermorgen beschließen. Wir brauchen dafür nicht dieses Konzert der anderen Länder und vor allem nicht den Bund. Eine diesbezügliche Frage ist ja im Finanzausschuß gleich abgewürgt worden.

Sie können jetzt sagen, ich habe wieder ein Haar in der feinen Suppe gefunden, ich sehe meine Aufgabe anders, vielleicht kann ich auch manchmal für Pfeffer und Salz sorgen, denn ich akzeptiere nicht: „Politik ist eben so“ – ich schließe mich da der Aussage von Thea Bauriedl, München, an, die meint: „Politik ist nicht so unmenschlich, sie ist so geworden“. Wenn für die steirische Landespolitik Max Webers Machtdefinition gilt, die wörtlich lautet: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht“, dann möchte ich dem entgegenhalten: Realität ist auch das, was uns die

Hopiindianer verkünden, nämlich „das Verbundensein des Menschen mit seinen Mitmenschen und seiner Umwelt, seine Abhängigkeit und seine Verantwortung für gute Beziehungen in jedem Sinn“. Damit überreiche ich dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter die Reden des Häuptlings Seattle, dem Häuptling der Hopiindianer. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bedanke mich sehr herzlich!“) Ich hoffe, damit ist die Bibliothek des Landeshauptmannes um ein Buch bereichert und nicht nur Max Weber in seiner Politik. (12.32 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber** (12.33 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

(Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Was willst du überreichen? Sag es gleich!“) Der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher meint, was ich überreichen werde. Ich werde überreichen, daß in dem Umweltlandfonds nur 5000 Schilling pro forma hineingekommen sind. Das möchte ich hier dem Landtag einmal in aller Form überreichen. Die Regierung von SPÖ und ÖVP hat sich ihr Budget hinter verschlossenen Türen, wie üblich und bisher sattsam bekannt, ausgehandelt. Unter dem Motto „Friß Vogel oder stirb“ wird uns Grünen das schwarz-rote Koalitionsbudget bereits in gebundener Form wieder einmal vorgelegt. Die Abstimmung soll nur mehr eine reine Formsache sein. Auch der Finanz-Ausschuß, wo wir Grüne weder Sitz noch Stimme haben, hat uns bereits vor vollendete Tatsachen gestellt. (Abg. Dr. Dorfer: „Ihr seid in Auflösung!“ – Abg. Gennaro: „Das Blaumeislerl ist schon davongeflogen, der Fuchs zieht sich zurück, und den Pilz bekommen sie auch noch weg!“) Die Sitzungen dienen bestenfalls als Märchenstunde für Dichtung und Wahrheit. Nach zwei Jahren im Landtag stellen wir fest, daß bei der Zweieinigkeit von Rot und Schwarz auch die Budgetwahrheit nicht ernst genommen wird. Selbst die Beschlußprotokolle über die Regierungssitzungen bleiben geheim. Der Geldsegen der Regierung bleibt als politisches Tabernakel verschlossen. Bei diesem geheimlogentartigen Verschluß der Beschlüsse wird der Landtag auf 40 Jahre ausgeschaltet. Es ist daher ein politisches Glücksspiel mit den Zahlen von heute und morgen, erfahrungsgemäß aber schon saurer steirischer Schnee von gestern und kaum einer Rede wert. Man müßte in rund 40 Jahren in einer Historikerkommission tätig sein, um sich über die Budgetwahrheit und über die großteils uns unbekannt Wege der Geldkanäle Aufschluß zu verschaffen. Einer dieser dunklen Kanäle ist die geheimlogentartige Vergabe der Presseförderung in der Gruppe Vertretungskörper und öffentliche Verwaltung. Ich möchte damit aber nicht unbedingt behaupten, daß steirische Politiker und Politikerinnen Klub-45-ähnliche Logenbrüder und Logenschwestern sind. Daher ist diese Budgetdebatte für uns Grüne eine Show, die hinter den Kulissen gebräut wurde und wo nur vor dem Vorhang sowohl die Opposition, die sogenannte unheilige Allianz, als auch die Öffentlichkeit eingeseift werden sollen. Obwohl es bei Ihnen heißt „The Show must go on“, werden wir steirische Grünen nicht mitspielen und uns dem Abstimmungsreigen hier widersetzen.

Leider müssen wir auch bei unserer dritten Budgetdebatte feststellen, daß sich die Linie der steirischen Umweltpolitik – oder was manche Damen und Herren darunter verstehen – nicht wesentlich geändert hat. Wir wurden weder zu den Sitzungen des Naturschutzbeirates – man höre wohl: zu keiner einzigen Sitzung des Naturschutzbeirates – eingeladen, noch haben wir irgendein Mitspracherecht bei der Vergabe beziehungsweise Auswahl von Mitteln des Umweltlandfonds. Man schließt uns eigentlich von dort aus, wo wir Kompetenz zeigen und wo wir als nützliche Idioten zwar gestreichelt werden, aber von der Mitarbeit völlig ausgeschlossen sind. (Abg. Dr. Dorfer: „Die demokratische Entscheidung muß auch bei euch funktionieren!“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Du weißt schon, daß das eine Regierungstätigkeit ist!“) Andererseits passieren in diesem Naturschutzbeirat Entscheidungen, wie zum Beispiel der Ausbau der S 8 – ich sage immer „SS“ – des Ennstales, dieser S-8-Trasse, wo wider besseres Wissen ein Abspringer von Liezen, Selzthal nach Salzburg geschaffen werden soll. Das gegen alle gesetzlichen Grundlagen des Naturschutzgesetzes, gegen jegliche Vernunft zum Schutz unserer inneralpinen Täler, der Fremdenverkehrswirtschaft und auch für uns, die wir oben Urlaub machen wollen, und auch gegen jede gesetzliche Grundlage. Solange solche Beschlüsse im Naturschutzbeirat fallen und Fachexperten wie Wolkingner und so weiter sozusagen jedesmal – leider nur verbal – mit dem Austritt drohen, ist diese Umweltschutzpolitik für uns Vorschub für sauren steirischen Regen von morgen. Die Entscheidungen fallen im dunklen Kämmerlein; mitentscheiden dürften wir noch am ehesten bei wirkungslosen Durchführungsgeetzen, wobei meistens eine Verordnung der Landesregierung wirksamer wäre. Wir nennen das die sogenannten „Papiertiger“. Es geht in verschiedensten Bereichen nichts weiter. Durch die fehlenden Maßnahmen ist vieles sogar schlechter geworden: Das Waldsterben galoppiert weiter; wir sprechen heute nicht mehr vom Waldsterben – sterben muß schließlich jeder –, sondern vom Waldkrebs, da die Erscheinungsform exponentiell ist, das heißt, die Schadensfunktion steigt von Jahr zu Jahr.

Wir sprechen davon, daß die Wasserreserven in unserer Grünen Mark, in einem wasserreichen Land, immer enger werden. In dieser Situation stehen wir Grüne an vielen Fronten zur Rettung noch intakter Ressourcen für die Gesundheit und das Wohl der Steirerinnen und Steirer. Ich möchte auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß hier einmal im Hohen Landtag gesagt wurde: „Unsere Motivation sind die Wünsche der Wähler“. Ich behaupte und stelle hier noch einmal fest: Unsere Motivation sind die Wünsche der Nichtwähler, aller jener, die noch nicht im Wahlalter sind und auch noch gerne eine Grüne Mark erleben wollen und nicht nur auf Bildern sehen wollen. Sei es im Murwald, wo die privaten Müllgeschäftsleute das größte Wasservorkommen der Obersteiermark – immerhin ein Wasservorkommen für 50.000 Menschen – bedrohen, sei es in Wundschuh, wo behauptet wird, hier sei dichter Lehm, was klar widerlegbar ist, denn wer dort die Baugruben gesehen hat, weiß, daß das Sand ist, der mit ein paar Bentonitanteilen vermischt wurde und keine Gewähr bietet, daß das Grundwasser gesichert werden kann. Ich möchte in diesem Zusammenhang hinweisen, daß,

obwohl dieser Bescheid abgelaufen war, es sehr, sehr lang gedauert hat, bis dies auch mit Beschluß des Landeshauptmannes rechtsgültig verkündet wurde. Wir hätten uns sehr viel erspart, und da möchte ich mir doch erlauben, die Bemühungen des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller herauszustellen, der aber auch gegen Bescheide – und wenn der Herr Landeshauptmann als sogenannte Instanz nichts macht – genauso herumlaufen muß wie wir und auch unten zuschauen muß, wie die Bezirkshauptmannschaft widerrechtliche Baumaßnahmen nicht einstellt, und der sozusagen in unserer Situation ist und daher noch am ehesten hier im Landtag weiß, was wir eigentlich sozusagen an der Front hier alles mitmachen. In diesem Sinn ein herzliches Danke für jenen Landesrat, der versucht, wenigstens die Bescheide und die Gesetze, die dem Landeshauptmann vorgeschrieben sind, wenn spät, aber doch zu realisieren.

Überall ist das kostbare Gut Trinkwasser durch eine verfehlte private Müllpolitik in Gefahr. Sie wissen ja, daß das Nonplusultra der steirischen Müllpolitik in den letzten 15 Jahren die private Müllentsorgung war, und die ist leider kläglich gescheitert, augenscheinlich bei jenen Optionsverträgen der Herren Schöffl und Eisenberger mit Hessen, wo uns Steirern 10.000 Tonnen dioxinhaltiger Filterstaub hätte importiert werden sollen. Sie sehen also, und wer gestern am Abend diesen Krimi mit dem Sondermüll gesehen hat, daß mafiaähnlich die ärgsten Geschäfte getrieben werden. Sicher überlegen sich da manche die Schaffung einer Ringwasserleitung für die gesamte Steiermark, gespeist aus dem Hochschwabwasser. An und für sich, wenn man von den Prinzipien der Regionalität und der Dezentralität ausgeht, ein Schwachsinn, denn stellen Sie sich vor, wenn eine Wasserversorgung für die gesamte Steiermark gefährdet wird – nehmen wir an, durch einen radioaktiven Fallout –, daß das Wasser im Karst – bitte schön, Wasser im Karst wird ja an und für sich nur dann geschützt, wenn es nicht verunreinigt wird, weil im Karstgebiet keine Selbstreinigungskraft da ist. Also bei Katastrophen, die wir alle bereits kennen, wo uns bis zum Jahr 2000 17 radioaktive Unfälle in Europa vorausgesagt werden, eine sehr, sehr schwache Trinkwasserversorgung für die ganze Steiermark. Bei dieser Versorgung wäre eben der Großteil der Steirer ihres Lebensmittels Nummer 1, des Trinkwassers, beraubt.

Gerade vor wenigen Tagen waren wir von Hunderten Bürgerinnen und Bürgern im Süden von Graz eingeladen. Etliche empfangen seit mehr als einem Jahr – genau sind es eineinhalb Jahre – ihr Trinkwasser aus Eimern und Tankwagen, und die anderen befürchten dies. Großteils wurden bis heute keine Messungen gemacht. Die Menschen leben dort in Angst. Heute, nach eineinhalb Jahren, steht das fest, was an und für sich jeder Techniker in kurzer Zeit beweisen und feststellen kann, nämlich daß die Firma MAG-Eldra als Trichloräthanverschmutzer nachgewiesen ist. Doch Vertreter von Land und Stadt trösteten die Bevölkerung bei einer Podiumsdiskussion in Puntigam – ich möchte das nicht mit der Brauerei verwechseln, sondern im Brauhaus – auf den Zivilrechtsweg. In der Steiermark kann man in diesem Fall sagen: Wer den Schaden hat – diesen Umweltschaden –, braucht für den Spott sicher nicht zu sorgen. Es wurde von der Stadtgemeinde Graz, sprich Stadtwerke AG., einer

Aktiengesellschaft, die privatwirtschaftlich geführt wird, ein Trinkwasseranschluß mit rund 60.000 Schilling Anschlußkosten offeriert, und dies Menschen, die sich seit Jahren mit diesem Wasser gesundheitsgefährdend duschen und baden. Ich möchte auch noch feststellen, daß den Menschen nur der Genuß des Trinkwassers untersagt wurde und nicht die Information mitgeteilt wurde, daß Trichloräthan, chlorierte Kohlenwasserstoffe, eben durch die Haut aufgenommen wird und den Menschen, vor allem die Kinder – Risikogruppen – gefährden. Dies führt bis zur Schädigung von Milz, Leber, zur Schädigung des Knochenmarks, damit des Blutbildes, der Bildung von roten Blutkörperchen und in weiterer Folge zu Anämie und in schweren Fällen zu Leukämie. Daß da das Vertrauen zu den politischen Entscheidungsträgern verlorengeht und die Menschen hier in einer Situation sind, daß sie sich verraten fühlen, darf wohl niemanden wundern. Sicher berichten die Medien darüber, aber es ist leider nichts älter als eine Tageszeitung von gestern, und das Vergessen vor allem bei den Verantwortlichen und den politischen Instanzen ist leider zu rasch. Die Menschen unten werden das sicher nicht vergessen, daß sie eineinhalb Jahre ihr Trinkwasser mit Eimern zugestellt bekamen, wobei ihnen die Eimer auf die Straße gestellt werden und keiner weiß, was da noch an Staub und Dreck hinein kommt. Diese Situationen sind sicher kein Renommee für die steirische Umweltpolitik, und ich möchte hier im Landhaus den ehemaligen Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs, der im Besitz dieser Firma ist, auf das allerumweltfreundlichste einladen, den Menschen unten sofort den nötigen Wasseranschluß zukommen zu lassen. Wir wollen daraus kein Politikum machen. Aber wenn die Menschen unten sagen, es hat nur so lange gedauert, weil das alles Politiker sind, dann kann man das weder befürworten noch verneinen. Bei den dringenden Umweltproblemen werden die steirischen Gemeinden vom Land immer mehr im Stich gelassen und finanziell ausgehungert. Es ist heute auch schon erwähnt worden, daß die Gemeinden österreichweit weit abgeschlagen rangieren. Die Zuschüsse für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, jene Probleme, wo die Gemeinden am meisten zu kämpfen haben, wurden von 30 auf 10 Prozent Landessubvention gekürzt. Mit diesem Geld, 100 Millionen Schilling, wurde ein Umweltfonds geschaffen, auf dessen Wirkungslosigkeit ich später noch zu sprechen kommen werde. Im Budget 1989 ist bei den Wasserversorgungen eine drastische Kürzung vorgenommen worden, beim Kanalbau blieben die Förderungsmittel gleich, obwohl die steirischen Flüsse und Bäche weiterhin als flüssige Müllabfuhr dienen. Gerade hier hätte man aufstocken müssen, gerade hier hätte man den steirischen Gemeinden bei den Umweltproblemen ihres Lebensbereiches am meisten helfen müssen. Die Flüsse sind im ländlichen Raum durch großteils rein technische Kläranlagen im wahrsten Sinne des Wortes nur geeignet, das Wasser zu klären, und bei weitem nicht, es zu reinigen. Rund 70 Prozent der Abläufe nach diesen technischen Kläranlagen gehen in unsere Bäche und Flüsse, und daher ist das Wort, diese Bäche und Flüsse sind eine flüssige Müllabfuhr für Haushalts- und Chemiegifte, von niemandem hier im Hohen Haus wegzudiskutieren. Das sind fachliche Tatsachen. Deswegen tendieren wir zu einer erhöhten Förderung, zu dezentralen, überschaubaren Abwasserentsorgungs-

einheiten, die auch raumplanerisch wesentlich günstiger in unsere Konzepte passen und natürlich bei den städtischen kommunalen Anlagen die Schaffung von dritten Reinigungsstufen, Phosphateliminierungsstufen bis zu Entkeimungsstufen. Ich möchte auch hier nicht vermissen lassen, daß es Tendenzen an der Raab gibt, wo man heute bereits behauptet, die Raab wäre zu 80 Prozent saniert. Das ist ein Unfug. Die Raab ist meiner Meinung nach maximal zu 30 Prozent saniert. Aber es gibt Tendenzen, und das möchte ich hier dem Hohen Landtag sagen, das ist fachtechnisch ganz wichtig. Bürgermeister Harmtodt, der sehr mit dem Raab-Sterben zu kämpfen hat und auch nicht immer von der Beamtenseite bestens beraten wurde, hat wenigstens bei dieser neuen 70-Millionen-Kläranlage vorgesehen, daß eine dritte Reinigungsstufe jederzeit geplant und gebaut werden kann, wenn die Mittel dafür vorhanden sind. Das nenne ich Raab-Sanierungsprojekt, sonst wird die Raab auf Grund ihrer Staustufen und auf Grund ihrer Überlastung sterben – Eutrophierung nennt man das in der Fachsprache, Sauerstoffschwund über Nacht mit Fischsterben, in der Raab sind die letzten Welsbestände in Gefahr, Welse mit 30 Kilogramm hat es in der Nacht aufgestellt, weil hier die Widerstandskraft des Fisches keine Rolle spielt, wenn der Fisch erstickt, ersticken kleine und große Fische. Das ist ein sehr guter Ansatz, und ich glaube, man kann das von der Flächenaufbringung her nicht hoch genug werten. Daß natürlich in diesem Umweltschmalbudget die Mittel dazu fehlen, lieber Freund Harmtodt, daß das jetzt realisiert wird, was eigentlich sein müßte, ist traurig.

Wir kommen nun zum Punkt technischer Umweltschutz, was die Abwasserentsorgung betrifft, der sehr viele Arbeitsplätze schafft. Ich denke nur bei der Eröffnung dieser 17-Millionen-Kläranlage in Feldbach, was da Baufirmen mittun, was hier Leute Positives machen und ihr Arbeitsplatz mit Recht gesichert wird. Die Fachabteilung III c der Landesbaudirektion hat ihre begleitende Kontrollfunktion nicht erfüllen können, was wir alle im Kontroll-Ausschuß zur Kenntnis nehmen mußten. Geprüft wurde erst dann, als der Staatsanwalt die Verantwortlichen wenigstens kurzzeitig so verwahrt hat, daß hier gewisse Informationen nicht mehr anders laufen konnten. Man nennt es steirisch „hinter Schloß und Riegel“. Es ist sicher traurig, daß so etwas passieren muß. Es scheint auch niemandem aufzufallen, daß ein Wasserverband Grazerfeld Südost bei Ausschreibungen ähnliche Manipulationen vornimmt, wie es beim Wasserverband Grenzland bereits geschah und in einer wirklich seriösen Art vom Landesrechnungshof aufgezeigt wurde. In diesem Sinne auch ein Danke an den Landesrechnungshof, der in diesem Fall sehr gute Arbeit geleistet hat; natürlich dann, wie es so üblich ist, in den Kritikpunkten von irgendwelchen Boulevardblättern in Graz kommt. Wir haben Ausschreibungsunterlagen, wo bei Trinkwasserversorgungen – es geht hier um das Budget, die Budgetwahrheit und die Verteilung der öffentlichen Mittel in der Landesregierung – die Mittel regelrecht verschleudert werden gegen alle Ausschreibungsbedingungen des Landes und des Bundes. Wir haben Beweise in der Hand, daß Stoffe, die eindeutig in Verdacht stehen, gesundheitsgefährdend zu sein, wie Asbest, das ja im Wasserleitungsbau und in der Technik nichts mehr verloren haben sollte, weiterhin in

der Steiermark verwendet werden, aber nicht nur als gesundheitsgefährdende Stoffe verwendet werden, sondern bei einer Ausschreibung ein sogenanntes Anbot von – wie es der Wasserverband Leibnitz seit 15 Jahren verwendet – Kunststoffpolyäthylenprodukten nicht angenommen wurde – und jetzt hören Sie mir alle genau zu: Obwohl dieses Anbot bei 2 Millionen Schilling um 1.077.000 Schilling günstiger war als das Asbestzementanbot, also 50 Prozent günstiger, wurde es weder vom zuständigen Wasserverband, vom Herrn Höfer oder wie er heißt, noch vom Zivilingenieur, dem Büro Bielek, noch von der Fachabteilung III c, Grancy, anerkannt und nicht einmal unter dieser Prämisse eine neue Ausschreibung verlangt. Das nenne ich wissentlich und nachweisbar eine Ausschreibungsmanipulation, eine Korruption mit Steuergeldern. Daher kann ich nicht sagen, daß diese Zahlen, die da drinnen stehen, auch entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen verwendet werden. Mit diesem Fall wird sich auch der Staatsanwalt beschäftigen müssen. Ich sage das hier im Landtag, weil wir der Ansicht sind, daß ohnedies auf dem Sektor Umweltschutz zu wenig getan wird, und das, was noch vorhanden ist, wird dann noch zu 50 Prozent mißbräuchlich verwendet. Und das sind Dinge, die wir sicher demnächst an die Öffentlichkeit bringen, falls die Tageszeitungen darüber berichten – das ist ja dann immer ein zweites Problem. Anscheinend berichtet man nur über den Staatsanwalt. (Abg. Dr. Lopatka: „Sie waren ja eh in der Zeitung, Herr Kollege!“) Ja, mit der Anzeige wegen der Draken gegen den Minister Lichal, nachdem es klar ist, daß in der Smogalarmzeit, in der Vorwarnstufe bitte, gegen das Luftreinhaltegesetz, gegen die Lärmverordnung vorgegangen wurde, und da haben wir eine Anzeige gegen Minister Lichal bei der Staatsanwaltschaft gemacht, Herr Dr. Lopatka. Ich vermisse nur Ihre großspurige Aktivität bei dem sogenannten Anti-Draken-Volksbegehren. Ich weiß ja, daß Sie für andere Abfangjäger sind, so wie viele hier im Raum, aber Sie haben aktiv, bitte, da unten noch nichts Positives beigetragen beziehungsweise im Hintergrund geschaut, daß hohe Verwaltungsstrafen – oder auch nichts dagegen getan. Ich will Ihnen gar nichts unterstellen, aber Sie haben nichts dagegen in der Öffentlichkeit getan, daß Leute mit 30.000 Schilling da bedroht werden, nur weil sie einen kleinen Luftballon in der Hand gehabt haben. Immerhin das einzige, wovor sich der Herr Minister Lichal fürchtet. Das ist eben das Ergebnis dieser ganzen Lichal-Politik in der Steiermark. Und ich möchte hier noch einmal auf die Worte des Herrn Klubobmannes Univ.-Prof. Dr. Schilcher zurückkommen: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird eben Widerstand zur Verpflichtung.“ Wenn der Widerstand auch nur mit einem kleinen Luftballon erfolgt, ist es leider momentan die wirkungsvollste Methode. Daher sehe ich nicht ein, daß die Bezirkshauptmannschaft zwar in Wundschuh nicht eingeschritten ist, aber da unten Verwaltungsstrafen bis 30.000 Schilling aussteilt. Das ist für mich eine hintergründige Politik, um eure vordergründige Anti-Draken-Politik, die Cortolezis-Politik, zu forcieren, und ich bin stolz, hier zu sagen, daß ich das Cortolezis-Mandat, auch wenn's nur mit 28 Stimmen ist, habe. Denn wir haben hier sicher, wenn es überhaupt um die Abfangjäger geht, wesentlich mehr Positives beigetragen. (Abg. Kollmann: „Ob der Stenographendienst glücklich ist oder nicht, weiß

ich nicht!") Der Stenographendienst ist vielleicht nicht so glücklich, aber es gibt ein Mikrofon und die Möglichkeit, daß man da nachschaut. Herr Kollege Kollmann, Ihre Reden sind meistens wirklich vom Konzept, und wenn man halt frei redet, was hier im Landtag ja sein sollte, bitte, dann kann man halt nicht so – ich bin ja kein so geschliffener Politiker wie Sie. Ich komme vom Sport und von der Technik und habe nie gelernt, den Leuten nach dem Mund zu reden. Das kann ich nicht, und ich habe auch hier im Landtag gar nicht vor, meinen Stil zu ändern – für Sie schon gar nicht!

Ich habe leider auch ein Konzept, weil man ja doch vorbereiten muß, aber ich versuche wenigstens, frei zu reden.

Wir waren bei dieser sogenannten Million, die da für gesundheitsgefährdende Asbestzementrohre unter den Tisch gefallen sind. Ich war dabei, daß dies entgegen der Vergabevorschrift des Landes ist und einen weiteren Fall für den Staatsanwalt bedeutet. Es ist ein Skandal, daß hier die Landesregierung letztendlich als Verantwortliche diese Steuermittel freigegeben hat, obwohl die Firmen, die umweltfreundliche oder gesundheitsfreundliche Polyäthylenrohre und so weiter anbieten, sich getraut haben, gegen derartige mafiaähnliche Methoden zu opponieren. Wen wundert es da, daß es solche Zustände im Land gibt, wenn sich die „steirische Breite“ im Zungenzeigen über den Semmering übt?

Apropos Draken – ich komme jetzt noch einmal auf die Draken zurück. Das Versagen der steirischen Umweltpolitik zeigt sich deutlich daran, daß beim Smogalarm vor einer Woche seelenruhig am Thalerhof gestartet und gelandet wurde. Es fehlt an durchführbaren Erlässen und an Einsatzplänen, bitte nicht an Kann-Bestimmungen, sondern an Ist-Bestimmungen. Die Lärmschutzverordnungen und Luftreinhaltegesetze werden ja von den Gesetzgebern da unten leider selbst nicht eingehalten. Wir werden sehen, was diese Anzeige gegen Minister Lichal bringt, denn auf eines sind wir auch schon draufgekommen: Ein Aktionismus vor Ort und ewige Anzeigen sind sicher nicht das, was sinnvoll ist, und ich glaube, man muß da wesentlich mehr auf die direkte Anzeige gehen, auch wenn es vielleicht heißt: „Schon wieder eine Anzeige!“

Wir stellen fest, daß bei diesem Smogalarm Werte von 0,866 kurzzeitig erreicht wurden, und wir stellen fest, daß Ärzte, Umweltmediziner, Hygieniker klar ausdrücken, daß ab 0,5 Milligramm NOX pro Kubikmeter Luft bereits eine Gesundheitsgefährdung eintritt. Sicher nicht eine Gesundheitsgefährdung für einen Durchschnittsteirer, der gesund ist, aber bitte eine Gesundheitsgefährdung für Kleinstkinder und Risikogruppen. Der Erfolg ist, daß die Luftwegeerkrankungen, sprich Reizungen, Irritation des Nervensystems, daß sich der Körper sozusagen vergiftet, immer mehr zunehmen. Wir wollen dieses Wort „Pseudokrapp“ gar nicht mehr hören; es ist ganz ordinär – ordinär heißt natürlich –, ausgedrückt eine Schädigung durch eine Vergasung über die Luft, denn Stickoxide und Schwefel gehen über die Luftfeuchtigkeit in Verbindung mit Staub in schwefelige und salpetrige Säuren über. Greifen Sie einmal ein Faß mit salpetriger Säure an – machen Sie das einmal! –, dann haben Sie sich Ihre Finger verätzt, geschweige die zarten Lun-

gen, dieses Flimmerepithel von Kinderlungen. Daher möchte ich dringend empfehlen, aus diesen sogenannten Kann-Bestimmungen im steirischen Landessmogalarmplan eine Ist-Bestimmung zu machen. Es sind eben in diesem Fall die privaten Interessen hintanzustellen! Es ist eben in gewissen Straßenzügen, vor allem in der Innenstadt, der Privatverkehr zu sperren, und es ist das, was der Herr Landesrat – da haben wir uns überschritten – angeschnitten hat, auch durch Weisung an die Beamten festzustellen, daß halt diese Parkplätze einmal nicht zur Verfügung stehen. Da haben wir uns in der Presseaussendung – den gleichen Gedanken gehabt – überschritten. Das sind Dinge, die gemacht werden müssen, und ab 0,8 ist eben alles, was nach Graz hinein will, vom innerstädtischen Bereich fernzuhalten. Ich sehe nicht ein, wenn es für einen Faschingsumzug von der „Kleinen Zeitung“ oder für ein Stadtfest einer anderen Zeitung gelingt, daß dann die Tafeln alle da sind, auf die der Herr Eder schon so lange wartet. Wenn er die nicht bald bekommt, muß man sie sich halt oben beim Paulustor holen, denn dort sind sie in Hülle und Fülle.

Dieser Grazer Umweltkoordinator beklagt eben dieses Fehlen dieser 100 Verkehrsschilder. Diese Strategen und Koordinatoren werden so rasch auf den Boden der Realität herabgeholt, und es zeigt sich, daß eben andere Organisationen, oder wenn ein Radrennen in Graz ist, die Möglichkeit haben, die Innenstadt dann lückenlos und organisatorisch gut zu sperren. Oder wenn irgendein Politiker die Steiermark besucht, da ist es möglich. Daher sehe ich das nicht ein, daß man das, wenn eine Gefährdung nachweislich da ist und er nach den Strafbestimmungen des Strafgesetzes gemacht werden müßte, mit einem „Kann“ und „Wir sind noch nicht soweit“ abtut.

Außerdem stellen wir fest, daß diese Luftmeßstellen, wie zum Beispiel die in Leonhard, ohnedies in einem sogenannten Luftreingebiet von Graz sind. Diese Meßstellen gehören mitten in das Zentrum, und man wird dann sehen, wie rasch und wie oft es immer wieder in dieser Stadt Smogalarm gegeben wird, denn diese Stadt ist klimatologisch sehr ungünstig, neigt zu Inversionswetterlagen, und diese Stadt neigt, wenn diese Inversionslage wie ein Deckel Graz zumacht, daß von diesen Giften kein Milligramm hinauskommt, sondern diese Gifte wie in einem Häferl nur konzentrierter werden, dazu, daß man in Graz besonders behutsam und vor allem rasch vorgehen muß.

Wir glauben, daß dies nicht durch Medienpolitik allein möglich ist. Diese Medienpolitik – da sind wir schon lange draufgekommen – besitzt sicher keine politische Durchschlagskraft, wenn's ums's Fachpolitische geht. Sie können vielleicht damit Wahlen gewinnen, aber den Grazern wird das nicht helfen. Daher, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, für die Grazer auf Grund dieser Smoglage eine Ist-Bestimmung, und ich glaube, es wird jeder verstehen, der ein bißchen dafür übrig und Kinder zu Hause hat, und Sie sehen auch, daß diese rigorosen Verkehrsbeschränkungen in Italien anstandslos angenommen wurden. Auch sogenannte unwillkommene oder von der Bevölkerung nicht gern angenommene Entscheidungen sind, wenn es die Situation erfordert, sicher positiv, und ich glaube, für uns ist es wichtiger, daß wir in Jahren wieder sagen können, es ist in diesen fünf Jahren, in

denen wir im Landtag waren – ich möchte auf die Worte zurückkommen: ihr seid ohnehin bald nicht mehr im Landtag, das ist uns gleich, in diesen fünf Jahren ist sehr viel Positives geschehen. Auch wenn wir es nicht durchsetzen haben können, aber wir haben immer wieder versucht, daß den Verantwortlichen der Rücken gestärkt wurde, auch gegen Ignoranten in den eigenen Reihen, sowohl auf der schwarzen als auch auf der roten Seite, und daß hier gewissenhaft und verantwortungsvoll mit unseren natürlichen Lebensressourcen umgegangen wurde, und ohne Luft kann niemand leben, und wir wollen nicht weiter zuschauen, daß in Graz die Leute vergast werden. In Zeiten wie diesen, wo der Staat bei Nacht und Nebel Steuerschulden eintreibt, müssen diese ewigen Kann-Bestimmungen in unseren Umweltgesetzen endlich zu Muß-Bestimmungen werden. Es darf eben nicht an Verkehrsschildern mangeln. Das sind für uns dumme Ausreden, und es ist bedauerlich, daß im Umweltfonds nicht mehr als 5000 Alpendollar als Ausgaben hineingekommen sind. Aber ich glaube, mit diesen 5000 Schilling müßten sich auch diese Verkehrstafeln finanzieren lassen. Ehe der nächste Smog kommt – und der kommt sicher – müssen für Eder die 100 Tafeln für den Smogalarm da sein.

Heute liegt uns ein Resolutionsantrag der ÖVP zur Aufnahme in die EG vor. Die Steiermark wurde auch durch die sogenannte Wirtschaftsmilliarde, über die heute an und für sich jeder schon schmunzelt – nicht lacht – EG-reif gepuscht. Aber nach den Berechnungen des Landwirtschaftsministeriums kommen zirka ein Drittel der österreichischen Bauern mit dem Beitritt in die EG über die Runden. Die restlichen zwei Drittel werden existenzielle Probleme bekommen. Die Bauern, die Landwirte, sind für unsere Kulturlandschaft wichtig. Wir wollen aber nicht, daß aus den Landwirten abhängige Sozialrentner werden, die auf ein Sozialeinkommen warten müssen, wie heute der Bergbauernzuschuß und der Mastkälberzuschuß und, und, sondern daß der Bauer so frei und stark ist, daß er die Geschicke in unserem Land für sich selbst in der Hand hat. Wir wollen nicht, daß diese Leute von irgendwelchen Ministern abhängig werden, auch wenn es heute der Minister Dipl.-Ing. Riegler ist, dem ich hier Seriosität unterstelle. Aber wer sagt, daß der nächste – wenn im Oktober die nächste Nationalratswahl ist – Landwirtschaftsminister wieder Dipl.-Ing. Riegler heißt? Keiner von Ihnen kann das sagen, und die Politik ist eben sehr kurzzeitig, wie wir alle wissen, und darum wollen wir auch unsere Möglichkeiten hier optimal nutzen. Man braucht kein Fachmann zu sein, um zu erkennen, daß besonders die kleinbäuerlich strukturierte steirische Landwirtschaft von diesem EG-Beitritt am meisten betroffen sein wird. Ebenso werden die Rechte der Bürger in Umweltfragen noch geringer sein als jetzt. Sie müssen mit jedem Gesetz nach Brüssel zum Europarat, und wir haben schon genug zu tun, wenn wir in Wien bei den Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshöfen über die Runden kommen und uns dort gegen juristische Ignoranz durchsetzen können. Wenn man den Skandal in Graz-Andritz sieht, einer der letzten Frischluftschleusen für diese Inversionskessellage, dann ist es auch wert, hier ein paar Worte zu verlieren. Dieser Skandal mit dem sicheren Krebsreger Pensbyrän in Graz-Andritz ist für uns nachweislich ein Krebskandal. Ein

Skandal, wo wider besseres Wissen die Gesundheit von ganzen Siedlungsgebieten gefährdet wird, wo Ärzte bis zu den amtsärztlichen Sachverständigen hier diese Gefährdung bestätigen. Dieser Skandal wird unserer Meinung nach von den Politikern bis heute nicht ernst genommen. Bis heute wurde bei diesen Anlagen nicht einmal gemessen. Uns wird jede Möglichkeit mit der Klage der Grundbesitzstörung verwehrt. Wir kennen das ja vom Schwarzl. Ich bin ja der einzige Steirer, der am Schwarzteich nicht baden gehen darf, weil mir das der Herr Schwarzl verboten hat. Aber genauso oben die Firma Granit will das nicht, und die Behörde, die Bezirkshauptmannschaft, die Gewerbebehörde, deckt das mit Vorsätzlichkeit. Auf der anderen Seite können wir uns dann mit irgendwelchen Verwaltungsgeschichten und anderen Dingen herumschlagen. Das werden wir nicht. Wir nehmen uns heraus, daß wir die Fakten im Landhaus sagen und auch in diesem Fall die steirischen Landespolitiker ersuchen, dieser Sache nicht nur nachzugehen, sondern bis zu Messungen diese Anlagen ad hoc zu sperren. Denn es ist nicht einzusehen, daß ein Betrieb, der anderswo Steinbrüche und Mischanlagen hat, mit dem ganzen Mischmaterial, mit Lkws durch Siedlungsgebiete durchfährt. Er kommt von Bruck herunter, fährt das enge Andritz hinauf, mischt den Dreck dort, damit das ganze dann wieder retour über die Fallwinde, über die Druckverhältnisse vom Schöckl nach Graz kommt, 15.000 Kubikmeter Luft werden stündlich erheizt, vom Schwefel und Stickoxid möchte ich gar nicht mehr reden, aber Pensbyränne sind als krebsgefährdend nachgewiesen wie Asbest. Die gehören doch nicht mitten in eine Frischluftschleuse hinein. Jetzt mischen die dort, verunreinigen, versuchen die Grazer Luft, die Pensbyränfahne geht dann durch Strömungsverhältnisse, verteilt sich bis nach Andritz hinein, man riecht es bis Andritz, und trotzdem wird seitens der Behörden den Betroffenen und den besorgten Eltern mit Mutwillensstrafen bis zu 1000 Schilling und einer Kostenbeteiligung an allen Messungen gedroht. Das geht rein, daß man die Menschen schon mit Vorsatz als Querulanten abstempeln will, daß man Bürgerinitiativen, die parteipolitisch komplett frei sind, hier der Querulanz bezichtigt. Das werden wir nicht dulden. Wir glauben, daß diese Geschichte in Andritz für alle Grazer wichtig ist. Bedenken Sie, das verteilt sich in die Grazer Kessellage. Lieber Gerhard, du zeigst auf die Uhr, aber auch wenn du sagst, im Landtag geschieht eh nichts, das macht alles die Regierung (Abg. Dr. Hirschmann: „Ich meine es gut mit dir!“), wir werden die Möglichkeit, wenigstens Sie zu informieren, voll wahrnehmen. Das mit der Uhr von Harmtodt, daß die Zeit abgelaufen ist, das könnt ihr in drei Jahren sagen. Das ist früh genug. Jetzt tun wir einmal da weiter. (Abg. Kanduth: „Vor 14 Tagen hast du dasselbe erzählt!“) Der Richard Kanduth sagt ganz richtig, vor 14 Tagen habe ich über diese Pensbyrängeschichte fast das gleiche erzählt. Aber vor leerem Haus. Du hast es lange ausgehalten, alle Achtung! Auch da, da waren drei, vier Leute, und da waren zwei Leute, die Ordner sind links und rechts von mir gestanden, und darum nütze ich die Chance unter dem Motto, so wie man lernt und immer wieder – verstehst du das? – wiederholt. Ich habe beim Studieren auch wiederholen müssen, ich habe mir auch nicht alles das erste Mal gemerkt, bitte. Daher werden wir

wiederholen und so lange wiederholen, bis du sagst: „Lieber Herr Landesrat oder Herr Landeshauptmann, geh', schaut einmal da draußen, was da wirklich ist.“ Das möchte ich von dir dann hören, auch in der Budgetdebatte zum Beispiel zum Thema „Luft und Umwelt“. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Herr Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, Sie können abkürzen, ich werde das überprüfen lassen!“) Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller erlöst mich schön langsam und hilft mir und sagt, daß er das überprüfen lassen wird. Herr Landesrat, damit haben Sie an richtiger Stelle das richtige Wort gesetzt, und ich kann damit weiter fortfahren.

Wir wollen deswegen auch nicht diese ganze EG-Geschichte, weil dann die Chancen, gegen Konzerne in Brüssel zu bestehen, noch geringer sind als bei unseren oft blauäugigen Verwaltungsgerichtshöfen. Damit werden die ohnedies geringen Nachbarschaftsrechte nach den Naturschutz-, Bau- und Gewerbeberechtigten weiter untergraben.

Ein weiteres trauriges Kapitel in der steirischen Budgetpolitik stellt die sogenannte Wirtschaftsmilliarde dar. Sie wurde von der ÖVP, in dem Fall von der Frau Wirtschaftslandesrätin Klasnic und dem Herrn Landeshauptmann, derart wichtig genommen und derart aufgespielt, daß man zur Einführung in die steirische Medienpolitik gleich eine Pressekonferenz während der vorletzten Landtagssitzung einberief. Unter dem Vorwand der Wirtschaftsförderung versuchen nun die steirischen Banken, vor allem die Raiffeisenkasse, die Steiermärkische Sparkasse, die Hypo, unter Mochteternpolitikern, wie Doppelhofer und anderen, ihren unprofitablen Geldberg abzubauen. Das Land hilft ihnen dabei mit 30 Millionen Schilling Zinszuschuß, bloß um das Zuckerl schmackhaft zu machen.

Apropos Notstand in der Steiermark: Es ist sicher keine seriöse Information, wenn man aus dem ersten Wirtschaftsviertel die Steiermark als „letzte Abbrandler“ bezeichnet. Vielleicht ist es mit seriösen Zahlen möglich, daß wir im Laufe des Jahres die Burgenländer wieder einmal überholt haben. Das wünsche ich wenigstens der Steiermark, um hier nicht immer als sogenannte „Abbrandler“ dazustehen.

Es muß um der Wahrheit willen nochmals klar gesagt werden: Dem Land ist die Förderung der heimischen Wirtschaft 30 Millionen Schilling wert, und das ist weniger als die Presseförderung und die Förderung für den Österreicherling – man bedenke, der Österreicherling hat alleine 30 Millionen Schilling gekostet –, aber zirka tausendmal mehr, als der Umweltfonds für das Land im heurigen Budget dazubekommen hat. Der Rest der Milliarde wird sozusagen bankpolitisch entschieden, und man hat es auch hier erreicht, daß man Banken, Sparinstitute, auf Kosten des kleinen Steuerzahlers verpolitisiert hat, und zwar auf übelste Art, und auf der anderen Seite den Gemeinden Geld wegnimmt, um eben die Gemeinden weiter zu verschulden und dann mit zehn bis zwölf sogenannten Überbrückungskrediten wieder die Sparkassen zu bemühen. Der Ringelreihen bringt eigentlich den Sparkassen sehr viel, aber der steirischen Umweltpolitik sehr wenig. Ich glaube, daß man mit dem Geld der kleinen Steuerzahler, ganz gleich welcher Partei, ganz gleich welcher gesellschaftspolitischen Einrichtung, nicht spielen soll, nicht manipulieren soll, sonst verlieren die

Leute noch den letzten Glauben an Geldinstitute. Damit werden vor allem finanzschwache Betriebe angesprochen. Leicht erhältlich sind diese Gelder durch relativ hohe Kapitalsummen. Es ist eine leichte politische Beschaffbarkeit da, und wir befürchten heute schon, daß dieses Geld günstig aufgenommen wird, aber dann sozusagen in Form von Wertpapieren gehortet wird und hier zinsenmäßig mitarbeiten soll. Diese Politik hat nichts mit einer konzentrierten Förderung für innovative Neuheiten auf dem Gebiet der Energieautarkie des Landes Steiermark zu tun, wo wir als Abgeordnete alle hier solche Betriebe unterstützen sollten. Wir sollten eben schauen, daß diese Obersteiermark ein steirisches Energiezentrum wird. Wir sollten schauen, daß das, was gut angefangen hat mit diesen ganzen Technologieparks, die wir alle unterstützen, ob es jetzt im Süden von Graz ist oder beim Kollmann oben – das ist alles zu unterstützen –, nur müssen diese Mittel mit fachtechnischer Beratung richtig eingesetzt werden. Und es hilft halt nichts: Dazu muß das Hirn der politischen Kräfte herangezogen werden, sicher in Verbindung mit einer seriösen wirtschaftlichen Fachberatung. In Wahrheit werden aber unter Umständen Betriebe leichtfertig in Neuverschuldungen gestürzt, die viele die wirtschaftliche Existenz kosten werden. Außerdem verstärkt sich der politische Einfluß der an den Schalthebeln Sitzenden auf die heimischen Klein- und Mittelbetriebe.

Die ÖVP in der Steiermark nun als Staatskapitalist – das ist nun ein neuer Treppenwitz in der steirischen Landesgeschichte. Gesunden Betrieben und deren schlaun Betriebsinhabern wird dieses billige Geld zu privaten Spekulationen, wie man auch schon aus Wirtschaftskreisen hört, unter Umständen dienlich sein. Es wird keine Schranke da sein, die dieses Geld zielorientiert zum Einsatz bringt. Hier als festverzinsliche Wertpapiere angelegt, dort ins Ausland geschoben, steigert es den Profit der ohnehin in den schwarzen Zahlen Stehenden. Diese Kredite werden wohl niemandem verwehrt werden, würde das doch der ÖVP-Wirtschaftspolitik schaden. Ob das auch Ziel einer steirischen Wirtschaftspolitik sein kann und ist, fragen wir uns Grüne. Es wäre weitaus sinnvoller, echte Wirtschaftsförderung gezielt an die hightecharbeitenden Betriebe zu vergeben, die Umwelttechnologie damit entwickeln zu lassen und an deren Umsetzung im Haushalt, Handel und in der Industrie tätig zu sein. Die Vergabe dieser Mittel soll aber nicht durch die politische Landesbürokratie, sondern durch unabhängige Fachleute erfolgen. Dies hätten wir Grüne noch als guten Willen dieses Proporzlandesvorschlages ansehen können. (Abg. Gennaro: „Denke an die Kolleginnen, die haben schon Hunger!“) Ja, jetzt redet der Herr Kollege von AMI. Da habe ich ja dann auch was zu sagen: Ihr leitet ja heute bitte noch. (Abg. Gennaro: „Er redet von Umwelt und so weiter, und auf die Kolleginnen nimmt er keine Rücksicht, die müssen ja alles mitschreiben!“) die Abwässer in den Schwarzl-Teich und liefert einen wesentlichen Beitrag zur Grundwasservergiftung. Herr Gennaro, es ist ganz gut, daß Sie mich erinnert haben, sonst hätte ich das zum Schluß fast noch vergessen.

Zukunftstechnologien, wie Wasserstofftechnologie, die Fotozellentechnik, wo gerade Sie als Gewerkschafter der stahlverarbeitenden Betriebe ein bißchen Sensi-

bilität haben sollten – aber das haben Sie ja nicht, Ihnen fehlt sozusagen das fachliche Feeling. Mich wundert ja, daß die Genossen trotz Grüß Gott in aller Freundschaft überhaupt noch mit Ihnen auskommen. Sie haben ja zugeschaut, wie das AMI als AMS verkauft wurde, sie haben zugeschaut, wie das ganze Know-how wieder zurückgeht in die Vereinigten Staaten. Ihr habt da gar nichts zurückgehalten. Also sind Sie schön ruhig, und hören Sie zu, was ich Ihnen jetzt zu sagen habe (Abg. Gennaro: „Du hast uns gefehlt bei dieser Situation!“), daß gerade auf diesem Gebiet der Alternativtechnologien sich für die stahlverarbeitende Industrie ein immenses Arbeitsgebiet eröffnet. Statt diesen Bereich massiv zu fördern, verplempert man die 30 Millionen Schilling Zinsenzuschüsse und die Steuergelder und will damit der Öffentlichkeit eine Wirtschaftsmilliarde verkaufen.

Genauer unter die Lupe dieser Generaldebatte nehme ich jetzt noch den Abschnitt Umweltschutz und den steirischen Umweltlandesfonds, wie es so schön heißt. Denn so wichtige Kapitel, wie die Gewässerreinigung, die Reinhaltung der Luft, die Lärmbekämpfung und der Strahlenschutz, stellen ein eklatantes Beispiel für die Budgetunwahrheit dar. Wurden als Ausgaben für 1987 47,5 Millionen Schilling abgerechnet, so beträgt der heurige Voranschlag plus 38,5 Millionen Schilling. Die Landesregierung macht deutlich, daß erst unter dem Druck der Bürgerinnen und Bürger mehr als einige Schilling für den Umweltschutz flüssig gemacht werden. Das, was man unter Umweltlandesfonds bezeichnet, ist ein Zeichen des „Umweltverhaltens“. Ich betone für den Stenographischen Dienst des Landtages, das ist kein Schreib- oder Sprechfehler, ich betone hier nicht Umweltverhalten, sondern „Umweltverhalten“. Daß in Zeiten wie diesen ein Umweltspardbudget sondergleichen aufgestellt wird, obwohl man gerade aus den Erfahrungen aus Japan weiß, das weiß heute, glaube ich, schon bald ein jeder, daß der technische Umweltschutz nicht nur die ökologischen Kreisläufe schützt, sondern auch Arbeitsplätze, und in dem Fall ökologisches Wirtschaftswachstum schafft. Wir wollen ökologisches Wachstum auch über die Wirtschaft, vor allem über den technischen Umweltschutz. Eines steht fest, daß die entstandenen Schäden durch unsere Zivilisation derzeit am ehesten noch durch den technischen Umweltschutz zu vermindern sind. Ein breites Umdenken (Abg. Gennaro: „Vielleicht hört er auf, wenn wir alle hinausgehen!“), wie man sich das vor allem beim Abfallbewirtschaftungsgesetz erhofft hat und wie ich es auch dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller jederzeit abnehme, daß er daran glaubt, scheint nicht so leicht zu sein, deswegen, weil politische Kräfte, in dem Fall die SPÖ und die FPÖ, hier wesentlich zu wenig dieses Abfallbewirtschaftungsgesetz unterstützen. Ich glaube, daß man, auch wenn man damals nicht mitgestimmt hat, mit jenen Problemen, die wir als Wohlstandspyramiden der Konsum- und Wegwerfgesellschaft bezeichnen, die Grundwasser und Luft verseuchen, nicht politisch spielen soll. Wir haben auch nicht überall mitgestimmt, aber ich finde, daß hier diese Müllproblematik noch lange nicht gelöst ist, und erst, wenn die Regionalverbände ihre eigenen Planungen haben, ihre Abfallbewirtschaftung, vom Trennen im Haushalt bis zu müllsparenden Maßnahmen, bis zu Monorestedepotien, bis zur Einschaltung von privatwirtschaftlichen

Interessen für die Verwertung dieser wertvollen Rohstoffe, solange wir noch nicht soweit sind, sollte man hier im Hohen Haus nicht eine Zuspätpolitik, es ist ohnehin alles zu spät, und es ist nur ein politisches Gesetz mit einem grünen Feigenblatt, das ist nicht das, was wir uns hier vorstellen. Die Ausgaben sind gekürzt worden, die Japaner zeigen uns, daß es mit dem technischen Umweltschutz wesentlich besser und anders geht, daß wir hier nicht diese horrenden Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit und des geringsten Durchschnittseinkommens diskutieren müßten, und eines steht eben fest, und zwar für uns ganz klar, daß die bisher entstandenen Schäden durch unsere Zivilisation noch am ehesten durch diese Anstrengungen des technischen Umweltschutzes zu vermindern sind. Die Ämter der Landesregierung, die mit Umweltschutzaufgaben betraut sind, sind nachweislich im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht nur unterbesetzt, sondern auch unterdotiert. So ist zum Beispiel in der Steiermark eine Dioxinmessung seitens des Landes bis heute nicht möglich, da die apparative Ausstattung fehlt. Daher sind sämtliche Kontrollen an steirischen Mülldeponien eine Farce. Ich sehe nicht mehr ein, daß hier, wenn Filterstaubtransporte stichhaltig überprüft werden und sich hier die Staatsanwaltschaft einschaltet und hier der zuständige Landesrat gewisse Äußerungen tätigt, daß ja doch diese Glaubwürdigkeit nicht so fest dasteht, wie die Müllgeschäftsleute immer tun, daß man sich dann in aller Öffentlichkeit noch entschuldigen muß. Ich finde, da gehört eigentlich für den Umweltlandesrat in Sachen des Umweltschutzes die absolute Immunität, und den Antrag werden wir auch das nächste Mal bringen. Bei diesen Dingen darf es nicht sein, daß solche Leute hier mit kompetenten und verantwortlichen Politikern in aller Öffentlichkeit Schindluder treiben und die Presse hier ihre Belustigung hat. Das darf nicht sein. Wir haben gesehen, mit welchen mickrigen Papierln diese privaten Müllgeschäftsleute weismachen wollen, daß diese Filterstäube keine Spuren von Dioxin enthalten, wodurch jeder weiß, daß bei der sogenannten Hausmüllverbrennung, wie sie ja damals in Hessen war, eben Dioxine drinnen sind, und darum kommt es ja zu diesen Optionsverträgen, die ja sondermüllähnlich sind in der Höhe. Darum will ja das nicht einmal der damalige Umweltminister Fischer, über den alle so positiv geredet haben, in seinem eigenen Land haben und wollte er uns in die Grüne Mark, weil er glaubte, er ist ein grüner Minister, die ganzen Filterstäube herüberschicken. Ich selbst habe diesen mickrigen Zettel gesehen, der nachweisen hätte sollen, daß in diesen Filterstäuben kein Dioxin ist. Auf dem Zettel war keine Unterschrift, kein Stempel. Das war eine mickrige Ablichtung mit der Begründung: nicht nachweisbar. Wer weiß denn, was bei den ganzen Müllmafia-transporten unterwegs, nehmen wir an in Wörgl, dazugemischt wird aus der Hütte Brixlegg, wer weiß, wo die Transportunternehmer diese Stoffe alle aufnehmen gegen Sondermüllgebühren? (Abg. Dr. Lopatka: „Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitte etwas bitten?“) Wer weiß das, Herr Dr. Lopatka, Sie wissen es am wenigsten, weil Sie sich damit überhaupt noch nicht beschäftigt haben. Außerdem rede ich jetzt mit Ihrem Umweltlandesrat, unterbrechen Sie mich nicht! Es ist daher ganz wichtig, daß in der Steiermark die Beamten, die zuständigen Fachbeamten jederzeit Dioxin messen können.

Sie können ja nicht einmal in der Steiermark Pensbyrän messen. Das müssen wir Ihnen wieder sagen. Ich sehe nicht ein, daß es heißt, der ganze Dreck aus Wörgl kommt in die Steiermark.

Ich habe Kontakt mit Journalisten und Fachleuten in Tirol. Wir haben auch dort Leute, die sich damit beschäftigen, die vor allem bis heute wissen wollen, wohin diese Filterrückstände aus der Hütte Brixlegg verschwunden sind. Glauben Sie doch bitte nicht an irgendein Märchen vom schwarzen Laub. Das, was sich in Tirol bei einem Föhn abgespielt hat, waren eben diese Stäube, diese dioxinhaltigen Filterstäube, die dieses ganze untere Inntal verseucht haben. Bis heute hat diese praktische Untermauerung keiner geglaubt, weil man gesagt hat, das hat es über einem Berg in Bayern und über einem anderen Berg in Südtirol auch gegeben. Sie wissen, daß der Sahara-Staub bis hier herauf kommt. Sie wissen, daß Föhnwetterlagen Fallwinde sind, die auf den Talboden drücken. Darum haben die Leute ja alle Schädleweh, Herr Dr. Lopatka, hören Sie mir einmal zu. Die Fallwinde bewirken eine Strömung, daß es den Föhn herunterdrückt und an den Berghängen in einer Sekundärströmung bis über die Berge hinweg diesen Staub trägt. Und das wird doch keiner glauben, daß innerhalb von ein, zwei Stunden die Bäume schwarz werden können und das Laub abfällt. Das ist das Dioxin, das ist das age orange, das ist jener Stoff, mit dem die Amerikaner innerhalb von Stunden ganz Vietnam entlaubt haben, und dieser Dreck über die Deponie Wörgl soll bei uns in Halbenrain deponiert werden. Ich bin dagegen, und ich verlange, daß das Land, bitte – und zwar nicht einer, weil ich heute schon gar niemandem traue –, eine Kommission in Verbindung mit den Instituten der Hochschule beauftragt, auch hier in der Steiermark Dioxinmessungen zu machen, das zu überprüfen, und daß nicht ein Umweltlandesrat vor dem Strafrichter, Presserichter, steht und sich vorher entschuldigen muß, damit der Herr Schöffl ihn nicht klagt, weil er den Beweis nicht antreten kann. Für mich sind alle privaten Müllgeschäfte mafiaähnliche, amerikanische, rein kapitalistische Methoden, die nur ein Ziel haben, mit den Problemen der Öffentlichkeit, mit den Unverfrorenheiten von Industrien, die gegen jedes bessere Wissen Giftstoffe produzieren in diesem ganzen Chemieprozeß – gegen diese Möglichkeiten sind wir! Und wenn wir das nicht in den Griff bekommen, wenn wir nicht wirklich sagen: „Diese Stäube haben nirgends Platz“, dann werden sie weiter erzeugt, und so werden wir das nie verhindern können.

Daher, lieber Gerhard, du bist eh aus Gnas, und ich weiß, daß die Firma Roth nicht mit dem Wörgler Müll fährt, aber es gibt andere in der Steiermark, und das wollen wir nicht. Daher glauben wir, daß es im Umweltbudget ganz wichtig wäre – und vor allem im Umweltlandesfonds, wo ja noch ein bißchen Geld drauf sein soll, ist natürlich nichts dazugekommen. Bitte, ein Fonds ist ja da, daß immer was darauf ist, und was soll man mit lächerlichen 30 Millionen Schilling machen, wo die Sanierung einer Abfalldeponie in der Steiermark – Gerhard, hör mir zu! – 70 Millionen Schilling kostet, und südlich von Graz warten noch 40 bis 50 Deponien auf eine Sanierung. Also gehören für mich jedes Jahr 100 Millionen Schilling auf den Umweltlandesfonds. (Abg. Gennaro: „Die Damen war-

ten auf das Mittagessen!“) Ja, ich weiß, daß du ans Essen denkst. Schau dich an! Du mußt ans geistige Essen denken, und vor allem denk an deine Leute in den stahlverarbeitenden Betrieben!

Also, es ist nicht einzusehen, daß da jetzt voriges Jahr nur 5000 Schilling auf den Umweltlandesfonds gekommen sind, und heuer sind es wieder 5000 Schilling. Das ist ein Skandal, und da muß ich sagen: Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, wenn Sie sich halt gegen Ihre Leute nicht durchsetzen können, dann sind Sie für uns auch nicht der richtige Landesrat in diesem Falle. Wir wissen, daß auf diesen Umweltlandesfonds Aufgaben zur Sanierung der Altlasten warten. Das, was sich südlich von Graz abspielt, daß tagtäglich Grundwasser verseucht wird, tagtäglich unsere Trinkwasserreserven gefährdet werden, muß aufhören! Und ich kann Ihnen heute schon sagen, daß die Sanierung dieser 40 Deponien da unten ungefähr 70 Millionen Schilling mal 40 kostet. So müssen Sie rechnen, und wenn wir nicht anfangen, dann werden wir halt mit den Wasserreserven bald am Ende sein, und dann wird auch Ihre Industrie, Herr Gennaro, Ihre Chips-Industrie kein Wasser mehr für die Produktion haben. Sie haben doch gewußt, daß dieses OKI das Wasser von der Koralm wollte, weil das Wasser im Grazer Feld bereits so verunreinigt ist. Das kann man ja heute nicht einmal mehr in der Produktion einsetzen, und da sagen Sie, Sie wollen essen gehen. Lassen Sie sich einmal auch ein bißchen von der Wissenschaft sättigen.

Das ist eine klare Geschichte: Dieser Umweltschutzfonds, von dem Minister Dipl.-Ing. Riegler 1985 groß im Umweltlandesbericht geschrieben hat: „Das ist ein wertvolles Instrument steirischer Umweltpolitik“, auf Hochglanzpapier mit Bildern natürlich dazu, hat sich als Rohrkrepiierer entwickelt. Das war wirklich nur ein Bluff für die Landtagswahl, und dieser Bluff dieser fast ÖVP-Umweltpolitik – würde ich sagen – in der Steiermark wäre ja fast aufgegangen. Der da, mit seinem blauen Jankerl, der hat 36 Stimmen zuviel gehabt, und wir haben 28 zuviel gehabt, aber diese Politik wäre bald aufgegangen.

Und das, was die Frau Kollegin Kammlander gesagt hat vom „grünen Manifest“, daß man dann auf dem Harter Teich in einem Boot sitzt und sich fotografieren läßt und dann zwei volle Jahre nur 10.000 Schilling für den Umweltlandesfonds hat, das ist ein steirischer Skandal, das ist ein Umweltschutzskandal, und da tun wir nicht mehr mit!

Es ist also ganz klar, daß dieser steirische Umweltfonds überhaupt nicht intensiv arbeitet, daß von dem Fonds noch 20 Millionen Schilling jährlich für den Landschaftspflegefonds – bitte, sehr rühmlich – verwendet werden. Was bleibt dann für den technischen Umweltschutz, für die Sanierung von Altlasten übrig? In den letzten fünf Jahren war nur eine geringfügige Bewegung erkennbar beziehungsweise wir kennen das wieder nur aus sogenannten Insidergesprächen, weil wir über diese Bewegung des Umweltlandesfonds vielleicht in 40 Jahren über eine Historikerkommission Aufschluß bekommen werden. Zählt man die Teilbeträge zusammen, so wurde dieses verkaufte wirksame Instrument steirischer Umweltpolitik mit jährlich 5000 Schilling dotiert.

Wenn man die Unverfrorenheit besitzt, seitens dieser Landesregierung ein solches Umweltbudget vorzu-

legen und dann noch mit dem Umweltfonds in der Öffentlichkeit zu prahlen, und eben nachweislich südlich von Graz allein 50 verseuchte Sonderabfalldeponien das Grundwasser bedrohen, ist es eben an der Zeit, eine klare Sprache zu sprechen.

Herr Landeshauptmann, kürzen Sie Ihren Repräsentationsaufwand von 13 Millionen Schilling, und verringern Sie Ihren Personalaufwand von einigen Dutzend Sekretären. Schauen Sie, daß diese Posten bei den Fachstellen, Rechtsabteilungen, die mit Umweltschutz zu tun haben, direkt für Sie dort arbeiten können. Ich bin ja heute schon soweit, daß die politischen Sekretäre dort eine direkte Politik machen sollen, aber bitte eine fachbezogene Politik – da habe ich nichts dagegen. Das System, das sich hier eingebürgert hat, werden wir ja kurz oder lang sowieso nicht so schnell ändern. Für uns Grüne ist es eine vornehme Aufgabe, von dieser kurzzeitigen Tagespolitik, für die ja die Sekretäre verwendet werden, mit Augenzwinkern sofort parat sind, abzulenken und auf die langfristigen Überlebensprobleme hinzuweisen. Deshalb nehmen wir es uns als sanfte Techniker zum Schutz der ökologischen Kreisläufe auch heraus, bei konstruktiven Lösungen mitzuwirken. Es ist unglaublich, aber wahr, daß die Steiermark erst seit kurzem einen Verkehrsplaner hat. Das war immer der Straßenkoordinator. Ich habe Wahlausbildung „Verkehrsplanung“ auf der Technischen Universität Graz, ich weiß, daß eine Verkehrsplanung nur effizient sein kann, wenn man den öffentlichen Verkehr mit dem Individualverkehr koordiniert. Dazu gehört einfach, daß man die Bahn wesentlich unterstützt, und zwar von der Planung her unterstützt und einfach einmal feststellt, daß die Straße der Zukunft des Pyhrnbaus die Schiene ist. Es kann dieses Transitproblem, ob es in Tirol ist oder ob es bei uns entsteht, nur über die Bahn geregelt werden. Wir wollen inneralpin nicht mit Waldsterben, mit einem Lärm- und Transitchaos untergehen. Da muß ich jedem recht geben, der an der Strecke lebt. Nur, natürlich zu sagen: „Jetzt verhindern wir auch diesen Mindestausbau“ entsprechend einem Packausbau – wissen Sie, so radikal bin ich auch wieder nicht. Aber es gehört durch Tonnagebeschränkungen, durch Nachtfahrverbot und durch Luftreinhalteverordnungen bewirkt, daß die auf die Bahn gehen, und sie gehen ja gern auf die Bahn. Was glauben Sie, wie gerne die Lkw-Fahrer auf die Bahn gehen, um sich einmal ausruhen zu können. Sie sind alle übermüdet und überlastet. Die können in Regensburg hinaufgehen, und nicht in Graz-Ostbahnhof oder mitten in der Stadt, sondern die sollen über Spielfeld hinüberfahren, möglichst in den Balkan. Das gehört koordiniert. Das wäre die vornehme Aufgabe einer Landeshauptmännerkonferenz in Österreich. Kurz, die Pyhrnstraße der Zukunft ist und bleibt die Schiene. Solange das Ennstal als Abkürzung nach Salzburg ausgebaut werden soll, als Kürzerl – beim Bergsteigen sind wir auch immer die Kürzerln gegangen, die anderen sind am Weg gegangen, wir sind die Kürzerln hinuntergegangen –, werden Naturschutzgesetze wider besseres Wissen gebeugt. Es wird über Naturschutzgebiete hinweggefahren mit Beton und Fehlplanungen. Solange dieses Ennstal seitens der steirischen Umweltpolitik und seitens des Naturschutzbeirates unterstützt wird, eines politischen Beirates, weil es politisch das erste Mal abgestimmt worden ist, solange sind

Umweltpolitik und Naturschutz in der Steiermark eine Farce. Das ist eine politische Abstimmung, wo man über Fachleute, wie Prof. Wolking, ein Ökologe, darübergefahren ist. (Abg. Kröll: „Über die Pyhrn haben wir nicht abgestimmt!“) Ich habe vollste Hochachtung vor dir, du hast irrsinnig viel erreicht, aber im Ennstal liegst du falsch. Du bist der erste, der jammern wird, wenn deine Fremdenverkehrsregion Schladming von der Transitwelle überrollt wird und alle die Abkürzl dort hinauf machen. Man fährt halt leichter nach Schladming hinauf. Daher sind wir grundsätzlich gegen einen Ausbau der Ennstalstraße. Die Straße ist dafür geeignet, den Verkehr hineinzubringen wie in einen Blinddarm und die Abgasbelastungen, vor allem der Erholungswert unserer Landschaft wird dort auf das sträflichste geprügelt.

Ich muß jetzt als Bautechniker im Landtag auch etwas sagen. Ich habe die Ausbildung im Grundbau, im Wasserbau und in der Verkehrsplanung. Ich möchte hier als Fachmann etwas sagen, obwohl mir der Herr Landeshauptmann das letzte Mal gesagt hat, er hat auch Fachleute. Eine Straße wider besseres Wissen auf Wasser zu bauen, das hat noch niemand geschafft, und das wird auch der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer nicht schaffen. Er kann vielleicht eine Politik mit Wasser machen, mit Wasser kochen, aber ein technisches Bauwerk, eine Straße mit aller Belastung, eine dynamische Belastung, nicht eine statische, wird nicht halten. Es ist schade um die Millionen. Da wird Beton in das Moorgebiet hineinbetoniert für nichts und wieder nichts. Jeder, der schon einmal den Selzthaler Knoten gefahren ist, wo eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 40 Kilometer pro Stunde besteht, und sich überlegt hat, warum das so ist, dann muß man sagen, das ist eben die Dynamik der Straßenbelastung. Das ist eben die Selzthaler Waschrumpel, weil dort die Setzungen Jahrhunderte sind. Ein Moor ist 98 Prozent Wasser, und wer will denn auf Wasser bauen? Wenn man einen Damm aufzieht, damit die Straße nicht im Hochwasserbereich ist, dann sinken sie erst recht ein. Das ist das Ergebnis. Diese Straße wird uns steirischen und österreichischen Technikern von Standesansetzen noch auf den Schädl fallen, weil man sagt, in Österreich haben sie solche Trottel, die bauen über ein Moor Straßen, wo die alten Römer schon gewußt haben, wir müssen am Rand entlang gehen, dort, wo der Boden standfest ist. Daher wehre ich mich als Techniker hier im Landtag, daß solche Sachen überhaupt weiterverfolgt werden beziehungsweise im Naturschutzbeirat darübergefahren wird, und dann schreiben irgendwelche Tageszeitungen „Grüne Trasse wurde genehmigt“. Bitte, ist das nicht der nackte Wahnsinn? Wenn du jetzt sagst, Richard, dann machen wir auf der Enns einen Schiffsverkehr, ja. Da fahre ich mit dir lieber mit einem Kahn von Trautenfels bis Liezen hinunter, als daß ich auf dieser neuen Straße fahre. Diese Straße ist fachtechnisch ein Wahnsinn, Vergeudung von Steuergeldern und von der Verkehrsplanung her sowieso ein Unsinn. Es gibt nur eines, da widerspreche ich den radikalen Alternativen: einen packähnlichen Ausbau der Pyhrn bis ins Alpenvorland. Die Ennstalstraße darf einfach nicht aufgemacht werden für den Transitverkehr und einen forcierten Ausbau der Schiene, daß man zweispurig den Schoberpaß ausbaut. Es ist eine Schande bei den heutigen bautechnischen Möglichkeiten, daß es im Jahre 1989 nicht

möglich ist, zweispurig diese Schiene auszubauen. Da gehören auch Landesmittel hinein. Wenn der Bund nicht in der Lage ist, die große Koalition, Verkehrsplanung zu machen, dann müssen wir auch zuschießen. Wir sind ja auch bei der Pyhrnautobahn-AG. dabei, bei diesen Sondergesellschaften. Also, ein großer Schaden für das Ennstal, aber auch ein Schaden für jeden, der sich mit ruhigem und gutem Gewissen als Techniker hat ausbilden lassen.

Was die Verkehrsplanung in der Steiermark betrifft: Wir glauben, daß gewisse Dinge gemacht werden müssen. Man kann nicht jetzt die Menschen sozusagen dort einem Blinddarm aussetzen, weil, wenn in einer Straße eine Engstelle ist, dann fahren die dort, und es wird sich wieder ein Stau ergeben. Kurz und gut, daß man bei der Pyhrn bewirkt, daß dort nicht ein Verkehrschaos entsteht, Staus, die mit einer Geschwindigkeit von 20, 30 Stundenkilometer die Gegend verpesten und die Unfallhäufigkeit sehr groß ist. Du kommst gleich dran, also ihmzuliebe bin ich bald fertig. Ich bin überzeugt von dem, was ich sage. Wenn die Worte vielleicht die steirische Breite zu direkt treffen oder den schmalen Grat der steirischen Breite aufzeigen, dann sei mir nicht böse. Man kann nicht nur vor Wahlen mit großen Posterplakaten die Leute an der Nase herumführen.

Es muß in den fünf Jahren eine wesentliche Arbeit geleistet werden, und das verlange ich hier vom Herrn Umweltlandesrat, daß er einmal mit seinen Straßenbauern und mit dem Herrn Landeshauptmann über diesen ganzen Wahnsinn spricht. Es ist und bleibt für mich der Straßenbauwahnsinn in Mitteleuropa. Ich ersuche Sie daher im Sinne unserer Nachkommen und vor allem unserer heutigen Nichtwähler, weil sie noch nicht zur Wahl gehen können: Gehen Sie mit offenen Augen und mit offenem Sinn durch die steirischen Lande, Wälder und Fluren, und machen Sie sich einmal ein wahres Bild von unserem steirischen Wald. Nehmen Sie für diese sogenannte – ich kann nicht sagen Sightseeingtour – Horrortour einen Fachmann mit, nehmen Sie einen Mann mit, der vielleicht mit Ihnen im gleichen Boot sitzt – den Wolkinger, der sich ja gern fotografieren läßt –, laden Sie alle Politiker einmal ein, und machen Sie einen Waldsterbenslehrpfad in der Steiermark. Der ganze Landtag sollte sich einmal von diesen Fachleuten informieren lassen und mit offenen Augen sehen, wohin wir gehen. Das Waldsterben nimmt rasant zu, es nimmt katastrophal zu. Du weißt eh, wie schnell das bei einem Fuß geht; in einem Waldsystem geht es genauso schnell. Auch hier explodiert der Schaden über Nacht, und wir können nicht zusehen, wie das, was unsere steirische Landschaft prägt, der steirische Wald bis zur steirischen Eiche – ich sage nicht „lärchener Stipfel“ – und bis zu den Hochwäldern – Fichten, Tannen –, zugrunde geht. Sie wissen, daß die Tanne in der Steiermark sozusagen schön langsam aber sicher keine lebenswerten Bedingungen mehr vorfindet. Sie wissen auch, daß es die Nadelhölzer sehr lange aushalten, bis sie einmal nur mehr zwei einjährige Nadeln am Baum haben, und wir glauben, er ist noch grün. Umso schneller geht es mit jenen Mischwäldern, Laubwäldern, bei denen sozusagen der Laubabfall – bitte, hör mir genau zu – den Boden wieder vergiftet, was wieder auf den Boden kommt, und der Baum sich selbst zu vergiften anfängt.

Laubwälder, Laubbäume sterben innerhalb von ein, zwei Wachstumsperioden. Eine Wachstumsperiode ist ein Jahr, und es ist ungeheuerlich zuzusehen, wie hier dieses Waldsterben fortschreitet, wie hier der Einfluß der Oxidantien durch die Stickoxide – das ist ja viel gefährlicher als der Schwefel – greift, und zwar durch die Sonneneinstrahlung, wie genau in diesen Inversionswetterlagen diese Bäume auf einmal licht werden, sogenannte „Storchenwipfel“ zu sehen sind und die Nadeln abfallen. Wir wollen nicht, daß der steirische Wald weiterhin verkrebt.

Und wenn man dieses Budget anschaut, dieses sogenannte „Umweltsparbudget“, dann wird es einem eigentlich sehr, sehr ungut. Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat vor zwei Jahren, wie er noch neben dem Herrn Abgeordneten Buchberger gesessen ist, gesagt: „Eine katastrophale, enorme Zunahme.“ Reden Sie einmal mit Kalhs, reden Sie mit Purer, das sind Fachleute, und die werden Ihnen das bestätigen. Es ist einfach nicht nur der optische Wert unserer Landschaft geschädigt, sondern, bitte, was kommt denn alles mit dem? Es kommt zu einer Abschwemmung des Humus. Schauen Sie sich einmal die Bilder vom Erzgebirge an! Ich muß das wiederholen! Der Gennaro ist wieder gegangen. Ich muß das noch einmal wiederholen, auch wenn Sie sagen: „Das ist eine Leier.“ Ich werde das immer wieder wiederholen, weil die Schäden ja auch rapid zunehmen, es gibt ja keinen Stillstand. Es ist eigentlich ungeheuerlich zuzusehen, daß gerade wir, die solche technische Möglichkeiten hätten und haben und die Japaner uns das vorpraktizieren, zuschauen müssen und erleben müssen, wenn die Kinder einmal sagen: „Vater, was hast denn du damals in der Zeit gemacht?“ Ich kann sagen: „Wir haben's probiert.“ Aber das hilft ja nichts, wir müssen's alle probieren, und wir können das nur durch einen enormen finanziellen Aufwand. Daher ist ein Umweltsparbudget ein Wahnsinn; auf dem Umweltschutzsektor, indirekt natürlich auch auf dem Wirtschaftssektor gehört angekurbelt. Da gehört so gekurbelt, daß einmal alles nur so raucht! Aber nicht Schwefel und Stickoxid, sondern daß es einmal umweltfreundliche Technologien raucht. (Abg. Harmtodt: „Komme endlich zum Schluß!“) Der Kollege Harmtodt sagt, ich soll aufhören. (Abg. Harmtodt: „Dann bekommst du einen Römischen!“) Ich bekomme einen römischen Eisner. (Abg. Kanduth: „Du bekommst den Krampus!“) Du, ich habe einmal auf Grund meiner politischen Tätigkeit ein Nichtentsprechend bekommen, und daher kannst du mich (Präsident Zdarsky: „Bitte, sprechen Sie ins Mikrofon!“) mit Noten, Zuckerln oder Krampus und Nikolo sicher nicht davon abbringen, hier im Landtag noch einmal zu sagen: (Abg. Harmtodt: „Reden heißt nicht arbeiten!“) Es stirbt der steirische Wald! Ich bin kein Schwarzmalter, ich bin einer der wenigen Techniker, die noch immer Hoffnungen haben. Ich bin einer der wenigen Grünen, die immer sagen: „Wir müssen es schaffen!“ Stecken wir den Kopf nicht in den Sand! Es geht, aber es geht nur gemeinsam. Wir sind keine Verantwortungsträger, wir haben das Budget nicht hinter verschlossenen Türen gemacht, und ich weiß ja nicht einmal über die Geldtransaktionen und die Beschlüsse der Landesregierung Bescheid. Aber es gehört da angekurbelt, denn stirbt der steirische Wald, stirbt die steirische Eiche, dann geht auch der lärchene Stipfel zugrunde,

bitte! Die Lärche! Es hilft nichts, und wir müssen diesen Wald, auch den lärchenen Stipfel, erhalten. Ich appelliere daher an den Herrn Landeshauptmann, sich mit uns wirklich einmal gewissenhaft zusammzusetzen und dieses Problem „Waldsterben“ von der Strategie her und von den politischen Möglichkeiten her zu durchleuchten. Denn – jetzt komme ich wieder dazu, du schaust mich so groß an, aber ich höre nicht auf, weil ich noch etwas zu sagen haben – (Abg. Kollmann: „Gegen deinen inneren Zwang kann man nichts machen!“ – Präsident Zdarsky: „Ich bitte, ins Mikrofon zu sprechen!“ – Abg. Kanduth: „Du bist unkameradschaftlich!“) stirbt der steirische Wald – jetzt werde ich schon mit „unkameradschaftlich“ betitelt. Ja, bitte schön, Parlamentarismus hat mit Kollegialität nichts zu tun – wird der Humus abgeschwemmt, wird die Ökologie zerstört. Wir kommen in unseren alpinen Gegenden dann dorthin, wo wir heute bereits in Vorarlberg sind: Aussiedlung von ganzen Betrieben, bäuerlichen Landwirtschaften, und zwar im Kleinwalsertal. Jeder weiß das, jeder hat schon Bilder gesehen, wie die Verkarstung voranschreitet. Und der Karst ist ja, bitte schön, schon da unten in Dalmatien; das haben die Venezianer ja schon zusammengebracht, und zwar nur durchs Abholzen, durchs unkultivierte Abholzen, durch Raubbau. Und wir machen einen Raubbau über Luftgifte, wir machen einen Raubbau großteils auch über Monokulturen. Aber die spielen da nicht diese Rolle. Die Monokulturen sterben sicher schneller als der Mischwald, aber sie sterben genauso.

Wird dieser Humus abgeschwemmt, wird der Wasserkreislauf gestört. Wir wissen alle, daß wir heute trotz Hochwasserschutzmaßnahmen, trotz Milliarden Schilling die Hochwässer nicht eindämmen können und die Anzahl der Hochwässer noch größer geworden ist, und zwar bis zur Verdoppelung bei gleichem Niederschlag. Wir wissen, was das bedeutet, wenn die Hochwässer schlagartig wie Fluten, wie Katastrophen daherkommen. Das ist kein sanfter Anstieg des Hochwassers mehr und kein sanftes Abgleiten, sondern das geht hinauf, das ist wie eine Flut, die Kulturen vernichtet, die Gehöfte vernichtet, und die ganzen Schutzmaßnahmen erweisen sich dann als zu gering. Und wir kommen nach Jahren drauf: nur, bitte, durch diese Versiegelung der Landschaft. Das sind ja kleine, ganz kleine Einflüsse im Verhältnis zur Verkarstung: durch den Straßenbau, durch den Wegebau, durch die Kanalisation bis – den letzten beißen die Hunde – zu den Flußregulierungen, daß wir die Hochwässer schon verdoppelt haben.

Überlegen Sie sich bitte einmal, was passiert, wenn die Landschaft nicht mehr den halben Niederschlag in der Humusschicht aufnimmt, wenn die Landschaft nicht mehr den natürlichen Speicher, sprich die Retention des Bodens, hat, wenn dieser Humus abgeschwemmt wird. Wissen Sie, was dann ist? Dann ist alles, was auf dem Gebiet der Hochwasserschutzmaßnahmen geschehen ist, für die Katze. Dann kommen die Hochwässer, zerstören alles; es wird aber auch der Wasserkreislauf gestört. Je höher die Hochwässer sind, bitte, desto kleiner werden die Niedrigwässer, weil das Land ja ein Schwamm ist, den wir sorgsam behüten müssen. Wenn der versiegelt wird, werden die Hochwässer exponentiell größer, katastrophenartig, aber auch die Flüsse trocknen dann – schauen Sie sich die

Flüsse im Kanaltal und im Karstgebiet an – ein. Herr Landeshauptmann, hören Sie mir, bitte, zu. Es ist gerade das wichtig, weil Sie auf dem Gebiet des Hochwasserschutzes sehr, sehr viel für die Steiermark getan haben. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich höre Ihnen zu!“) Ich bestätige, daß Sie für die Bevölkerung und die Landwirtschaft das Beste tun wollten, nur stehen wir heute da, daß Fachleute Ihnen bestätigen, (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Lieber Freund!“) daß diese Maßnahmen umsonst waren. Es wäre viel gescheiter gewesen – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Du, Korber, hör zu!“) Herr Landeshauptmann, wenn Sie mich anreden: „Du, Korber, hör zu“, dann hör ich gern zu. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Die Leute sind ja alle der Meinung, es ist gescheiter, kürzer zu sein, weniger sei mehr!“) Gut, die Leute sind alle der Meinung, kürzer und weniger. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Es ist eine Sache unserer Liberalität zu sagen, jeder kann hier reden, solange er will, aber ich glaube, es tut der Sache gut, wenn man sich an gewisse Regeln hält!“)

Es tut der Sache, Herr Landeshauptmann, gut, wenn man gewisse Dinge, die unweigerlich falsch waren, wo ich Ihnen bestätige, daß Sie das sicher nicht mit Absicht gemacht haben, aber wir am falschen Weg sind. Das soll hier im Landtag einmal klar gesagt werden. Herr Landeshauptmann, Sie haben bei der Wasserversorgung den Gemeinden die Subvention um 200 Prozent gestrichen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das steht auf einem anderen Blatt! Ich gehe davon aus, daß das schon längst alles gesagt wurde!“) Sie haben, Herr Landeshauptmann, im heurigen Budget wieder bei der Wasserversorgung drastisch gekürzt. Herr Landeshauptmann, Sie bringen mit Ihrer Wasserpolitik die Gemeinden in Steuerschulden. Mich wundert nicht, wenn Sie gerade die Post für Zinszuschüsse streichen, weil der Doppelhofer und die ganzen „hypermodernen“ Leute und die Raika-Leute genau wissen, wo sie sich ihr Geld wieder holen. Sie holen es sich über die Zwischenfinanzierung, wo sie die Gemeinden genau dort, wo sie es am notwendigsten haben, bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserentsorgung, aussaugen. Ich kenne das selbst von unserer Gemeinde. Solange Sie uns nicht sagen, daß wir die Förderungszusage, damals noch vom Landeshauptmann Dr. Niederl, die 30 Prozent, wo ich als Gemeinderat mitgestimmt habe, auch bekommen, solange werde ich die parlamentarische Freiheit in Anspruch nehmen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Lieber Freund, darum geht es gar nicht! Es geht um etwas ganz anderes, es geht darum, daß andere Themen behandelt werden!“) Selbstverständlich! Bei einer Stunde werdet ihr schon nervös. Ich rede nur eine Stunde und bleibe dafür länger. Das verspreche ich euch. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das war nur ein gutgemeinter Versuch!“) Herr Landeshauptmann, ich akzeptiere den gutgemeinten Versuch. Ich möchte die Sachen, die Sie persönlich betreffen, anschnitten, und dann bin ich bald fertig.

Konkret: Beim Budget wurden die Förderungsmittel für Wasserversorgung drastisch verkürzt, obwohl wir alle wissen, daß die Wasserversorgung eines der ureigensten Probleme der Steiermark geworden ist, weil Ihr ehemaliger Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs auch seit eineinhalb Jahren oder noch länger mit Trichlor-

äthan Grundwasser verseucht hat, er bekennt sich Gott sei Dank heute dazu. Wir sind überzeugt, daß wir mit Ihrer Hilfe nach dem Verursacherprinzip das Geld für die Leute bekommen. Danke, wenn Sie mir da zustimmen. Wir wissen aber, daß die Kürzung der Ländessubvention bei Abwasser- und Trinkwasserversorgung von 200 Prozent die Kanalbenützungsgebühr und die Anschlußkosten derartig in die Höhe getrieben hat. Die Anschlußgebühren sind heute gigantisch, daß keiner mehr richtig mitmachen will. Jetzt haben wir endlich erreicht, daß durch Information die Leute motiviert werden, bei diesen Sachen freiwillig mitzutun, und jetzt kommt auf einmal schon die Watschen. Ich sage Ihnen, Herr Landeshauptmann, ich habe in unserem Gemeinderat damals mitgestimmt, weil wir ein Wasserschongebiet sind. Wir sind zwar von den Beamten von dezentralen Projekten auf Zentralprojekte genötigt worden. Ich habe aber mitgestimmt unter der Prämisse, daß wir die Förderungsmittel des Landes, Subventionen, 29 Prozent, bekommen. Sie haben, beziehungsweise die Regierung, wie es jetzt aussieht – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bin nicht zuständig, ich bin nur der Vorsitzende!“) Aber Abwasser hat immer in Ihr politisches Ressort gehört. Sie haben es jetzt zwar an Landesrat Dipl.-Ing. Schaller abgegeben. Aber in der Zeit, wo ich im Gemeinderat abgestimmt habe und jetzt erkennen muß, daß das ein Flopp ist, ich will Ihnen jetzt nicht öffentlich eine Täuschung unterschieben, (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das meinen Sie!“) ich will nicht sagen, daß ich mich getäuscht habe, ich will nur sagen, daß Sie mich zu einer fahrlässigen Krida verleitet haben. (Abg. Erhart: „Das ist ein sehr schlimmer Vorwurf!“) Das will ich sagen. Weil ich unter anderen Voraussetzungen mitgestimmt habe. Das ist ein wesentlicher Vorwurf. Was die ganze Umweltpolitik betrifft, auf dem Müllsektor, dem Abfallentsorgungssektor, fehlen uns konkrete Planungen. Sie wissen, daß hier sehr viel finanzieller Aufwand notwendig ist, und wir wollen, daß beim Wasserwirtschaftsfonds, nachdem Abwasserentsorgung bis zur Restdeponie ja die grundsätzliche Gefahr für das Wasser ist, auch so vorgegangen wird. Also Projekte von Ziviltechnikern, die mit dem Land, mit den regionalen Entsorgungsverbänden koordiniert werden und die natürlich dann sowohl in der Planung als auch im Bau bis zur Überwachung und Kontrolle mit Landes- und Bundesmitteln subventioniert werden. Das wollen wir. Wenn wir dieses Sparbudget anschauen, dann könnte ich Ihnen vielleicht ein Projekt machen, aber auch nur unter Eigenkosten. So schauen wir in der Steiermark aus. Ich möchte Ihre Geduld nicht allzusehr strapazieren. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Mir ist alles recht!“) Herr Landeshauptmann, ich muß ja mehr reden (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist dein gutes Recht, Korber!“), denn die Wenigen, die da sind, müssen mehr intus bekommen. Sie müssen es so ausführlich bekommen, daß sie es den anderen, die durch Abwesenheit glänzen, mitteilen können. Ich bin zwar kein Pauker, ich war zwar fünf Jahre auf der Hochschule Assistent. Man lernt durch das Wiederholen. Wir sind heute bei der dritten Budgetwiederholung. Es ist im Grunde genommen, wenn Sie es genau nehmen, immer wieder der gleiche Hut. Trotzdem sind diese Probleme brisanter denn je, was die Fremdenverkehrswirtschaft, die ganzen Einnahmen im Land Steiermark betrifft. Ohne Fremdenverkehrswirt-

schaft, ohne Erholungswert unserer Landschaft werden wir wie Innerdalmatien wirtschaftlich verkarsten.

Zum Kollegen Gennaro. Es gibt noch immer einen Bescheid des Landeshauptmannes der Steiermark: Abwassereinleitung in den Schwarzlteich. Das ist genau dort beim FKK-Teich – ich bin kein FKKler – nomen est omen, wo der Teich nicht gefriert, wo er nackt bleibt, dort werden unterirdisch Abwässer der AMI eingeleitet. Es sind zwar „nur“ die Spülwässer aus der Filterspülphase, aber wenn man weiß, wenn chlorierte Kohlenwasserstoffe im Grundwasser sind, daß sie nicht mehr herauszuholen sind, sondern am Boden entlang dahinkriechen. Nur sanierbar durch Auspumpen des Grundwassers, durch Aktivkohlefilter, wie bei einer Putzerei, können Sie das Grundwasser putzen. Stellen Sie bitte das unten ab. Ich will nicht noch einmal tauchen gehen, ich habe es zwar vor. Herr Landeshauptmann, ich bin der einzige Steirer, da hinten steht noch einer, aber ich weiß nicht, ob er schon einmal unten war, dem der Herr Schwarzl, Ihr Parteikollege, ein ÖVP-Bürgermeister, wo unten Wahlveranstaltungen in Ihrem Namen gemacht werden, ein Verbot gegeben hat und noch immer das Wasser einleitet. Ich weiß nicht, was er dafür von AMI bekommt, aber das ist vorsätzliche Umwelt- und Grundwasserverschmutzung. Ich bin gerne bereit, mich vom Herrn Schwarzl klagen zu lassen. Fahren wir einmal mit Ihrem Dienstwagen hinunter, weil es zum Schwarzlteich keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt, da fahren an die 50.000 Privat-Pkws hinunter im Sommer, ich zeige es Ihnen, ich kann Ihnen beweisen, daß bis zu 15 Liter pro Sekunde sogenannte Abwässer aus der Filterspülphase – wo jeder Techniker weiß, daß da chlorierte Kohlenwasserstoffe drinnen sind – eingeleitet werden. Dann reden wir weiter. Dann bin ich gerne bereit, wenn Sie da schnell und konsequent handeln und sagen, wir machen eine Reinigungsanlage und, und, daß wir das unter Umständen bei der nächsten Budgetdebatte nicht mehr erwähnen müssen. Keiner in Graz, weder die Politiker, noch die Ökologen, traut sich, dieses Thema Schwarzlteich anzupacken, wo bis zu 50.000 Leute im Grazer Grundwasser baden, ohne daß die mindesten Reinigungssachen vorgesehen sind, daß man wenigstens das Wasser in dieser Zeit abpumpt und Reinigungsanlagen zuführt, daß man es entfettet. Was glauben Sie, was da an Fett, was sich die Grazer und Grazerinnen hinaufschmieren an Sonnenschutzmitteln, in das Grundwasser gelangt! Ich mache Ihnen gerne, Herr Landeshauptmann, ein Projekt, einen Diskussionsvorschlag, wie man wenigstens das Notwendigste dort unten veranlassen muß. Ich kenne einen Bescheid, der heißt „Freizeitteich Schwarzlzentrum“, wo drinnen steht, über die Wasserqualität und über das Baden kann nicht verhandelt werden. Das zeigt eindeutig, daß der zuständige Sachverständige hier mit der Drei-Affen-Methode: „Nichts hören, nichts reden, nichts sehen!“ praktisch bewirkt, daß das weitgemacht wird. Ich gestehe Ihnen zu, daß Sie als Landeshauptmann durch die Tagespolitik, es sind sehr viele Besuche, es sind sehr viele Urkunden auszuteilen, keine Zeit haben. Ich gestehe es Ihnen zu. Aber ich habe das ja schon einmal im Landtag gesagt: Fahren wir hinunter, schauen wir uns das an.

Und das Zweite: Bis zu 50.000 Pkw, bitte, parken gegen jede Garagenvorschrift da unten am offe-

nen Grundwasser. Das sickert ein, die Flächen sind nicht einmal befestigt. Jetzt verdient der Schwarzl so viel – pro Pkw kassiert er 30 oder 40 Schilling, rechnen Sie einmal aus, was der in einem Sommer verdient – und ist nicht in der Lage, diese Parkplätze zu befestigen und die Regenwässer über einen Ölabscheider zu entsorgen. Nichts geschieht, und das ist genau das, was mich schön langsam auf die „hinigen steirischen Bam aufibringt“. Das ist genau das, wo ich sage: Ja, redet man hier gegen leere Sitze, die zwar grün sind, aber die meisten sitzen gerade, obwohl es schon wieder halb Drei ist, irgendwo beim Essen und erfreuen sich ihrer kulinarischen Genüsse.

Herr Landeshauptmann, die AMI-Schwarzl-Teich-Geschichte, das ist ein Mann, der in Ihrer ÖVP-Politik Bürgermeister ist. Ich möchte, daß da unten diese Parkplätze, diese Katastrophe, diese vorsätzliche Grundwassersanierung nicht mehr unter die Lupe genommen wird, sondern daß hier entscheidende Dinge geschehen. Sonst werde ich auch in den nächsten Jahren jedesmal, auch wenn wir nicht im Landtag sind, auf diese Probleme hinweisen. Und ich lasse mich einfach nicht, auch wenn der Herr Landeshauptmann jetzt aus Protest diesen Raum verläßt, davon abhalten: Es geht eben nicht so! Wir haben Gott sei Dank mit Hilfe des Landesrates Dipl.-Ing. Schaller wenigstens diese Bauer-Geschichte, wo es auch immer geheißen hat: „Der hat halt gute Kontakte“, in den Griff bekommen und hoffen, daß dieser Unfug unten abgestellt wird.

Ich ersuche daher alle hier Anwesenden – spärlich Anwesenden, es ist nicht einmal die Hälfte, aber es ist mehr als letztesmal fünf; soll die „Kleine Zeitung“ nur schreiben: „Fade Geschichten vor leerem Haus“, die Leute sollen wissen, was eigentlich im Landtag hier gespielt wird – (Abg. Harntodt: „Wenn jeder so lange reden würde, würden wir fünf Wochen hier sitzen!“) im Sinne unserer Nachkommen: Gehen Sie, auch Kollege Harntodt – du versuchst es eh, wenn du kannst –, mit offenen Augen – ich hoffe, daß bei der Staatsanwaltschaft nicht soviel herauskommt, wie manche glauben; du kannst dich ja auf die Beratung der Fachbeamten beziehen, du bist ja nicht fachkundig, du hast ja ein bißchen einen Schlüpfer, wo du hinausschlüpfen kannst, aber dann sollen eben die Fachbeamten Rede und Antwort stehen – und offenem Sinn durch die steirischen Lande, Wälder und Fluren, und machen Sie sich ein Bild vom Sterben unseres steirischen Waldes, von der Zerstörung unserer Landschaft. Wir verlangen wiederum, und zwar zum xten Male, eine höhere Dotierung der Umweltschutzmaßnahmen, da wir nur darin eine Chance sehen, dem zunehmenden Waldkrebs und dessen Folgen, wie Hochwässer, Muren und Lawinen, zu entgegen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du hast gesagt, du hältst dein Wort, und du hörst auf! Das hast du mir versprochen!“) Ja, wo ist denn jetzt dein Krampus und dein Nikolo? Wenn ich aufhöre, krieg ich einen Nikolo, gell? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Kriegst du einen Nikolo?“) Mit diesem Budget – wart, bleib da – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die letzten Sätze!“) können jedoch Sünden der Vergangenheit weder beseitigt noch neue Vergehen an der Schöpfung verhindert werden. Ist das nicht schön? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Danke schön. Applaus!“ – 14.20 Uhr.)

**Präsident Wegart (14.20 Uhr):** Hohes Haus!

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Demokratie zu mißbrauchen. Auch das ist eine.

Ich unterbreche die Sitzung nunmehr auf 30 Minuten und ersuche die Mitglieder des Verfassungs-Ausschusses, sich in den Rittersaal zu begeben. (Unterbrechung der Sitzung von 14.21 Uhr bis 14.57 Uhr.)

Hohes Haus!

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und teile dem Hohen Haus mit, daß der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß den Antrag, Einl.-Zahl 617/1, Beilage Nr. 55, der Abgeordneten Dr. Maitz; Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Trampusch und Kohlhammer, betreffend Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 geändert wird, beraten hat und antragstellend dem Hohen Haus berichten kann.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen politischen Parteien vor, dieses Geschäftsstück als Tagesordnungspunkt 8 auf die Tagesordnung zu setzen.

Gemäß Paragraph 27 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hiezu die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtages erforderlich.

Wenn Sie meinem Vorschlag, dieses Geschäftsstück auf die Tagesordnung zu setzen, zustimmen, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Mein Vorschlag ist somit einstimmig angenommen.

Ich frage nunmehr den Herrn Hauptberichterstatter, ob er den Antrag stellt, in die Spezialdebatte einzugehen.

**Abg. Rainer:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich beantrage, die Spezialdebatte aufzunehmen.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters gehört. Wer dem Antrag zustimmt, möge zum Zeichen der Annahme eine Hand erheben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir gehen nun in die Spezialdebatte ein.

Gruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Adolf Pinegger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Pinegger (14.59 Uhr):** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, wurde bei der Finanz-Ausschuß-Sitzung behandelt und die Ansätze zur Kenntnis genommen. Die Ansätze bewegen sich in folgenden Themen: Erfordernisse, sowohl Einnahmen als auch Ausgaben, für den Landtag, für das Landtagsamt, für den Landesrechnungshof, für die Landesregierung, für Repräsentation, Ehrungen und Auszeichnungen, für das Amt der Landesregierung, für den Personalaufwand ohne Holding, selbständiger Wirtschaftskörper LKH, für Amtsgebäude, für Informationen und Dokumentationen, für Raumordnung und Raumplanung, für die Bezirkshauptmannschaften, für die Agrarbezirksbehörden, für die Grundverkehrskommission, für Auf-

sichtstätigkeit, Prüfungstätigkeit und für Pensionen ohne Landeslehrer, für Personalbetreuung, Personal-ausbildung und -fortbildung, für Erholungsaktionen, Gemeinschaftspflege, Kranken- und Sterbefürsorge und für Beihilfen an Landesbedienstete.

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich, diese Ansätze, die auf der Einnahmenseite 1.400,727.000 Schilling ausweisen und Ausgaben von 3.853,351.000 Schilling, zu genehmigen. (15.01 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kollmann.

**Abg. Kollmann** (15.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zur Gruppe 0 unseres Budgets für das nächste Jahr gehören auch die Kontrolle im allgemeinen beziehungsweise der Landesrechnungshof im besonderen. Ich werde mir aber auch erlauben – und veranlaßt wurde ich eigentlich durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Dipl.-Ing. Dr. Korber –, ein paar Worte aus persönlicher Sicht zum Beruf des Abgeordneten zu sagen:

Meine Damen und Herren, die Bedeutung und der Wirkungsgrad des Landesrechnungshofes sind auch im sechsten Jahr seines Bestandes anzuerkennen. Und das nicht deshalb, weil er eine direkt dem Landtag verantwortliche Institution ist, vielmehr weil er, hervorgegangen aus der dem Landeshauptmann unterstellten Kontrollabteilung und bewußt auf Initiative der Mehrheitspartei und eben dieses Landeshauptmannes aus deren Einflußsphäre herausgelöst, uns relativ wenig kostet und viel bringt. Dieser Landesrechnungshof kostet uns im Jahr etwa 15 Millionen Schilling. Das sind, wenn man nachrechnet, sechs Zehntausendstel der Ausgaben des ordentlichen Budgets, und er wird uns, wie alle Jahre, sicherlich auch ein Vielfaches dessen, was er kostet, durch sinnvolle Kontrolle im weitesten Sinne einspielen. Ich darf aus der Erfahrung heraus annehmen, daß in diesem Haus niemand sitzt, der den 1983 gewagten Schritt in eine unabhängigere Kontrolle bereut, in eine Kontrolle, die zukunftsweisend auch für andere Bundesländer war und nach wie vor ist und nach eifersüchtigen Seitenblicken des Bundesrechnungshofes auch dessen volle Anerkennung genießt. Der Weg, der vom früheren Landesrechnungshofdirektor Hofrat Dr. Ortner so engagiert beschritten und von allen Mitarbeitern des Rechnungshofes und auch vom Hohen Haus getragen wurde und getragen wird, hat auch im ersten Tätigkeitsjahr von Hofrat Dr. Lieb und Hofrat Dr. Leikauf als Stellvertreter keine Krümmung erfahren. Auch wenn dieser Weg hin und wieder, das werde alle, die dem Kontroll-Ausschuß des Landes angehören, bestätigen, ziemlich holprig ist, nicht nur für Prüfer, auch für die Geprüften und auch für die Abgeordneten im Ausschuß. Es ist also zu begrüßen, wenn auch, wie mir Hofrat Dr. Lieb versichert hat, größter Wert darauf gelegt wird, ein möglichst gutes Verhältnis zwischen den Prüfern und den Geprüften herzustellen, damit ein Auftrag, der mir sehr wichtig erscheint, auch wirklich erfüllt werden kann: der Auftrag des wichtigen Paragraphen 9 Absatz 3 des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes, nämlich, daß dieser Landesrechnungshof auch konstruktive Verbesserungs- und Einsparungsvorschläge zu erstat-

ten hat und daß diesen Vorschlägen auch zum Durchbruch verholfen wird. Aus dem gleichen Grund finde ich es auch sehr löblich und bemerkenswert, daß in den uns zugehenden Kontrollberichten Positiva ausdrücklich vermerkt sind. Das Gute an unserer Landesverwaltung, das darf man auch offen sagen, kommt ohnehin immer wieder zu kurz. Ob die Qualität und die Effizienz der Sitzungen des Kontroll-Ausschusses proportional zur Entwicklung der Sitzungsdauer zugenommen haben, das wage ich zu bezweifeln. Es wird wohl auch dafür der Grundsatz zu gelten haben, daß man minder wichtige Fakten nicht zerreden oder gar skandalisieren soll, wenn man dem Wesentlichen ausreichend und gebührend Gehör verschaffen will.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, an Hand von nur zwei Beispielen zusammenfassen, weshalb wir uns eine wirkungsvolle Kontrolle ohne die gute Arbeit des Rechnungshofes nicht vorstellen können.

Erstens: Durch die Wohnbaukontrolle ist ganz allgemein der Ausführungsstandard der gemeinnützigen Wohnungen gestiegen, und die Preise für die gemeinnützigen Wohnungen haben sich auch in Grenzen gehalten, und Wohnbaugesellschaften, die mit Förderungsmitteln schlecht umgegangen sind, bekommen keine solchen mehr oder sind auf Zeit gesperrt. Das ist gut.

Zweitens: Die Projektkontrolle und die Projekt-abwicklungskontrolle, ein ganz wesentlicher Bestandteil der Arbeit des Landesrechnungshofes, haben bewirkt, daß Projekte mangels Bedarfes in vermindertem Umfang oder etwa auch gar nicht in Angriff genommen wurden.

Wir dürfen uns freuen, daß der Landesrechnungshof fleißig war und ist, und um nur in die Statistik hineinzusehen: 1988 wurden 26 Berichte in den Landtag gebracht; 20 Berichte davon wurden bereits vom Kontroll-Ausschuß behandelt, 14 liegen zusätzlich bereits auf, und weitere 20 Prüfungsberichte stehen derzeit in Anhörung. Elf Prüfungen sind im Augenblick in Arbeit, und die Vorbereitungen für ein Landesgesetz, durch welches dem Landesrechnungshof die Funktion einer Vergabekontrollkommission übertragen werden soll, sind getroffen und bedürfen „nur noch“ der Parteilgespräche. Es geziemt sich daher, die Arbeit des Rechnungshofes anzuerkennen und danke zu sagen.

Ich glaube aber auch, und ich sage das zum wiederholten Male, daß es notwendig ist, daß wir Abgeordnete des Hauses uns selbst Beschränkungen auferlegen, und zwar gerade in Bereichen, wo wir aus regionaler oder standespolitischer Sicht glauben, Dinge beantragen zu können, von denen wir eigentlich wissen müßten, daß sie entweder unfinanzierbar oder überhaupt unsinnig sind. Ich glaube, daß wir uns selbst kontrollieren und uns genau überlegen sollten, bevor wir Anträge in das Haus bringen, nur um der Popularität im eigenen Bereich, ob das nun Bezirk, Region oder Stadt ist, willen.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon angekündigt, daß ich einige wenige Sätze zum Bild des Landtagsabgeordneten sagen möchte. Das ist im Klub nicht abgesprochen, wir das auch bei uns nicht üblich ist, so etwas vorher anzukündigen. Aber die Rede des Kollegen Dipl.-Ing. Dr. Korber hat mich veranlaßt, etwas dazu zu sagen, weil ich glaube, daß gerade die Rede des Kollegen Dipl.-Ing. Dr. Korber vielleicht auch ein

wenig Antwort darauf gegeben hat, warum wir Politiker teils ein schlechtes Image haben. Man sagt uns nach, daß wir sehr viel zerrreden, an wesentlichen Dingen vorbeireden oder, wenn wir über Wesentliches reden, uns nicht kurz und klar genug fassen.

Meine Damen und Herren! Ich bin auch dazu veranlaßt worden, weil mir auch ein Gespräch unter Freunden eingefallen ist, das ich vor kurzem geführt habe. Ein wirklich guter Schulfreund hatte mich zu sich in die Familie eingeladen und noch ein paar andere Freunde. Als wir nach dem Essen ganz gut gelaunt waren und uns zwanglos unterhalten haben, ist dieser Freund plötzlich über die Politiker hergezogen. Er hat kein gutes Haar an uns gelassen, bis ich ihn einmal scharf angeblickt habe. Und dann ist ihm fast das Wort in der Kehle steckengeblieben. Es war ihm nämlich überhaupt nicht aufgefallen, daß er heute einen Politiker und Freund zu sich eingeladen hat, den er etwas höflicher behandeln hätte können. Er hat mich dann selbstverständlich bedauert, daß ich so viele Feste und Feiern zu besuchen hätte, daß ich nie Zeit hätte für die Familie, aber das, was er in diesem Kreis nicht hätte sagen sollen vielleicht, weil er mich doch ein bißchen beleidigt und getroffen hat, das war schon gesagt. Wie wir sitzen, berufen wir uns im Regelfall – und ich kann mich nicht erinnern, daß das schon einmal der Fall gewesen wäre – auf keine politische Immunität. Jene, die auch einen Privatberuf voll ausüben, ob nun als Unternehmer, als Bauer, als Angestellter, und sich nicht freistellen lassen, haben einen ganz schönen Stundentag, wenn sie beides, die Politik und auch den Beruf, ernst nehmen. Wir gehören zu jenen, die an sich generell schlecht bewertet werden und deren Arbeit dem Bürger nicht dienlich erscheint, zumindest in vielen Fällen. Wir gehören zu jenen, die zwar mit Brief und Zahlschein zu allen möglichen und unmöglichen Festivitäten eingeladen werden, weil man uns als Briefträger zur Landesregierung braucht und sicher ist, daß sich Abgeordnete an sich über die Teilnahme an jedem Fest freuen, und wir gehören auch zu jenen, das kann man auch einmal offen aussprechen, denen man überallhin mit dem Klingelbeutel nachrennt, in manchen Fällen sogar bis in die Landstube herein. Wir gehören auch zu jenen, wir haben es heute durch die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz dokumentiert bekommen, deren Cholesterinwerte besonders hoch sind, und das kann nicht nur durch falsche Ernährung verursacht sein. Ich sage das ganz offen, weil an mir der höchste Wert von 436 festgestellt wurde. Zwar hat mein Hausarzt einige Tage einen Wert von nur 275 registriert, aber ich bin wirklich der Frau Kollegin Präsident Dr. Kalnoky dankbar, die uns etwas Gutes tun wollte, und ich wäre sicherlich jahrelang nicht zum Arzt gegangen und hätte mich nicht untersuchen lassen. So aber hat mich der Test wenigstens dorthin getrieben, wo man mir sagt, was ich alles nicht tun soll. Unter anderem aber soll ich auf einen Teil politischen Stresses verzichten, was uns allen allerdings schwer fällt. Meine Damen und Herren! Wir gehören im Regelfall auch zu jenen Leuten, die wöchentlich, ich möchte sagen monatlich, zumindest 40 bis 60 Stunden selbst chauffierend und bei allem Risiko, das wir auf uns nehmen, hinter dem Volant sitzen und dabei etwas tun, was nichts bringt, nämlich nur Entfernungen überwinden. Das allein macht etwa die Normalarbeitszeit eines Vierteljahres aus. Nun

haben wir, ich vermute alle, einen Brief bekommen vom Herrn „Profil“-Chefredakteur Helmut Voska, der uns unter anderem schreibt: „Wir laden Sie daher ein; uns, und damit den „Profil“-Lesern, Ihre Einkünfte aus staatlichen und sonstigen Kassen zu nennen. Unter sonstigen öffentlichen Kassen verstehen wir die von Bund, Ländern, Gemeinden, von Parteien, ihren Unterorganisationen, Kammern und Gewerkschaften.“ Herr Voska glaubt, daß es in beiden Richtungen völlig unrealistische Vorstellungen über öffentliche Einkommen gibt.

Nun, meine Damen und Herren, ich bin bereit, dem Herrn Chefredakteur Voska meine Einkünfte zu nennen, und ich werde ihm auch meine Steuererklärung, zumindest im wichtigsten Teil, übersenden. Das nicht, weil ich mich so gerne selbst entblättere, sondern weil ich ihn damit auch auffordern möchte, mir wenigstens als Privatperson seine Einkünfte zu sagen. Es ist ja nicht unbekannt – und bitte, ich habe nichts gegen tüchtige Menschen, schon gar nicht gegen tüchtige Journalisten, es gibt ohnehin zuwenige davon –, daß Spitzenjournalisten in Österreich von 100.000 Schilling aufwärts monatlich gehandelt werden und daß die zweite und die dritte Kategorie noch immer mehr als ein Landtagsabgeordneter in diesem Bundesland Steiermark verdient. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL.)

Meine Damen und Herren, Leistung soll bezahlt werden, und wer von uns glaubt, zuwenig zu leisten, wer sich schämt, ein ordentliches Gehalt für die Arbeit eines Politikers zu beziehen, der sollte ein Blatt Papier nehmen und einen Satz schreiben: „Ich trete zurück.“ Wir haben noch ein außerordentliches Privileg, meine Damen und Herren, wir müssen keine Kündigungsfrist einhalten.

Und das, was der Herr Kollege Mag. Rader heute gesagt hat, das hat mich wohl vom Sitz gehoben. Wenn ich daran denke, daß der Kollege Mag. Rader Lassalle zitiert und gemeint hat, es bestehe eine tiefe Kluft zwischen Theorie und Praxis. Er beklagt, daß wir mit den Beamten wenige Prozente mitziehen im Laufe von Jahren, vergißt aber, daß er als Chef eines Zwei-Personen-Clubs in diesem Haus einen 60prozentigen Aufschlag zum Landtagsabgeordnetenbezug erhält. Bitte, tiefe Kluft zwischen Theorie und Praxis. Ich möchte keinen Neid erwecken, aber bitte, lieber Kollege Mag. Rader, solltest du dir statt unter den zitierten Apfelbaum unter den Kopfpolster einen Zettel legen und dir sagen: „Ich bekomme auch nur ein Abgeordnetengehalt“, dann wirst du diesen Zettel lange unter dem Kopfpolster haben, es werden immer 160 Prozent bleiben, und nicht 100 Prozent. Und da, bitte, könntest du anfangen, wenn du wirklich das tun willst, was du uns allen vorschreibst. Ich jedenfalls werde für mich persönlich, soweit ich das entscheiden kann, nicht darauf verzichten, daß ich einigermaßen für das, was ich tue, auch bezahlt werde. Es ist eben so, wenn der „obere Bauer“ sagt, „mir ist das Hemd oder das Wasser näher als der untere Bauer oder als der Rock“, dann bitte soll der obere Bauer sich auch nicht darüber aufregen, daß er eben an der Quelle sitzt.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß ich Ihnen damit nicht allzusehr auf die Nerven gefallen bin, aber es war mir ein persönliches Anliegen; ich mußte das

einmal sagen. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGO/AL. - 15.16 Uhr.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

**Abg. Günther Ofner (15.17 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Unser Landesfinanzreferent, Landesrat Dr. Christoph Klausner, hat in seiner Budgeteinleitungsrede sehr eingehend die wirtschaftliche und finanzielle Situation der Steiermark durchleuchtet. Er hat in einer sehr eindrucksvollen Art aufgezeigt und mit Zahlen belegt, daß das Land Steiermark zu den benachteiligten und finanziell schwächsten Bundesländern nach Kärnten und Burgenland zählt. Wie beim Wetter ist auch bei der Konjunktur der Alpenhauptkamm die Scheidegrenze.

Ursache für diese Entwicklung sind strukturelle Probleme vor allem im Osten Österreichs, die zum Teil historisch bedingt sind und mit der Bezeichnung „alte Industriegebiete“ umschrieben werden. Leider ist es nur in sehr geringem Ausmaß gelungen, neue Betriebe in der Steiermark anzusiedeln. So reicht das Erneuerungspotential der Region bei weitem nicht aus, um den Abgang alter Industriekapazitäten wettmachen zu können. Die Steiermark befindet sich in einer Randlage zum europäischen Zentralraum. Die Folge ist, daß die Arbeitslosenrate in der Steiermark wesentlich über dem Bundesländerdurchschnitt liegt und das Wachstum mit nur 0,7 Prozent von den anderen Bundesländern total abgekoppelt wurde - das ist ja heute schon von den Generalrednern auch angesprochen worden.

Als Beispiel betragen aber auch die Jännerwerte 1988 bei den Arbeitslosen in Österreich im Durchschnitt 7,7 Prozent, in der Steiermark 9,7 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum. Die Steiermark ist vom Trend zur Langzeitarbeitslosigkeit und damit zur vermehrt in Anspruch genommenen Notstandshilfe am stärksten betroffen. Auch der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen liegt weit über dem österreichischen Wert. Als Beispiel betrug der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen Ende Oktober 1988 in der Steiermark 36,6 Prozent und in Österreich 28,5 Prozent.

In den letzten Jahren hat leider auch eine sehr starke Abwanderungstendenz von der Ost- nach der Westregion in Österreich stattgefunden. Während der Jahre 1971 bis 1981 gab es eine Wanderungsbilanz in der Ostregion von rund 61.000 Personen. In der Westregion machte diese Wanderungsbilanz nur 12.800 Personen aus. Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt das für die Ostregion in diesem Zeitraum einen Abgang von 84.000 Personen. Die Bilanz für die Westregion bedeutet einen Zuwachs von 147.800 Personen. Besonders betroffen dabei ist im speziellen die Obersteiermark. Die Bevölkerungsbilanz weist für den Zeitraum von 1971 bis 1981 ein Minus von 11.400 Einwohnern aus.

Auch bei der Einkommensverteilung gibt es sehr starke regionale Ungleichgewichte. Laut jüngster Einkommenserhebung des Statistischen Zentralamtes beträgt das durchschnittliche Einkommen auf Basis der 40-Stunden-Woche, ohne Familienbeihilfen und Alleinverdienerabsetzbeträge, eines unselbständig Beschäftigten 9970 Schilling.

In Wien liegt das Durchschnittseinkommen um 7 Prozent höher als in anderen Bundesländern und um 12 Prozent höher als in der Steiermark, das derzeit durchschnittlich nur 9560 Schilling beträgt. Leider, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegen wir derzeit beim Einkommen an der untersten Stufe aller Bundesländer.

Nur am Rande möchte ich erwähnen, daß das Netto-Pro-Kopf-Einkommen eines Hilfsarbeiterhaushaltes knapp bei 7000 Schilling pro Monat liegt.

Kollege Pörtl hat bei seiner Generalrede von der Schnellschwimmerpolitik des Landeshauptmannes gesprochen. Leider, meine Damen und Herren, kann man auf Grund der vorliegenden Zahlen hievon nichts bemerken. Im Gegenteil (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Leider sind zuviele Bremser dabei!“), lieber Kollege, man kann in letzter Zeit nur von einer Tauchstation der ÖVP reden; mehr sieht man nicht davon.

Durch all diese Entwicklungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt es zu einem Sinken der Anteile des Landes Steiermark am gemeinsamen Steueraufkommen. Durch die Steuerreform wird die triste Situation in den nächsten Jahren leider nicht verbessert, sondern verstärkt werden. Denn der Einkommensentfall, der durch große Ertragseinbußen bei der Lohnsteuer aufscheint, wird im besonderen Maß die Länder, aber auch die Gemeinden treffen. Österreichische Gemeinden verlieren aus der heutigen Sicht durch die Steuerreform etwa 2,5 Milliarden Schilling. Einen Ausgleich in der Höhe von etwa einer Milliarde Schilling erhalten sie aus der Kapitalertragssteuer, KEST II, an der sie mit 23 Prozent beteiligt - der Bund mit 47 Prozent und die Länder mit 30 Prozent - sind. Der kumulierende Verlust macht damit geschätzte 1,5 Milliarden Schilling für die Gemeinden aus. Die steirischen Gemeinden haben ab 1989 einen jährlichen Verlust von 215 Millionen Schilling zu tragen. Bemerkt werden muß dabei noch, daß die KEST erst 1990 wirksam wird. Dabei ergibt sich zwangsläufig eine Zeitverschiebung beziehungsweise eine Finanzierungslücke. Die Gemeinden kommen immer wieder mehr in das Problem der Finanzierung von Gemeindeaufgaben. Angesichts der sinkenden Einnahmen durch die Abwanderung und den Verlust von Arbeitsplätzen wird diese Situation in der nächsten Zeit noch drastisch verschärft. Die Gemeinden sind vielfach überschuldet und können nur durch weitere Verschuldung ihre notwendigen Aufgaben und Projekte finanzieren. Vor allem werden es die finanzschwachen Gemeinden in Zukunft nicht leichter haben. Das zeigt auch eine Studie der kommunalwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft sehr deutlich. Zur Zeit seien, obwohl der Gesetzgeber dies eigentlich nicht beabsichtigt hat, die finanzschwachen Gemeinden benachteiligt. Von der kommunalwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft wurde ein sehr griffiges Beispiel aufgezeigt, wie unsachlich sich der abgestufte Bevölkerungsschlüssel eigentlich auswirkt. Die Gemeinde Rankweil aus Vorarlberg verzeichnet 9926 Einwohner. Hart, eine weitere Vorarlberger Gemeinde, 10.103 Einwohner. Obwohl der Unterschied nur 177 Einwohner beträgt, bekäme Hart wegen des bei 10.000 Einwohner einsetzenden höheren Vervielfachers jährlich um 10 Millionen Schilling mehr heraus, was sich auf die gesamte Periode des Finanzausgleiches auswirkt. Die Arbeits-

gemeinschaft kommt daher zur Auffassung, daß der abgestufte Bevölkerungsschlüssel dem Gleichheitsgrundsatz widerspreche und daher sogar verfassungswidrig sei. Auch die nur alle zehn Jahre stattfindende Volkszählung wirke sich für die Gemeinden, aber auch für die Länder sehr nachteilig aus. Die Intervalle für die Volkszählung sollten verringert oder ein anderes Modell gefunden werden.

Abschließend darf gesagt werden, daß nur eine finanzielle Stärkung der Gemeinden und des Landes die traurige Entwicklung stoppen kann. Anlässlich der nächsten Finanzausgleichsverhandlung muß an den Bund die berechnete Forderung gestellt werden, den finanzschwachen Bundesländern, im besonderen der Steiermark mit ihren Gemeinden, eine bessere Zuteilung aus dem Finanztopf zu geben. Wir müssen aber auch aus eigener Kraft versuchen, aus der tristen Situation herauszukommen und den Menschen wieder Hoffnung geben. Die Menschen müssen einfach wieder spüren, daß es sich lohnt, in einem schönen Land, wie in der Steiermark, zu leben und nicht in einem zweigeteilten Österreich. Die Steiermark darf nicht weiter durch diese Politik das schwarze Schaf bleiben. Danke. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 15.28 Uhr.)

**Präsident Zdarsky** (15.28 Uhr): Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Rader** (15.29 Uhr): Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren!

Ich bin dem Herrn Kollegen Ofner für diesen Appell dankbar, weil er genau das unterstreicht, was ich wahrscheinlich dilettantisch versucht habe, bei der Generalrede herauszuarbeiten, daß genau jene Vorgangsweisen mit der Steuerreform und dem darauf folgenden Finanzausgleich eine ganz üble Behandlung der Gemeinden und auch der Bundesländer mit sich gebracht hat. Ich bin sehr froh, daß diese Schweige-Koalition, die sich über diese ganzen Vorgänge gebreitet hat, durchbrochen wird, wenn das ein Bürgermeister am eigenen Leibe verspürt und sagt, es ist mir eigentlich völlig wurst, was die oben ausgemacht haben, ich muß das im Sinne meiner Bürger aufzeigen. Ich würde mir wünschen, daß das sehr viele Bürgermeister in den nächsten Monaten und nächsten Wochen anlässlich der Budgetbehandlungen in den einzelnen Gemeinden tun werden.

Der Herr Kollege Kollmann hat sich im ersten Teil seiner Ausführungen mit der Kontrolle im Land Steiermark beschäftigt, und ich darf einmal, nachdem er den Rechnungshof ausführlich behandelt hat, einen Schritt weitergehen und mich mit der Volksanwaltschaft beschäftigen, über deren Bericht wir uns ja vor einigen Wochen auch im Kontroll-Ausschuß unterhalten haben. Es hat sich herausgestellt, und zwar bei allen Berichten, die wir in der Vergangenheit gehabt haben, daß jene Probleme, die Landes- und Gemeindekompetenzen beinhalten, nur zu einem ganz minimalen und winzigen Teil an die Volksanwaltschaft in Wien herangetragen werden, auch wenn es in der Steiermark Sprechstunden gibt und wenn die einzelnen Volksanwälte auch versuchen, hier in der Steiermark die Probleme aufzunehmen. Außerdem haben wir vor zwei

Jahren mit Beginn der neuen Periode auch einen Petitions-Ausschuß in der Hoffnung geschaffen, daß hier all die Probleme, die im normalen Gestrüpp üblicherweise nicht herangetragen werden können, über diesen Petitions-Ausschuß quasi einen Kanal finden. Der Petitions-Ausschuß war in Wahrheit ein Flopp, er hat sich überhaupt bis jetzt erst mit vier Petitionen beschäftigt, von denen eine einzige quasi erledigt wurde. Alle anderen sind im Gestrüpp der Landesregierung zur Stellungnahme versickert. Auch dieses Mittel hat den Erfolg nicht gebracht. Wir haben daher zu Beginn des Monats November, und darauf möchte ich jetzt hinweisen, einen Antrag eingebracht, daß wir jene Delegation unserer Probleme an die Bundesvolksanwaltschaft wieder zurücknehmen und einen eigenen steirischen Volksanwalt schaffen, weil ich ganz sicher bin, daß das, was an die Bundesvolksanwaltschaft herangetragen wird, wirklich nur die Spitze jenes Eisberges ist, der natürlich auch in der Steiermark, wie in allen anderen Bundesländern – und ich sage hier überhaupt nicht, daß hier eine andere Situation ist –, vorhanden ist. Soviel dazu.

Erlauben Sie mir aber in aller Kürze, weil es der Herr Kollege Kollmann angeschnitten hat, einige Anmerkungen zu seiner Imagedebatte über die Politik und über die Politiker. Ich habe diesen Brief des „Profil“ natürlich auch bekommen und habe meinen Steuerberater gebeten, genau diese Dinge vorzulegen. Sie werden daher nachlesen können, was wir bekommen. Damit ist dieser Teil einmal erledigt.

Der zweite Teil, den du hier im Zusammenhang mit meiner Generalrede angeschnitten hast, zeigt mir eigentlich, daß du noch immer nicht verstanden hast, worum es eigentlich bei diesem Vorstoß gegangen ist. Weil all das, was du gesagt hast, hättest du vor einem Jahr sagen sollen, und zwar nicht hier in diesem Haus, sondern im ÖVP-Klub, denn der Vorstoß zur Null-Lohnrunde als großes Signal ist nicht von uns ausgegangen, lieber Herr Kollege Kollmann, sondern er ist von euch ausgegangen. Ich habe damals schon im Ausschuß gesagt, bitte, liebe Freunde, ich mache darauf aufmerksam, daß das ein Zeichen ist, das wir geben können. Selbstverständlich, jedes Zeichen ist recht, aber ich warne davor, dieses Zeichen nach einem Jahr wieder zurückzunehmen und ins Gegenteil umzuschlagen, und ich habe daher damals schon gesagt, das hat nur einen Sinn – kein Mensch fühlt sich unterbezahlt, ich genauso wenig, ich habe das öffentlich immer erklärt, auch zu Zeiten, wo andere gemeint haben, wir müssen noch etwas daraufzahlen, daß wir ein Mandat ausüben dürfen. Weil es ein Zeichen war, das gesetzt worden ist, solange eine schwierige wirtschaftliche Situation in der Steiermark herrscht, ist das Zurücknehmen dieses Zeichens, wo noch eine schwierige Situation in der Steiermark herrscht, doppelt so schlecht, lieber Freund Kollmann. Ich glaube, man sollte sich nicht darüber hinwegschwindeln. Ich habe das auch in der Generalrede nicht unabsichtlich gesagt, in der Hoffnung, daß manche zuhören und durchaus verstehen, was ich damit meine. Ich bin dafür, daß Privilegien abgebaut werden, ohne die Grenzen zur Hysterie zu überschreiten. Was wir in den letzten Wochen erleben – und da braucht keiner dem anderen etwas vorzuwerfen, und derjenige, der in ein hysterisches Geschrei in diesen Tagen

ausbricht, tut sicher niemandem etwas Gutes, auch sich selbst nicht –, das, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ist zu einem großen Teil reine Hysterie, die völlig neben den Problemen vorbeigeht und eigentlich nur dazu dient, daß genau dieses Bild, das eigentlich in Wahrheit alle von uns haben, durch uns selbst noch bestätigt wird. Und das ist ja das wahrlich Dramatische an der ganzen Situation. Wir müssen halt auch zur Kenntnis nehmen, daß es in den letzten Jahren üblich geworden ist, jene Grenzen des normalen guten Geschmacks auch innerhalb der Parteien zu überschreiten, und daß eigentlich alle, hier, hier, hier, wo wir immer sind, einer ganzen Serie von entsetzlichen Intriganten ausgesetzt sind, die eigentlich der Meinung sind: eine politische Bewegung hat nur dann zu existieren, wenn sie ihnen zukünftige Mandate und Einkünfte verschafft. Falls sie das nicht schafft, hat sie auch nicht zu existieren, und die durchaus auch bereit sind, diese politische Bewegung, wie immer sie dann heißt, zu riskieren. Ich verstehe in dem Zusammenhang übrigens wirklich nicht, warum bei solchen Problemen – ich sage das, weil es angeschnitten worden ist, und zwar von einem Kollegen der ÖVP – etwa die neue ÖVP-Zeitung ihnen nicht nur großen Raum, sondern auch sehr breite Verbreitung zukommen läßt, weil ja auch Sie selber wissen, wie unangenehm das sein kann, wenn quasi Heckenschützen von hinten völlig unbewiesene und ungute Dinge in der Öffentlichkeit verbreiten. Diese Phase haben Sie ja im Vorjahr hinter sich gebracht; im Augenblick sind halt andere dran.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir uns alle besinnen sollten. Ich sage noch einmal: Ich habe diesen Vorstoß heute und in der letzten Woche gemacht, um Ihnen vor Augen zu führen, daß Sie eine Debatte losgetreten haben, die Sie jetzt in die Umkehrposition kriegen müssen und wo genau diese Umkehrposition die Schwierigkeiten mit sich bringt, die Sie mit diesem seinerzeitigen durchaus populistischen Vorstoß – es war ein populistischer Vorstoß – ausgelöst haben. Und wenn das Signal schon einmal in Gang gesetzt ist, dann hat es dann einen Sinn, wenn es solange fortgesetzt wird, bis sich die Situation verändert. Sonst war es unangenehm, schlecht und schlägt im wesentlichen auf die zurück, die es in Gang gesetzt haben, Kollege Kollmann. Daher sind nicht diejenigen, bei denen du dich heute beschwert hast, die Adressaten dieser Beschwerden, sondern diejenigen, die diese ganzen Dinge ausgelöst haben, meine Damen und Herren.

Und zum Schluß noch einen Satz und weg von diesen Dingen, weil ich den Kollegen Schützenhöfer gerade vor mir sehe: Ich möchte mich nicht zum Fortgang der Fragen der Objektivierung äußern; ich hoffe, daß das funktionieren wird. Es besteht allerdings kein Grund für den Kollegen Dr. Hirschmann, daraus den Schluß zu ziehen, daß ich das absolut für alle Zukunft für optimal halte. Wir werden erst sehen, wie es sein wird, und ich sage noch einmal: Wir werden sehen, wie es sein wird, und einstweilen gehe ich davon aus, daß es positiv sein wird. Mir ist nur aufgefallen, daß in den letzten Wochen Spitzenpositionen im Land Steiermark und in den Bezirkshauptmannschaften ausgeschrieben worden sind. Ich verstehe offen gestanden nicht, warum im Gegensatz zu anderen Bereichen, wo öffentlich ausgeschrieben wird,

sich für einen Bezirkshauptmann oder für eine Amtsleiterposition jemand, der noch nicht im Landesdienst ist, nicht bewerben kann. Das verstehe ich nicht. Ich kann mir vorstellen, daß etwa gerade im Zusammenhang mit der Position des Chefs der Rechtsabteilung 7, der Gemeindeabteilung, jemand, der aus dem kommunalen Bereich viel Erfahrung mitbringt, wahrscheinlich optimal geeignet wäre. Ich verstehe nicht, warum etwa in einer Bezirkshauptmannschaft das Ringelspiel der Sekretäre in Gang gesetzt werden muß, obwohl möglicherweise jemand, der aus dem Bezirk kommt, diese Position besser ausüben kann, wobei ich nichts gegen Sekretäre insofern sage, weil ich selbst acht Jahre einer war und daher weiß, wovon ich rede.

Auch wenn drüben beim Magistrat diese Bestimmung nur theoretisch ist, weil sie in der Praxis noch nie angewandt worden ist, aber allein die Möglichkeit, daß jemand, der nicht aus dem Hause kommt, sich bewerben kann, kann möglicherweise Personalangebote bringen, von denen man vorher überhaupt noch keine Ahnung gehabt hat. Und diese Möglichkeit sollte man sich auf jeden Fall offen lassen, und ich würde ganz dringend dafür plädieren, daß sich, wie auch in anderen Gebietskörperschaften, für Leiterpositionen künftig auch Menschen bewerben können – mit der erforderlichen Ausbildung, der erforderlichen Erfahrung, was immer Sie wollen –, die noch nicht im Landesdienst sind. Das kann eine Bereicherung bringen, die ganz einfach positiv und befruchtend auf die gesamte Landespolitik wirkt. (Beifall bei der FPÖ. – 15.38 Uhr.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch (15.39 Uhr):** Liebe Frau Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

In dieser Gruppe 0 stehen auch die Vertretungskörperschaften, also stehen auch wir irgendwo im Mittelpunkt und damit auch unsere Arbeit. Wir sollten uns daher auch vornehmen, daß wir zwar in der Politik dort zu differenzieren haben, wo es unterschiedliche Auffassungen gibt, aber auch dort das Gemeinsame aufzuzeigen haben, wo es Gemeinsamkeiten gibt. Wir sind – wenn ich sage „wir“, meine ich die zwei großen Parteien hier im Hohen Haus – uns in einer Frage gegenseitig im Wort, und das ist eine weite Reform der Steiermärkischen Landesverfassung und unserer eigenen Landtags-Geschäftsordnung. Wir haben zwar einige wichtige Bereiche bereits herausgenommen und vorweggenommen, aber es waren naturgemäß die lukrativeren oder optisch günstigeren Bereiche, wenn ich an die Schaffung des Landesrechnungshofes denke, an das Volksrechtegesetz oder auch an die Verfassungsnovelle, die wir heute im zuständigen Ausschuß behandelt haben. Es bleibt aber das übrig – und es ist vereinbart, daß wir rasch darüber weiterreden –, was wir sonst noch an einer umfassenden Reform zu tun haben. Nach meiner Kenntnis sind eigentlich nur mehr wenige Fragen offen. Ich appelliere daher an die größere Partei dieses Hauses, daß wir uns rasch wieder bei den sicher nicht immer sehr lukrativen oder optisch so vorteilhaften Regelungen zusammensetzen und das in absehbarer Zeit zum Abschluß bringen. Wir brauchen, glaube ich, diese Regelung, denn wir brauchen auch mehr Öffentlichkeit für dieses Hohe Haus. Hier

hat die SPÖ-Landtagsfraktion vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, daß wir etwa die Sitzungen des Landtages doch öffentlicher ankündigen sollen, und zwar mit Bekanntgabe der Tagesordnung in den Tageszeitungen und im ORF, daß wir aber auch selbst dazu beitragen, die Landtagsdebatten differenziert, aber nicht langatmig zu führen. Wir haben heute leider hier ein sehr negatives Beispiel erlebt. Sosehr wir mehr Öffentlichkeit im Landtag brauchen, wäre es manchmal günstiger, weniger Öffentlichkeit in den Ausschußberatungen zu haben. Das alles, bitte, sollten wir auch im Zusammenhang mit unserer künftigen Arbeit sehen. Meine Fraktion vor allem würde noch einen Schwerpunkt miteinbringen: das ist die raschere Behandlung von Anträgen, die im Landtag eingebracht worden sind. Ich deponiere es hier noch einmal: Wir haben in der abgelaufenen Periode nur 44 Prozent der Anträge, die wir eingebracht haben, erledigt erhalten, und bei der nunmehrigen Legislaturperiode sind wir jetzt etwa bei 26 Prozent Anträgen angelangt, die bisher erledigt worden sind. Die rasche Erledigung trägt sicher auch zur Wertigkeit des Hohen Hauses und des Landtages bei, denn es sind ja viele Anträge, die sehr aktuell sind, und dann, wenn sie zwei oder drei Jahre später behandelt werden, ergibt sich ja schon sehr oft eine andere Situation. Wir sollten uns auch, meine sehr geschätzten Damen und Herren, des Wertes unserer eigenen Arbeit stärker bewußt sein, und hier gebe ich dem Herrn Kollegen Abgeordneten Kollmann recht, wenn er das heute in besonderer Weise betont hat. Und wenn der Kollege Mag. Rader von der tiefen Kluft zwischen Theorie und Praxis gesprochen hat und hier Lassalle zitiert hat, dann habe ich schon den leisen Verdacht – er wird es nie zugeben –, daß er in erster Linie aber auch seinen Bundesparteivorsitzenden Jörg Haider damit gemeint hat, denn er ist ja ein typisches Beispiel dafür, und er lebt ja davon, daß er dauernd behauptet, daß er aus einem Apfelbaum einen Feigenbaum machen kann. Er kann das sehr gut behaupten, denn er wird es ja nie beweisen müssen, daß tatsächlich keine Feigen auf einem Apfelbaum wachsen können. Ich würde dieses Beispiel gerne wieder in den Schoß der FPÖ zurückführen.

Und nun zurück, meine sehr geschätzten Damen und Herren, zu den eigentlichen Aufgaben. Ich habe von der Landesverfassung gesprochen und daß wir sie weiterbetreiben müssen. Wir wissen, daß auf Bundesebene sehr viel über eine Wahlrechtsreform diskutiert wird und daß uns das auch im Land und im besonderen im Landtag berührt. Auch hier sind sozusagen die Knirschpunkte der Verhandlungen bekannt. Es geht einerseits darum, mehr Persönlichkeitswahlrecht einzubringen, andererseits aber auch, daß jede Wähler- und Wählerinnenstimme in ganz Österreich gleich viel wert sein sollte und sein muß, und wie immer diese Wahlrechtsreform, ob größere oder kleine, dann schließlich auf Bundesebene herauskommt, eines – glaube ich – ist für uns gleichermaßen wichtig, daß auch künftig die Menschen in Österreich ihr Wahlrecht wirklich nutzen und daß wir zu Regelungen kommen, daß die Menschen die Demokratie und damit auch das Wählen attraktiv finden. Wir haben in der Steiermark ja einvernehmlich durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre einen derartigen Beitrag geleistet. Jetzt, glaube ich, sollten wir auch die Voraussetzungen

schaffen, daß junge Menschen von dieser Demokratie und ihrem demokratischen Rechte Gebrauch machen, daß wir sie überzeugen, und hier zählt dazu, daß der Landtag in entsprechender Weise auch für junge Menschen attraktiv bleibt oder wird. Sie können das auffassen, wie Sie es wollen.

Die ÖVP-Fraktion hat heute einen Antrag eingebracht, der sich mit Föderalismus befaßt, vor allem im Zusammenhang mit der EG, und daher gestatten Sie mir, daß ich zum Thema Föderalismus einige Bemerkungen mache. Wir alle ringen darum, mehr Föderalismus zu bekommen. Wir sollen auch darum ringen, diesen Föderalismus auch weiterzugeben. Was meine ich damit? Der Bund muß achten, daß die Selbständigkeit und die Handlungsfähigkeit der Länder stärker gewahrt werden, und das Land muß wiederum darauf achten, daß die Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit der Gemeinden im besonderen Maß wahrgenommen werden. Das heißt, daß keine Sackgasse in dieser Frage entsteht. Es muß auch ein Spannungsverhältnis zwischen der Solidarität auf der einen Seite und der Subsidiarität auf der anderen Seite bestehen bleiben. Denn Föderalismus soll nicht falsch verstanden werden. Es darf daraus kein lokaler Egoismus werden, der wieder zur Ungleichheit der Lebensverhältnisse einer Region oder eines Bundeslandes führen kann. Denn falsch verstandener Föderalismus ist ja nichts anderes als Abschottung und Isolation. Das wollen wir alle gemeinsam sicher nicht. Da gibt es sehr viele konkrete Anliegen.

Wenn ich mir gerade diesen heutigen Antrag der ÖVP-Fraktion näher anschau, dann sind da eine Reihe von Bemerkungen, die wir gerne zur Kenntnis nehmen und wo wir gerne mit darüber reden. Wenn etwa hier geschrieben steht, daß die bislang veröffentlichten Berichte an die Bundesregierung zur EG auf alle diese Auswirkungen im diesem größeren Raum in bezug auf Föderalismus nicht einmal andeutungsweise Bedacht nehmen, heißt das, daß wir sehr rasch, aber auch sehr umfangreich diese Frage zu diskutieren haben. Oder wenn es an einer anderen Stelle heißt: die Mitsprache, Mitverantwortung und Mitgestaltung der Bundesländer muß bereits in der Vorbereitungsphase für einen EG-Beitritt eingerichtet werden. Selbstverständlich! Nur, gerade dann ist es vielleicht nicht sinnvoll, daß wir uns in diesem Tempo so rasch voranbewegen, daß wir nicht Zeit haben, diese auch für ein Land wie die Steiermark, gerade als Grenzregion, sehr wichtige Frage zu diskutieren. Mir fällt hier ein, was der Herr Abgeordnete Pöttl eingangs zu seiner Budgetgeneralrede gesagt hat. Er hat einen Vergleich gebracht und richtigerweise gesagt, es ist ein altes Gesetz, daß die großen Fische die kleinen fressen, und er hat als Ausweg die Schnellschwimmer kreiert. Aber nur, Herr Kollege Pöttl, das Naturprinzip der Arten-erhaltung bevorzugt den Schwarm der kleinen Fische, die müssen schnell schwimmen. Der einzelne kleine Fisch wird sehr rasch gefressen. Je kleiner der Tümpel ist, in dem sich so ein einzelner Schnellschwimmer befindet, umso schneller wird er gefressen. Das heißt, wir müssen Föderalismus sehr richtig und sehr umfangreich im Zusammenhang mit der EG diskutieren, aber wir müssen aufpassen, daß wir nicht in kleinen Tümpeln landen. Ich glaube eher, wir sollten gegliederte Buchten suchen, die wir im Interesse der

Steiermark auszubauen haben, wenn wir in diesem Zusammenhang mit der EG und den Möglichkeiten der föderativen Gestaltung diskutieren.

Ich deponiere zum Abschluß noch einen Wunsch, den aber sehr ausdrücklich: Wir Sozialisten reden auch immer von der Demokratisierung der Bezirksverwaltungen. Da gibt es sicher einige Modelle. Wir sind keine Utopisten und glauben nicht, daß morgen oder übermorgen schon eine demokratisch gewählte Bezirksverwaltung plötzlich erfunden oder installiert wird. Aber es gibt demokratisch organisierte Gemeindeverbandsorganisationen, die wir aber in der Steiermark deshalb nicht beschlossen haben, weil es unterschiedliche Auffassungen gibt, welche Gemeindeverbände in einem solchen Gesetz verankert sein dürfen und welche nicht. Wir laden hier die Mehrheit des Hohen Hauses ein, mit uns hier sehr rasch weiterzudiskutieren, damit wir alle Gemeindeverbände in einem gemeinsamen Gesetz unterbringen. Das wäre eine rasch erreichbare Demokratisierung auf einer Ebene, wo sehr viel entschieden wird. (Beifall bei der SPÖ.) Wir wissen es alle, es gibt Fragen der Raumordnung, des Umweltschutzes, der Sozialhilfe. Es gibt rechtspolitische Entwicklungen, die die Position der Bezirksverwaltungen sehr gestärkt haben, den Naturschutz, den Fremdenverkehr, den Zivilschutz und anderes mehr. Wir sollten diese Frage sehr ernsthaft in Angriff nehmen. Die Demokratisierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte ohne weiße Flecken bleiben, und die Bezirksverwaltungen wären ein solcher weißer Fleck. Wir wissen auch, daß es nicht möglich ist, über Nacht Lösungen zu finden, aber es lohnt sich, gemeinsam über Lösungsmöglichkeiten sich den Kopf zu zerbrechen, darüber gemeinsam zu reden. Gewinner muß nicht eine Partei sein, Gewinner einer solchen Diskussion soll der Staatsbürger, die Staatsbürgerin, soll die Demokratie sein. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 15.50 Uhr.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordnete Schweighofer das Wort.

**Abg. Schweighofer (15.51 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mich in meiner Wortmeldung hier in der Gruppe 0 mit der Regionalpolitik, mit den Regionalinitiativen beschäftigen. Die allgemeinen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten – besonders im Laufe der achtziger Jahre –, entscheidend verändert. Die Wirtschaftslage ist heute durch Überkapazitäten und drastisch verschärfte Wettbewerbsbedingungen gekennzeichnet. Dabei kommt es auch zu strukturellen Krisen, die durch eine internationale mäßige Konjunktur verstärkt werden. Alle Länder sind von der Vollbeschäftigung weit entfernt. Der Spielraum für eine eigenständige nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik hat sich durch die wachsenden Staatsschulden und Budgetdefizite der letzten Jahre entscheidend verengt.

Die Landwirtschaft der Industrieländer kämpft mit gewaltigen Überkapazitäten. Auf den internationalen Stahlmärkten gibt es enorme Absatzprobleme. Die Zukunft unseres Landes wird davon abhängen, wie wir die bestehenden regionalen Wirtschaftsstrukturen verbessern, um sie tragfähig zu erhalten und wett-

bewerbsfähig zu machen. Bisher ungenützte Entwicklungschancen müssen erschlossen und genutzt werden. In der Regionalpolitik wird es darauf ankommen, eine Vielfalt von Entwicklungschancen zu suchen und zu finden. Das Land Steiermark hat mit der Regionalförderung durch Direktzahlungen an Gemeinden, Betrieben und Einzelpersonen in Form von Bedarfszuweisungen enorme Hilfestellungen gegeben. Sie hat aber auch in der Schaffung der notwendigen Infrastruktur, wie Straßen- und Schulbau sowie Fremdenverkehrsförderung, aber auch im landwirtschaftlichen Wegebau die notwendigen Grundvoraussetzungen geschaffen. Neben diesen wichtigen Direktförderungen war es aber auch notwendig, gesetzliche Maßnahmen zu setzen: Die Prädikatisierung von Teilgebieten zu Naturparks, wo unberührte Landschaft, erhaltungswürdige Biotope geschützt werden. Aber auch der Gebietsschutz, wie er für den Weinbau, zum Beispiel für den Schilcher, gegeben ist, der weit über die Grenzen unserer Steiermark hinaus als echte steirische Spezialität bekanntgeworden ist.

Neben diesen genannten Förderungen, die man noch in einer unendlichen Reihe fortsetzen könnte, wird es in Zukunft verstärkt notwendig sein, auch eigene Initiativen in den verschiedenen Regionen zu setzen. Ein neuer Regionalismus, eine eigenständige Regionalentwicklung, muß im verstärkten Maß gesetzt werden. Die besten Köpfe einer Region im Verein mit allen positiven Kräften, allen Institutionen, Kammern und Gemeinden, mit Land und Bund müssen sich zusammensetzen und regionale Möglichkeiten diskutieren und auch verwirklichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich am Beispiel unseres Bezirkes Hartberg einige Aktivitäten unseres Entwicklungsförderungsverbandes aufzeigen:

Im Jahre 1981 haben wir uns unter der Führung unseres Abgeordneten Erich Pörtl und unter seinem Motto, das er schon öfter in diesem Haus und auch heute bei seiner Generalrede gesagt hat, nämlich „aus Problemen Chancen entwickeln“, zu diesem Entwicklungsförderungsverband zusammengeschlossen. Alle Gemeinden, die Fremdenverkehrsvereine, Betriebe und sehr viele Einzelpersonen mit allen kooperativen Kräften unseres Bezirkes haben sehr viel an Eigenleistung mobilisiert. Viele Projekte, Ideen und Aktivitäten wurden initiiert und auch verwirklicht: Zum Beispiel die Nutzung regionaler Energiequellen durch die Errichtung des Bioheizwerkes in Hartberg, wo heimische Holzabfälle als umweltfreundliche Energieträger verwendet werden und wo im Endausbau des Fernwärmenetzes jährlich zirka 9000 Tonnen Heizöl eingespart werden und somit die Luft und die Umwelt in Hartberg enorm entlastet werden. Daher wird auch am kommenden Montag diesem Bioheizwerk der Umweltschutzpreis des Bezirkes Hartberg verliehen werden. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.)

Wir haben im Bezirk 7000 Auspendler, und natürlich ist hier gerade der Ausbau des Fernwärmenetzes auch arbeitsplatzpolitisch für uns von besonderer Wichtigkeit.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Verarbeitung unserer Rohstoffe im Bezirk, wie zum Beispiel beim Holz, zu qualitativ hochwertigen Möbeln, wo sich fünf Meistertischlereien in unserem Bezirk zum „Joglland-Möbelprogramm der Hartberger Werkstätte“

zusammengeschlossen haben. Gerade dieses Möbelprogramm ist für unseren Bezirk besonders maßgeschneidert, da es gerade jene Produkte ausnützt, die im Bezirk selbst vorhanden sind, nämlich der Rohstoff Holz, das handwerkliche Können, die Tradition in der Holzverarbeitung, aber auch der Unternehmergeist unserer jungen Unternehmer.

Aber auch im Fremdenverkehr hat sich der Entwicklungsförderungsverband seit dem Jahre 1983 auf eine bezirkweite einheitliche Werbelinie gefunden, nämlich zum „Hartberger Land“, wo sich die sechs Kleinregionen rund um den Stubenbergsee und die Heiltherme Bad Waltersdorf, die Sonnenregion Hartberg, das Wechselland, das Joglland und der Naturpark Pöllauer Tal zusammengeschlossen haben.

Wir sind heute mit diesem Regionalverband nach der Dachstein-Tauern-Region der zweitstärkste Verband in der Steiermark laut Nächtigungszahlen.

Aber auch auf vielen anderen Gebieten gehen wir diesen Weg der Regionalisierung: sei es im Wasserschutzbau, in der Wasserversorgung oder in der Abwasserentsorgung. Selbstverständlich gehen wir auch in der Müllentsorgung diesen bewährten Weg, und zwar mit einem regionalen Müllverband, wo alle Gemeindevertreter, Bürgermeister und Verantwortungsträger im Bezirk gemeinsam diesen Müllverband tragen und verwirklichen, natürlich in einer sehr engen Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Zentralstellen hier im Land.

Wir haben versucht, und in unseren ländlichen Lebensräumen spüren wir es eigentlich, daß es nur ein kooperatives Miteinander, eine Sozialpartnerschaft, in allen Bereichen geben kann. Natürlich auch in der Weiterbildung unserer Schulabgänger und Jugendlichen über die Arbeitsmarktverwaltung, das Berufsförderungsinstitut, das Wirtschaftsförderungsinstitut und das ländliche Fortbildungsinstitut. Sie alle leisten hier in einer gemeinsamen Arbeit sehr wertvolle Hilfestellung in der Ausbildung unserer Jugend und in der Erwachsenenbildung.

Eine entscheidende Rolle für die Belegung und Entwicklungsmöglichkeiten einer Region kommt natürlich den Schulen zu. Und hier, glaube ich, müßte ein rasches Umdenken Platz greifen. Wir produzieren in unseren Schulen in sehr hohem Maß AHS-Abgänger und haben die größten Schwierigkeiten, sie in einen geordneten Arbeitsprozeß einzubinden. Wir brauchen daher neben der AHS, neben der Musisch-pädagogischen Akademie und dem BORG Ausbildungsmöglichkeiten, die wir in enger Zusammenarbeit mit unseren Handwerkern und mit unseren Gewerbetreibenden, wie etwa das Gewerbe-BORG, machen könnten, wo wir gute und qualifizierte Facharbeiter ausbilden könnten, die echte Mangelware am Arbeitsmarkt, auch in unserem Bezirk, geworden sind.

Auch im landwirtschaftlichen Schulwesen müssen wir an allen Schulen die zweiberufliche Ausbildung anstreben, damit auch unsere Nebenerwerbsbauern als qualifizierte Facharbeiter in einen außerlandwirtschaftlichen Beruf einsteigen können.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann man sagen, daß nicht alles vom Staat, daß nicht alles vom Land machbar und vollziehbar ist. Wir müssen selbst in den Regionen die Initiative ergreifen,

die besten und tüchtigsten Kräfte mobilisieren und in enger Zusammenarbeit mit den Experten und Fachleuten des Landes und des Bundes versuchen, unsere Vorstellungen und Ziele zu verwirklichen. Ich bin überzeugt, daß dann die Mittel, die in diesem Landesvoranschlag für die Regionalförderung und für Regionalinitiativen veranschlagt sind, positive Auswirkungen auf unser Land und auf unsere Regionen haben werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 16.01 Uhr.)

**Präsident Zdarsky:** Der Herr Abgeordnete Vollmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Vollmann (16.02 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Generalredner und meine Vorredner haben sich schon mit der Problematik der steirischen Gemeinden befaßt, und es ist sicherlich kein Zufall, daß die – gemessen am Steueraufkommen – zehn ärmsten Gemeinden Österreichs in der Steiermark sind, und es ist daher auch kein weiterer Zufall, daß vier von den zehn ärmsten Bezirken Österreichs ebenfalls in der Steiermark liegen. Wenn man bedenkt, daß das Pro-Kopf-Einkommen der Steirer bis zu 22 Prozent unter dem österreichischen Durchschnitt liegt, dann wird einem auch klar, warum die höchste Arbeitslosenrate und die meisten Bezieher von Sozialhilfe in der Steiermark zu finden sind. Die Abwanderung ist stärker als in anderen Bundesländern, und die Gemeinden sind höher verschuldet als anderswo. Dies – gestatten Sie mir, das zu sagen – gilt auch für das Land Steiermark, das eine um fast 5000 Schilling pro Kopf der Bevölkerung höhere Verschuldung aufweist als der Durchschnitt der anderen Bundesländer. Was bis vor wenigen Jahren für ost- oder südsteirische Bezirke und Gemeinden gegolten hat, scheint nun auf Grund der Abwanderungen und des geringen Steueraufkommens auch für die obersteirischen Gemeinden Wirklichkeit zu werden. Die Löcher in den Gemeindebudgets werden immer größer, und Bedarfszuweisungen, mit denen früher Sonderleistungen für die Bevölkerung vollbracht wurden, dienen der Schließung derselben. Gemeinden wenden vermehrt Steuermittel für Betriebsförderungen auf oder verzichten jahrelang auf die Gewerbe- und Lohnsummensteuer, um Betriebe in ihre Gemeinden zu bekommen. Mein Vorredner, der Herr Kollege Schweighofer, hat sich bereits mit den Problemen der Oststeiermark befaßt. Erlauben Sie mir, mich mit den Problemen der Obersteiermark und der Förderung zu befassen. Die Obersteiermark, das industrielle Kernland der Steiermark, kommt zunehmend in einen Entindustrialisierungssog. In der Obersteiermark wird mit einem Drittel der steirischen Wohnbevölkerung die Hälfte der steirischen Industrieproduktion erzeugt, und in der Mur- und Mürzfurche sind rund 42 Prozent in Industrie und Gewerbe beschäftigt und über 50 Prozent davon in der noch verstaatlichten und zum Teil schon entstaatlichten Industrie. Ursachen für die Strukturschwächen der Industrieregion Obersteiermark sind das Fehlen einer ausgewogenen Betriebsgrößenstruktur, die Existenz einer hohen Branchenkonzentration, das Fehlen eines starken Dienstleistungssektors, eine geringe Gründungsdynamik und

zu geringe Außen- und Marktorientierung der Unternehmungen. In der verstaatlichten Industrie gingen zwischen 1978 und 1986 in der Obersteiermark 30 Prozent der Arbeitsplätze verloren, und zwischen 1975 und 1987 wurden über 11.000 Industriearbeitsplätze auch in der Privatindustrie vernichtet. Während der Rückgang der Industriebeschäftigung im steirischen Durchschnitt und im Österreichdurchschnitt rund 15 bis 16 Prozent betrug, waren es in der Obersteiermark fast 25 Prozent weniger. Dazu kommt eine verstärkte Abwanderung aus der Obersteiermark und die höchste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Österreich. Das gilt auch weiterhin, wenn auch viele Jugendliche, ich habe das schon einmal festgestellt, die Region verlassen haben und allgemein geburtschwächere Jahrgänge nachkommen, die – und das merkt man bereits an den Lehrlingszahlen – nicht mehr jene Kapazität aufzufüllen vermögen, die einmal gewesen ist. Auf diese dramatischen Entwicklungen haben mittlerweile alle wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger reagiert und sowohl monetäre Instrumente als auch nichtmonetäre, also finanzielle Informations- und Beratungseinrichtungen, geschaffen. Das ist zunächst positiv zu sehen, und auch das Land hat, wenn auch erst nach dem Bund, meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderungs- und Beratungsinstitutionen in der Obersteiermark eingerichtet. Daß jedoch all diese Maßnahmen bisher nur geringe Erfolge gezeitigt haben, liegt vor allem daran, daß nach wie vor ein strategisches Gesamtkonzept für die Obersteiermark fehlt, das Schwerpunktbereiche der Wirtschaftsförderung festlegen würde, und daran, daß zwar immer neue Maßnahmen und Institutionen angekündigt und in Angriff genommen werden, daß aber die Koordination sträflich vernachlässigt wird. Das wurde auch hier im Haus bereits einige Male durch die vertretenen Parteien festgestellt. Es wäre die Aufgabe des Landes Steiermark, ein solches Gesamtkonzept zu entwickeln und als Koordinationsstelle für alle Wirtschaftsförderungsmaßnahmen in der Obersteiermark zu fungieren, denn dann würden sich auch die Gemeinden mit ihren Förderungen und finanziellen Zugaben leichter tun. Zwar sind die finanziellen Maßnahmen, die vor allem von Bund und Land gemeinsam getragen werden und zu denen vor allem die Sonderförderungsaktion gehört, recht gut aufeinander abgestimmt, aber im nichtmonetären Bereich, das heißt Betriebsansiedlungen, Gründungsberatung, Technologieberatung, Aufschließung von Industriegrundstücken und so weiter, ist das Koordinationsdefizit viel größer. Nicht zufällig wurde dieser Bereich in der Vergangenheit allzu oft dazu verwendet, um eine kurzfristig orientierte Ankündigungspolitik zu betreiben. Es erhöht weder das Image der Region, meine Damen und Herren, noch das eines Politikers, wenn er sich dann im Vorhinein von der Presse als einer feiern läßt, der x-tausend Arbeitsplätze durch eine von ihm initiierte Maßnahme schaffen wird. Für den derzeitigen leichten Aufwind können Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, die Sie sich das auf Ihre Fahnen schreiben, überhaupt nichts dafür. Ein Verdienst der Gemeinden und der Belegschaftsvertreter ist es beispielsweise heute, daß Krieglach so gut dasteht, und natürlich ein Verdienst derer, die es übernommen haben. Sie bemühen sich mit den Arbeitnehmern dort auch redlich, diese Ergebnisse zustandezubringen. Für die Industrieregion Ober-

steiermark ist eine wirklich wirksame Regionalpolitik dringendst erforderlich. Die vorhandenen knappen Mittel müssen so eingesetzt werden, daß sie den größtmöglichen Erfolg haben. Das ist nur durch echte Koordination und Kooperationsbereitschaft von seiten der Landesregierung und der Landesstellen möglich, die von einem Rückzug aus der Tagespolitik – ich sage ausdrücklich Rückzug – begleitet sein müssen. Bisher ist allerdings davon wenig zu bemerken. Davon zeugen vor allem zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, und ich habe sie hier schon einige Male zitiert. Das erste betrifft den überaus großzügigen Vertrag für den Obersteiermarkbeauftragten des Landes, der jetzt, so scheint es, endlich an die Kandare genommen und die Arbeit eingebunden wird, und das zweite Beispiel ist der Vertrag mit der Firma Jobcreation. Beide Verträge sind eher ein Hinweis auf eine kurzfristige Orientierung an einem politischen Erfolg, meine Damen und Herren, als auf eine echte Bereitschaft, eine innovationsorientierte Regionalpolitik, wie wir sie dringend brauchen würden, für die Obersteiermark zu betreiben. Wenn die Mehrheit in diesem Land nicht begreift, daß es nicht fünf Minuten vor zwölf Uhr, sondern bereits später geworden ist, dann hilft auch der Mut des Panthers, die Ausdauer des Pferdes und die Kraft des Stieres nichts, wie die Krainer-Volkspartei in ihrer letzten Werbeschrift angekündigt hat. Dann fehlt nämlich nur mehr ein Tier, und das können Sie erraten, das sich zu besonderer Treue zu seinem Herrn auszeichnet und dafür – gestatten Sie mir, das zu sagen – oftmals Tritte empfängt. Ich hoffe, die Steirerinnen und Steirer werden es begreifen, die Tritte nicht dauernd einstecken, sondern irgendwann einmal auch die Konsequenzen daraus ziehen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 16.10 Uhr.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schützenhöfer** (16.11 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich gleich eingangs einen Dank sagen: einen Dank an die steirischen Landesbediensteten, die mit der Null-Lohnrunde 1988 ein Beispiel praktizierter Solidarität gesetzt haben, an das sich andere Gruppen anschließen könnten und zweifellos auch sollten. (Beifall bei der ÖVP.) Diese Null-Lohnrunde wurde vor einem Jahr im Landtag beraten und beschlossen. Hier haben sich alle – vor allem auch die Vertreter der beiden großen Parteien – dazu bekannt. Außerhalb des Hohen Hauses glaubten einige, sich aber entschuldigen zu müssen. Mandatäre, die in Fachgewerkschaften hohe und höchste Funktionen ausüben, wie zum Beispiel der Landesvorsitzende des ÖGB, sagen in der Burg und im Landhaus ja, am Südtiroler Platz und in der Hans-Resel-Gasse nein. Das, meine Damen und Herren, ist das Gegenteil von Rückgrat. Ich freue mich gar nicht darüber, denn es ist ja auch für die Mehrheitspartei im Land nicht gut, es bei der SPÖ reihenweise mit Umfallern zu tun zu haben.

Solidarität, dieser Begriff ist heute in den Grundsatprogrammen wohl aller Parteien beschrieben. Wir reden von der „Kultur der Solidarität“ und meinen, daß es vom Lohnpakt zum Solidaritätspakt kommen sollte.

Aber glauben wir das, was wir sagen? Und vor allem: tun wir dafür das, was wir tun können?

Ich befürchte, nein, ich bin eigentlich überzeugt, die Wirklichkeit ist eine andere. Solidarität hat offensichtlich dort ihre Grenzen, wo sie vom einzelnen ein – wenn auch nur winziges – Opfer verlangt. Solidarität muß offensichtlich erzwungen, muß offensichtlich verordnet werden, weil sonst das Florianiprinzip unüberwindbar wäre. Erinnere wir uns doch: Nach der Vereinbarung über die Null-Lohnrunde gab es Fachgewerkschaften, die von einem schwarzen Tag für Österreichs Gewerkschaften gesprochen haben und von unzumutbaren Opfern. Meine Damen und Herren, ich möchte aus meiner Sicht ganz klar eines sagen: Die Null-Lohnrunde der Landesbediensteten ist ein Akt gelebter Solidarität und wird ein solcher bleiben. Aber was ist ein Opfer? Ein Opfer ist, wenn einem Arbeiter bei der VOEST-Alpine-Stahl in Judenburg 1500 Schilling durch die Verselbständigung seines Betriebes bei einem Monatslohn von 9500 Schilling einfach gekürzt werden, das sind 17 Prozent Lohnneinbuße. Ein Opfer ist, wenn ein Arbeiter der Molkerei in Mureck durch die Anwendung eines anderen Kollektivvertrages monatlich bis zu 2500 Schilling weniger herausbekommt als bisher, obwohl sein Lohn gerade bei 9000 Schilling gelegen ist. Das sind Opfer, ja, das sind unzumutbare Opfer auf der einen Seite für eine Berufsgruppe, nämlich die Stahlarbeiter, auf die in bestimmten Zusammenhängen immer nur hingewiesen wird, und die, die hinweisen, merken oft nicht, daß drei Finger auf sie zurückzeigen, und auf der anderen Seite für eine Berufsgruppe, die sowieso nicht zu den bevorzugten gehört. Ich möchte das sehr deutlich sagen, denn allzuleicht werden die Probleme der geringen Einkommen verdrängt. Eine robuste Europa-Freude, die sich auf marktwirtschaftliche Innovationsbegeisterung stützt, läßt mancherorts Töne wach werden, die auf eine Verhärtung des sozialen Mitgefühls schließen lassen.

Eine Stimmungslage macht sich breit, meine Damen und Herren, derzufolge sich manche eben durchsetzen, während die anderen, die auf der Strecke bleiben, achselzuckend als notwendige Opfer abgeschrieben werden. Der Sparkurs, den alle möglichen und unmöglichen Würdenträger auf ihren Lippen führen, geht nach den Kriterien des geringsten politischen Widerstandes so oft vorstatten.

Ich rede hier von jenen Bevölkerungsgruppen, die mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommen können. Wenn es den Gürtel enger zu schnallen gilt, dann wird der Rotstift allzusehr an der gesellschaftlichen Peripherie – also bei benachteiligten Gruppen, die sich nicht wehren können – angesetzt, nicht aber am Besitz des sogenannten Normalbürgers.

Deshalb, glaube ich, gilt es, den Verteilungs- und Umverteilungsfragen mehr Aufmerksamkeit zu widmen, denn das sind Fragen der Gerechtigkeit. Wer sonst, meine Damen und Herren, als die frei gewählten Mandatäre sollte durch ihre Arbeit und ihre Sensibilität jenen eine Stimme verleihen, die sich selbst nicht zu äußern vermögen oder die nicht angehört werden. So könnte eine Kultur der Solidarität, wie es Pater Schaching von der Gregorianer Universität in Rom immer wieder verlangt, zu allererst verstanden und auch verwirklicht werden.

Wenn man sich die Einkommen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen anschaut, so steht eines zweifelsfrei fest: Viele Menschen leisten sehr viel mehr, als sie dafür bekommen – und auch umgekehrt.

Es ist uns vermutlich allen klar, daß daher in der Einkommenspolitik etwas zu geschehen hat. Ich beteilige mich nicht gerne an einer Diskussion der Einkommensbegrenzung nach oben, wenn sie auch ihre Berechtigung haben mag. Aber zu sehr ist diese Diskussion von Neid und Zynismus begleitet – machen wir uns doch nichts vor.

Aber ich plädiere leidenschaftlich dafür, die Frage nach einem Mindesteinkommen zu stellen. Der Sozialminister – auch unterstützt von manchen Gewerkschaftern aus unseren Reihen – will ein monatliches Arbeitsloseneinkommen von mindestens 5000 Schilling pro Person verwirklichen. Die Idee ist nicht neu, und über die Beträge muß man sowieso immer aufs neue diskutieren. Aber die Frage nach dem Einkommen derer, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, ist doch meines Erachtens eine noch viel brisantere.

Unsere Vorstellungswelt kann doch nicht damit enden, den Arbeitslosen ein bestimmtes Basiseinkommen zu sichern. Unser Ziel muß doch darin liegen, Arbeit für alle zu haben und allen, die arbeiten, ein Mindesteinkommen zu sichern!

In den Grundsatzprogrammen der großen und auch der kleinen Parteien wird „vom Recht auf Arbeit und von der Pflicht zur Leistung und vor allem vom Recht auf den Ertrag durch eigene Arbeit“ gesprochen. Für uns von der Volkspartei, meine Damen und Herren, ist Arbeit ein zentraler Wert des menschlichen Daseins und Teil der Sinnerfüllung des Lebens. Deshalb wollen wir einen Mindestlohn durch Arbeit, nicht aber nur einen Basislohn ohne Arbeit. (Beifall bei der ÖVP.) Einen solchen Mindestlohn – und wenn es nur 7000 Schilling netto im Monat wären – zu verwirklichen kostet sehr viel Geld, weil es Zigtausende Arbeitnehmer sind, die diesen Betrag zur Zeit nicht erreichen.

Aber es muß doch gefragt werden dürfen: Wo liegt bei den Einkommen die Grenze nach unten? Bei welchem Monatslohn hört für einen Menschen, der in voller Beschäftigung steht, eigentlich die Würde auf? Ich weiß schon, in dieser Diktion hören das gar manche nicht gerne. Aber es gilt, auf diese Fragen Antworten zu finden, wenn es die Teilung der Gesellschaft nicht geben soll – und es darf sie doch wohl nicht geben!

Ich lade die Sozialisten ein, diese Diskussion mit uns zu führen und aufzuhören, unser Land und seine Bevölkerung mit Ausdrücken wie „Armenhaus der Republik“ und ähnlichem krankzujammern. Es ist erschütternd genug, daß jener sozialistische Spitzenkandidat für die Arbeiterkammerwahl 1989 und Böhler-Arbeiterbetriebsrat Rechberger von „Armenhaus“ spricht, aber selbst monatlich vermutlich Gehälter von 200.000 Schilling zusammenbringt. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist die Doppelmoral, so sind sie!“)

Der Sozialist Rechberger hat keine Ahnung, wie es den Arbeitern wirklich geht, denn er bezieht monatlich zwanzigmal so viel wie ein steirischer Arbeitnehmer, der mit 9560 Schilling durchschnittlich entlohnt wird. Und der Kauf von 3000 Zigarren, in Silberpapier gewickelt und mit der Aufschrift „Alois Rechberger“ versehen, ist da nur noch eine logische Ergänzung

dieser Geisteshaltung. Was ist das für ein Zynismus, wenn man bedenkt, daß für 3000 Rechberger-Zigarren 33.000 Schilling ausgegeben werden. Meine Damen und Herren, dreieinhalb Monate muß ein steirischer Arbeitnehmer arbeiten, um 33.000 Schilling zu verdienen.

Mit scheinheiligem Augenaufschlag wird dann erklärt, diese Zigarren würden aus der Privatschatulle berappt. Ja, der Präsident ist der Spitzenangestellte der Arbeiterkammer. Gut 140.000 Schilling seiner monatlichen Gehälter bezieht er von der Arbeiterkammer (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das gibt es nicht!“) – also sind die Zigarren in jedem Fall mit Geldern von Kammerzugehörigen finanziert.

Ich erinnere mich (Abg. Dr. Hirschmann: „100 Jahre Sozialdemokratie!“) an den Nationalratswahlkampf 1966. Ich habe damals vor 22 Jahren in der jungen ÖVP begonnen. Damals wurde die ÖVP von der SPÖ als die Partei der Kapitalisten hingestellt, und es gab ein Plakat im Untergrund, das einen dickköpfigen Mann mit einer großen Zigarre zeigte. So stellte sich die SPÖ damals die ÖVP vor. Heute wirbt der Arbeiterbetriebsrat Rechberger gleichgestaltig mit Zigarren für Arbeitnehmerwahlen. Es dürfte kein gutes Omen für Sie, meine Damen und Herren von der linken Reichshälfte, sein, daß manche Genossen im 100. Jahr ihrer Arbeiterpartei, die einst eine Bewegung war, den Geschmack verloren haben. Denn das, was sich der sozialistische Spitzenkandidat mit dieser Aktion geleistet hat, ist und bleibt nichts anderes als eine unfassbar primitive Geschmacklosigkeit eines sozialistischen Arbeiterfunktionärs, die an Überheblichkeit und, ich füge hinzu, auch an Dummheit nicht zu übertreffen ist. (Abg. Gennaro: „Das müßtest du am Freiheitsplatz sagen! Das ist ‚Löwinger‘-Bühne!“)

Wenn ich mich nun mit einigen Fragen der Personalpolitik beschäftige, so möchte ich unserem Landespersonalreferenten, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba, sehr dafür danken, daß er – auch ohne Beschlüsse des Personalbeirates – auch 1988 sämtliche Aufnahmen für den Landesdienst nach dem Modell des Personalbeirates durchgeführt hat. Das ist besonders hervorzuheben und auch besonders erfreulich, weil dadurch unsere Gespräche und unsere Parteiverhandlungen in einer konstruktiven und von Zusammenarbeit geprägten Weise stattfinden haben können.

Wir haben viele Gespräche hinter uns und können festhalten, daß nächste Woche anlässlich einer Sitzung des Personalbeirates die Modelle, sprich die Punktesysteme für mehrere Gruppen, beschlossen werden können und darüber hinaus der Personalbeirat Empfehlungen für die Aufnahme von Dienstnehmern an den Landespersonalreferenten abgeben wird. Wir, als steirische Volkspartei, sind auf Grund des Willens von Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Franz Hasiba den anderen im Landtag vertretenen Parteien wirklich sehr weit entgegengekommen, und ich möchte es zwar nicht verschreiben, aber es kann angenommen werden, daß es in der Regel zu einstimmigen Beschlüssen im Personalbeirat kommen wird. Wir halten uns streng an die Kriterien der Ausbildung, der Leistung, der familiären und sozialen Umstände, wie wir es gemeinsam erarbeitet und festgelegt haben. Das entscheidende Kriterium ist und bleibt: Jeder Landesbürger, der sich um Auf-

nahme in den Landesdienst bewirbt, wird objektiv und gerecht behandelt. Die Zugehörigkeit zu einer Partei wird und darf kein Vorteil sein – sie wird und darf aber auch kein Nachteil sein. (Abg. Reicher: „Da lacht sogar Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba!“) Das sage ich mit ebensolcher Deutlichkeit. Denn genauso wie es notwendig ist – ich werde, Reicher, noch auf deine Bemerkungen zurückkommen –, Übergriffen von Parteien, wo immer sie stattfinden, Einhalt zu gebieten, gilt es auch, jenen Tendenzen entgegenzutreten, wonach der Besitz eines Parteibuches der Nachweis zur Unfähigkeit ist. Ich sage das mit aller Entschlossenheit. Parteien sind für die Demokratie höchst notwendig. Mitglieder sind für die Arbeit der Parteien von entscheidender Bedeutung, und Bekennermut ist in der Demokratie zu fördern. Ich behaupte sogar, auch dann, wenn es wieder mißverstanden wird, daß nicht derjenige, der in Deckung geht, der sich nirgendwo engagiert und nicht zu erkennen gibt, ob er überhaupt eine Gesinnung hat, der Demokrat schlechthin ist; und auch nicht derjenige, der von sich behauptet, seine besondere Qualifikation für dieses oder jenes hohe Amt liege darin, bei keiner Partei Mitglied zu sein – das sind meistens jene, die schon bei allen Parteien gewesen sind und am liebsten zu allen gehen würden, um nur ja zu erreichen, was sie erreichen wollen. Für die lebendige Demokratie, die vom Wettstreit der besten Ideen für die Zukunft des Landes und der Menschen lebt, ist jener Demokrat, der eine Gesinnung hat und zu dieser auch steht, von großer Bedeutung. Was aber notwendig ist, ist Transparenz, ist die Durchschaubarkeit politischer Vorgänge – eben auch der personalpolitischen Vorgänge, und daher bekennen wir uns zu diesem Personaleinstellungsmodell und rufen alle Verantwortungsträger in den Großbetrieben, in den Kammern, in den Sozialversicherungen dazu auf, diesem Beispiel zu folgen. Ich kann nicht umhin, festzustellen, daß diesbezüglich ein enormer Nachholbedarf dort besteht, wo Sozialisten die Hauptverantwortung tragen. Es ist eine Schande, wenn man etwa bei den Österreichischen Bundesbahnen, die in der Steiermark 10.500 Beschäftigte haben, nur aufgenommen wird, wenn man Sozialist ist. Es ist eine Schande, wenn alle – oder fast alle –, die in der Gebietskrankenkasse um Aufnahme ansuchen, von vornherein ausgeschlossen bleiben, wenn sie nicht Sozialisten sind. 1215 Beschäftigte hat die Gebietskrankenkasse in der Steiermark. 59 bekennen sich noch zum ÖAAB. Vor einigen Jahren waren es 135. (Abg. Gennaro: „Die haben dazugelernt!“) Man will uns – Gennaro, du bist mit von der Partie – mit dem Rotstift ausrotten! Das ist eure Gesinnung, die es auszumerzen gilt, wenn die Demokratie in diesem Sozialversicherungsinstitut Einzug halten soll! Es ist eine Schande, wenn etwa bei Simmering-Graz-Pauker – dort gibt es zur Zeit 1142 Beschäftigte, vor Jahren bekannten sich dort fünf zu uns, jetzt ist es kein einziger mehr – keiner eine Chance zur Aufnahme hat, es sei denn, er kann die sozialistische Parteimitgliedschaft nachweisen oder begründet sie auf der Stelle. Und es ist eine ebensolche Schande, wenn bei 425 Beschäftigten in der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter nicht ein einziger dabei ist, der nicht Sozialist wäre. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist ungeheuerlich!“) Und es ist ein Drama, wenn die Arbeiterkammer, deren Vollversammlung im Juni nächsten Jahres neu gewählt wird,

240 Beschäftigte hat und es uns trotz Wahlsieg um Wahlsieg nicht gelingt (Abg. Rainer: „Wie in der Landarbeiterkammer, in der Bauernkammer, Ärztekammer, Ingenieurkammer! Man muß immer vor der eigenen Tür kehren!“), dort Arbeitnehmer unterzubringen, die nicht der SPÖ angehören – drei ganze Kollegen in der Arbeiterkammer sind Mitglieder des ÖAAB. Nicht anders ist es etwa bei der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bergarbeiter in Graz. Von 227 Beschäftigten gibt es einen, der sich zu uns bekennt – vor etlichen Jahren waren es drei. (Abg. Gennaro: „Die STEWEAG nicht vergessen!“) So, Kollege Gennaro, jetzt sage ich dir etwas als einem, der für die Machinationen in der Gebietskrankenkasse mitverantwortlich ist: Die ÖVP trägt die Verantwortung etwa in der STEWEAG. Dort gibt es einen sozialistischen Zentralbetriebsratsvorsitzenden. Es gibt keinen besseren Ausweis dafür, daß die Personalaufnahme objektiv erfolgt, denn würden wir so handeln, wie ihr bei den Bundesbahnen (Beifall bei der ÖVP.), dann wäre das ganz anders. Auch weil so oft von den Landesbediensteten die Rede ist. Hier möchte ich auch einmal ganz klar sagen: Im Land Steiermark haben wir die Mehrheit, aber bitte, von 7400 Beschäftigten im Landesdienst wählen uns 5400. Das ist eine große Mehrheit, aber 2000 wählen uns nicht. (Abg. Kohlhammer: „Wie viele Mitglieder habt ihr?“) Das ist der Unterschied. Mitglieder haben wir einige wenige. Das ist der Unterschied zu Ihnen, meine Damen und Herren. (Abg. Gennaro: „Die eigenen Leute wählen euch immer!“) Von der Verstaatlichten rede ich jetzt gar nicht. Obwohl es unverschämte Druckausübung in so vielen Bereichen gibt. Mit allen Mitteln, etwa bei den Arbeitern Böhler-Kapfenberg oder bei den Veitscher Magnesitwerken in Trieben oder bei der VOEST in Kindberg oder in Zeltweg, mit allen Mitteln an der Betriebsratskandidatur verhindert zu werden oder bei der Leykam in Gratkorn die nackte Existenz aufs Spiel zu setzen, wenn man sich dort für den ÖAAB engagiert, bedeutet ja nichts anderes, als in wichtigen Bereichen unseres Zusammenlebens der Demokratie von vornherein keinen Spielraum zu geben. Und alle, die sich an solchen Machinationen beteiligen, alle Verantwortlichen dafür, sollten sich nichts als schämen. Das möchte ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit gesagt haben.

Zusammenarbeit heißt, das Ganze vor den Teil zu stellen. (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Kollege Schützenhöfer, das ist eine Frechheit! Du redest gegen dein eigenes Gewissen!“) Kollege Gross, du hast überhaupt keine Ahnung, was sich abspielt, denn du bist der große Schweiger in der SPÖ! (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Das ist eine Frechheit!“) Ich kann dir hier vorlesen, welche Briefe, deren Inhalt du offensichtlich gar nicht kennst, du an die Genossinnen und Genossen mitunterschreibst, wo dem ÖAAB vorgeworfen wird, daß er dieses und jenes tut. Schau hinein in die SPÖ, schau hinein in die Betriebe, schau hinein dort, wo Arbeiter im Namen der Arbeiter heute Machinationen durchführen, die mit Demokratie nichts zu tun haben (Landeshauptmannstellvertreter Gross: „Machinationen – das ist eine Unterstellung, die du nicht beweisen kannst!“), und du wirst überhaupt keinen Zwischenruf mehr machen. Der Zustand, den die SPÖ in den Betrieben, was die Demokratie geschaffen hat, heute verantwortet, ist skandalös – da gibt es

keinen anderen Ausdruck. (Abg. Gennaro: „Bei den Wahlen haben wir die Mehrheit bekommen, aber du bist böse deshalb!“) Gennaro, du hast überhaupt keinen Grund, dich hier zu melden: Ich darf dich erinnern: Du hast moralisch nicht das Recht, dich überhaupt als Demokrat zu titulieren. Ich erinnere dich: Heute vor einer Woche bei der Betriebsversammlung der ATB in Spielberg – 800 Anwesende – hast du als Angestellter der Gewerkschaft es dem frei gewählten Vizepräsidenten der Arbeiterkammer, dem Arbeiterbetriebsrat Köch, verwehrt (Abg. Gennaro: „Stimmt gar nicht, die Leute haben ihn ausgepiffen, die Belegschaft hat ihn ausgepiffen!“), das Wort zu ergreifen. Das ist nicht Demokratie. Du solltest dich für diese Vorgangsweise schämen! (Abg. Gennaro: „Du warst gar nicht dort, du kannst nur nachplappern, was du gehört hast!“)

Zusammenarbeit – das möchte ich sagen – heißt jedenfalls, das Ganze vor den Teil zu stellen. Wir waren und wir sind dazu bereit. Das Personaleinstellungsmodell und damit die Personalpolitik des Landes beweisen es. Eine Zusammenarbeit kann aber auf Dauer wirklich nur dann funktionieren, wenn der Partner dort, wo er die Mehrheit hat, ebenso Schritte des Entgegenkommens setzt. In der Arbeiterkammer, im ÖGB und in den großen Sozialversicherungsinstituten könnten die nächsten Personaleinstellungsmodelle analog dem des Landes verwirklicht werden. Die SPÖ ist am Zug, und wir werden bei der nächsten Budgetdebatte ganz sicher wieder darüber reden, wenn Sie glauben, daß Objektivierung nur dort stattfinden soll, wo Sie in Minderheit sind. Dieses Doppelspiel, das können Sie mir glauben, werden wir nicht mitmachen.

Und zum Schluß darf ich noch erfreulicherweise berichten, daß mich die Kollegen der Landespersonalvertretung darüber informiert haben, daß nach eingehenden Verhandlungen die Landesregierung am 14. November einen Entwurf für ein Landespersonalvertretungsgesetz als Regierungsvorlage in den Landtag eingebracht hat. Dieses Gesetz wird im Kernpunkt – das sind die Mitwirkungsrechte der Personalvertretung – das fortschrittlichste in Österreich sein. Es ist auf dem Prinzip der Partnerschaft aufgebaut und erfordert natürlich höchstes Verantwortungsbewußtsein der Dienststellengruppen und der Dienstnehmer für die gemeinsamen Anliegen.

Es sind auch Novellen zum Landesbeamtenengesetz 1974 und Landesvertragsbedienstetengesetz 1974 ausgearbeitet. Neben Anpassungen an Bundesregelungen gibt es spezifisch steirische Punkte, wie etwa die Einrichtung einer Dienstbeurteilungsoberkommission.

Und schließlich befindet sich gerade ein Entwurf des Steiermärkischen Landesbediensteten-Schutzgesetzes im Anhörungsverfahren, das demnächst in den Landtag eingebracht wird. Neu in diesem Gesetz werden die Regelungen über den Bildschirmarbeitsplatz und über die Vollziehungsorgane des Gesetzes sein.

Ich möchte abschließend sehr herzlich nochmals allen Landesbediensteten und den Bediensteten der Landeskrankenanstalten für ihre solidarische Haltung im Zusammenhang mit der Noll-Lohnrunde danken, ebenso dem Leiter der Rechtsabteilung 1, seinem Stellvertreter sowie dem Referenten des Personalbeirates.

Einen kollegialen Dank sage ich der Landespersonalvertretung mit Regierungsrat Hans Lautner und

dem ersten Obmannstellvertreter Dr. Königswieser an der Spitze sowie dem Gewerkschaftsobmann Gustl Scherübl und Zentralbetriebsratsvorsitzenden Anton Fischer-Felgitsch für die Landesbediensteten in den Landeskrankenanstalten. Die Tätigkeit, meine Damen und Herren, der Personalvertreter und Betriebsräte war in diesem Jahr gewiß nicht einfach und verlangte viele Gespräche und den ganzen Einsatz. Aber es ist festzustellen: Der steirische Landesdienst kann sich nicht nur sehen lassen – er ist in vielen Bereichen vorbildhaft. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 16.38 Uhr.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kohlhammer das Wort.

**Abg. Kohlhammer (16.39 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich rede Gott sei Dank zur Raumplanung und muß also nicht auf den Kollegen Schützenhöfer eingehen. (Abg. Dr. Dorfer: „Warum Gott sei Dank?“) Na ja, weil ich eigentlich über die Darstellung und Vorstellung erschüttert bin, die er hier immer wieder gibt. Wenn man es als Schauspiel wertet, dann kann man sagen, hat 's ja seinen Unterhaltungswert, aber sonst würde ich es einstufen als „wertvollen Beitrag“, aber in die Richtung negativ, „für die Politikerverdrossenheit“. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, das gegenseitige Aufrechnen sollte durch gutes Beispielgeben ersetzt werden. Niemand hindert ihn, solidarisch zu sein und festzustellen, daß er selbst womöglich schon zuviel verdient im Verhältnis zu einem gewöhnlichen Arbeiter. Solidarisch hat für mich auch den Inbegriff von Freiwilligkeit drinnen, Beispiel geben bei der Einstellungspolitik – also, es gibt ein breites Feld. Aber Gott sei Dank, wie gesagt, spreche ich zur Raumplanung. (Abg. Schützenhöfer: „Ist auch besser, denn du verstehst davon etwas. Laß nur den Frust nicht zu sehr walten!“) Ist möglich, jedenfalls habe ich kein schlechtes Gewissen im anderen Bereich, weißt du! (Abg. Trampusch: „Da sind wir uns einig: Kohlhammer versteht etwas von Bauordnung!“)

Meine Damen und Herren, die Novellierung der Bauordnung und der Raumordnung beziehungsweise der gesetzlichen Bestimmungen waren Tagesordnungspunkte in der letzten Landtagssitzung. Die Art, wie diese sehr wichtigen Themen abgehandelt wurden, hat nicht nur den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, veranlaßt, sich sehr betroffen zu zeigen, sondern betroffen und enttäuscht mußten wohl alle gewesen sein, die sich mit diesen Materien intensiv auseinandergesetzt haben. Die Bauordnung könnte man ja noch als Spezialgebiet für Fachleute und für Bürgermeister einordnen. Die Raumplanung müßte allerdings alle Politiker, und zwar auf allen Ebenen, interessieren, denn sie hat Auswirkungen in alle Lebensbereiche.

Ich habe in der vorigen Sitzung schon festgestellt, daß mit der Raumplanung in der Steiermark Jahrzehnte zu spät begonnen wurde, und habe leider den Eindruck, daß wir aus diesem Halbschlaf noch nicht gänzlich erwacht sind. Die örtliche Raumplanung ist am weitesten fortgeschritten. Die Arbeiten zur Regio-

nalplanung schleppen sich seit dem diesbezüglichen Gesetzesauftrag etwas mühselig dahin, und die landesweiten Konzepte sind zumeist erst in einem sehr frühen Stadium der Diskussion. Ein zwischenzeitlich erstelltes sogenanntes Grenzlandentwicklungskonzept beispielsweise ist wie andere, meist recht kostspielige Studien leider schubladisiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Vorwürfe von mir sind gar nicht als solche gemeint. Ich möchte nur ganz einfach die Problematik aufzeigen, und ich möchte die Frage in den Raum stellen: Wie können wir die Raumplanung als Instrument zur Bewältigung vieler Probleme besser nutzen? Ich glaube, am effizientesten dadurch, wenn alle Politiker sich dazu ernsthaft bekennen und wenn wir uns selbst einbeziehen in die umfassenden Arbeiten dafür.

Ich möchte Sie dringend bitten zu prüfen, ob die Raumplanung nicht auch für Ihren politischen Bezirk Bedeutung hat, und ich bin davon überzeugt, daß Sie feststellen werden, daß das so ist. Die Regierungsmitglieder ersuche ich, die Arbeiten zur Raumplanung tatkräftig zu unterstützen, vor allem dadurch, daß sie die ihnen unterstellten Fachabteilungen dazu ausdrücklich verpflichten. Bislang gibt es leider noch große Kompetenzprobleme und Reibungsverluste bis hin zu sich widersprechenden Vorgangsweisen. Vor allem müßte man erwarten können, daß die Regierungsmitglieder konsequenterweise die Ergebnisse aus den Arbeiten der Raumplanung beachten. Ich habe noch die Mahnung im Ohr, daß man nicht der Planungseuphorie verfallen solle. Ich akzeptiere diese Mahnung. Nur, kein mittlerer oder größerer Betrieb kann so konzeptlos geführt werden, wie das in der Politik heute noch möglich ist. Das Ergebnis in der Steiermark ist, daß unser Land in sehr wichtigen Kennzahlen an schlechtester Stelle aller Bundesländer gereiht ist. Den Betrieb Steiermark, wenn ich ihn so bezeichnen darf, können wir nicht in eine günstigere Gegend verlagern, wie dies für Wirtschaftsbetriebe möglich ist und leider auch immer wieder passiert. Wir müssen hier dafür Bedingungen schaffen, die die Lebensbedingungen auch bei uns im Grenzland, in der Obersteiermark, in der Oststeiermark gleichwertig – ich verbessere bescheiden: gleichwertiger – im Verhältnis zu anderen Regionen in Österreich gestalten.

Meine Damen und Herren! Natürlich gebührt uns die entsprechende Unterstützung von der Bundesebene. Dazu gehört ein gutes Verhältnis zur Bundesregierung, ebenso ganz konkrete Vorstellungen darüber, was wir wollen. Das gute Verhältnis gehört nicht zum Kapitel Raumplanung, das Gewußt-Was und Gewußt-Wie schon. Genau dieses Wollen sollte sich weniger durch spektakuläre tagespolitische Forderungen ausdrücken, sondern durch fundierte Konzepte, die zu vielen Themen zu erarbeiten sind und die, wie es immer so schön heißt, gemeinsam vertreten werden mögen. Ich denke dabei nicht nur an die nötige Infrastruktur, aber natürlich besonders daran. Ich möchte eine Passage aus einem Gespräch ÖIBF – Österreichisches Institut für Berufsforschung – mit dem Bundeskanzler zitieren. Hier steht unter anderem: „Eine besondere Rolle wird die Verkehrsinfrastruktur spielen. In Zeiten der erhöhten Arbeitsteilung, Flexibilität und Mobilität werden wahrscheinlich Verkehrs-

wege beziehungsweise ihre Knotenpunkte der Ort der Kristallisation des wirtschaftlichen, aber auch des kulturellen beziehungsweise gesellschaftlichen Lebens sein. Das Projekt „Neue Bahn“ trägt diesem Umstand bereits Rechnung. Wir müssen aber darauf achten, daß diese Entwicklung nicht zu Lasten von ungünstig gelegenen Regionen geht. Zu diesem Zweck wurde im Rahmen der österreichischen Raumordnungskonferenz ein eigener Ausschuß eingerichtet, der diese Aspekte behandeln wird.“

Meine Damen und Herren! Das ist ein Hinweis, den ich nicht vorbeigehen lassen möchte, um den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, zu fragen, wer uns dort vertritt beziehungsweise welche Aktionen in unserem Sinne hoffentlich erfolgreich gesetzt wurden.

Darf ich noch einmal zurück zur örtlichen Raumplanung kommen und darauf hinweisen, daß mit dieser Novelle versucht wurde, den Gemeinden ein Stück Autonomie zurückzugeben? Wir bekennen uns grundsätzlich dazu, aber die Hilfestellung durch die Landesregierung wird für viele Gemeinden weiterhin in hohem Maß erforderlich sein. Seit der zwischenzeitlich stattgefundenen Sitzung des Arbeitsausschusses Raumordnungsbeirat bin ich überzeugt, daß mit der Novelle noch längst nicht das Ei des Kolumbus gefunden wurde. Vor allem die juristische Praxis zeigt die Problematik zwischen inhaltlichem, politischem Wollen und den rechtlichen Konsequenzen aus Regelungen auf. Ich könnte jetzt natürlich eine Reihe von Beispielen bringen, aber meine Redezeit läßt es heute nicht zu. Die Regionalplanung nochmals angesprochen bitte ich Sie, die Diskussionen in allen Bezirken wirklich ernst zu nehmen, und die Regierungsmitglieder bitte ich noch einmal, die Ergebnisse daraus ernst zu nehmen. Wenn diese Erfolgsergebnisse nämlich ausbleiben, werden wieder tonnenweise Papiere in den Ablagen verschwinden und vor allem werden die auf Gemeinde- und Bezirksebene meist ehrenamtlich und freiwillig mitarbeitenden Personen wenig motiviert beziehungsweise wird die Bereitschaft dazu noch mehr abnehmen.

Kollege Schweighofer hat hier sehr eindrucksvoll von Erfolgen aus seinem Bezirk erzählt. Ich darf überhaupt sagen, daß ich nur unterstreichen kann, was er hier vorgetragen hat, und er hat auch Beispiele wie Schulen und Fremdenverkehr angezogen, und ich möchte da ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, weil eben auch diese Landesbereiche Schule, Wohnen, Fremdenverkehr, Wirtschaft, Infrastruktur eben wichtige Bereiche der Raumplanung sind, und besonders hat mir gefallen, daß er dafür geworben hat, daß Eigeninitiativen gesetzt werden, und zwar sowohl in den Regionen draußen, aber auch im Land, weil wir seit Jahren ersuchen, daß in diese Richtung von uns aus Initiativen gesetzt werden. Wenn ich an die überörtliche Raumordnung denke, wenn ich an notwendige Trassenführungen denke, egal, ob das die Eisenbahn, Fernleitungen sind, bis hin zu anderen überörtlichen Erfordernissen, beispielsweise den Flugplätzen. Auf Landesebene gilt es also, Impulse zu geben, zu koordinieren und die Umsetzung zu optimieren und vor allem auch erforderlichenfalls Ersatzhandlungen zu setzen. Es kann nicht so bleiben wie bisher, daß, wenn unmittelbar betroffene Bürger nach dem Florianiprinzip Ein-

spruch erheben, die Planungsarbeiten stillgelegt werden, wenn ich zum Beispiel an Umfahrungen denke.

Abschließend möchte ich dem zuständigen Referenten für Raumplanung, Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, meinen Respekt für seine Bemühungen aussprechen und auch sagen, er hat befähigte und gutmotivierte Mitarbeiter. Wir sind weder über den Weg noch über die ideologische Abgrenzung immer einig. Die Raumordnung aber erfordert ein hohes Maß an Kompromißbereitschaft, und die wurde bislang auch von unseren Verhandlern, an der Spitze Landesrat Dr. Klausner, sowie dem gesamten SPÖ-Landtagsklub, angeführt durch Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, immer wieder unter Beweis gestellt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Von Ihnen wünsche ich mir das nächste Jahr, daß Sie deutlicher Interesse für Raumordnung zeigen und damit entsprechend stärkeren Druck ausüben. Sie werden sehen, es wird sich für unser Land und für unsere Landsleute lohnen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.51 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnocky** (16.51 Uhr): Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

**Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher** (16.52 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, mir jedenfalls hat die Rede des Herrn Abgeordneten Pörtl heute vormittag wirklich gut gefallen. Deshalb, weil sie einen Optimismus verbreitet hat, der nicht angelesen und aufgesetzt war, sondern aus dem Erlebnis eines Abgeordneten in seinem eigenen Bezirk gekommen ist, so ähnlich wie das auch Herr Kollege Schweighofer gesagt hat: Wenn man will, wenn man sich bemüht, dann geht auch wirklich etwas weiter. Die Dinge liegen nicht so, daß man „no future“ sagen muß, vielmehr kann man sie mit realistischem Optimismus sehen. Wenn ich etwas pointiert die Haltung der Redner der SPÖ bis jetzt dagegensetze, und zwar vom Generalredner angefangen bis zum Herrn Abgeordneten Kohlhammer in seiner ersten Passage, so habe ich den Eindruck, als würden sie sich geradezu suhlen in einer Stimmung der Apokalypse und des Armenhauses. Jeder übertrifft den nächsten Redner noch im Negativen. Geradezu eine Defensivemantik: Ich habe gezählt, wie oft der Herr Abgeordnete Rainer die Worte „halten“, „erhalten“, „Positionen halten“ genannt hat und wie er eigentlich im Zentrum seiner Ausführungen eine ganz bezeichnende Alternative gesetzt hat, nämlich „entweder arbeitslos oder Aktion 8000“. Die Möglichkeit, daß man Arbeitsplätze erhält, weil es Unternehmer gibt, die neue schaffen, ist ihm nicht einmal in den Horizont gekommen. Es hat sich ein gewisser Strukturkonservatismus breitgemacht. Und da hat Pörtl völlig recht, wenn er sagt: „Perestrojka, Umbruch“, das ist offensichtlich überall notwendig, nicht nur ganz im Osten beim Herrn Gorbatschow. Das, was sich vor zehn Jahren in Amerika ereignet hat, dieser Umbruch, nämlich von den Ausläufern des New Deal zu einem liberal-konservativen Wirtschaftssystem, das, was Frau Thatcher schon zehn Jahre – das hat es ja in der Geschichte Englands auch noch nie gegeben – aufrechterhält, und das, was jetzt

in Europa durch die Bekenntnisse zur Wettbewerbsfähigkeit, zur Leistung und so weiter ebenfalls Platz greift, ja sogar in Ungarn, in Polen Widerhall findet: Es ist an der Zeit, daß diese Prinzipien langsam auch bei den Sozialdemokraten Österreichs Beachtung finden.

Ich habe im vorletzten „Profil“ interessante Zeugnisse führender Sozialisten gelesen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. So sagt der jüngst gekorene Zentralsekretär Cap wörtlich, er habe seit etwa 1981 die Dämmerstunde bei sich selber erlebt, daß man „für die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates finanzielle Voraussetzungen schaffen muß“. „No na“, würde jeder von uns sagen, aber für gewisse Leute der Linken ist das wahrscheinlich wirklich eine Dämmerstunde.

Oder wenn der sozialistische Planungsstadtrat von Wien Swoboda – wörtliches Zitat – sagt: „Die asymptotische Annäherung an die klassenlose Gesellschaft hat sich als Trugschluß erwiesen“, oder wenn der durchaus von der linken Seite ankommende derzeitige Finanzminister Lacina ebenfalls wörtlich sagt: „Es gibt kein befriedigendes Modell, verstaatlichte Unternehmungen zu führen.“ Und: „Das Staatseigentum an Industrieunternehmen oder Banken ist für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik weder hinreichend noch notwendig.“ Meine Damen und Herren, was heißt denn das? Nichts anderes, als was Ralf Darndorf genannt hat: „das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“. Eigentlich der Abgesang aller ideologischen Positionen: „Gleichheit“ – Swoboda, „Verstaatlichung“ – Lacina und „Wohlfahrtsstaat in bisheriger Form“ – Cap. (Abg. Trampusch: „Sie sind ja noch pessimistischer!“) Ich brauche nicht einmal Kreisky zu zitieren, den Sie ja nicht so gern hören. Es genügt, die noch handelnden Personen zu zitieren, und ich meine, daß diese Dämmerstunde gut ist für Österreich. (Abg. Trampusch: „Es gibt ja auch eine Morgendämmerung!“) Nur leider scheinen die „Lassallisten“ – und ich komme auf diesen Begriff, weil der Herr Abgeordnete Mag. Rader heute Ferdinand Lassalle zitiert hat – noch nicht gesiegt zu haben in der österreichischen Sozialdemokratie. Die andere Gruppe, die Marxisten, die nur immer mühsam in Schranken gehalten wurde, ist nur ein wenig in den Untergrund gegangen, und zwar unter der Führung des Oberdoppelstrategen Fischer, der von dort seine Pfeile auf gewisse Zentralsekretäre richtet, aber immer wen anderen meint, und der letztendlich auch dem Herrn Bundeskanzler die Schwierigkeit eingebrockt hat, in der er jetzt steht, nämlich Lokomotivführer und Bremser in einem zu sein bei dem Zug nach Europa. Und das ist eine wirklich unangenehme Position, und damit komme ich schon zu dem Teil, der heute bereits mehrfach angesprochen wurde: Europa. (Abg. Hammer: „Du siehst, wie gut wir reden, wie wir dich in deiner Rede beschäftigen!“) Gescheite Leute – da lasse ich mich immer gern beschäftigen. Wir sind bereits mitten in Europa drinnen. Jeder, der juristisch nur eine gewisse Ahnung hat, weiß, wie viele Gesetze wir bereits nach europäischen Vorlagen adaptiert haben. Ich selber habe an einem Gesetz erst unlängst mitgearbeitet, dem Produkthaftungsgesetz. Wissen Sie, was wir da gemacht haben? Die EG-Richtlinie abgeschrieben, weitgehend eins zu eins, und das wird uns in Zukunft pausenlos passieren. Das heißt, wir müssen, weil wir die Wirkkraft dieses ungeheuren

Marktes schon jetzt spüren, unsere ganze Rechtsordnung dort, wo wir tangiert sind, sowieso auf die EG ausrichten, mögen wir nun beitreten oder nicht. Der einzige Unterschied ist der: Treten wir nicht bei, können wir nicht mitreden, sondern können nur die Rank-Xerox-Maschine ölen und die Richtlinien der EG kopieren; treten wir bei, dann können wir ein wenig mitreden und bekommen auch von den diversen Regionalfonds und Landwirtschaftsfonds möglicherweise ein Geld. Andernfalls bekommen wir es nicht.

Zweiter Teil: Wir haben bis vor eineinhalb Jahren unisono nicht vom Beitritt geredet, sondern von einer „möglichst engen Annäherung an die EG“. Es war der Außenminister der EG, Willi de Clerk, der gekommen ist und gesagt hat: „Annäherung kenne ich nicht nach den EG-Verträgen. Es gibt, wenn Ihr mit uns reden wollt, nur eine Möglichkeit: Beitritts-gesuch. Sonst reden wir nicht mir euch.“ Also, wenn wir kein Beitritts-gesuch abgeben – das war seine Rede in Wien –, gibt es auch keine Diskussion, was hinsichtlich des Neutralitätsstatus möglich ist und was nicht möglich ist.

Und drittens: Wir haben nicht wie die Schweiz die 17 Jahre, in denen die SPÖ dominiert hat, die Gelegenheit genützt und Hunderte Freihandelsverträge abgeschlossen. Die Schweiz ist ausgestattet mit Freihandelsverträgen; wir haben viel zu wenig. Das heißt mit anderen Worten: Wenn wir jetzt wieder nichts machen, sondern sagen: „warten wir ab“ und „wir werden schon sehen“ und auf die Bremsen steigen, dann geht die Entwicklung wieder an uns vorüber. Und ich sage Ihnen ganz ernsthaft, nicht, weil ich glaube, wir müssen mit Hurra hinein, durchaus mit Überlegung, aber wenn wir nicht beginnen damit, ist es zu spät! Das ist eine wirklich ernste Warnung, weil ich übersehe – oder vielleicht gibt es die Äußerungen – in letzter Zeit bei Ihnen nur mehr ein gebremstes Nein. (Abg. Hammer: „Da bist du nicht richtig informiert, Kollege Dr. Schilcher! Ein gebremstes Ja!“) Und das ist, bitte, sehr, sehr gefährlich.

Wir leben, meine Damen und Herren, weil der Herr Abgeordnete Trampusch heute den Föderalismus erwähnt hat, in einem Bundesstaat, der sich auf die EG vorbereiten muß. Wir haben einen Antrag abgegeben, den Sie erwähnt haben, wo wir die Schwierigkeiten eines Bundesstaates in der EG überhaupt nicht verschleiern. Im Gegenteil, wir machen darauf aufmerksam. Warum?

„Österreich ist der zentralistischste Bundesstaat der Welt.“ Dieses Urteil stammt vom Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Adamovich. Ich sage Ihnen auch ein paar Zahlen, weil sie in dem Zusammenhang interessant sind: In Österreich macht das Bundesbudget 62 Prozent aller öffentlichen Haushalte aus. Länder und Gemeinden zusammen erhalten 38 Prozent.

In der Bundesrepublik Deutschland ist es genau umgekehrt: Da macht das Bundesbudget 38 Prozent aus, und Länder und Gemeinden bekommen 62 Prozent. Und in der Schweiz ist das Verhältnis sogar 70 zu 30; 70 Prozent Kantone und Gemeinden, 30 Prozent Bundeshaushalt. Das sind föderalistische Staaten.

Wir sind äußerst zentralistisch organisiert, und das bedeutet für uns nicht zuletzt auch eine ungeheure Machtzusammenballung an der Spitze. Von den Ländern wird maximal dann geredet, wenn wir die Pensio-

nen kürzen oder die Ruhensbestimmungen ändern; dann heißt es: „Wir müssen auch an die Länderpensionen denken.“ Sonst habe ich in letzter Zeit von Föderalismus nichts gehört. (Abg. Hammer: „Aber die vielen Regionalförderungen durch den Bund sind auch Föderalismus!“) Ja, Herr Kollege, ich schimpfe auch gar nicht darüber! Aber warum muß ich mich denn dauernd fördern lassen, wenn ich es selber machen könnte? Das ist das Problem. In Deutschland und in der Schweiz fällt doch keinem Kanton ein, sich vom Bund fördern zu lassen; da kann er sich das selber richten – und so weit müßten wir auch kommen.

Und jetzt sage ich Ihnen auch, warum wir einen neuen Föderalismusvorstoß machen: Wenn die EG wirksam wird, dann wird uns das in einigen Kompetenzen schwer treffen. Das wird uns treffen bei der Landwirtschaft, beim Grundverkehr, bei der Umwelt, das wird uns bei diesen Landesberufsrechten treffen, vom Schischullehrer bis zum Theater- und Kinobesitzer, weil dann natürlich die Freizügigkeit der Berufe auch auf uns übergreift. Das heißt, wir sind in wesentlichen Agenden, die wir haben, betroffen.

Es wird uns weiters in der mittelbaren Bundesverwaltung treffen, und das ist ein zentraler Kern der Tätigkeit, und es wird uns beim Geld treffen – Stichwort: Finanzausgleich.

Nur eine Zahl, die Professor Ruppe in ein sehr lesenswertes Büchlein über die Auswirkung der EG auf die Steuern geschrieben hat: „Wenn wir nur unsere Umsatzsteuer auf das EG-Niveau senken, kostet das 30 Milliarden Schilling.“ In der verbundenen Finanzwirtschaft trifft uns das in den Ländern. Daher unsere Forderung: Wir wollen schon in der Vorbereitungsphase mitreden. Wir möchten, daß keine Entscheidung gefällt wird, ohne die Bundesländer einzubeziehen, und wir möchten, daß das institutionell abgesichert ist, daß wir, ähnlich wie in Deutschland im sogenannten neuen Bundesratsverfahren, zu jeder Frage gehört werden bevor die Entscheidung fällt. Das ist, glaube ich, eine billige und berechtigte Forderung in einer Situation, wo es um wesentliche Entscheidungen geht. Ich sage das deshalb, weil ich zugebe, daß in kaum einem der Berichte, die mir zugänglich sind, bislang auf die Bundesländer Rücksicht genommen wird. Ich halte das für einen unhaltbaren Zustand. Ich bin der Meinung, daß wir das gemeinsam ändern sollten, wenn uns dieser Föderalismus etwas wert ist.

Ein Letztes. Wenn wir Föderalismus meinen, dann sollen wir auch sagen, was das in Zukunft bedeuten wird. Da, glaube ich, müssen wir in der Welt herum schauen, und da werden wir sehen, daß die kleinen Einheiten, die ethnisch, historisch gewachsenen, zunehmend an Bedeutung gewinnen. Ob das in Lettland ist, in Litauen, ob das in Katalonien ist, ob das Valonien, Flamen, wo immer, sogar schon im zentralistischen Frankreich ist, je supranationaler die Zusammenschlüsse sind, umso schärfer werden die Konturen der kleinen regionalen Einheiten. Und da, glaube ich, muß ein Land auf die Kulturkompetenz, auf die Kompetenz für Schulen und Hochschulen, auf die Kompetenz für die Wissenschaft plädieren. Denn das sind heute die wesentlichen Dinge, in denen sich europäische Kultur präsentieren kann. Das sind die Sachen, die wir der amerikanischen Coca-Cola-Kultur entgegenhalten können. Ich denke etwa an das Fern-

sehen. Ich halte überhaupt nichts davon, daß dort immer mehr Serien, immer mehr Nachmittagsserien für Kinder laufen. Heute beschließt der Programmbeirat möglicherweise – ich habe einen Brief geschrieben an den Generalintendanten, weil ich nicht teilnehmen kann – daß wir ab März jeden Nachmittag ab 14 Uhr neue amerikanische Serien für Kinder haben werden. Ich halte das für völlig überflüssig, und ich plädiere dafür, daß der ORF genauso föderalisiert wird, weil hier die Länder wirklich spezifische Kulturbeiträge zuwege bringen (Beifall bei der ÖVP.), und nicht diese Berieselung mit Aufgüssen von irgendwelchen US-Serien. Ich sage ganz offen, ich plädiere sehr für das ARD-Modell, wo erstens einmal eine Konkurrenz zwischen neun Bundesländerstudios stattfinden kann und wo zweitens diese neun Bundesländer ähnlich wie in Deutschland einen Kanal bespielen und einen nationalen Kanal, der ebenfalls in Konkurrenz steht. Denn nur die Konkurrenz bringt uns weiter. Sonst gibt es keine Qualitätsverbesserung, solange es ein Monopol gibt.

Dasselbe gilt für die Hochschulen. Ich erinnere an meine vorjährige Rede. Wenn alle Hochschulen von einer Handvoll Ministerialräten in Wien dirigiert wird, dann ist das nichts. Wenn ich die Hochschulen als Betriebe ausgliedere und sie untereinander in den Wettbewerb treten, dann wird sich jede anstrengen; besser zu sein als die andere, und die Ergebnisse werden auch dementsprechend besser werden. Dasselbe gilt auch für die Schulen. Die Schulen müssen heute ebenfalls als Betriebe geführt werden, die auf die Anforderungen der Berufe, auf die Anforderungen der jeweiligen regionalen Verschiedenheiten flexibel reagieren können, und nicht warten, bis ein zentraler Erlaß aus Wien kommt, der für alle Schulen Österreichs gleichgerichtet das und jenes will. In der Vergangenheit haben wir ja gesehen, daß es da nur zu Streitereien zwischen Lehrern, Ministerium, Eltern und was weiß ich gekommen ist. Meine Ansicht wäre, daß wir hier eine wirklich föderalistische Politik betreiben als Gegengewicht eines supranationalen Zusammenschlusses, um die österreichische Eigenständigkeit und Eigenart in den Ländern zu bewahren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.07 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Rainer (17.08 Uhr):** Verehrter Herr Professor!

Ich danke sehr herzlich für die Gastvorlesung. Wir sind eine Bildungsgesellschaft. Ich kann nur leider Dank und Anerkennung nicht aussprechen, weil der Vortrag zu einseitig war, zu polemisch, zu politisch und zu weit rechts liegend in den Aussagen.

Aber zwei Anmerkungen von einem kleinen Schüler, der lernbereit ist, und zwar betreffend das Parteienübereinkommen. Meine Aussagen waren so zu verstehen, daß wir uns zu dem Pakt der Regierungskoalition bekennen. Diese Parteienvereinbarung legt ja diese Vorgangsweise fest, die in der Steiermark mit diesen Auswirkungen verbunden ist, wie sie heute hier in diesem Hohen Haus in den Generalreden und auch in den Diskussionen bereits zum Ausdruck gekommen sind. Wir müssen das akzeptieren. Wir wissen, welche Probleme und im besonderen welche Auswirkungen für Arbeiter und Angestellte in diesen Bereichen und

vor allem deren Interessensvertretungen damit verbunden sind. Daher in der Ernsthaftigkeit und im Bewußtsein dessen glauben wir halt, daß es klüger ist, wenn man sich so verhält, wie wir uns verhalten haben, daß man gegebene Tatsachen, Vereinbarungen respektiert und sich dementsprechend auch dann in seinem Wollen und in den Umsetzungen der Überlegungen präsentiert. So sehen wir das.

Zum zweiten Problem: Es mag schon sein, daß die Schweiz sehr viele Anträge hat, aber in der Zeit der Alleinregierung der SPÖ, der kleinen Koalitionsregierung, wie auch jetzt in der großen, ist zumindest mir nicht gegenwärtig, kenne ich keine Anträge der ÖVP, derartige Verträge abzuschließen. Wenn das der Fall sein sollte, wäre es sehr klug, wenn wir auch etwas davon erfahren könnten, vielleicht mag dann tatsächlich eine Diskussion darüber sinnvoll sein, wenn es die gibt, warum sie nicht abgeschlossen wurden. Nur so viel dazu.

Meine Wortmeldung gilt ja dem Kollegen Schützenhöfer, der offensichtlich das Forum verfehlt hat. Er hat diese Gruppe zum Anlaß genommen, den Arbeiterwahlkampf fortzusetzen, und zwar in einer Form, wie wir es leider seit längerer Zeit schon erleben. Vielleicht darf ich zu einigen Fragen konkret Stellung nehmen in der gebotenen Zeit, die uns allen aufgetragen ist und die wir zum Teil heute verschüttet haben? Das Notopfer der Landesbeamten. Wir haben als Gewerkschafter davor gewarnt. Wir haben herausgestellt, daß die Tarifautonomie der Gewerkschaften uns große Probleme verursacht wird, weil damit rechtliche Probleme verbunden sind, und es hat sich letztlich herausgestellt, daß man in diese Tarifautonomie ohne Folgen nicht eingreifen kann und es letztlich auch saniert werden mußte. Auch bei den Landesbeamten ist die Sanierung ja bereits vorgenommen worden, und es erhebt sich nach wie vor für uns die Frage, wo sind denn jetzt tatsächlich jene Mittel, die eingespart wurden, wie hoch sind sie, wo sind sie hingeflossen und was hatten jene betroffenen Bereiche und Regionen davon? Direkt an die Stahlarbeiter dürfte da nichts geflossen sein, außer man geht von der Theorie aus, das gibt es natürlich auch, daß Geld kein Mascherl hat. Dann bringt man ja alles unter, dann findet man eine vernünftige Erklärung, aber sonst nicht. Es war nichts anderes als ein Gag, der leider danebengegangen ist und der sehr bedenklich war, und wir haben das zeitgerecht auch in entsprechender Form aufgezeigt.

Zum zweiten Problem, der Einkommensdiskussion: Es ist durchaus ein Gleichklang vorhanden. Auch wir sind nicht einverstanden mit vielem, was hier abgeschlossen wird. Textilarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Schuharbeiter, Lederarbeiter und viele andere Branchen müssen in Österreich zur Kenntnis nehmen und besonders in der Steiermark, daß deren Einkommen wirklich erschreckend niedrig sind. Aber ich frage mich, wo ist der ÖAAB? Wo war seine Bereitschaft, in irgendeinem Bereich, nicht einmal dort, wo er die Mehrheit bei Betriebsratswahlen bekommen hat, irgendeine betriebliche Aktion zu setzen, schon gar nicht bei den Kollektivvertragsverhandlungen in diesen Branchen?

Wir sind jederzeit bereit, gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaftern – da geht es etwas leichter – Verhandlungen in dieser Form zu führen, und ich

hoffe, es wird so etwas geben. Wir glauben überhaupt, und es ist auch heute zum Ausdruck gebracht worden, daß in diesen Regionen die Einkommen zu erhöhen wären und daß es viele Berufe gibt – auch das habe ich dargestellt –, wo die Einkommen in der Steiermark, aber auch in Österreich zu niedrig sind. Daher hätten wir eine gemeinsame Aufgabe.

Nun aber zu jenem Einkommen, das immer wieder zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion gemacht wird: dem Einkommen des Arbeiterkammerpräsidenten.

Erstens einmal sollte man zur Kenntnis nehmen, daß auch diese Institution in der eigenen Autonomie festlegen kann und darf, was sie ihren Funktionären und auch ihrem Spitzenrepräsentanten zahlt.

Zweitens, bitte, stimmen die Ziffern nicht, die herausgestellt wurden, und ich darf Ihnen sagen, Hohes Haus: Zu dem gibt es sehr wohl eine Kontrolle. Nämlich werden die Verträge der Präsidenten aller Kammern durch den Österreichischen Arbeiterkammertag überprüft und sanktioniert. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wäre es dann nicht einfacher, es offenzulegen?“ – Abg. Mag. Rader: „Wieviel bekommt er wirklich?“) Daher, bitte, ist das, was herausgestellt wurde und was polemisch als Untergriff für die Arbeiterkammerwahlen gedacht war, einfach unakzeptabel und von unserer Seite her abzulehnen.

Das zweite Problem in dem Zusammenhang: Wir haben ja schon längere Zeit zu akzeptieren gehabt, daß bei der Vollversammlung der Arbeiterkammer, daß bei jedem passenden und auch unpassenden Auftritt des ÖAAB alles unternommen wird, diese Institution zu skandalisieren. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das stimmt nicht!“) Das ist ganz eindeutig so, bitte – zu skandalisieren. Der Kollege Herrmann Schützenhöfer, bitte, sollte eines zur Kenntnis nehmen: Er hat dort eine maßgebliche Funktion. In den meisten Bereichen gibt es Beschlüsse, im Vorstand und in der Vollversammlung, die gemeinsam gefaßt wurden, und erst in den letzten Monaten, wie schon greifbar war, daß man bald in die Phase der Wahlkampfauseinandersetzung kommt, gab es plötzlich eine ganz andere Vorgangsweise. Und die ist halt nicht akzeptabel, die ist zu durchsichtig, die ist zu fadenscheinig, um als Argument, vor allem auch hier in diesem Hohen Haus, verwendet werden zu können. Seine persönliche Einstellung, bitte, kennen wir. Er hat tatsächlich die Form des besonderen Eifers, er hat eine Form, menschlich Dinge vorzutragen, die jeden, aber wirklich jeden, beunruhigen, die ihn also in höchstem Maß erregen, weil er in keiner Frage sachlich bleibt, was wir sehr bedauern. Wir würden uns wünschen, daß wir auch dort und auch hier eine bessere, eine gemeinsame Sprache finden, im Interesse der Anliegen, die wir gemeinsam zu vertreten haben. Ich verlange daher, daß man mit dieser Skandalisierung Schluß macht, mit dieser Diffamierung der Institution, und ich frage mich, bitte: Wir haben für morgen vereinbart, daß es mit dem ÖAAB, mit der FCG-Fraktion, ein Fairneßabkommen geben soll. Wie soll man denn zu einer derartigen Regelung kommen, wenn ununterbrochen und bei jeder Gelegenheit eine derartige Vorgangsweise gewählt wird, wie das hier und heute wieder passiert ist? Das ist sehr, sehr bedauerlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich möchte meinen, wir sollten dazu übergehen, was in einer Demokratie angebracht ist: daß Wahlen so geschlagen werden, daß man mit Ideen und mit Programmen und mit Überlegungen, die jenen nützen, die die Wähler sind, sich engagiert, sich für deren Interessen einsetzt und hier einen Wettstreit der Ideen führt und nicht skandalisiert und nicht polemisiert um jeden Preis. (Beifall bei der SPÖ. – 17.16 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Zu Wort gemeldet hat sich für fünf Minuten der Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (17.17 Uhr):** Sie haben es eh schon vernommen: Ich habe mit der Frau Präsidentin fünf Minuten ausgehandelt und werde versuchen, mich an die fünf Minuten zu halten. Jetzt haben wir 19 Minuten nach; ich bin überzeugt, es wird mir gelingen.

Unter dieser Gruppe 0 ist der Landesrechnungshof. Es ist wert, über den Landesrechnungshof zu sprechen. Es ist eine sehr, sehr gute Einrichtung, es ist eine Einrichtung, wo die Richtlinien der Ausschreibungsgrundlagen beziehungsweise der Vergabe öffentlicher Mittel überprüft werden können. Diese Möglichkeit wird in der Steiermark wahrgenommen, wenn es auch so weit führt, daß hier Geschäftsführer von Wasserverbänden, Obmänner und auch Zivilingenieure kurzzeitig einmal erkennen müssen, daß der Umgang mit öffentlichen Mitteln, mit jenen Mitteln, die im Budget eben vorgesehen sind, im allgemeinen öffentlichen Interesse sorgfältigst zu geschehen hat. Nachdem heute der Fünfte ist, möchte ich nicht den Krampus spielen, sondern als Nikolo dem Landesrechnungshof (Abg. Kanduth: „Eineinhalb Stunden hast du den Krampus schon gespielt!“) – Richard, den Krampus, ich gebe dir recht, habe ich eh schon gespielt – etwas einlegen. Es ist etwas, das vielleicht dem Landtag noch nicht so bekannt ist, vor allem nicht mit Zahlen: Wir haben die Problematik der Trinkwasserversorgung in der Steiermark und hier vor allem die Problematik der Baustoffe. Wir wissen seit dem Jahr 1982, daß Asbestzement, bitte, Asbest, in den Baustoffen überall abgebaut wird. Vor zwei Jahren in der BRD und in Schweden und in anderen europäischen Ländern im Trinkwasser-Rohrleitungsbau verboten. Was spielt sich bei uns ab? Bei uns haben wir trotz einer Anbotsumme von 2 Millionen Schilling eine Firma – ich möchte, damit Sie sehen, daß das von mir in der Generaldebatte keine Farce war, die Zahlen genau nennen: Bei einer Ausschreibung an den Wasserverband „Grazer Feld – Südost“, Adresse: Hausmannstätten, ist herausgekommen, daß eine Firma, die mit harmlosen Kunststoffprodukten, gesundheitsunbedenklichen Produkten, in die Unterlagen dieses Angebotes eingestiegen ist, dieses Bauvolumen mit einem Betrag von 2,294.000 Schilling gemacht hätte beziehungsweise in dieser Ausschreibung angeboten hat. Es ist daher ein Nikologeschenk an den Landesrechnungshof, wenn ich ihm jetzt die Unterlagen überreiche, daß Firmen, die mit Asbestzement arbeiten, in dem Fall die Firma Hacek – Eternit, Oberösterreich, und die Firma Spitzer, ein Tochterunternehmen, das Rennen gemacht haben, und zwar mit einem Betrag von 3,3 Millionen Schilling.

Ganz genau wurde das Anbot der Kunststoffbranche um 1,077.603,60 Schilling überschritten.

Daher wollen wir auch praktisch dem Landtag in der Zukunft helfen, mit Steuergeldern besser umzugehen. Wir wollen den Landesrechnungshof unterstützen, und wir sind überzeugt, daß diese Sache die Praktiken dieser Wasserversorgungsindustrie aufzeigt. Im Klartext – und das sind meine letzten Worte –: Obwohl diese Materialien im Bereich der Gesundheitsgefährdung zu suchen sind, sind die genommen worden, haben sie bei dieser Anbotslegung den Vorzug bekommen, obwohl die andere Firma, die Kunststoffbranche – mit diesen Materialien wird in Leibnitz beim Wasserverband seit 20 Jahren problemlos gearbeitet – um rund 1,1 Millionen Schilling billiger war. Das ist das, was ich bei der Generaldebatte mir auch schon erlaubt habe zu sagen: Das ist Wirtschaftskriminalität, und ich erwarte mir in Zukunft, daß diese Dinge abgestellt werden. (Präsident Dr. Kalnoky: „Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber, Sie haben jetzt die fünf Minuten!“) Ich bin bei fünf Minuten, habe mein Wort gegeben. Danke. (17.22 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (17.23 Uhr):** Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich werde sicher nicht länger als fünf Minuten reden, aber der Herr Kollege Kohlhammer hat mich angesprochen. Ich möchte mich bei ihm bedanken, daß er dieses Kapitel behandelt hat und es somit nicht untergeht. Ich möchte mich gerne auch seinem Appell anschließen und sagen: Nehmen wir die Raumordnung und Raumplanung ernst. Sie ist eine sehr wichtige Grundlage für eine politische Entscheidung, und ich teile auch seine kritische Position insoweit, als es mir selbst auch zu schleppend geht, vor allem, was die Regionalplanung betrifft. Aber du weißt, wir haben in der Zwischenzeit versucht, die Landesentwicklungsprogramme nachzuziehen. Sie sind noch nicht fertig, aber relativ weit gediehen. Ich kann nur sagen, daß die Frage der Regionalplanung wieder massiv angegangen worden ist. Wir sind eben dabei, sechs Regionalpläne aufzulegen, beziehungsweise sie sind schon aufgelegt, so daß die Bezirksvertretungen, die Gemeinden, die verschiedenen politischen Parteien und die Interessensvertretungen gemeinsam sich über ihren Bezirk Gedanken machen können. Ich halte diesen Prozeß für sehr wichtig, und ich hoffe, daß wir im nächsten Schub mit der Regionalplanung ein kräftiges Stück weiterkommen.

Auch die Frage der Raumordnungsgesetzesnovelle ist angesprochen worden. Ich glaube, daß sie uns weiterhelfen wird, vor allem in der Kombination mit dem sogenannten sanften Baugebot und der nunmehr vorgesehenen Möglichkeit, die Gemeinden bei der Grundbeschaffung auch zu unterstützen, vor allem die finanzschwächeren Gemeinden. Ich glaube, daß wir damit auch in der Durchsetzung der Ortsplanung, die in der Praxis immer an juristischen Problemen hängen bleibt, ein Stück weiterkommen.

Ich möchte mich abschließend seinem Dank anschließen. Ich kann das wirklich auch bestätigen,

daß die Zusammenarbeit in Raumordnungsfragen in der Vergangenheit immer sehr konstruktiv war. Ich bedanke mich auch gerne beim Kollegen Dr. Klauser, der sehr dazu beigetragen hat, daß es uns gelungen ist, diese heiklen politischen Fragen aus dem Tagesstreit herauszuhalten. Ich bedanke mich auch bei den übrigen Mitgliedern.

Es ist wahnsinnig schwer zu reden, weil offensichtlich die Raumordnung niemanden interessiert. (Unruhe im Zuschauerraum.) Ich möchte mich aber auch herzlich bei meinem Team bedanken. Ich kann durchaus bestätigen, daß wir sehr engagierte Beamte haben, die sich einsetzen, und so hoffe ich, daß wir mit diesem wichtigen Bereich ein Stück weiterkommen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.26 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Ich bitte im Zuschauerraum um etwas mehr Ruhe!

Zum Wort gemeldet hat sich der Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (17.27 Uhr):** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Damit Sie sich von der derzeitigen Situation auf dem Personalsektor im steirischen Landesdienst ein besseres Bild machen können, gestatten Sie mir ein paar Anmerkungen. Die Personalabteilung hält alle Bewerbungen drei Jahre lang in Vormerkung. Mit Stichtag vom 14. November dieses Jahres waren es 10.250 Ansuchen, wovon allein in den vergangenen zwölf Monaten rund 5000 als neue Ansuchen erfaßt wurden. Im Vergleich dazu bewarben sich im Bundesland Vorarlberg im letzten Jahr 488 Stellensuchende, und im großen Bundesland Niederösterreich werden jährlich zirka 2500 Bewerber für eine Anstellung im Landesdienst vorgemerkt. Es ist vielleicht ganz interessant, die Relationen zu sehen, vom westlichsten kleinsten Bundesland bis zum größten. Ich möchte aber auf Grund meiner Erfahrungen feststellen, daß es sich bei diesen Arbeitsuchenden nicht nur um arbeitslose Steirerinnen und Steirer handelt. Viele Bewerber sind Pendler, die einen Beruf und einen Arbeitsplatz haben, oder sie sind Fernfahrer, also Leute, die endlich einmal in der Nähe ihres Wohnsitzes arbeiten möchten. Viele haben sich ein Eigenheim errichtet und möchten aus verständlichen Gründen öfter bei ihrer Familie zu Hause sein, wenn sie zehn Jahre in der Welt waren oder als Pendler nach Wien gefahren sind. Dieser Wunsch ist natürlich oft verbunden mit einem sogenannten sicheren Arbeitsplatz beim Land.

Ein anderes Kapitel ist die Frage, wie wirtschaftlich in der steirischen Landesverwaltung gearbeitet wird. Ich möchte hier ein Beispiel aus dem Straßenerhaltungsbereich veranschaulichen, da wir hier einen viel schlechteren Ruf haben, als er unseren Mitarbeitern gebührt. So ist in der Steiermark in den vergangenen 15 Jahren trotz einer Zunahme der Bundes- und Schnellstraßenkilometer um ein Drittel sowie einer Zunahme des Landesstraßennetzes um 115 Kilometer die Anzahl der Mitarbeiter in diesem Bereich um 139 geringer geworden. Ich glaube, das muß auch zur Ehrenrettung unserer Mitarbeiter im Land einmal öffentlich gesagt werden. Die sparsame Personalverwaltung zeigt sich auch bei einem Vergleich der Lohnkosten pro Beschäftigtem. Betragen diese auf

Autobahnen pro Fahrstreifenkilometer in Niederösterreich 104.000 Schilling, so liegen sie in der Steiermark bei 62.000 Schilling. Für 200 Kilometer Fahrstreifen werden in Niederösterreich 60 Mitarbeiter, im Vergleich dazu in der Steiermark nur 37 Mitarbeiter eingesetzt. Ich glaube, das ist eine wichtige Information, weil hier immer von falschen Voraussetzungen und von Pauschalbeurteilungen ausgegangen wird, und von diesen sollen wir uns bemühen wegzukommen.

Wie von mir anlässlich der vorigen Budgetdebatte angekündigt, wurden bisher die Entlohnungsgruppen d, c und b etappenweise in das Personaleinstellungsmodell einbezogen. Im nächsten Jahr werden auch die zur Nachbesetzung freien Akademikerdienstposten öffentlich ausgeschrieben. Somit haben sich auch die Juristen, Bau- und Kulturtechniker, Biologen, Chemiker und alle anderen Bewerber, bei denen eine universitäre Ausbildung Voraussetzung für die Einstellung ist, dem Auswahlverfahren zu stellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten, daß ich mich bereits an die mit Regierungssitzungsbeschuß vom 18. Mai 1987 festgelegten Richtlinien bei der Personalaufnahme halte, obwohl im Personalbeirat noch Verhandlungen über das Bewertungssystem, konkret geht es um die Punktevergabe, laufen. Ich halte mich trotzdem jetzt schon daran, weil ich erfahren mußte, daß zwischen der öffentlichen Ankündigung, so ein Modell einzuführen und ein völlig neues System für die Zukunft zu installieren, und der Realisierung eine ungeheure Anzahl von Detailschwierigkeiten liegt, und nachdem der Teufel bekanntlich im Detail sitzt, kann man gar nicht früh genug damit beginnen, dieses neue System zu erproben, um auch allfällige Fehler und Kinderkrankheiten rechtzeitig ausmerzen zu können. Ich mache es aber auch deshalb, weil ich von der Notwendigkeit und Richtigkeit der objektiven Postenvergabe im öffentlichen Dienst überzeugt bin und mir auf diese Weise eine ständige Qualitätsverbesserung der Mitarbeiter erhoffe. So gesehen haben wir bereits wertvolle Erfahrungen im heurigen Jahr sammeln können.

In der Zeit vom 25. November 1987 bis zum 25. November 1988 – also in einem Jahr – wurden insgesamt 63 Dienstposten in der „Grazer Zeitung“ öffentlich ausgeschrieben.

Über 1000 Bewerber haben sich an diesen Ausschreibungen beteiligt und wurden in das Auswahlverfahren, das sich aus einem psychologischen Eignungstest und einem Vorstellungsgespräch zusammensetzt, einbezogen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang ein offenes Wort: Mir ist durchaus bewußt, daß diese Tests kein abschließendes Bild über die Persönlichkeitsstruktur, den Einsatzwillen, die Intelligenz, die Konzentrationsfähigkeit und dergleichen mehr vermitteln können. Sie sind kein Allheilmittel. Betrachten Sie die Testergebnisse daher auch als Entscheidungshilfe. Wir alle wissen, daß die wahre Bewährungsprobe erst im Alltag am Arbeitsplatz erfolgt. Aber es scheint jenseits der abstrakten, formalen und theoretischen Denkfähigkeiten eines Menschen eine sogenannte praktische Intelligenz, eine Alltagsintelligenz, zu geben, die erst außerhalb, nach Absolvierung von Schulen und Universitäten, entwickelt werden muß. So haben Wirt-

schafts- und Testpsychologen schon vor Jahrzehnten begonnen, ihre eigenen Methoden der Messung von praktischer Intelligenz zu entwickeln. Und diese Meßinstrumente erwiesen sich umso tauglicher, je realitätsnäher sie waren. In der Personalauslese und in der Personalplatzierung werden Arbeits- und Problemsituationen simuliert, um so unter realistischen Bedingungen etwas über die Fähigkeiten eines Bewerbers zu erfahren.

Die Personalabteilung bemüht sich ständig, diesen neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Wir befinden uns mit diesem Personaleinstellungsmodell – wie schon gesagt – am Anfang einer Testphase, weil es eine wirklich völlige Neuerung darstellt. Wir haben mit diesem Modell Neuland betreten; das ist ein Schritt übrigens, von dem andere öffentliche Institutionen leider noch sehr weit entfernt sind. Wir werden aber nicht müde werden, sie aufzufordern, sich diesem Weg in der ihnen geeigneten Form – sie brauchen nicht das Landesmodell zu kopieren – anzuschließen, weil das natürlich auch keine Einbahnstraße sein kann.

Die Mitglieder des Personalbeirates jedenfalls können bei Abgabe ihrer Einstellungsempfehlung auf ein gewissenhaft vorbereitetes und so objektiv wie möglich abgewinkeltes Auswahlverfahren zurückgreifen. Sie werden sich davon in Kürze, wenn Ihnen die Ergebnisse der letzten Ausschreibungen vorgelegt werden, persönlich überzeugen können.

Wie Sie nun, meine Damen und Herren, die Gesamtsituation auf dem Personalsektor einschätzen können, darf ich Ihnen anhand einiger Zahlen erläutern: Der Dienstpostenplan 1989 umfaßt einschließlich der auf Ganzjahresdienstposten umgelegten Urlaubs- und Krankenstandsvertretungen und einschließlich der zur Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten mit allen Rechten und Pflichten – wie es heißt –, aber ausschließlich der Pflicht- und Berufsschullehrer, insgesamt 17.541 Dienstposten. Diese teilen sich auf die verschiedensten Dienststellen des Landes auf.

Stellt man aber nun diese 17.541 Dienstposten jenen des heurigen Jahres gegenüber, so bedeutet dies bei den im Zuständigkeitsbereich der Rechtsabteilung 1 gelegenen Dienstposten, das sind 9435, eine Verminderung um 24 Dienstposten. Bei den Dienstposten für die zur Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten, es sind dies derzeit noch 8106, bedeutet das eine Reduzierung von 703 Dienstposten. Damit aber kein Mißverständnis aufkommt: Diese 703 Dienstposten wurden in den steirischen Landeskrankenhäusern nicht alle eingespart. Diese Zahl erklärt sich vielmehr dadurch, daß die in diesem Bereich ausgeschiedenen Landesbediensteten nicht wieder durch neue Landesbedienstete, sondern durch Gesellschaftsbedienstete ersetzt wurden.

Meine Damen und Herren! Der Personal-, Pensions- und Sozialaufwand einschließlich des Aufwandes für die zur Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten, aber ausschließlich und ohne die Pflicht- und Berufsschullehrer, beträgt insgesamt 6.449,139.000 Schilling.

Am Landesbudget gemessen ergibt dies einen Anteil von 24,7 Prozent. Nun weiß ich auch, was man mit der Statistik alles anrichten kann. Deshalb erkläre ich

Ihnen weiter, daß die Gesamtleistung für das Personal, ohne Personal- und Pensionsaufwand für Pflicht- und Berufsschullehrer, diese Zahl ist, weil dieser Aufwand für die Pflicht- und Berufsschullehrer zum Großteil vom Bund refundiert wird. Darin ist aber auch die Begründung für die vermeintliche Diskrepanz zu dem im Budget veranschlagten Gesamtpersonalaufwand des Landes von 9247,5 Millionen Schilling, das sind 35,5 Prozent, zu sehen. Aber sie sind auf der Einnahmenseite veranschlagt, und auf der Ausgabenseite, wenn sie auch hier zu einem erheblichen Teil von anderer Seite kommen, kann man diese Rechnung aufstellen. Die erstere ist für die reinen Landesbediensteten inklusive der zu der Krankenanstaltengesellschaft zugewiesenen aber richtig.

Der Mehraufwand der allgemeinen Verwaltung der Anstalten und betriebsähnlichen Einrichtungen findet seine Begründung in der Vorsorge für die ab 1. Jänner 1989 nunmehr auch für Landesbedienstete vorgesehene Erhöhung der Bezüge um 330 Schilling, auf die die Landesbediensteten, wofür ihnen noch einmal zu danken ist, im heurigen Null-Lohnrunden-Jahr 1988 verzichtet haben – ich möchte dem Herrn Abgeordneten Rainer zu seiner Information nur sagen, daß das nicht repariert wurde, das wird nicht nachgezahlt, das ist eine echte Null-Lohnrunde 1988 gewesen; sie wird aber ab 1. Jänner 1989 für das Jahr 1989 dadurch beendet, daß wir in diesen Zug einsteigen. (Abg. Gennaro: „Wir kennen uns schon aus!“) Ja, Sie schon, aber ob es der Herr Abgeordnete Rainer so gewußt hat! (Abg. Gennaro: „Er kennt sich auch aus!“) Dann hätte er etwas anderes sagen müssen, Kollege Gennaro. Aber ich werde mich schon mit ihm auch unterhalten.

Die Bezüge der Bundesbediensteten wurden ja, wie erinnerlich, bereits am 1. Juli 1988 um diesen Betrag erhöht. Hier war eine Reparatur weder notwendig noch beabsichtigt, weil uns hier die Landesbediensteten auch wirklich geholfen haben.

Beim Land gab es – wie schon gesagt – also hier die Null-Lohnrunde, aber es wird auch für eine weitere Bezugserhöhung im Jahr 1989 gesorgt, und zwar in der Höhe von 2,9 Prozent zusätzlich zu diesem Einsteigen auf die 330 Schilling, und es wird auch Vorsorge getroffen für Biennien, Aufwertungen, Beförderungen und Anhebung des Dienstgeberbeitrages zur Sozialversicherung. Der Minderaufwand beim Personalaufwand für die zur Krankenanstaltenges. m. b. H. zugewiesenen Landesbediensteten ergibt sich aus dem Umstand, daß, wie bereits gesagt, die im Bereich der Landeskrankenhäusern ausgeschiedenen Landesbediensteten nicht durch neue Landesbedienstete, sondern durch Gesellschaftsbedienstete ersetzt werden.

Über das Landespersonalvertretungsgesetz, das Landesbeamten- und Landesvertragsbedienstetengesetz sowie über das Landesbediensteten-Schutzgesetz wurde bereits vom Kollegen Schützenhöfer referiert.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Personalabteilung derzeit an einer besonderen Serviceleistung für Landesbedienstete arbeitet. Sie steht irgendwo im Zusammenhang mit dem neuen Einstellungsmodell. Es ist daran gedacht, mit Beginn des kommenden Jahres eine sogenannte Postenwunschevidenz zu erstellen. Diese hat den Sinn, alle Überstellungs-, Versetzungs- und

Veränderungswünsche von Landesbediensteten zu speichern. Wird ein Dienstposten frei, so kann in Hinkunft mit Hilfe der EDV überprüft werden, ob es intern einen geeigneten Bewerber gibt, der die erforderlichen Qualifikationen aufweist und wird eben ein anderer Posten dadurch ausgeschrieben. Die Vorarbeiten für diese Postenwunschevidenz stehen jedenfalls knapp vor dem Abschluß. Die Landesbediensteten werden hievon zeitgerecht auch im Wege der Landespersonalvertretung informiert werden.

Ich möchte zum Schluß der Landespersonalvertretung speziell für das Jahr 1988, aber auch für die sonstige immer vorhandene Gesprächsbereitschaft und gute Zusammenarbeit sehr herzlich danken, aber in ganz besonderer Weise dem gesamten Zentralbetriebsrat und vor allem den beiden Obmännern Scherübl und Fischer im Landeskrankenhausbereich. Ich danke sehr herzlich dem Vorstand der Rechtsabteilung 1, Herrn Hofrat Dr. Greimel, und allen seinen Mitarbeitern für das echte Bemühen und auch die gute Arbeit, die im Rahmen der Personalverwaltung für das Land Steiermark geleistet wurde. Ganz zum Schluß einen herzlichen Dank all jenen, die heuer in diesem Jahr in den wohlverdienten Ruhestand getreten sind für ihre oft jahrzehntelange treue Dienstleistung beim Land Steiermark. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.46 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Ich begrüße den anwesenden Nikolaus. Er erinnert uns vielleicht, daß unsere Kinder und Enkelkinder zu Hause heute Nikolo feiern. (Allgemeiner Beifall.)

Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 0 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Pinegger:** Ich stelle den Antrag, über diese Budgetgruppe abzustimmen.

**Präsident Dr. Kalnoky:** Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 0 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Günther Ofner (17.48 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Die Gruppe 1 beinhaltet das Feuerwehrwesen, die Förderung der Brandbekämpfung und Brandverhütung, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Katastrophendienst, allgemeine Angelegenheiten, Gewässerschutzmaßnahmen, die Landesverteidigung und den Zivilschutz. Summe der Einnahmen in der Gruppe 1: 3,631.000 Schilling. Summe der Ausgaben: 92,273.000 Schilling. Ich darf Sie, sehr geehrte Damen und Herren, namens des Finanz-Ausschusses ersuchen, diesem Kapitel die Zustimmung zu geben. (17.49 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Der Herr Abgeordnete Schrammel hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schrammel (17.50 Uhr):** Sehr geehrte Frau Präsident, Hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 1 behandelt öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Steiermark. Es gehört zur guten Tradition, daß zu dieser Budgetgruppe unsere Vertreter der Einsatzorganisationen auch weitgehend anwesend sind, und so darf ich die Vertreter der Freiwilligen Feuerwehr, an der Spitze unseren Herrn Landesbranddirektor Karl Strablegg mit seinen beiden Stellvertretern Fritz Franz und Jimmy Nagl, recht herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall.) Mein Gruß gilt natürlich auch den anderen Einsatzorganisationen, und es ist erfreulich, daß wir in der Steiermark zwölf Einsatzorganisationen im Budget herausheben können. Neben der Feuerwehr das Rote Kreuz, die Bergrettung, den Zivilschutzverband, die Wasserrettung, die Rettungshundebrigade, den steirischen Tauchsportklub, den Fallschirmspringerklub, die Rettungsflugwacht, den Notfunk, den technischen Hilfsdienst und die Selbstschutzgruppe der Handelskammer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für Ordnung und Sicherheit sorgen diese Einsatzorganisationen im großen Maße. Es ist daher auch mit Recht ein sehr beachtlicher Ansatz im Budget vorgesehen, und zwar Förderungsmittel für das kommende Budgetjahr 1989 von nahezu 96 Millionen Schilling; eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Für die größte Gruppe unserer Einsatzorganisationen, für das Feuerwehrwesen, ist mit einem Ansatz von 82,45 Millionen Schilling eine Steigerung von 3 Millionen Schilling erreicht worden, wobei davon an direkten Förderungen über die Gemeinden an die Feuerwehren der Steiermark nicht weniger als 51,4 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer, die schon aus den fünfziger Jahren stammt, hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen, wenn man bedenkt, daß die Feuerschutzsteuer vom Jahre 1980 bis 1989, also dem kommenden Budgetjahr, von 47 Millionen Schilling auf 82,4 Millionen Schilling zugenommen hat. In zehn Jahren wurde somit über die Feuerschutzsteuer für diese Einsatzorganisationen in der Steiermark ein Betrag von 444,5 Millionen Schilling aufgewendet. Unsere steirischen Feuerwehren sind im Vergleich zu den Feuerwehren der anderen Bundesländer Österreichs zufriedenstellend ausgerüstet, und es ist unser Ziel, daß der Ausrüstungsstand gehalten und ergänzt werden kann, damit unsere Wehren auch weiterhin so schlagkräftig in den Einsatz gehen können.

Es wurden immer wieder in sehr zielhafter Weise durch unseren Referenten, Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, auch Schwerpunkte in der Förderung herausgehoben, und hier darf vor allem eines besonders herausgestellt werden, daß die technische Ausgestaltung der Florianistationen mit der Einführung der Notrufnummer 122 und mit dem Ausbau der Funksirenensteuerung wohl eine sehr zentrale Stellung einnimmt, und man müßte dazu noch viel in Erwähnung bringen. Eines möchte ich bitten, und zwar, daß in der Koordinierung zwischen den freiwilligen Organisationen, den Einsatzorganisationen, und der Gendarmerie noch mehr Zusammenarbeit hergestellt wird und zum Beispiel eben die zentrale Funksirenensteuerung in allen Bezirken problemlos funktioniert, was

aber jetzt nicht als Manko bei den Feuerwehren zu betrachten ist.

Durch den Ausbau der Mürztal-, Murtal-Schnellstraße und der Pyhrnroute ist unser Bundesland Steiermark längst zu einem Straßen- und Tunnelland geworden, und es ist daher bei der Ausrüstung unserer Feuerwehren hier ganz besonders Sorge zu tragen, daß für etwaige Unfälle in den Straßentunnels auch die notwendigen Ausrüstungen bereitgestellt werden und für den Einsatz auch die Ausbildung gegeben ist.

Ich möchte dann noch eine Verbesserung herausgreifen, die wohl von besonderem Wert ist, und zwar die Verbesserung der persönlichen Ausrüstung der Einsatzkräfte, nämlich unserer Wehrmänner. Zum Schutz des Feuerwehrmannes wurden beispielsweise als Aktionen in den Jahren 1986/87 die Schwerpunktaktion „steirischer Feuerwehrhelm“ mit einer ganz besonderen Sicherheitsausrüstung durchgeführt, wo nicht weniger als 12.000 Stück Feuerwehrhelme angeschafft werden konnten. Im Jahre 1988 – im heurigen Jahr – war die Schwerpunktausrüstung für den Feuerwehrmann der Sicherheitsstiefel, wo 14.000 Paar Lederstiefel bezuschußt werden konnten. Für das nächste Budgetjahr 1989 – und hier darf ich dir, Herr Landeshauptmann, den Dank aussprechen – wurde mit der Ausrüstung für den persönlichen Schutz des Feuerwehrmannes ein neuerlicher Schwerpunkt gesetzt, und zwar mit der Schutzjacke. Es soll damit die Ausrüstung des Feuerwehrmannes weitgehend komplettiert werden, wobei ja sicher in den kommenden Jahren noch das eine oder andere an Erfordernissen dazukommen wird.

Die Mittel des Landes reichen sicher bei weitem nicht aus, um alle Erfordernisse, die für das Feuerwehrewesen notwendig sind, über das Budget decken zu können. Umso mehr ist es erfreulich, daß unsere Wehren in der Steiermark von sich aus immer wieder bereit sind, über viel Eigeninitiative, Eigenveranstaltungen, auch Mittel aufzubringen, um gemeinsam mit den Gemeinden zu den Landesmitteln, die ja doch den beachtlichen Teil der Finanzierung darstellen, auch noch finanzielle Mittel aufzubringen. Und hier hätte ich eine Bitte, Herr Landeshauptmann:

Bei einer Hauptmännertagung im Bezirk Fürstenfeld wurde bemängelt, daß Körperschaften auch die 10prozentige Landesanzeigenabgabe abzuführen haben, obwohl sie als Körperschaft uneigennützig tätig sind. Die Bitte müßte direkt an die Rechtsabteilung 10, an die Finanzabteilung, ausgesprochen werden, daß Körperschaften öffentlichen Rechtes von dieser 10prozentigen Abgabe ausgenommen werden.

Im jetzt zu Ende gehenden Jahr 1988 hat es für unsere steirischen Wehren auch Großeinsätze gegeben, die man zum Teil wenigstens in Erwähnung bringen sollte, und zwar waren das eine Vielzahl von Verkehrsunfällen, und ich möchte dazu sagen, daß unsere Wehren immer mehr auf der Straße in Einsatz gehen müssen und hier ganz große Dienste gemeinsam mit dem Roten Kreuz und den Ärzten leisten. Es hat einen Flugzeugabsturz gegeben, Wirtschaftsgebäudebrände in der Landwirtschaft, Lawinenabgänge, dann Unfälle auf Autobahnen mit schrecklichsten Folgen, einen Schulbrand auf der Soboth, Industriebrände, Sturmschäden, Ölalarm mit Ölaustritt und anderes mehr müßten hier in Erwähnung gebracht werden. Bei

all diesen Einsätzen und bei der Vielzahl der kleinen Einsätze haben sich unsere Wehren immer wieder in einer sehr beispielhaften Weise als die Passenden erwiesen, und ich möchte hier ganz besonders danken.

Im Jahre 1987 haben unsere Wehren – die Statistik aus 1988 kann begreiflicherweise noch nicht vorgelegt werden, weil das Jahr noch nicht zu Ende ist – 270.500 Einsatzstunden in 27.860 Einsätzen geleistet. Und hier waren mehr als 115.000 Mann aus den Feuerwehren im Einsatz. Wir haben in der Steiermark 750 Wehren mit rund 36.000 aktiven Wehrmännern. Sehr beeindruckend war der Landesfeuerwehrtag am 26. Juni in Leoben, wo man die Schlagkräftigkeit der Vielzahl unserer Wehrmänner in der Steiermark auch mitverfolgen konnte und wo man sehen konnte, wie diszipliniert diese Wehrmänner, die nahezu alle freiwillig tätig sind, zu allen Veranstaltungen bereit sind zu kommen. Erfreulich ist, daß der Mitgliederstand in der Feuerwehrjugend nicht nur gehalten, sondern auch aufgestockt werden konnte. Wir haben zur Zeit über 3300 Mitglieder in der Feuerwehrjugend. Insgesamt kann gesagt werden, daß wir nicht weniger als 44.500 Mann, samt den Ehrenmitgliedern, in der Feuerwehr organisiert haben, die ihre Bereitschaft bekunden, mittätig zu sein.

Zu einem zweiten Bereich, der zur Budgetgruppe 1 gehört – der steirische Zivilschutzverband: Er verfügt in der Steiermark bundesweit über die größte Anzahl eingerichteter Selbstschutzzentren. Wir haben nahezu in jeder Gemeinde einen eigenen Zivilschutzbeauftragten, und neben den Schulen geht der neue Zivilschutz einen neuen Weg in der Steiermark, beispielgebend für ganz Österreich, in Richtung Erwachsenenbildung. Ich möchte dazu nicht im Detail berichten, aber es könnte hier auch sehr viel an positiven Leistungen in Erwähnung gebracht werden. Erfreulich ist die Förderungsaufstockung, und hier darf ich auch unserem verehrten Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer danken, daß er sich für den Bereich des Zivilschutzes ganz besonders für das nächste Budgetjahr verwendet hat, so daß die bisher mit 500.000 Schilling im Budgetansatz vorgesehenen Mittel auf eine Million Schilling aufgestockt werden konnten und damit die Basisarbeit für die Gemeinde- und Bezirkszivilschutzbeauftragten verbessert beziehungsweise zum Teil überhaupt realisiert werden kann.

Der Landeskatastrophenfunk, im Jahre 1986/87 mit einem sehr wesentlichen Akzent aktiviert, und zwar mit dem Zusammenschluß der Funksirenensteuerung genehmigt, kann damit wesentlicher in Erscheinung treten.

Die Warn- und Alarmdienste: An die Funksirenensteuerung – das ist erfreulich, und ich möchte dafür auch danken – wurden nicht weniger als 1050 Sirenen angeschlossen, in Graz allein nicht weniger als 66. Der Aufbau dieser Funksirenensteuerung hat 1974/75 begonnen, und es ist erfreulich, daß die Steiermark in einer Vorfinanzierung diese wichtige Maßnahme begonnen hat zu finanzieren. Es können mit dieser Funksirenensteuerung etwa 60 Prozent unserer steirischen Mitmenschen erreicht werden, und seit zwei Jahren werden landesweit auch die Funksirenentests durchgeführt, an die sich die Bevölkerung längst schon gewöhnt hat und am Samstag jeder weiß, daß um 12 Uhr mittags eben der Sirenentest erfolgt.

Der Hubschrauberrettungsdienst soll nicht unerwähnt bleiben. Wir haben zwei Stützpunkte in der Steiermark, und zwar am Thalerhof und in Aigen im Ennstal.

Dann der Lawinenwarndienst. Bisher gibt es Windmessungsanlagen nach neuralgischen Punkten der Steiermark.

Dann die wesentlichen weiteren Einsatzorganisationen: Hier möchte ich an erster Stelle das Rote Kreuz besonders herausstellen. Wir haben in der Steiermark nicht weniger als 86 Dienststellen, bestens durchorganisiert und rund 7500 ehrenamtliche Mitglieder tätig. 2300 Rotkreuzschwestern und 290 hauptamtliches Personal verrichten auch im Roten Kreuz ihren Dienst. Erfreulich ist auch die Bereitschaft, über die ehrenamtliche Tätigkeit mitzuarbeiten – über nicht weniger als 38.000 unterstützende Mitglieder und 133.500 Angehörige des Jugendrotkreuzes. Hier darf ich allen Schuldirektoren und Lehrern den herzlichen Dank aussprechen, daß sie das Jugendrotkreuz so gut pflegen und weiterorganisieren und weitertragen. Denn über die Jugend wird diese Bereitschaft, ehrenamtlich tätig zu sein, dem Nächsten zu helfen, sicher am besten investiert. Aus einer Statistik ist zu entnehmen, daß das Rote Kreuz in der Steiermark im jetzt zehnten Jahr 1988 rund 2,9 Millionen unbezahlte Dienststunden geleistet hat. Wesentliche Anteile können dabei herausgegriffen werden in dieser Leistungsaufzeichnung, und zwar der Notarztdienst, der vor allem in der Landeshauptstadt Graz besonders zum Tragen gekommen ist über die Notarzteinsatzwagen.

Dann soll die Hauskrankenpflege in einer ganz besonderen Weise lobend herausgegriffen werden. Daß sich neben den anderen Organisationen in einer sehr beispielhaften Weise das Rote Kreuz dieser wichtigen Aufgabe angenommen hat und den Essenzustellendienst, Essen auf Rädern, und die Erste Hilfe im allgemeinen und das Jugendrotkreuz in der Vielfalt der Beratungsarbeit.

Eines soll noch herausgegriffen werden für das Rote Kreuz in der Steiermark, daß es vielfach als eine Selbstverständlichkeit angenommen wird, daß das Rote Kreuz Vorsorge trifft, daß immer wieder auch die Blutkonserven für unsere Krankenhäuser bereitgestellt werden können. Das ist gar nicht einmal so selbstverständlich, und daher sollte man auch jenen danken, die diese Spendenaktionen organisieren, und auch den Spendern, die immer wieder bereit sind, ihr Blut für Kranke und Schwerverletzte herzugeben. Es ist erfreulich, daß ein steirisches Rettungsdienstgesetz in Vorbereitung ist und bereits im Landtag aufgelegt wurde.

Ich möchte dann noch einen nächsten wichtigen Bereich in Erwähnung bringen, und hier wird mein Kollege Richard Kanduth dann noch im Detail dazu referieren, und zwar die Österreichische Bergrettung, der Bergrettungsdienst in der Steiermark, der gerade durch unseren Landeshauptmann Dr. Krainer in letzter Zeit sehr aktiviert werden konnte.

Für mich sehr beeindruckend ist auch die Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring. Hier soll gesagt werden, daß es die Steiermark verstanden hat, in einer Zeit diese wichtige Schule zu schaffen, wo es noch leichter möglich war, Budgetmittel aufzubringen. Wenn im heurigen Jahr am 17. Juni der Erweiterungsbau mit einem Kostenaufwand von 55 Millionen Schil-

ling abgeschlossen werden konnte, hier auch 4 Millionen Schilling eingespart wurden und dabei wichtige Einrichtungen, Schulungsräume und anderes mehr, geschaffen werden konnten, so soll auch erwähnt werden, daß in dieser Schule pro Jahr – im heurigen Jahr schon 365 Veranstaltungen stattgefunden haben mit 12.569 Teilnehmern. Der Schwerpunkt sind begreiflicherweise die Zivilschutzlehrgänge und die Feuerwehrlehrgänge.

Erwähnen möchte ich noch die Landeswarnzentrale, die sich im heurigen Jahr, in den letzten Wochen erst, mit dem Smogalarm in Graz bewährt hat, und man soll nicht unerwähnt lassen, daß diese Landeswarnzentrale eine Direktverbindung zum Atomkraftwerk Krško in Jugoslawien hat.

So möchte ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, namens dieses Landtages allen danken, in der Freiwilligen Feuerwehr, im Roten Kreuz, in der Bergrettung, in der Flugwacht, in der Wasserrettung bis zu den Selbstschutzorganisationen der Handelskammer und dem Technischen Hilfsdienst, für die vielen freiwillig erbrachten Leistungen und die unzähligen Stunden, die ehrenamtlich und mit einer Selbstverständlichkeit geleistet wurden. Ich danke auch unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer für seine Initiativen, die gesetzt wurden. Ich darf eines sagen, es war für mich sehr beeindruckend bei einer Feuerwehrveranstaltung, wie ein Feuerwehrhauptmann dort in seinem Bericht gesagt hat, du kannst deinen Kollegen im Steiermärkischen Landtag sagen, wir sind bereit, in den Einsatz zu gehen, wenn wir gerufen werden und wenn unsere steirischen Mitmenschen und jene, die in die Steiermark kommen, uns brauchen. Damit danke ich und möchte meine Ausführungen schließen. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 18.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Kalnoky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

**Abg. Trampusch (18.12 Uhr):** Geschätzte Frau Präsident, meine Damen und Herren, liebe Feuerwehrkameraden!

Die Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, könnte in vielen Bereichen heißen: öffentlicher Idealismus, gleichgültig, ob es sich um die Feuerwehr, um das Rote Kreuz, um die Bergrettung oder um eine dieser zwölf genannten Organisationen handelt. Es geht immer um das Leben, um die Gesundheit, um Sachwerte unserer Mitmenschen. Vieles wäre dazu zu sagen, aber ich möchte das so machen wie im Einsatz: schnell und gezielt und mit einer Aufgabenteilung. Ich darf daher versuchen, nichts zu wiederholen, was mein Kollege Schrammel bereits gesagt hat. Ich beginne mit der Feuerwehr als der größten der Einsatzorganisationen. Jedes Jahr hören wir imponierende Statistiken, die die Größe, die Einsatzbereiche, die geretteten Menschenleben und die Sachwerte aufzeigen. Die Statistik sagt viel, aber sicherlich nicht alles über den Idealismus, über die tatsächlich erbrachten Leistungen und Vorleistungen, die dahinterstecken. Etwa bei den Übungen, bei den Eigenleistungen, beim Bau von Rüsthäusern oder der Mitfinanzierung bei Anschaffungen. Die Aufgaben steigen ständig im Feuerwehrbereich, sie werden schwieriger und gefährlicher, die Ausrüstung wird komplizierter und sicher auch teurer.

Längst sind wir eine Chemiewehr geworden, wie immer wieder betont wird. Diese neuen Aufgaben und Gefahren bringen aber auch mit sich, daß wir uns immer neu zu bewähren haben. Es gibt schwerste Unfälle, gerade seit die Geisterfahrer in der Steiermark vermehrt unterwegs sind. Es gibt immer mehr dramatische Zwischenfälle bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen, und neu dazugekommen ist im Feuerwehrbereich auch die Aids-Gefahr. Wir nehmen das vielleicht nicht tragisch, aber es hat schon in Kärnten einen Fall gegeben, wo bei einem Unfall die eingesetzten Feuerwehrleute durch Aids gefährdet waren. Gott sei Dank ist es nicht dazu gekommen, aber das heißt, auch hier haben sich die Feuerwehren wie auch die Helfer beim Roten Kreuz dieser neuen Gefahr zu stellen und sich damit zu befassen. Die Feuerwehren selbst sind auch immer stärker im Umweltbereich tätig, sie selbst sind auch Umweltschützer. Wenn etwa PVC verbrennt, weiß heute schon jeder in der Schule, daß gefährliche Salzsäuren entstehen. Es kann nicht nur zu einer Gefährdung der Einsatzleute kommen, sondern auch der Umwelt. Oder auch was anderes: Die Feuerwehren verwenden ein sehr wirksames Mittel, das sind Halone, also Chlorkohlenwasserstoffe, es sind aber die gleichen Chemikalien, die etwa auch in Spraydosen vorkommen und die Ozonschicht verletzen. Die Feuerwehren haben in Selbstbeschränkung damit begonnen, diese Löschmittel nur mehr im äußersten Fall einzusetzen, obwohl der Anteil selbst nur 2 Prozent aller Halone betrifft, die da leider in die Luft gesetzt werden. Das zeigt aber, daß auch die Feuerwehren hier von sich aus bereit sind zu lernen und beizutragen, nicht nur Menschen und Leben, sondern auch Umwelt zu schützen. Daher ist eine der wichtigsten Aufgaben die Aus- und Weiterbildung, daher wird auch freudig begrüßt, daß mit dem Ausbau der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring wieder ein weiterer guter Schritt gelungen ist. Ausbildung ist besonders bei den Jungen, die nachkommen, wichtig, und ich lade jeden ein, einmal selbst zuzuschauen, wie Jugend lernfähig, begeisterungsfähig und einsatzfreudig sein kann. Die Feuerwehrjugend ist dafür ein gutes Beispiel. Diese gute Arbeit soll bedankt werden, und ich darf auch namens unserer Fraktion den vielen Feuerwehrleuten und stellvertretend vielleicht dem Herrn Landesbranddirektor Karl Strablegg und dem Hofrat Dr. Sepp Kogler für diese Zusammenarbeit danken. Ich darf aber auch den Gemeinden danken, denn sie tragen auch, nicht immer laut gesagt, einen Gutteil vor allem des finanziellen Bereiches mit.

Zum zweiten Bereich, das ist der Zivilschutz: Ich möchte ihn auch nur kurz erwähnen – auch hier wäre vieles zu sagen. Die Steiermark ist hier sicher ein Stück weiter als viele andere Bundesländer. Hier geht es um zwei Fragenbereiche: das eine ist die Bewußtseinsbildung, das andere sind die tatsächlichen Maßnahmen. Die Bewußtseinsbildung hat nach dem Unfall von Tschernobyl sehr stark zugenommen, aber es hat sich die Halbwertszeit als sehr kurz herausgestellt. Viele, die sich sehr interessiert gezeigt haben, tun jetzt nur mehr mit halbem Herzen mit, vor allem, wenn sie selbst etwas dazu beitragen sollten, das heißt, wir dürfen nicht lockerlassen, daß diese Fragen des Zivilschutzes, des Stahlenschutzes, des Schutzraumbaues sehr, sehr wichtig sind. Gesagt wurde schon, daß wir in der Steiermark bei der Einrichtung von Selbstschutzzen-

tren in den Gemeinden und bei der Installierung von Zivilschutzbeauftragten auf einem guten Weg sind. Die oberste Devise hier im Zivilschutz muß sein, im Ernstfall anderen helfen zu wollen, helfen zu können, damit die Menschen selbst in der Lage sind, sich dann helfen zu können. Das gilt aber auch für eine Reihe weiterer Organisationen; wenn ich hier das Rote Kreuz erwähne – hier befinde ich mich im koordinierten Einsatz mit dem Kollegen Schrammel und muß das also nicht näher betonen. Auch wir sind sehr interessiert, daß das neue Rettungsdienstgesetz rasch verhandelt wird. Das gleiche gilt für die Bergrettung, diese sogenannten Helfer im roten Anorak unter Führung von Herrn Dr. Fröhlich in der Steiermark. Das Drama am Hochschwab hat erst jüngst leider in einer sehr harten Realität bewiesen, wie wichtig es ist, diesen Teil der Hilfe, nämlich die Bergrettung, wirklich umfassendst zu organisieren.

Ähnliches kann zum Lawinenwarndienst, zur Lawinenwarnkommission, zur Wasserrettung und zu vielem anderen gesagt werden. Wer und wo immer jemand tätig ist – es gibt ein gemeinsames Merkmal: nämlich anderen helfen zu wollen und immer mit größtem persönlichem Einsatz.

Dieser Dank gilt auch für größere Bereiche, etwa der Exekutive und dem Bundesheer, und es ist nur am Rande zu vermerken, daß etwa Gendarmerie und Polizei jetzt auch vermehrt in ihrer behördlichen Aufgabe im Umweltschutz tätig sind, und dieser Dank gilt also hin bis zur Zollwache, die unsere Grenzen schützt.

Es wurde schon gesagt: zwölf Einsatzorganisationen insgesamt und die Exekutive dazu. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie sind da für unsere Gesundheit, für unsere Sicherheit, für unser Leben, für unser Gut, und zwar rings um die Uhr, oft unbedankt, aber im wahrsten Sinne des Wortes, meine Damen und Herren, lebensnotwendig. Und mit dem Dank der SPÖ-Landtagsfraktion an alle diese Organisationen, an alle diese Männer und Frauen, Helferinnen und Helfer verbinde ich auch die Zustimmung zur Gruppe 1. Herzlichen Dank, Glück auf und gut Heil! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 18.18 Uhr.)

**Präsident Wegart** (18.18 Uhr): Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

**Abg. Mag. Rader** (18.19 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe mir überlegt, wie ich diese Vorgabe des Herrn Vizepräsidenten des Zivilschutzbundes Trampusch nachvollziehen kann, nämlich kurz zu sein – das ist möglich –, aber nichts zu wiederholen – das ist nicht möglich, weil dann müßte ich sagen: Es ist alles Positive schon gesagt worden, es bleibt nur mehr das Negative übrig. Das wäre zwar an sich die Rollenverteilung, wie sie üblich ist, Sie erlauben aber doch, daß ich mich diesem Dank an die Einsatzorganisationen anschließe, nicht, weil es Tradition ist, Kollege Schrammel, sondern weil ich ganz felsenfest überzeugt bin, daß nicht nur die Notwendigkeit gegeben ist, sondern daß genau jener große Idealismus dahintersteckt, den der Kollege Trampusch speziell angeschnitten hat. Und ich mache das mit einem anderen Bild, mit einem zusätzlichen Bild noch. Es ist uns in den letzten Jahren aufgefallen, daß diese Diskussion über Bürgerinitia-

tiven entstanden ist, und immer mehr Bürgerinitiativen und die staatlichen Organisationen haben nicht funktioniert. Das ist richtig, meine Damen und Herren. Genau diese Einsatzorganisationen, deren Vertreter zum Teil heute hinten im Zuschauerraum sitzen, sind jene ureigensten positivsten Bürgerinitiativen, die wir in der Vergangenheit gehabt haben und in der Gegenwart haben. Und dafür, auch für dieses Beispiel für die Bürger und für die Einsatzbereitschaft, hat ihnen gedankt zu werden von allen Politikern, egal woher sie kommen, auch von uns. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, weil es eben Organisationen sind, die aus eigener Kraft, aus eigenem Idealismus, aus eigener Überzeugung heraus, unabhängig von jeweiligen politischen Machtträgern und jeweiligen politischen Situationen ihre Aufgabe, die sie als ihre Aufgabe erkannt haben, erfüllen, genau aus diesem Grund treten wir logischerweise dafür ein, daß die erforderlichen Finanzmittel, die diese Organisationen brauchen, nicht von großen anderen staatlichen Organisationen Jahr für Jahr erbeten werden müssen, sondern in höchstem Ausmaß, sofern es immer geht, aus eigener Kraft nicht nur aufgebracht, sondern aus eigenen Möglichkeiten aufgebracht bekommen. Daher bin ich sehr froh, meine Damen und Herren, daß in der letzten Landtagsitzung auch ein Rettungsdienstgesetz aufgelegt worden ist, und zwar nach dem Bergrettungsdienstgesetz, das wir eine Landtagssitzung vorher schon eingebracht haben, weil die Situation gerade so richtig war, und ich wiederhole das, Herr Landeshauptmann, nicht mehr, was ich heute vormittag gesagt habe. Ich bin froh, daß es gelungen ist, eine Initialzündung zu geben. (Abg. Kröll: „Ein Jahr wurde verhandelt!“) Ich bin froh, Herr Kollege Kröll, daß es gelungen ist, anlässlich dieser Situation eine Initialzündung zu geben, weil ich weiß ja schon die Probleme, die der politische Referent mit diesem Bergrettungsdienstgesetz zum Beispiel gehabt hat. Ich weiß logischerweise, daß die Widerstände in den Gemeinden hoch waren. Ich weiß zum Beispiel, daß der Kollege Kröll einer jener Verhandler war, die natürlich die Position ihrer Gemeinden zu vertreten gehabt haben, die natürlich versucht haben, hier eine andere Situation herbeizuführen, und ich weiß auch, daß es dem politischen Referenten logischerweise daher nicht so leicht war, diese gesetzliche Initiative, die in seinem Schreibtisch gelegen hat, so einfach vorzulegen, bevor diese Verhandlungen, die sich ja schon länger – wie du weißt – hinziehen, abgeschlossen worden sind. Und ich glaube, ein bisserl dazu beigetragen zu haben, daß diese Initialzündung deshalb erfolgt, daß der politische Referent dieses Gesetz deswegen früher vorlegen konnte, weil wir eben vorgeprescht sind und damit einen politischen Zugzwang erreicht haben. Was mir ein bisserl weh tut, meine Damen und Herren, ist, daß die Erstreaktion in dieser ganzen politischen Ebene eigentlich ausschließlich die war, nach jenem Loch zu suchen, von dem ich das Gesetz gehabt habe, bitte schön. Als ob das das Wesentliche gewesen wäre, woher jemand einen Gesetzesentwurf hat. Das ist bei Gott nicht das Wesentliche. Ich hätte, wenn ich unfair gewesen wäre, natürlich auch bei derselben Landtagsitzung das steirische Rettungsdienstgesetz miteinbringen können, das auch auf meinem Schreibtisch gelegen hat, aber ich habe das fairerweise jenem überlas-

sen, der dafür zuständig ist, nämlich dem zuständigen politischen Referenten.

Meine Damen und Herren! Weil jetzt nicht nur unser Antrag dem Verfassungs-Ausschuß zugewiesen ist, sondern auch die Regierungsvorlage, die vom ersten bis zum letzten i-Tüpfelchen und Punkt ident mit unserem Antrag ist, dem Verfassungs-Ausschuß zugewiesen ist, rechne ich damit, und dabei müssen wir uns wieder um Hilfe an jene Gemeindevertreter wenden, die natürlich Einwendungen bringen können, die sie bis jetzt in den Verhandlungen nicht durchgebracht haben. (Abg. Kröll: „Die Gemeinden haben ihre positive Meinung längst abgegeben!“) Dann gehe ich, wenn das so ist, und ich bitte wirklich, diesen Zwischenruf im Protokoll auch zu verankern, davon aus, daß in der Sitzung des Verfassungs-Ausschusses am 17. Jänner dieses Gesetz verabschiedet werden kann und wir in der darauffolgenden Sitzung des Landtages sowohl das Bergrettungsdienstgesetz als auch das Rettungsdienstgesetz in diesem Haus verabschiedet können. Wenn das gelungen ist, meine Damen und Herren, dann haben wir den Einsatzorganisationen und der Bevölkerung damit einen positiven Dienst erwiesen.

Aber jetzt zu einem zweiten Thema, von dem Sie wissen, daß es mein Steckenpferd ist, seitdem ich mich in diesem Haus befinde, nämlich das Thema des Zivilschutzes. Der Herr Kollege Schrammel hat dem Herrn Landeshauptmann herzlich dafür gedankt, daß der Zivilschutzverband nunmehr mehr Mittel bekommt. Ich nehme an, daß der Präsident des Zivilschutzverbandes, der mit dem Landeshauptmann ident ist, dem Landeshauptmann selbst dafür schon gedankt haben wird, aber es ist gut so. Ich habe auch von der letzten Generalversammlung gehört, daß der Präsident des Zivilschutzverbandes dort mitgeteilt hat, daß er sich für nicht nur mehr Geld einsetzen wird, sondern plötzlich intensiver in das Geschehen des Zivilschutzverbandes einmengen wird. Das ist eine positive Entwicklung, weil ich glaube, es ist auch positiv, was der Herr Kollege Schrammel geschildert hat, daß wir nun mit diesem Sirenenverbundnetz 60 Prozent der steirischen Bevölkerung erreichen können. Das ist gut. Aber nur, was tun dann die 60 Prozent der steirischen Bevölkerung? Wir wissen ganz genau, meine Damen und Herren, daß wir in Österreich in einer Situation sind, daß nur etwa 5 Prozent der österreichischen Bevölkerung die Chance hat, auch einen Schutzraum zu betreten. Wir wissen auch ganz genau, daß das nicht weltweit so ist, sondern daß es in nicht allzuweiter Entfernung ganz anders ausschaut. In der Schweiz sind es über 100 Prozent, in Finnland sind es 70 Prozent, wie auch immer, es gibt viele Zahlen. Jedenfalls sind wir hier einsames Schlußlicht. Ich habe daher, seitdem ich in diesem Haus bin, jedes Jahr bei den Budgetdebatten einen Resolutionsantrag vorgelegt, der auch immer unterstützt wurde, nämlich sowohl eine Schutzraum-erhebung zu machen, als auch einen Schutzraumkatalog dem Landtag vorzulegen. Das war im Dezember 1983, Dezember 1984 bis zum heutigen Budget. Dieser Antrag ist jedesmal mit Unterstützung der Abgeordneten von ÖVP und SPÖ, somit einstimmig, dann beschlossen worden, und das ist das, was ich heute vormittag als Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis bezeichnet habe. Jedes Jahr beschließt der Landtag zu